

EIN FEUCHTER TRAUM
SEEMACHT IRAN

ALLES FÜR SYRIEN
RECHTSEXTREME AUF PILGERFAHRT

ISRAELS SCHWARZE PANTHER
DIE VERGESSENE REVOLTE

FRÜHLING 2024 WWW.ZENITH.ME

zenith

DIE WIEDERKEHR DER PALÄSTINAFRAGE

**UND WARUM SIE
DIE WELT ENTZWEIT**



DEUTSCHLAND EURO 12,80
EU EURO 14,20
SCHWEIZ SFR 14,20

ISSN 1439 9660

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

Die Friedrich-Ebert-Stiftung setzt sich seit Beginn der 1960er-Jahre in der Region des Nahen/Mittleren Ostens und Nordafrika für die Werte und Ideen der sozialen Demokratie ein. Sie verfügt über ein Netzwerk von 11 Auslandsbüros, die Projekte in 14 Ländern der Region umsetzen. Frieden und Sicherheit ist dabei eines der Themenfelder, das die Stiftung über ihr Regionalbüro in Beirut intensiv bearbeitet.

Nicht erst seit dem jüngsten Krieg in Gaza ist die Region stark von Krieg, Konflikt und Instabilität betroffen. Über konstruktive Dialogformate, Publikationen, Delegationsreisen und die kontinuierliche Arbeit mit Zivilgesellschaft, akademischen Institutionen und politischen Entscheidungsträgern leistet die Stiftung einen Beitrag für ein besseres gegenseitiges Verständnis und zur Konfliktprävention.

Die Altstadt von Jerusalem in den Komplementärfarben Orange-Blaugrün: Das Werbeplakat »Visit Palestine«, für Reisen ins Mandatsgebiet Palästina von 1936, ist wohl bis heute eines der berühmtesten Souvenirs aus dem Heiligen Land. An seinen Schöpfer Franz Krausz, einen österreichischen Juden aus St. Pölten, der 1933 nach Palästina emigrierte und dort den »Verband jüdischer Werbekünstler« mitbegründete, erinnern sich hingegen nur wenige. Krausz starb 1998 in Tel Aviv. Sein Plakat machte sich später die palästinensische Nationalbewegung zu eigen.

Es hängt in Wohnungen weltweit. Kein Statement gegen Israel, eher eine nostalgische Erinnerung an eine vermeintlich heile Welt, als Juden und Arabern, Israelis und Palästinensern noch mehrere Optionen offenstanden: für eine Ein- oder auch Zweistaatlösung als Antwort auf die Palästinafrage, die sich später zum Nahostkonflikt ausweiten sollte. Lange schien es, als sei sie von der Liste der Prioritäten der internationalen Gemeinschaft verschwunden, gewiss aber nicht mehr so gewichtig angesichts globaler Herausforderungen wie Klimawandel, Pandemie oder Ukrainekrieg. Dann kam der 7. Oktober 2023. Der Angriff der Hamas auf Israel und der darauffolgende Krieg in Gaza erschütterten nicht nur Israel und Palästina, sondern auch die Rolle des Westens, der bis dahin wie selbstverständlich auf globaler Bühne aufgetreten war, um die Achtung von Menschen- und Völkerrecht anzumahnen.

Zahlreiche westliche Staaten stellten sich nahezu bedingungslos hinter Israel und die Regierung Netanyahu – und insbesondere in Deutschland wurden Debatten zum Nahostkonflikt geführt, die sich oft um eines drehten: deutsche Befindlichkeiten.

Dabei gerät vor allem aus dem Blick, wie der buchstäbliche Rest der Welt auf den Nahen Osten schaut: etwa der sogenannte globale Süden, der nicht nur den Großteil der Weltbevölkerung stellt, sondern politisch und wirtschaftlich immer wichtiger wird und seine eigene Geschichte mit dem

Nahen Osten hat. Im Dossier der vorliegenden Ausgabe sind wir dieser Frage nachgegangen. Autorinnen und Autoren aus über einem Dutzend Ländern schildern, wie sich der Krieg in Gaza auf ihre Länder auswirkt und dort gesehen wird. Dazu gehören geopolitische Akteure wie China, Indien oder Südafrika, das sich mit einer Klage vor dem Internationalen Gerichtshof an die Spitze der Kritiker Israels stellte. Aber auch solche, die man sonst eher nicht mit dem Nahen Osten in Verbindung bringen würde: etwa Argentinien, wo die fünftgrößte jüdische Gemeinschaft weltweit lebt, oder Indonesien, das bevölkerungsreichste muslimische Land der Welt.

Ein globaler Reality Check, um die eigenen Standpunkte und Ansprüche einmal abzugleichen – wobei manche Haltungen und Ergebnisse durchaus überraschen dürften. Schließlich wird die Politik ja nicht müde zu betonen, dass heute alles mit allem zusammenhängt und man die Dinge global betrachten müsse. Dieses Dossier entstand in Zusammenarbeit mit dem Programm »Frieden und Sicherheit« der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Sitz in Beirut unter Leitung von Hanna Voß und Marcus Schneider und ihrem weltweiten Netzwerk an Autorinnen und Autoren, wofür *zenith* herzlich Danke sagen möchte.

Apropos »Visit Palestine«: Das zitierte Poster hing auch in den Wohnungen und WG-Zimmern einiger Studenten der Orientalistik in Hamburg, als sie dort vor ziemlich genau einem Vierteljahrhundert, im Sommer 1999, die erste Ausgabe unseres Magazins *zenith* aus der Taufe hoben. Wir feiern mit dieser Ausgabe nicht nur unser 25-jähriges Bestehen, sondern

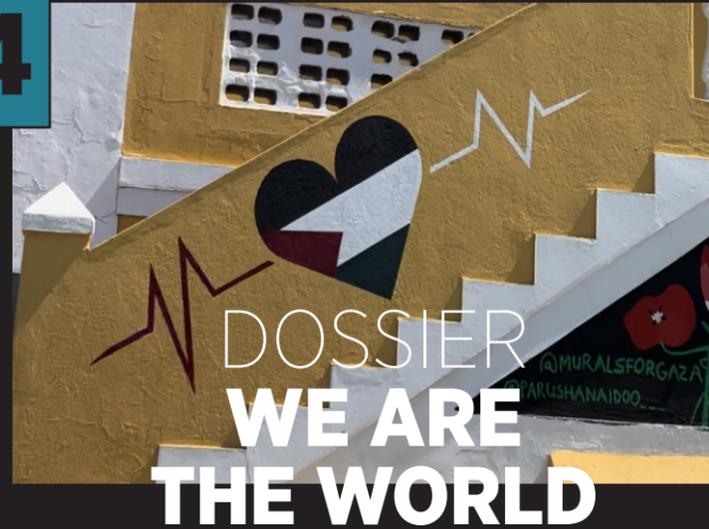
auch zehn Jahre Candid Foundation, die *zenith* herausgibt und verantwortet und sich mit kreativen Projekten für Dialog in und mit der Region südlich des Mittelmeers engagiert.

Vor 25 Jahren hätten wir es kaum für möglich gehalten, dass uns Palästinafrage und Nahostkonflikt im Jahr 2024 immer noch in dieser Form in Atem halten würden. Aber wohl ebenso wenig, dass es uns dann überhaupt noch geben würde. Wir danken besonders Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, dass Sie das möglich gemacht haben. Auf Jubiläumssalben und Selbstbeweihräucherung möchten wir nun angesichts dringenderer Themen in diesem Heft verzichten. Von *business as usual* kann allerdings auch keine Rede sein.



THEMEN FRÜHLING 2024

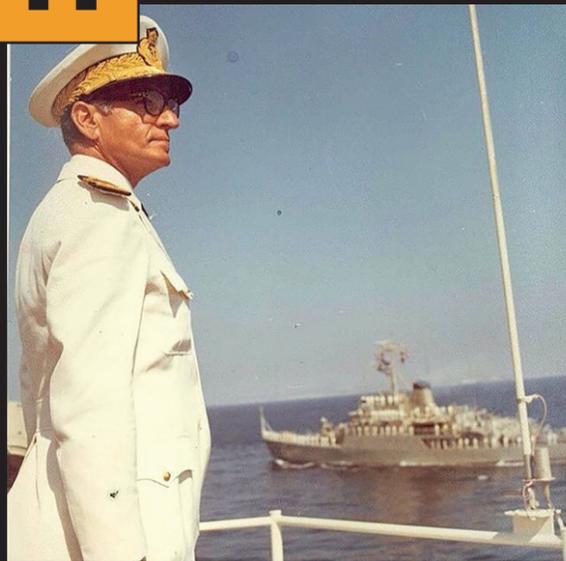
SEITE
44



DOSSIER WE ARE THE WORLD

In diesem *zenith*-Dossier berichten Autorinnen und Autoren aus Ländern des globalen Südens – von Argentinien über Marokko bis China – wie der Konflikt dort gesehen wird.

SEITE
41



IRAN IN THE NAVY

Wie stark ist die Flotte der Islamischen Republik Iran? Sie knüpft an alte Ambitionen an und ist heute an drei Meeren so gut aufgestellt wie noch nie

SEITE
136



FUSSBALL TAGE WIE DIESE

Wer jenseits von Ronaldo den Fußball Saudi-Arabiens kennenlernen will, muss tief in die Provinz reisen

SEITE
39



TSCHETSCHENIEN GANGSTA'S PARADISE

Ramsan Kadyrow dient sich nicht nur dem Kreml an, sondern gewinnt auch in Teilen der Diaspora an Einfluss – auch in Deutschland

SEITE
120



DUBAI ALLES NEU

Dubai wäre gerne die glücklichste Stadt auf Erden. Aber die Metropole wächst und die Temperaturen steigen

SEITE
110



JEMEN JENSEITS VON EDEN

Für viele Jemeniten existiert ihr Land nur noch in der Erinnerung. Eine persönliche Reise durch die Gerüche des Jemen

Fotos im Uhrzeigersinn von oben links: Josefin Herrmann, Telegram, Jonas Mayer, Yusra Ishaq, Robert Chatterjee, Wikimedia Commons

INHALT FRÜHLING 2024

DOSSIER

46 Weißer Phosphor

Alle Welt redet über die Gefahr einer Ausweitung des Gaza-Kriegs in der Region. Im Libanon findet er längst statt. Eine Reportage

50 Torah-Patriotismus

Der Gaza-Krieg stellt Israels Streitkräfte vor Personalprobleme. Die Aufhebung der Wehrdienstbefreiung für die Haredim könnte diese Lücken schließen

53 Made in Gaza

Zerstörung, Diebstahl, Erniedrigung: Israelische Soldaten veröffentlichen von Einsätzen verstörende Videos

56 Rendezvous mit der Wirklichkeit

Die Golfstaaten erleben die erste Bewährungsprobe für ihre Führungsrolle in Nahost. Aber in einer Schlüsselfrage können sie sich nicht einigen

59 Rafah ist nur der der Anfang

Warum immer mehr junge Ägypter die Grundlagen des Friedensvertrags mit Israel infrage stellen

61 145 Kilometer

Die Mehrheit der Jordanier sind Palästinenser. In der dynamischen Kunstszene von Amman gibt es derzeit nur ein Thema

66 Wichtiger als Palästina

Marokko profitiert von der Normalisierung mit Israel. Daran ändert auch der Krieg in Gaza wenig

68 Von der Gegenwart getrennt

Die Perspektive der Diaspora gerät oft aus dem Blick. Dabei kann sie Antworten auf drängende Fragen geben

70 Hier begegneten sich Welten

Nie war es so schlimm um den Gazastreifen bestimmt wie in der Gegenwart. Dabei zeigt ein Blick auf die Vergangenheit, welche Zukunft das Gebiet haben könnte

74 Südafrika und die Staatsräson

Warum Südafrika der Nahostkonflikt so wichtig ist und wie Juden und Muslime im Land dazu stehen

79 Recht des Stärkeren

Obwohl Äthiopien mit den eigenen Konflikten zu ringen hat, machen sich die Folgen des Gaza-Kriegs auch in Ostafrikas größtem Land bemerkbar

80 »Biden würde Palästina anerkennen, selbst Trump könnte seine Haltung ändern«

Stanford-Professor Abbas Milani über die israelisch-amerikanischen Beziehungen, Iran und den wachsenden Einfluss Chinas in der arabischen Welt

WIRTSCHAFT

120 Das steckt hinter der Fassade

Dubai wäre gerne die glücklichste Stadt auf Erden. Aber die Metropole wächst und die Temperaturen steigen. Kann das Emirat sein Versprechen halten?

84 Der Nahostkonflikt in Bogotá

Israel ist ein enger Waffenpartner, gleichzeitig hat Kolumbien Palästina als Staat anerkannt. Wie passt das zusammen?

86 Bibis Brieffreund Bolsonaro

Mit der Wahl des neuen brasilianischen Präsidenten hat Israels Premier seinen wichtigsten Verbündeten in Südamerika verloren

88 Buenos días, Messias

Präsident Javier Milei nimmt Torah-Lesekurse und ist von Israel fasziniert. Was bedeutet das für Argentiniens jüdische Gemeinschaft

90 Gaza als Gelegenheit

China möchte die Neugestaltung des Nahen Osten in seinem Sinne nutzen. Fragt sich nur wie

92 Muslimische Gefühle

Pakistan bezieht in Sachen Palästina schon länger Position als es das eigene Land gibt und zieht Parallelen zum Kaschmir-Konflikt

94 Ein indonesisches Krankenhaus in Palästina

Das bevölkerungsreichste Land der muslimischen Welt hat sich den Kampf gegen den Kolonialismus in die Verfassung geschrieben

96 Amerika ist dieses Mal nicht Schuld

Warum Bangladesch den Nahostkonflikt durch den Spiegel der eigenen Geschichte sieht und die Reaktionen auf den Gaza-Krieg so anders ausfallen als sonst

98 Modis Gleichung

Indien sieht den Nahen Osten vor allem als Achse für den eigenen wirtschaftlichen Aufstieg. Der Gaza-Krieg kommt da ungelegen

100 Zwei wie Pech und Schwefel

Kaum ein Staat in der Region unterhält so lange so gute Beziehungen zu Israel wie die Türkei

102 Gefunkt hat es nie

Die Kriege in der Ukraine und in Gaza hängen miteinander zusammen. Aber nicht so, wie es oft behauptet wird

105 Deutschlands Ansehen steht auf dem Spiel

Mit seiner Gaza-Politik hat sich die Bundesrepublik in eine Sackgasse manövriert. Höchste Zeit, sich wieder auf das zu besinnen, was ihre Soft Power einst ausgemacht hat

109 Kein und Aber

Der Krieg in Gaza hat konkrete Folgen für die Arbeit deutscher Organisationen und deren Angestellte und Partner im Nahen Osten

RUBRIKEN

06 Inhalt / Impressum	118 Bilanz
08 Panorama	128 Basar
10 Analysen	144 Literatur
12 Hinter den Schlagzeilen	146 Scholl-Latours Erben
14 Profile	

POLITIK

39 Einladung zum Paradies

Ramsan Kadyrow dient sich nicht nur dem Kreml an, sondern gewinnt auch in Teilen der Diaspora an Einfluss – auch in Deutschland

41 Die Matrosen des Mahdi

Wie stark ist die Flotte der Islamischen Republik Iran? Sie knüpft an alte Ambitionen an und ist heute an drei Meerengen so gut aufgestellt wie noch nie

GESELLSCHAFT

20 »Wir werden bespuckt und verflucht«

Bischof Koryoun Baghdasarian zur Haltung der Armenisch-Orthodoxen Kirche zum Krieg in Gaza, alltäglicher Gewalt in Jerusalem und einem Rechtsstreit

28 »Keine netten Jungs«

Die israelischen »Black Panthers« veränderten das Land für immer. Nur nicht so, wie sie es sich vorgestellt hatten

34 Bullerbü für Rechtsextreme

Seit einigen Jahren geben sich Identitäre und AfD-Anhänger aus Deutschland im aramäischen Dorf Maalula die Klinke in die Hand. Was suchen sie dort?

110 Düfte, die nie vergehen

Für viele Jemeniten existiert ihr Land nur noch in der Erinnerung. Eine persönliche Reise durch die Gerüche des Jemen

124 Der Geisterjäger von Rawalpindi

Die alte Handelsstadt im pakistanischen Punjab gilt selbst bei ihren Bewohnern als uncool. Auch Touristen machen hier so gut wie niemals Halt

136 In Najran brennt die Luft

Wer jenseits von Ronaldo den Fußball Saudi-Arabien kennenlernen will, muss tief in die Provinz reisen

KULTUR

24 Wir sind Helden

Wie es vier libanesischen Serien schaffen, die Realität im Libanon abzubilden und spannend zu erzählen

130 »Ich möchte nicht, dass sich mein Publikum wohlfühlt«

Als Fotojournalist lernte Karim Ben Khelifa, sich seinen Traumata zu stellen. Heute konfrontiert er als Künstler sein Publikum mit der Realität des Krieges

IMPRESSUM



Herausgegeben von der
CANDID Foundation gGmbH
Chausseestraße 11, 10115 Berlin
www.candid-foundation.org
berlin@candid-foundation.org

Verlag & Vertrieb:

Deutscher Levante Verlag GmbH
Chausseestraße 11
10115 Berlin

Abonnement und Versand:

Bestellung von Abonnements und Einzelheften unter
shop.zenith.me

Abonnements und Mitgliedschaften können über das Benutzerprofil unter www.zenith.me eigenständig verwaltet werden.

Redaktionsbeirat: Aline Abboud, Moritz Behrendt, Dr. Asiem El Difraoui, Daniel Gerlach, Christian Meier, Marcel Mettelsiefen, Dr. Walter Posch, Inna Rudolf, Leo Wigger, Sara Winter Sayilir
Chefredaktion: Robert Chatterjee, Daniel Gerlach (V.i.S.d.P.)
Artdirektion: Tamim Sibai

Schussredaktion:

Autoren: Adam Ashab, Moritz Behrendt, Pascal Bernhard, Lydia Both, Judith Braun, Jamil Chade, Robert Chatterjee, Dr. Asiem El Difraoui, Anna Dotti, Dörthe Engelcke, Intissar Fakir, Hongda Fan, Lisa Genzken, Daniel Gerlach, Dilek Gürsel, Ejaz Haider, Josefin Herrmann, Sophia Hiss, Lenka Hrabalová, Youssa Ishaq, Mauricio Jaramillo Jassir, Ezequiel Kopel, Peter Lintl, Jonas Mayer, Noha El-Mikawy, Maya Misikir, Meryem-Lyn Oral, Pieter Pandie, Philipp Peksaglam, Dr. Walter Posch, Prof. Ali Riaz, Inna Rudolf, Caspar Schliephack, Marcus Schneider, Ihor Semyvolos, Sebastian Sons, Pia Steckelbach, Ignaz Szlacheta, Kabir Taneja, Mohammed Usrof, Hanna Voß, Leo Wigger

Fotografen:

Yousra Ishaq, Laila Sieber

Korrektur:

Heike Barnitzke

Druck:

Offsetdruckerei KOPA

Verlag:

Deutscher Levante Verlag GmbH, levante-verlag.de

Dankeschön:

Florian Guckelsberger, Bahjat Shams

Periodizität:

halbjährlich

Copyright:

CANDID Foundation gGmbH 2024

Zitate nur mit Quellenangabe. Nachdruck nur mit Genehmigung.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder, nicht unbedingt die der Redaktion.

Gegründet 1999

ISSN 1439 9660

Erhältlich unter www.zenith.me

und im Zeitschriftenhandel.

Erhältlich in den Bahnhofs- und Flughafenbuchhandlungen in Deutschland



PANORAMA

PROZESSENDE IN ÄGYPTEN

DREIZEHN JAHRE FÜR NICHTS

Im März verkündete ein Gericht die Einstellung eines Sammelverfahrens gegen fünf ägyptische Menschenrechtsorganisationen. »Fall Nummer 173« untersuchte angeblich illegale Finanzflüsse an einheimische NGOs – und hielt die Zivilgesellschaft so an der kurzen Leine. Denn seit Prozessbeginn 2011 waren die Beschuldigten mit Ausreiseverboten und Kontosperrungen belegt. Optimisten erkennen eine Geste seitens der ägyptischen Führung, den festgefahrenen »Nationalen Dialog« wieder in Gang zu bringen. Kritiker hingegen verweisen auf die zahlreichen weiteren Verfahren und Haftstrafen gegen ägyptische Aktivisten.

IRAN STELLT GEFEUERTE ÄRZTE WIEDER EIN

DER ADERLASS HÄLT AN

Rund vierzig geschasste Mediziner sollen ihre Stellen an der »Teheran University of Medical Sciences« auf Anordnung eines iranischen Verwaltungsgerichts zurückbekommen. Das bestätigte ein Professor der Universität am 25. März. Insbesondere im Zuge der Protestwelle ab Herbst 2022 hatte die konservative Regierung von Präsident Ebrahim Raisi politischen Druck auf Irans Hochschulen ausgeübt, da viele Studierende, aber auch Lehrpersonal sich den Demonstrationen angeschlossen hatte. Die Rücknahme der Entlassungen ist wohl auch den Engpässen im Gesundheitssystem geschuldet: Rund 16.000 Ärzte – dazu viele Krankenpfleger – sollen Iran seit 2020 verlassen haben.

DER SATZ

»Für den Staatsaufbau war das Verständnis lokaler Sozialstrukturen unzureichend«

Am 19. Februar 2024 legte die Enquete-Kommission des Bundestags ihren Bericht zum Afghanistan-Einsatz vor. Auf 350 Seiten ziehen die Fachexperten und Parlamentarier des Gremiums Bilanz zum zwanzigjährigen Engagement am Hindukusch. Sie identifizieren neben Silodenken konkurrierender Ressorts vor allem mangelhafte Landeskenntnisse der inter-

nationalen Koalition als eine der Hauptursachen für das Scheitern des Einsatzes. Gerade auf politische Machtstrukturen und Lebensrealitäten in der ländlichen Peripherie sei man nie ausreichend eingegangen. Das Legitimationsdefizit habe gerade in diesen Gebieten den Taliban den Boden bereitet.

DAS DATUM

20.07.1974

Ethnische Spannungen zwischen türkischen und griechischen Zyprioten erschüttern die Mittelmeerinsel im Sommer 1974. Die griechische Junta plant die Annexion, die Türkei bekommt Wind von den

Plänen und marschiert in Zypern ein. Die im August 1974 etablierte Attila-Linie trennt bis heute das EU-Mitglied Republik Zypern von Ankaras Satellitenstaat Türkische Republik Nordzypern.

DIE ZAHL

89%

Gewaltzunahme gegen Zivilisten innerhalb von gerade einem Monat vermeldete die NGO »ACLED« zu Jahresbeginn für den Sudan. 8,5 Millionen Menschen haben nach einem Jahr mittlerweile ihr Zuhause verloren. Der Bürgerkrieg zwischen der sudanesischen Armee (SAF) und den »Rapid Support Forces« (RSF) trifft die Hauptstadt Khartum ebenso wie den Süden des Landes. Insbesondere die RSF sind berüchtigt für regelmäßige Plünderungen, Rachemorde und ethnische Säuberungen – und knüpfen an ihr dunkles Erbe als Dschandschawid-Miliz aus dem Darfur-Krieg an. Im Frühjahr hatte die SAF mehrere strategisch wie symbolisch bedeutsame Stellungen im Kampf um Sudans zweitgrößte Stadt Omdurman eingenommen. Auch dank neuer Waffenpartner gehen die Truppen unter General Abdul-Fattah Al-Burhan gegen die im Feld lange Zeit überlegenen RSF von Muhammad »Hemedti« Dagalo mittlerweile in die Offensive.

ABDULMAJID TEBBOUNE

FÜNF JAHRE AUF BEWÄHRUNG



Da kann man schon mal aus dem Stuhl fahren: Zwei Reporter erdreisteten sich Ende März doch tatsächlich, Algeriens Staatsoberhaupt beim Interview im Staatsfernsehen auf den Zahn zu fühlen: Warum er scheinbar ohne Not die Präsidentschaftswahlen auf September vorverlegt habe. »Dezember ist nun mal kein Wahlmonat«. Bitte schön, hier habt ihr eure Antwort! War den impertinenten Faktenföchsen überhaupt bewusst, was sich **Abdelmajid Tebboune** aufbürdet? Die Wiederwahl könnte den notorischen Kettenraucher zum selben Schicksal wie jenes seines Vorgängers Abdulaziz Bouteflika verdammen. Hätten die Demonstrationen 2019 diesen nicht zum Rückzug von der Kandidatur gezwungen, wäre er bis zu seinem Tod zwei Jahre später im Amt geblieben. Im November feiert Tebboune seinen 79. Geburtstag. Eine volle Amtszeit, das wären dann fünf weitere Jahre. Schon Bouteflika hatte es meisterhaft verstanden, seine Nachfolge hinauszuzögern, um sämtliche Prätendenten aus der Regierungspartei FLN auf Abstand zu halten. Diese Taktik bedeutete aber eben auch, gegebenenfalls bis zum letzten Atemzug im Präsidentenpalast auszuhalten. Aussicht auf einen Lebensabend abseits der Politik könnte dann nur die nächste Aufstandsbewegung in Algerien versprechen.

DAS WORT

Her şey çok güzel olacak

»Alles wird sehr schön werden« verspricht der Wahlslogan und beschreibt die Vision einer neuen Türkei. Als Ekrem İmamoğlu 2019 erstmals für das Oberbürgermeisteramt in Istanbul kandidierte, manifestierte der Wahlspruch die Hoffnung auf Wandel nach jahrzehntelanger politischer Dominanz durch Präsident Erdoğan's AKP. Insbesondere junge Menschen griffen den Slogan auf, verbreiteten ihn in sozialen Netzwer-

ken und stimmten ihm mit Zehntausenden auf Wahlkampfveranstaltungen an. Beim Kampf um die Wiederwahl Ende März setzte İmamoğlu wieder auf den bewährten Spruch – und mobilisierte eine Wählerschaft, die nach den Parlamentswahlen 2023 den Glauben an einen Sieg gegen die AKP fast schon verloren hatte.

JETZT WIRD MAURETANIEN INTERESSANT

Die EU will irreguläre Migration aus Afrika begrenzen. Der neuste Partner sitzt in Nouakchott

VON SOPHIA HISS

Sophia Hiss ist Studentin an der »Hertie School of Governance« in Berlin. Sie hat zuvor Islamwissenschaft in Freiburg und Tunis studiert.

WAS IST GESCHEHEN?

Am 7. März 2024 kündigte die Europäische Kommission den Start einer Migrationspartnerschaft mit Mauretanien an. Gleichzeitig sollen sogenannte »Global Gateway«-Initiativen Investitionen ins Land bringen, die Infrastruktur verbessern und Arbeitsplätze schaffen. Der Partnerschaft ging ein Besuch von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und dem spanischen Ministerpräsidenten Pedro Sánchez in Nouakchott voraus. Bei einem Treffen mit Präsident Mohamed Ould Al-Ghazouani brachten die beiden EU-Vertreter ein weiteres Abkommen auf den Weg: Mehr als 500 Millionen Euro sollen nach Mauretanien fließen, davon 200

WORUM GEHT ES EIGENTLICH?

Nach Ägypten, Libyen, Marokko und Tunesien hat Ursula von der Leyen nun auch Mauretanien besucht. Aufgrund seiner Lage ohne direkte Grenze zur EU bisher wenig beachtet, rückt das Land nun in den Fokus. Der Grund: die steigenden Ankunftsahlen auf den zu Spanien gehörenden Kanarischen Inseln vor der Küste Afrikas. Dort registrierte die Regionalregierung zu Beginn des Jahres rund 12.000 Ankünfte: achtmal so viele wie im Vorjahreszeitraum, Tendenz steigend. Nach Angaben der spanischen Regierung stachen 83 Prozent der Boote von der mauretanischen Küste aus in See. Vor allem die Hafenstadt Nouadhibou, nur 700 Kilometer von der Kanareninsel El Hier-

WIE GEHT ES NUN WEITER?

Wie mit Tunesien wurde auch mit Mauretanien eine Partnerschaft vereinbart, deren genaue rechtliche Ausgestaltung noch offen ist. Dies könnte bis auf Weiteres so bleiben, da die EU bisher vor allem mit symbolischen Absichtserklärungen den Eindruck erweckt, etwas gegen die steigenden Ankunftsahlen in Europa zu unternehmen. Die EU steht im Umgang mit Migration vor einer Entscheidung: populistische Symbolpolitik, die auf einer krisenhaften Wahrnehmung von Migration beruht, oder eine nachhaltige Partnerschaft, die die Bedürfnisse aller Beteiligten berücksichtigt. Im letzteren Fall sollte

Millionen von der EU, den Rest übernimmt Spanien. Bereits im Juni hatte die EU-Kommission einen Maßnahmenplan zur Eindämmung der »illegalen Migration« und der Schlepperaktivitäten in Nord- und Westafrika angekündigt. Der Plan sieht eine verstärkte Zusammenarbeit von Frontex mit Mauretanien sowie mit Marokko und Senegal vor. Die nun im Raum stehenden Summen bedeuten eine enorme Aufstockung der ursprünglich geplanten Unterstützung: Brüssel hatte Mauretanien bisher lediglich 12,5 Millionen Euro für den Zeitraum 2022 bis 2027 in Aussicht gestellt.

ro entfernt, hat sich als Abfahrtsort etabliert und die doppelt so lange Route über den Senegal ersetzt. Die seit Juli 2023 in Niger regierende Militärjunta hob im November ein mit der EU abgestimmtes Gesetz auf, das seit 2015 die Schleusung von Migranten unter Strafe gestellt hatte. Anfang 2024 kündigten Niger, Mali und Burkina Faso zudem ihren Austritt aus der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS an. Wie Präsident Kais Saied in Tunesien konnte daher auch Ould Al-Ghazouani in Mauretanien darauf vertrauen, dass sich die EU bald mit einem Angebot zur finanziellen Unterstützung melden würde.

Mobilität eher gefördert als eingeschränkt werden, da Europa angesichts seiner demografischen Situation langfristig auf Zuwanderung angewiesen sein wird. Dabei dürfte eine verstärkte Partnerschaft mit Mauretanien zumindest im Energiesektor aus Sicht der EU besonders interessant sein: Das Land hat einen Fahrplan für die Entwicklung von Grünem Wasserstoff ausgearbeitet und bereits 2021 eine Vereinbarung getroffen, um das Projekt »Nour« umzusetzen. Mit einer Kapazität von zehn Gigawatt und Investitionen von bis zu 3,2 Milliarden Euro das größte Projekt seiner Art in Afrika.

WAS IST GESCHEHEN?

In seiner Thronrede am 30. Juli 2022 hat sich der marokkanische König Muhammad VI. zu einer grundlegenden Reform des Familienrechts, der *Moudawwana*, verpflichtet. Ziel sei es nicht, den Frauen großzügige Privilegien einzuräumen, sondern die ihnen zustehenden Rechte zu geben. Wie schon 2004 setzte der König der Reform einen islamischen Rahmen: »Ich kann nicht erlauben, was Gott verbo-

ten hat, und ich kann nicht verbieten, was der Allerhöchste erlaubt hat«. Damit bezog er sich vor allem auf Regelungen, die auf dem Koran basieren. Am 26. September 2023 wies der König die Regierung an, innerhalb von sechs Monaten Reformvorschläge auszuarbeiten. Diese Frist zum 27. März 2024 wurde nicht eingehalten. Dennoch ist im Laufe des Jahres mit einem neuen Gesetz zu rechnen.

WORUM GEHT ES EIGENTLICH?

Die erwartete Reform wäre die erste Überarbeitung des Familiengesetzes von 2004, das damals von Frauenrechtlerinnen im In- und Ausland als soziale Revolution gefeiert wurde. Es hob unter anderem das Ehemündigkeitsalter für beide Geschlechter auf 18 Jahre an, machte die Legalisierung polygyner Ehen von Bedingungen abhängig und erlaubte Frauen, ohne Zustimmung ihres Vormunds zu heiraten. Die Freude über die Reform schlug jedoch schnell in Ernüchterung um. Frauenrechtlerinnen kritisieren unter anderem, dass Früh-ehen, Polygynie und Ehevormund-

schaft nach wie vor gängige Praxis sind. Sie fordern deshalb, das Mindestheiratsalter auf 18 Jahre festzusetzen, ohne dass der Richter in Einzelfällen Ehen unter 18 Jahren genehmigen kann. Polygynie soll demnach verboten werden. Der wohl umstrittenste Reformvorschlag: ein egalitäres Erbrecht, das Frauen und Männer gleichstellt. Die islamistische »Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung« (PJD) kritisierte, diese Forderung widerspreche den Bestimmungen des Korans, dem vom König gesetzten Rahmen und der Verfassung.

WIE GEHT ES NUN WEITER?

Die Ausgestaltung der Reform ist noch unklar. Es wird jedoch erwartet, dass Eheschließungen unter 18 Jahren nicht mehr erlaubt sein werden. Auch das Sorgerecht für Kinder wird voraussichtlich reformiert, sodass geschiedene Mütter, die wieder heiraten, das Sorgerecht für ihre Kinder aus erster Ehe behalten können. Die große Unbekannte bleibt das Erbrecht. Eine völlige Gleichstellung von Mann und Frau gilt als unwahrscheinlich, da gesellschaftlich-kon-

servative Kräfte und weite Teile der marokkanischen Gesellschaft dies als Verstoß gegen das islamische Recht und die Bestimmungen des Korans ansehen würden. Wie bereits 2004 spielt der marokkanische König eine zentrale Rolle im Reformprozess. Als »Anführer der Gläubigen« und damit höchste islamische Autorität des Landes hat er die letztendliche Deutungshoheit über das islamisch geprägte Familienrecht – und damit auch das letzte Wort.

MAROKKO MACHT ES KEINEM RECHT

König Muhammad VI. kündigt eine Reform des Familiengesetzes an. Obwohl die Details noch nicht bekannt sind, spaltet das Vorhaben die Gesellschaft

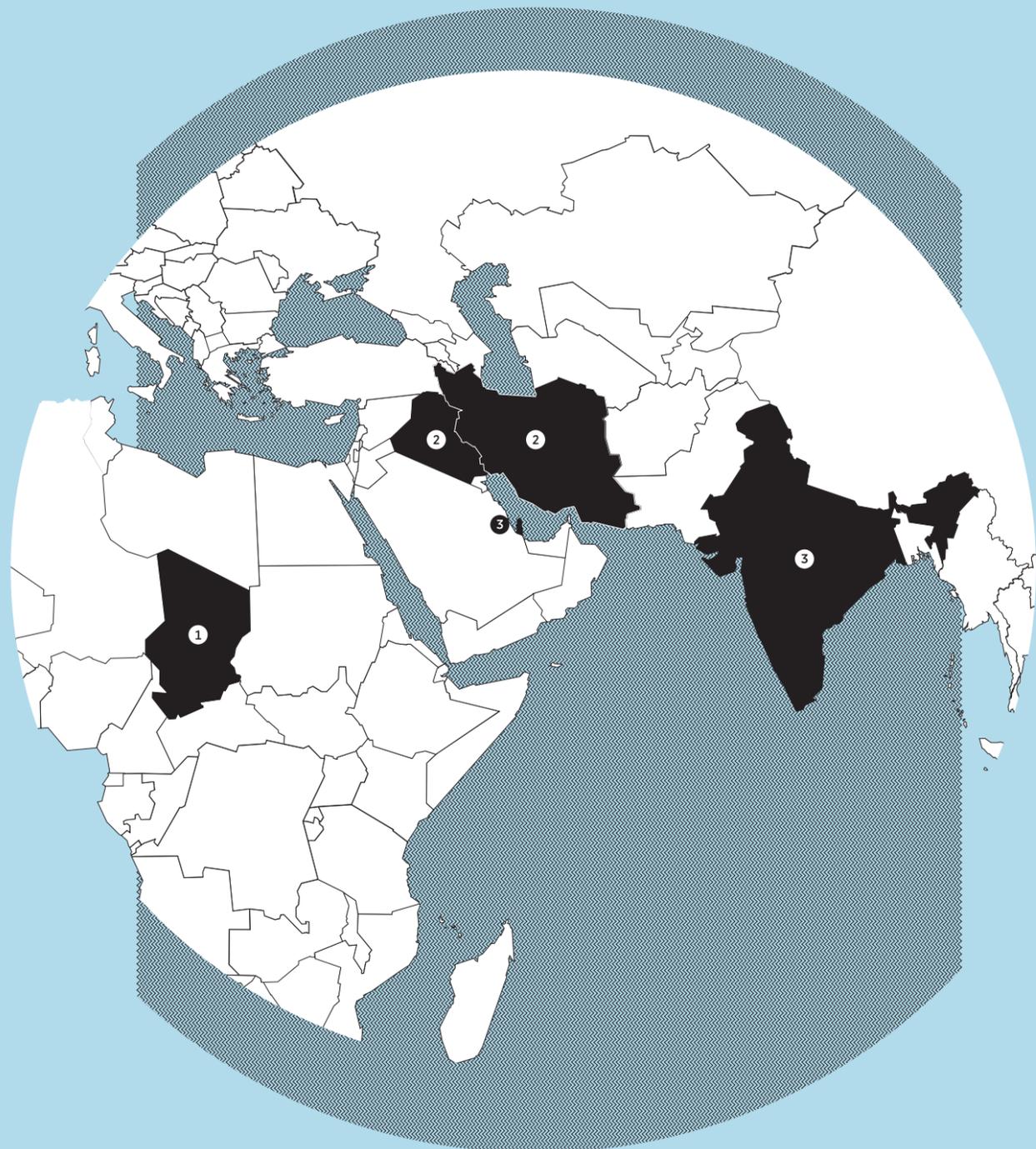
VON DÖRTHE ENGELCKE

Dörthe Engelcke ist wissenschaftliche Referentin am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht und Autorin von »Reforming Family Law: Social and Political Change in Jordan and Morocco« (Cambridge, Cambridge University Press, 2019).

HINTER DEN SCHLAGZEILEN

WAS SIE VIELLEICHT NICHT MITBEKOMMEN HABEN

VON ROBERT CHATTERJEE



1 TSCHAD

DER LETZTE PARTNER FÜR PARIS

Ein aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat, der sich zwei Monate vor den Wahlen Gefechte mit der Armee liefert und dabei stirbt? So lautet die offizielle Version zum Tod von Yaya Dillo Ende Februar. Oppositionsanhänger hingegen werfen dem tschadischen Interimspräsidenten Mahamat Déby vor, sich seines schärfsten Widersachers, der zugleich sein Cousin war, entledigt zu haben. Déby war seinem 2021 ermordeten Vater im Amt gefolgt, hatte Neuwahlen immer wieder hinausgezögert und seine eigene Kandidatur erst Ende 2023 per Referendum absegnen lassen. Proteste gegen seine autokratischen Ambitionen ließ der 39-Jährige zuletzt im Herbst 2022 niederschlagen. Kritik aus dem Ausland blieb aus, Déby ist nach wie vor ein gefragter Gesprächspartner. Man habe den Tod seines Herausforderers »zur Kenntnis

genommen«, antwortete der Sprecher des französischen Außenministeriums schmallippig auf Journalistenanfragen. Im März gratulierte Jean-Marie Bockel dann dem tschadischen Machthaber zum »erfolgreichen demokratischen Übergang«. Kurz zuvor hatte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron den 73-Jährigen zu seinem Afrikbeauftragten ernannt. Bockels Aufgabe: zu retten, was von »Françafrique« noch übrig ist, nachdem sich in den vergangenen Jahren vor allem die Sahelstaaten von Frankreich ab- und Russland zugewandt haben. Konkret geht es Paris im Tschad auch um die militärische Präsenz in der Region. Déby weiß um die missliche Lage der Franzosen und nutzt sie für sich. Wohl auch deshalb ist er im Januar öffentlichkeitswirksam bei Wladimir Putin vorstellig geworden.

2 IRAK / IRAN

KONSENS IN DER KURDENFRAGE

Auf die iranischen Raketenangriffe Anfang des Jahres reagierten sowohl Bagdad als auch Erbil mit Empörung. Doch kaum zwei Monate später lief die Sicherheitskooperation zwischen Iran, der Autonomen Region Kurdistan und der irakischen Zentralregierung wieder in geordneten Bahnen – stößt aber in den betroffenen Gemeinden auf Widerstand. Im März kündigten die drei Seiten an, die Grenze künftig mit Stacheldraht zu befestigen, nachdem bereits im November der Bau einer 200 Kilometer langen Grenzmauer abgeschlossen worden war. Die Anwohner befürchten erhebliche Handelseinschränkungen, tatsächlich soll als Nebeneffekt wohl auch Schmugglern das Handwerk gelegt werden. Vor allem aber richten sich die Sicherheitsabkommen gegen bewaffnete kurdisch-iranische Gruppen, die Iran als Drahtzieher der Pro-

teste in seinen Westprovinzen sieht. Teheran profitiert nun von der Interessenüberschneidung mit seinen Nachbarn. Denn fast zeitgleich haben Erbil, Bagdad und Ankara einen Präzedenzfall geschaffen und die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) im Irak verboten. Da die Türkei und Iran in den vergangenen Monaten verstärkt gegen kurdische Milizen vorgegangen sind, steht die Autonome Region Kurdistan unter Druck – und der Status quo im Nordirak auf dem Prüfstand. Vor allem der iranische Ableger der PKK könnte nun ins Visier geraten: Die »Partei für ein Freies Leben in Kurdistan« (PJAK) operierte bislang in den irakischen Kandil-Bergen, ist aber sowohl den irakisch-kurdischen Parteien als auch der Islamischen Republik Iran ein Dorn im Auge und könnte als nächste auf der Verbotsliste stehen.

3 KATAR / INDIEN

ERST DIE BEGNADIGUNG, DANN DER DEAL

Details zu dem Spionageprozess, der die indisch-katarischen Beziehungen trübt, nannten die beiden Politiker auch bei ihrem Treffen im Februar nicht. Dennoch hatten Scheich Tamim Bin Hamad Al Thani und Narendra Modi etwas zu feiern: Acht indische Sicherheitsberater wurden nach monatelanger Haft in Doha freigelassen. Indischen Medienberichten zufolge waren die ehemaligen Marinesoldaten im Sommer 2022 wegen angeblichen Geheimnisverrats an Israel verhaftet und zum Tode verurteilt worden. Dabei soll es um den Kauf italienischer U-Boot-Technologie durch Katar gegangen sein. Der Fall hatte in Indien hohe Wellen geschlagen und den indischen Premierminister Modi unter Druck gesetzt, sich für die Freilas-

sung seiner Landsleute einzusetzen. Bereits Ende 2023 hatte ein katarisches Gericht das Strafmaß reduziert. Wenige Monate später gelang der Durchbruch, den beide Seiten als Erfolg verbuchen können. Denn letztlich wollten Neu-Delhi und Doha ohnehin schnell wieder an den Verhandlungstisch zurück und ins Geschäft kommen: Indien will seine Energiequellen diversifizieren, und Katar sucht angesichts der Lage am Roten Meer nach Absatzmärkten jenseits Europas. Und so bot das bilaterale Krisentreffen die Chance, einen umfassenden Deal auszuhandeln: Die indische Petronet und Qatar Energy vereinbarten eine Partnerschaft über zwei Jahrzehnte und eine jährliche Lieferung von 7,5 Millionen Tonnen Flüssiggas nach Indien.

GRÜNER REALO SOHANUR RAHMAN



Er und seine Mitstreiter stoppten ein Kohlekraftwerk in Bangladesch. Inzwischen führt Sohanur Rahman die Bewegung gegen den Klimawandel an, der sein Land besonders bedroht

Von Leo Wigger

Foto: Leo Wigger

K

lima-Aktivismus muss man sich leisten können – so lautet ein in Deutschland weit verbreitetes Vorurteil über »Klimakleber« und »Fridays for Future«. Dabei ist es genau umgekehrt. Auf Sohanur Rahman trifft das Vorurteil ohnehin nicht zu. Er wuchs in einfachen Verhältnissen in Barisal auf, einer von Wasserstraßen durchzogenen Hafenstadt im Ganges-Delta voller üppiger Vegetation und verwitterter Baudenkmäler. Bangladesch gehört zu den zehn Ländern, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind. Extreme Wetterlagen treten immer häufiger auf. Barisal trifft es selbst für bangladeschische Verhältnisse besonders hart.

2007 wütete der Zyklon Sidr in der Heimatstadt des Aktivisten. Rahman war damals in der siebten Klasse. Es sei das erste Mal gewesen, dass er sich Gedanken über das Klima gemacht habe, erzählt er im Gespräch mit *zenith*. Wie viele andere habe er damals gespürt, dass sich etwas verändert, ohne zu verstehen, was genau. 2016 besuchte er dann die Insel Andar im Golf von Bengalen. Dort leben mehrere Tausend Menschen ohne Schutz vor den Gezeiten. Ein einfaches Leben, ohne klimaschädliche Emissionen. Und doch zahlen die Menschen dort den höchsten Preis für den Klimawandel.

Rahman wollte das ändern. Gemeinsam mit Mitstreitern gründete der Aktivist »YouthNet Global«, ein Netzwerk für Klimagerechtigkeit, das den Stimmen der vom Klimawandel Betroffenen Gehör verschaffen will und seitdem Bildungsarbeit in den betroffenen Regionen leistet. Die Gruppe nahm 2016 Kontakt zu UNICEF und lokalen Universitäten auf und sprach mit Regierungsvertretern. 2019 organisierte sie den ersten Klimastreik des Landes. Kurz darauf erkannte das bangladeschische Parlament den Klimawandel als globale Herausforderung an.

»Wir wollen das Klimathema in die Gesellschaft tragen«, sagt Rahman. Es gebe hervorragende Klimaexperten im Land, in den intellektuellen Kreisen im reichen Norden der Hauptstadt sei das Thema präsent, aber noch treibe es die Jugend nicht in Massen auf die Straße. Gerade weil die Klimabewegung im Land so klein ist, müssten sich die Aktivisten genau überlegen, wie sie die Öffentlichkeit mobilisieren und Bilder produzieren, die hängenbleiben.

2019 organisierte das von Sohanur Rahman mitgegründete Netzwerk den ersten Klimastreik

»Unsere Kollegen in Europa ringen um die richtige Protestform, bei uns geht es darum, überhaupt gehört zu werden«, sagt Rahman. »Zwei von drei Leuten sind jung. Aber im letzten Parlament war nur ein Abgeordneter unter 30.« Da müsse man schon laut sein, um überhaupt gehört zu werden. Das große Wort vom Klimaschutz habe vor Ort eine konkrete Bedeutung. Im Gespräch mit den betroffenen Gemeinden kämen vor allem zwei Forderungen immer wieder: sauberes Wasser und besserer Küstenschutz.

Der wohl größte Erfolg der Gruppe: Gemeinsam mit internationalen Partnern konnte das Kohlekraftwerk »Matabari 2« verhindert werden. Das Geld für den Bau sollte aus Japan kommen. »Deshalb haben wir uns an die japanische Öffentlichkeit gewandt«, berichtet Rahman. »Wir verkleideten uns als das berühmte Pokémon Pikachu.« Der kreative Protest erregte nicht nur in den bangladeschischen Medien, sondern auch in Fernost Aufmerksamkeit. Japan zog daraufhin seine finanzielle Unterstützung für das Projekt zurück. Die Pläne wanderten in die Schublade.

Inzwischen sitzt Rahman bei Klimakonferenzen weltweit mit am Tisch. Auf der Weltklimakonferenz COP28 in Dubai warben Rahman und seine Mitstreiter Ende 2023 für die Einführung des »Loss and Damage Fund«, der arme Länder bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels unterstützen soll. Die Regierung von Bangladesch schätzt, dass sie umgerechnet rund 8,3 Milliarden Euro pro Jahr braucht, um das 170-Millionen-Einwohner-Land einigermaßen auf den Klimawandel vorzubereiten.

Doch trotz zahlreicher Treffen mit der globalen Klimaelite, darunter auch die Klimabeauftragte der Bundesregierung, Jennifer Morgan, und der Verabschiedung des Sonderfonds für arme Länder blieb am Ende das Gefühl, dass noch zu wenig passiert. Bei der COP29 im November im aserbaidjanischen Baku wollen die Klimavorreiter vom Golf von Bengalen nun für eine gerechte Ausgestaltung und schnelle Umsetzung des »Loss and Damage Fund« kämpfen. Und noch etwas stört sie: Nach den Vereinigten Arabischen Emiraten ist mit Aserbaidjan erneut ein Petro-Staat Gastgeber der Weltklimakonferenz.

»Ihr sagt, wir sitzen alle im selben Boot. Aber das stimmt nicht. Wir sitzen in einem sinkenden Boot und ihr in einem Kreuzfahrtschiff, aber ihr teilt euer Rettungsboot nicht mit uns.« Sohanur Rahman fordert mehr Bewusstsein für die Dringlichkeit der Situation: »Niemand will auf seinen Profit verzichten. Aber es ist meine Heimat, nicht eure, die bald untergehen wird, wenn sich nichts ändert.«

M

it ihrem Hidschab und ihrer zierlichen Figur ist Bouchra Baibanou auf den Straßen von Rabat leicht zu übersehen. Am liebsten erzählt die 55-Jährige von ihrer großen Leidenschaft: »Als ich den ersten Gipfel bestieg, vibrierte mein Körper. Ich spürte die absolute Freiheit« – so erinnert sich Marokkos berühmteste Bergsteigerin an die Anfänge ihrer Wanderlust, an Sommerlager mit mehrtägigen Ausflügen. »Die anderen Mädchen fluchten über die langen Strecken. Ich dagegen war ganz in meinem Element.«

Wanderer aus aller Welt finden im Königreich Marokko zahlreiche Kletterrouten. Die höchsten Gipfel des Atlasgebirges und die Täler dazwischen ziehen jedes Jahr Tausende Touristen an. 4.167 Meter über dem Meer thront der Jebel Toubkal im Hohen Atlas. Der höchste Berg Nordafrikas faszinierte Bouchra Baibanou seit ihrer Jugend – und ebnete ihr den Weg in die Welt der Bergsteiger. »Professionelle Touren gab es damals noch nicht«, erinnert sie sich. Also machte sie es sich zur Aufgabe, als Bergführerin Besucher auf die Gipfel des Atlas zu führen. Auch ihre eigenen Kinder nahm sie von Anfang an mit in die Berge.

Nach 19 Jahren als Reiseleiterin beschloss Bouchra Baibanou, ihren Horizont zu erweitern. Der höchste Berg Afrikas war ihr neues Ziel. Doch selbst der 5.895 Meter hohe Kilimandscharo war nur eine Zwischenstation. »Damals habe ich zum ersten Mal von den Seven Summits gehört«, erinnert sie sich. Gemeint sind die jeweils höchsten Erhebungen aller Kontinente. »Ich beschloss, sie alle zu besteigen.«

Bouchra Baibanou, damals 41 Jahre alt, stand nach ihrem Entschluss vor ihrer größten Hürde: Denn solche Expeditionen finanziell zu unterstützen, auf diese Idee kam damals niemand in ihrem Heimatland. Und so verhallte ihr Werben für den Alpinismus bei den marokkanischen Behörden ungehört. Bouchra Baibanou nahm Kredite auf, lieh sich Geld von Freunden und stand 2017 als erste Nordafrikanerin

auf dem Mount Everest. Ein Jahr später meisterte sie als erste arabische Frau die »Seven Summits Challenge«.

Obwohl diese Erfolge sie in Marokko und weit darüber hinaus bekannt machten, blieb die Finanzierung das größte Hindernis für ihre Karriere. Erst ein Dokumentarfilm und eine Autobiografie füllten ihre Reisekasse. Inzwischen organisiert Bouchra Baibanou nicht nur Touren in Marokko, sondern führt auch Gruppen auf den Kilimandscharo. Die Einnahmen ermöglichten es ihr, die nächsten Kletterziele in Angriff zu nehmen. 2022 bestieg sie den Annapurna (8.091 Meter), ein Jahr später den vierthöchsten Berg der Welt, den Lhotse (8.516 Meter).

Unterstützt wird Bouchra Baibanou bei all ihren Vorhaben von ihrem Mann und ihrer Familie. Jetzt will sie vor allem Frauen für den Bergsport begeistern und sie dabei unterstützen – ihre eigene Erfahrung, sich über Konventionen hinwegzusetzen, soll ihr dabei helfen.

Nach vielen öffentlichen Vorträgen über ihren eigenen Lebensweg hat sie ein Pilotprojekt ins Leben gerufen: Rund 100 Mädchen, vor al-

lem aus Großstädten, nahmen bereits an ihrem Wanderprogramm teil. »In Marokko werde ich oft nicht in erster Linie als Frau wahrgenommen, sondern als erfolgreiche Sportlerin«, betont sie. »Deshalb werde ich zu Vorträgen eingeladen und habe Einfluss nicht nur auf Frauen, sondern auch auf Männer.«

Die Wander- und Bergsteigerszene in Marokko wächst derweil, nicht nur durch ausländische Touristen, sondern auch dank der wachsenden Nachfrage der Marokkaner selbst. Jedes Jahr zieht es mehr und mehr Einheimische in die Natur. Zu den negativen Aspekten dieser Entwicklung gehört ein sichtbarer Mangel an Respekt für die Umwelt. Die am leichtesten zugänglichen Wanderwege, zu denen Agenturen junge Marokkaner aus den Städten führen, sind oft vermüllt: »Auch hier möchte ich ein Umdenken erreichen«, sagt Bouchra Baibanou über ihr nächstes großes Ziel.

Die Wander- und Bergsteigerszene in Marokko wächst, nicht nur wegen der ausländischen Touristen

AUFSTIEG IM ATLAS BOUCHRA BAIBANOU

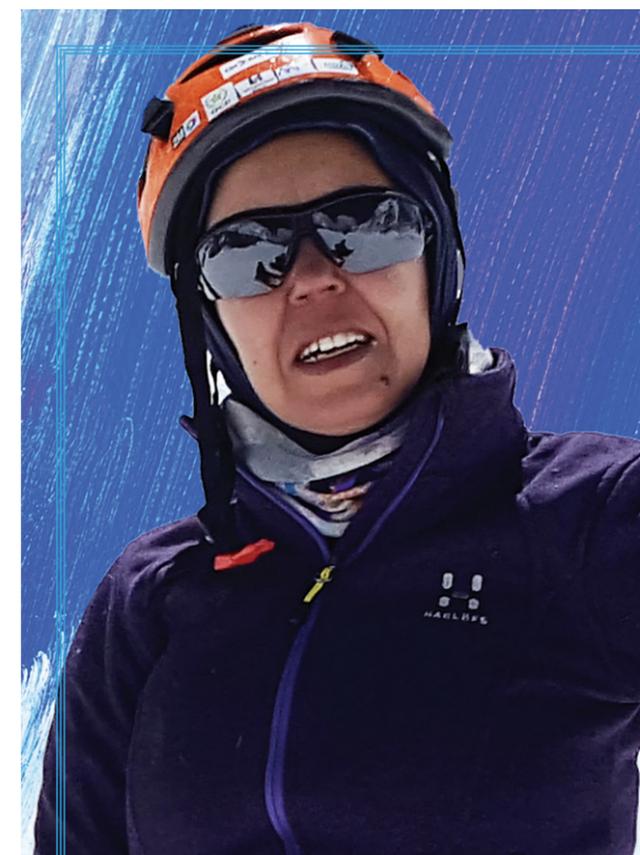


Foto: privat

Bouchra Baibanou hat die Welt von oben gesehen. Dank der Extrembergsteigerin entdecken die Marokkaner die Gipfel ihrer Heimat

Von Lenka Hrabalová

ARABISCH SEXY GEMACHT

SAINT
LEVANT

Mit Schmuse-Rap hat Saint Levant den Durchbruch geschafft. Dabei geht es dem palästinensischen Musiker eigentlich um etwas anderes

Von Philipp Peksaglam

Foto: www.instagram.com/saintlevant

S

aint Levant kennt sein Publikum. »Die einen mögen Saint Levant, weil er gut aussieht, die anderen, weil er Araber ist – vielleicht leben sie im Nahen Osten, vielleicht im Westen und haben einen Migrationshintergrund«, sagte er 2023 der *New York Times* – und sprach von sich in der dritten Person.

Mit an Arroganz grenzender Selbstsicherheit singt der selbst ernannte »*Loveboy Levant*« im weißen Tanktop von Sex, Liebe und wilden Nächten in Beirut. Der 23-Jährige, der eigentlich Marwan Abdelhamid heißt, mischt in seinen Songs Englisch mit Französisch und Arabisch, von R&B über UK-Garage bis Rap ist alles dabei.

2022 landete er auf *TikTok* mit »*Very Few Friends*« einen Hit, der ihn auf einen Schlag zum Star machte. Mittlerweile wurde der Song über 77 Millionen Mal auf Spotify gestreamt. Der Inhalt seiner Songtexte lässt sich wohl am besten als Bettgeflüster beschreiben: »I can tell that you're bad for me, habibi. I want you, you need me. T'as compris? C'est fini.«

Seinen Status als Sexsymbol kommentiert Saint Levant selbstironisch. »Ich habe mir den Schnurrbart nicht ausgesucht, okay?« Ganz offen gibt er zu: Die Playboy-Persona Saint Levant pflegt er bewusst. Und er weiß, dass er dafür gerne belächelt wird. Doch damit scheint er kein Problem zu haben. »Früher habe ich Ohrringe getragen und mir die Nägel lackiert. Irgendwann habe ich gemerkt: Es geht gar nicht um mich, sondern um das, was die Leute auf mich projizieren.«

Marwan Abdelhamid begann seine musikalische Karriere während seines Studiums der Internationalen Beziehungen im kalifornischen Santa Barbara – mit politischem Hip-Hop. Seine ersten Tracks 2020 trugen Titel wie »*Nirvana in Gaza*« oder »*Jerusalem Freestyle*« und beschäftigten sich mit der Marginalisierung und Diskriminierung, die seine Kindheit und Jugend in Gaza prägten. Erst als Saint Levant, dem attraktiven Schmuse-Rapper, gelang ihm der Durchbruch. »Ein Freund sagte zu mir: Arabisch ist im Westen so verteufelt. Du hast die Sprache sexy gemacht.«

»Man wird als Nichtamerikaner zugänglicher, aber es verändert auch, wer überhaupt Medienaufmerksamkeit bekommen kann«, beschreibt sein Manager in der *New York Times* die Wirkung, die Saint Levant entfalten kann, obwohl

er eigentlich nicht in das gängige Schema der Branche passt. Mit seinem freizügigen, globalisierten Rap überwindet er aber auch Stereotypen: Saint Levant ist kein Freiheitskämpfer und auch kein Flüchtling.

Marwan Abdelhamids Identität bleibt dennoch in Palästina verwurzelt und in den Konflikten, die seine Heimat prägen: »Ich erinnere mich an die Hitze, das Essen und an die Geräusche der Drohnen, das Knacken der Knochen.« Geboren wurde er während der Zweiten Intifada in Jerusalem, wo seine aus Gaza stammende Familie zwischenzeitlich Zuflucht gefunden hatte. Saint Levants Mutter ist französisch-algerisch, sein Vater serbisch-palästinensisch. 2007, nach der Machtübernahme der Hamas in Gaza, musste die Familie nach Jordanien fliehen. Zu Hause sprachen sie Französisch, in der Schule Englisch und beim Fußballspielen in den palästinensischen Lagern Arabisch.

Wenn er nicht gerade mit dem Projekt Saint Levant beschäftigt ist, arbeitet Marwan Abdelhamid für sein Start-up 2048, das unter anderem palästinensische Kleinunternehmer mit Geldgebern in der Diaspora zusammenbringt. Seinen Erfolg will

der Rapper nun nutzen, um musikalisch zu seinen Wurzeln zurückzukehren. »Ich bin noch nicht fertig damit, politische Musik zu machen. Diese *Loveboy*-Geschichte macht Spaß, ist aber eher Mittel zum Zweck.« Die neue Single »*Deira*« wurde Ende Februar veröffentlicht und ist Gaza und dessen Kultur gewidmet. »*Deira*« war der Name jenes Hotels, das die Baufirma seines Vaters einst in Gaza errichtete. Bereits 2014 war es Ziel israelischer Luftangriffe, bei denen mehrere Menschen, darunter auch Kinder, ums Leben kamen. Inzwischen ist das Gebäude völlig zerstört.

Marwan Abdelhamid versucht, die kommerzialisierte *Loveboy*-Persona mit der Entfremdung und den Traumata der palästinensischen Lebensrealität zu versöhnen.

Das unterstrich er Ende November, als ihn das Magazin *GQ* in Paris zum »Mann des Jahres« kürte: »Man hat mir gesagt, ich solle nicht über Gaza sprechen. Aber ich werde nicht schweigen.« Die nächste Bühne für seine Botschaft: Im April gehörte Saint Levant zum handverlesenen Line-up des US-Musikfestivals Coachella.

»Man hat mir gesagt, ich solle nicht über Gaza sprechen«

»Wir werden bespuckt und verflucht«



Foto: Judith Braun und Pascal Bernhard

Bischof Koryoun Baghdasarian wurde 1980 in Armenien geboren und kam 1995 nach Jerusalem. Im Jahr 2003 wurde er zum Priester geweiht. Er studierte an der Hebräischen Universität Jerusalem Pädagogik, Soziologie und Anthropologie, erwarb er einen Master in Verwaltung und internationale Beziehungen. Seit 2006 lehrt er armenische Kirchengeschichte am Armenischen Theologischen Seminar in Jerusalem und wurde im Oktober 2023 zum Bischof geweiht. Am Armenisch-Orthodoxen Patriarchat in Jerusalem ist Baghdasarian für die Immobilienverwaltung zuständig.

Das Armenisch-Orthodoxe Patriarchat in Jerusalem hat schon viel erlebt. Bischof Koryoun Baghdasarian zur Haltung seiner Kirche zum Krieg in Gaza, alltäglicher Gewalt in Jerusalem und einem Rechtsstreit, der die Existenz seiner Gemeinde bedroht

INTERVIEW: JUDITH BRAUN UND PASCAL BERNHARD

zenith: Die Weltöffentlichkeit blickt auf Gaza und fragt sich, ob wir Zeuge eines Völkermordes werden. Die armenische Gemeinschaft ist sich der Tragweite eines solchen Ereignisses bewusst.

Koryoun Baghdasarian: Es ist nicht Aufgabe der Kirche zu definieren, ob es sich um einen Völkermord handelt oder nicht. Dafür gibt es Experten. Wir unterhalten weder eine Kirche noch ein Kloster in Gaza, deshalb fehlen uns Berichte aus erster Hand. Aber wir sehen das Leid – auf beiden Seiten. Seit dem 7. Oktober beten wir auf Weisung des armenischen Patriarchen für den Frieden: am Grab Christi, in der Geburtskirche und am Grab der Heiligen Maria.

Die israelische Regierung hat den Völkermord an den Armeniern bis heute nicht anerkannt.

Seit Jahren werden wir gefragt, wie sich die Armenisch-Orthodoxe Kirche dafür einsetzen kann, dass Israel das »große Verbrechen«, wie der Völkermord auf Armenisch genannt wird, anerkennt. Ich habe lange geglaubt, dass strategische Gründe und die militärpolitische Zusammenarbeit mit Aserbaidschan Israel daran hindern.

Haben Sie Ihre Meinung geändert?

Inzwischen glaube ich, dass Israel den Völkermord an den Armeniern nicht anerkennt, um die Singularität des Holocaust nicht infrage zu stellen.

Und was tut die Kirche?

Es ist nicht unsere Aufgabe zu handeln. Die moralische Verpflichtung liegt bei den Israelis, ihrer Regierung und dem israelischen Staat, den Völkermord an den Armeniern als solchen zu benennen. Eine Nation, die den Holocaust erlebt hat, hätte als erste den Völkermord an den Armeniern anerkennen müssen.

Wie wirkt sich der Gaza-Krieg auf die armenische Gemeinde in Jerusalem aus?

Wir leiden alle. Es kommen keine Pilger und auch sonst kaum Touristen. Die Menschen haben Angst um ihre Zukunft. Aus

Solidarität mit den Christen haben wir alle Festtage abgesagt. Unter diesen Umständen können wir nicht feiern.

2021 schloss das Patriarchat einen umstrittenen Deal: Der Kuhgarten, der ein Viertel des armenischen Viertels ausmacht, soll an den israelisch-australischen Geschäftsmann Daniel Rubenstein verpachtet werden. Viele armenische Christen sehen die Zukunft ihrer Glaubensgemeinschaft bedroht.

Das Geschäft wurde vor meiner Zeit abgeschlossen. Wir haben eine der führenden Anwaltskanzleien in Tel Aviv beauftragt, den Kaufvertrag zu prüfen. Am 26. Oktober 2023 haben wir ein Kündigungsschreiben an das Unternehmen geschickt und Ende Dezember Klage beim Bezirksgericht Jerusalem eingereicht. Das Gerichtsverfahren ist im Gange, und wir hoffen, dass das Geschäft am Ende annulliert wird. **Und wer trägt die Verantwortung aufseiten der Kirche?** Mein Vorgänger, der den Vertrag unterschrieben hat, wurde bereits entlassen und vom Priesteramt ausgeschlossen.

Hat der Kuhgarten eine theologische Bedeutung?

Nein. Der Kuhgarten diente in erster Linie den Mönchen, die hier über Jahrhunderte lebten, als Lebensgrundlage. Sie hielten dort ihr Vieh, daher der Name.

Was würde eine Niederlage vor Gericht für die armenische Gemeinde bedeuten?

Darüber wollen wir nicht nachdenken. Aber wenn wir verlieren, wird das Land nicht verkauft, sondern verpachtet. Es wird immer in armenischem Besitz bleiben – auch der Rest des Viertels ist rechtlich abgesichert. Gemeinsam mit den anderen Kirchen setzen wir uns für den Erhalt der christlichen Präsenz in der Jerusalemer Altstadt ein.

Viele Palästinenser werfen den Armeniern vor, im Nahostkonflikt auf der Seite der Israelis zu stehen.

Die Beziehungen zwischen Muslimen und Armeniern sind ausgezeichnet. Das waren sie schon immer. Die Armenisch-Orthodoxe Kirche ist die einzige, die seit dem 4. Jahr-

Das Armenisch-Orthodoxe Patriarchat in Jerusalem Der Armenisch-Orthodoxe Patriarch ist einer der drei Patriarchen von Jerusalem und das religiöse und geistliche Oberhaupt der armenischen Gemeinschaft. Einst erstreckte sich der Zuständigkeitsbereich des Patriarchen über Syrien, Libanon, Zypern und Ägypten. Heute ist die Kirche nur noch für Israel, Palästina und Jordanien zuständig. Jeden Frühling trifft sich die Generalversammlung der Bruderschaft und wählt sowohl den Patriarchen als auch den Großsarkistan.



Ein Parkplatz im armenischen Viertel: Die Trümmer stammen vom November, als die Baufirma Zana Capital mit Baggern und Sicherheitskräften zur Räumung anrückte – trotz des andauernden Gerichtsverfahrens.

Foto: Judith Braun und Pascal Bernhard

hundert ununterbrochen im Heiligen Land präsent ist. Und wir sind die einzige Kirche, die in Jerusalem keine politische Agenda verfolgt.

Eine politische Agenda?

Als die Kreuzritter Jerusalem befreiten, vertrieben sie den griechischen Patriarchen – und der war immer mit dem byzantinischen Reich im Bunde. Aber die Armenier überlebten diese ökumenischen Feindschaften: Während der Kreuzzüge stammten alle Königinnen des Königreichs Jerusalem aus armenischen Familien. Und als Saladin seinerseits Jerusalem eroberte, löste er sofort das Lateinische Patriarchat auf. Die Armenier beschränken sich auf ihre spirituelle Agenda. Deshalb hatten wir immer gute Beziehungen zu allen Herrschern und wurden nie aus Jerusalem vertrieben.

Heute werden die Christen zunehmend angefeindet.

Am meisten leiden darunter die Armenier in der Jerusalemer Altstadt. Der Weg zur Klagemauer führt durch das armenische Viertel. Alle jüdischen Extremisten ziehen da durch. Es tut weh, jeden Tag angefeindet zu werden: Dafür, dass wir einen sicheren Weg zur Klagemauer bieten, werden wir bespuckt und verflucht.

Wie viele Armenier leben heute noch in Israel und Palästina?

In der Altstadt von Jerusalem leben 3.000 armenische Christen, ein Drittel von ihnen im Kloster. Die restlichen 5.000 Armenier konzentrieren sich vor allem in Haifa, einige Familien sind in Nazareth und in Akko zu Hause. Viele sind nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nach Israel gekommen, weil sie nicht nur armenische, sondern auch jüdische Wurzeln haben und damit zur Aliyah berechtigt sind. Wie viele Familien das sind, wissen wir nicht genau. Eine weitere armenische Gemeinde lebt in Bethlehem, wo die Armenisch-Orthodoxe Kirche auch religiöse Privilegien genießt.

Welchen Auftrag hat die Armenisch-Orthodoxe Kirche heute in Jerusalem?

Wir schützen unsere Rechte an den Heiligen Stätten und den Fortbestand unserer Glaubensgemeinschaft. Wir wollen aber auch den Pilgern die Ankunft im Heiligen Land erleichtern. Von Damaskus aus führten verschiedene Klöster und Konvente nach Jerusalem, und auch heute noch kann man von Jaffa über Ramla nach Jerusalem pilgern. Und nicht zuletzt ist das Armenisch-Orthodoxe Patriarchat ein Fürsprecher der kleinen Kirchen.

In welcher Hinsicht?

Als eine Art Schutzmacht, zum Beispiel für die äthiopischen, assyrischen oder koptischen Patriarchen. Sie werden als unsere Yamaq bezeichnet, ein ursprünglich türkisches Wort für »Anhänger«. Als solche räumen wir ihnen viele Rechte ein, damit sie ihre Messen an unseren Altären und zu unseren Gebetszeiten feiern können. Und wir organisieren ihre Besuche in der Altstadt. Wenn ein äthiopischer, syrischer oder koptischer Patriarch die Heilige Stadt besucht, organisieren wir seinen Einzug in die Grabes- oder die Geburtskirche. Sie alle gehören zur Familie der östlichen orthodoxen Kirchen. Als Mitglied dieser Familie kümmern wir uns um sie.

Und was zeichnet das Armenisch-Orthodoxe Patriarchat von Jerusalem aus?

Wir missionieren nicht. Nur Armenier können Mitglied werden. Außerdem werden alle Gebete in klassischem Armenisch gesprochen. Das Armenisch-Orthodoxe Patriarchat von Jerusalem bewahrt alle Traditionen. Seine Liturgien, Prozessionen und Trachten sind unverfälscht. Der Völkermord an den Armeniern war auch ein kultureller Genozid. 4.000 Kirchen und Klöster wurden zerstört, Priester, Mönche und Geistliche massakriert. Einzig das armenische Kloster in Jerusalem ist erhalten und bewahrt die Traditionen.

WIR SIND HELDEN

Von seichter Unterhaltung ist hier nicht mehr viel zu spüren:
Wie es vier libanesischen Serien schaffen, die Realität im Libanon
abzubilden und spannend zu erzählen

VON INNA RUDOLF

Die 2021 gestartete Serie »Lil Maut« (dt. »Bis zum Tod«) erzählt die Geschichte der drei Straßenkinder Sahar, Wejdan und Omar, die mit Armut und Obdachlosigkeit zu kämpfen haben. Sie heckeneinen waghalsigen Plan aus, um mit List und Tücke Geld von reichen Libanesen zu ergaunern.

Foto: Shahid

A

Is der Gebetsruf durch die Gassen von Hamra im Westen Beiruts hallt, treffe ich mich mit meiner libanesischen Freundin und ihrer Familie zum abendlichen Fastenbrechen. Es gibt Datteln und Milch. Dann versammeln sich alle vor dem Fernseher. Denn Muslime wie Nichtmuslime wissen: Im Fastenmonat Ramadan werden die aufwendigsten und tiefgründigsten TV-Serien des Jahres ausgestrahlt.

Bei der libanesischen Serie »Al-Hayba« war ich zunächst skeptisch. Wie viel Tiefgang erlaubt eine Seifenoper? Doch schon bald tauchte ich ein in die verschlungene Welt von Al-Hayba, einem fiktiven Dorf in einer Gegend, die dem bekannten Bekaa-Tal im Libanon ähnelt.

In dieser Serie ist der libanesischen Staat weit weg. Die Verfechter der Gerechtigkeit sind hier Würdenträger, Stammescheichs und Schmuggler: Figuren, die nicht als selbstsüchtige Kriegsherren, sondern eher als moderne Robin Hoods dargestellt werden. Die Erzählung entfaltet sich vor einem Hintergrund, in dem traditionelle Hierarchien mit modernen Idealen kollidieren und die Grenzen zwischen Gut und Böse, Gerechtigkeit und Vergeltung verschwimmen.

Ich stamme aus dem Balkan und bin mit volkstümlichen Stoffen vertraut. Vor allem mit der Romantisierung der Selbstjustiz. Die Geschichten handeln oft von Heldentum, von geächteten Anführern oder *Woiwoden*, die militante Freiwilligenverbände anführten. Diese Heiducken symbolisierten später auch in den offiziellen Geschichtsbüchern den Widerstand der Balkanvölker gegen die osmanische Herrschaft.

Ich erinnere mich lebhaft an mein zehnjähriges Ich. Gefesselt von Geschichten mit Protagonisten, die Mut und hehre Prinzipien verkörperten. Die Hauptfigur in »Al-Hayba« bewegt sich in ähnlichen Grauzonen. Geschickt umgeht die Serie die Frage nach der Legitimität ihres Handelns. Sie betont die edlen, wenn auch nicht immer legitimen Motive der Protagonisten. So entsteht ein komplexes Wechselspiel zwischen Gerechtigkeit, Verantwortung und den Grenzen zwischen gesellschaftlichen Normen und individuellen Überzeugungen. Mein Hintergrund prägt unweigerlich meine Wahrnehmung dieser Romantisierung illegaler Handlungen auf der Suche nach Gerechtigkeit.

Libanesischen Serien wie »Al-Hayba« spielen mit dieser Romantisierung. Die Handlung stellt die Moral und Legitimität des libanesischen Justizsystems meisterhaft infrage.

Im Mittelpunkt stehen der Protagonist Jabal Sheikh Al-Jabal, seine Familie, die Dorfgemeinschaft und ihr komplexes Verhältnis zum libanesischen Staat. In »Al-Hayba« kontrolliert die fiktive Familie die Schmuggelrouten zwischen dem Libanon und Syrien.

Die Geschichte spielt vor dem Hintergrund einer anhaltenden Fehde mit dem rivalisierenden Said-Clan. Inmitten von Zwietracht und Konflikten stellt die Serie tiefgründige Fragen über das Überleben in einem Dorf, in dem das Gesetz keine Gültigkeit zu haben scheint, in dem persönliche Rachezüge das Leben bestimmen und in dem die libanesischen Geschichte mit all ihren Wunden allgegenwärtig ist.

Jabal verdient seinen Lebensunterhalt mit Schmuggel, weigert sich aber aus moralischen Gründen, Drogen oder schwere Waffen zu transportieren. In der vierten und fünften Staffel der Serie legt sich Jabal schließlich mit mächtigen Warlords an, die mit korrupten Politikern verbündet sind. Sie wollen in Al-Hayba eine illegale Fabrik zur Herstellung der Droge Captagon errichten. Jabal beschließt, dies zu verhindern. Im weiteren Verlauf der fünften Staffel weitet Jabal seinen Kreuzzug aus und stößt schließlich auf den vom sogenannten Islamischen Staat (IS) organisierten Schmuggel von Antiken.

All diese Themen stehen in engem Zusammenhang mit den realen politischen und sicherheitspolitischen Krisen im Libanon und in der Region. Damit greift die Serie die drängendsten Probleme des Landes auf: korrupte Politiker und Medien, Drogenhandel und Terrorismus.

»Al-Hayba« ist aber nicht die einzige TV-Serie, die vor solch komplexen Themen nicht zurückschreckt. In der libanesischen Produktion »2020« etwa begibt sich Kommissarin Sama auf die

Suche nach Gerechtigkeit, hin- und hergerissen zwischen persönlichen Rachegehlüsten und familiären Verpflichtungen. Alles beginnt mit einem tragischen Zwischenfall, bei dem ihr Bruder ums Leben kommt. Dieser war ebenfalls Polizist und stammte aus einer wohlhabenden Familie der oberen Mittelschicht.

Sama beschließt daraufhin, undercover einen berüchtigten Drogenboss zu fassen. Dafür schlüpft sie in die Rolle von Hayat – das Klischee einer unterdrückten Frau, die Opfer von Gewalt wurde und nun als Putzfrau arbeitet, um die zerstörerische Alkoholsucht ihres Bruders zu finanzieren. Geschickt infiltriert Sama die Familie von Safi Al-Dib, dem Halbbruder von Yazan, der beschuldigt wird, Samas Bruder getötet zu haben. Dieser Safi ist auch der Bruder des flüchtigen Drogendealers Al-Dib, dessen Aufenthaltsort im Zentrum der polizeilichen Ermittlungen steht. Samas Bruder kam ums Leben, als er Al-Dib nachspürte.

Doch als die Kommissarin den Überlebenskampf im Armenviertel rund um Safis Gemüseladen miterlebt, entwickelt sie Mitgefühl. Sie beobachtet, wie er sich um die Nachbarschaft kümmert, wie er alleinerziehenden Müttern hilft. Der Kontrast zwischen Safis Wohltätigkeit und der harten

Wo die Grenzen zwischen Recht und Unrecht, Gerechtigkeit und Vergeltung verschwimmen



In »Al-Hayba« kontrolliert die fiktive Familie Al-Jabal die Schmuggelrouten zwischen dem Libanon und Syrien. Die Geschichte spielt vor dem Hintergrund einer anhaltenden Fehde mit dem rivalisierenden Said-Clan.

Foto: Shahid

- »**Al-Hayba**« (Die Würde) lief von 2017 bis 2021 in 150 Folgen.
- Die erste Staffel von »**2020**« mit 30 Folgen lief 2021. Die zweite Staffel begann während des Ramadans im März 2024.
- Die 15 Folgen der Serie »**Wa Akhiran**« liefen während des Ramadan 2023.
- »**Lil Maut**« lief von 2021 bis 2023 in 65 Folgen über drei Staffeln.

Alle vier Serien sind auf dem Streamingdienst *Shahid* sowie im arabischsprachigen Angebot von *Netflix* zu finden. In Deutschland werden sie derzeit nicht angeboten.

Realität seines Doppellebens erzeugt beim Zuschauer einen inneren Konflikt. Die Komplexität seines Charakters entfaltet sich, während er die Fassade eines Gemüseladens aufrechterhält und so seine Drogengeschäfte verbirgt.

Als Sama Safi schließlich als Drahtzieher des Drogenrings enttarnt, ist die Polizistin von seiner überzeugend vortragenen Rechtfertigung berührt. Er stellt sein Handeln als Reaktion auf seine Lebensumstände dar und betont den fehlenden staatlichen Schutz für seine Gemeinschaft. Er macht keinen Hehl daraus, dass er selbst eine Karriere als Drogenhändler verfolgt hat, beteuert aber, dass er seine Gewinne an die vom Staat Vergessenen und Vernachlässigten verteilt.

Der emotionale Höhepunkt entwickelt sich, als schließlich auch Sama mit ihrer Doppelrolle zu kämpfen hat. Auf der einen Seite ist sie Polizistin, auf der anderen entwickelt sie eine wachsende Zuneigung zu einem Drogendealer. In einer tragischen Wendung nimmt Safi die Dinge selbst in die Hand und hinterlässt sowohl bei Sama als auch beim Publikum ein Gefühl der Sympathie für die Entscheidungen, zu denen ihn seine Lebensumstände scheinbar gezwungen haben.

Wie »Al-Hayba« überzeugt auch »2020« durch seine differenzierte Erzählweise. Die Schuldfrage wird nicht als individuelle Verhandlung, im Mittelpunkt steht das libanesische System und die Frage, ob es den Menschen überhaupt eine andere Wahl lässt, als das Gesetz zu brechen.

Zwei der Hauptdarsteller von »2020« – Nadine Nassib Njeim und Kosai Khauli – sind auch in einer anderen sozialkritischen Serie zu sehen. Die Seifenoper »Wa Akhiran« (zu Deutsch: »Endlich«) thematisiert ebenfalls den täglichen Überlebenskampf von Randgruppen im Libanon.

Im Mittelpunkt steht Yakut, gespielt von Khauli, der in Konflikt mit der Polizei gerät, die die Entführung mehrerer Frauen untersucht. Unter den Verschwundenen ist auch Yakuts Verlobte Khayal, gespielt von Njeim. Als Yakut auf ein Korruptionsnetz innerhalb der Polizei stößt, das von einem

gerissenen Gangsterboss kontrolliert wird, nimmt er die Sache selbst in die Hand. Er findet heraus: Die entführten Frauen wurden gezwungen, als Prostituierte und Drogenkurier zu arbeiten.

Unter diesen Umständen beweist Khayal, die selbst eine Vergangenheit im Drogenmilieu hat, eine beeindruckende Widerstandskraft. Geschickt erschleicht sie sich das Vertrauen eines Gangsters, der, wie sich herausstellt, aus Verzweiflung und auf Geheiß des Gangsterbosses in den Drogenhandel gezwungen wurde. So entsteht eine ungewöhnliche Allianz, durch die Khayal in der Hierarchie der Schmuggler aufsteigt, Vertrauen gewinnt und sich ihren Weg an die Spitze der kriminellen Organisation bahnt.

In einem parallelen Handlungsstrang greift Yakut zu drastischen Mitteln und dringt mit einer improvisierten Waffe gewaltsam in eine Bank ein. In einem fesselnden Monolog, der sowohl die Geiseln in der Bank als auch die Zuschauer erreicht, legt er die Systemfehler offen, die ihn aus seiner Sicht zu dem Überfall gezwungen haben. Eine Notlage, die wohl viele Libanesen nachvollziehen können.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise im Libanon ist die Serie ein offener Kommentar zu Vetternwirtschaft, Klientelpolitik und Korruption. Trotz oder gerade wegen ihrer Bereitschaft, ethische Grenzen zu überschreiten, haben die Bemühungen von Yaout und Khayal vorübergehend Erfolg, was zur Freilassung der Frauen und zur Verhaftung des Mafiabosses führt und schließlich in der Hochzeit des Paares gipfelt.

Die bedrohlichen Geräusche herannahender Autos und entfernter Schüsse deuten jedoch auf eine ungewisse Zukunft hin und lassen den Zuschauer ahnen, dass das Glück des Paares nur von kurzer Dauer sein könnte und der Kreislauf von Korruption, Kriminalität und staatlicher Vereinnahmung in die nächste Runde geht. Wie »Al-Hayba« und »2020« endet auch »Wa Akhiran« nicht wirklich mit einem Happy End.

Die 2021 gestartete Serie »Lil Maut« (dt. »Bis zum Tod«) erzählt die Geschichte der drei Straßenkinder Sahar, Wejdan und Omar, die mit Armut und Obdachlosigkeit zu kämpfen haben. Sie hecken einen waghalsigen Plan aus, um mit List und Tücke Geld von reichen Libanesen zu ergaunern. Sahar und Wejdan wechseln sich ab, um wohlhabende Männer in die Ehe zu locken. Die eine spielt die Braut, die andere versucht, den Bräutigam zu verführen. Nachdem dieser unweigerlich der Versuchung erlegen ist, strengt seine Frau einen Prozess an und teilt den Gewinn mit dem Rest der Bande.

Doch Wejdan verliebt sich in den scheinbar ehrlichen Geschäftsmann Hadi und will dem kriminellen Leben abschwören, was zu einem dramatischen Bruch im Trio führt. Wejdan sehnt sich nach einem Neuanfang, doch als ihr früheres Leben als Heiratsschwindlerin ans Licht kommt, ist sie erneut auf Sahar angewiesen, um einen Ausweg zu finden. Trotz ihrer zweifelhaften Moral ist die Figur beim Publikum sehr beliebt. Auch bei religiös konservativen Frauen, die Sahar für ihre Unbeirrbarkeit und Loyalität schätzen. Die zwischenmenschlichen Beziehungen werden in der Serie ebenso eingehend beleuchtet wie die sozialen Verhältnisse, aus denen die Figuren stammen und die ihr Handeln maßgeblich beeinflussen.

»Lil Maut« erzählt Geschichten der Verzweiflung, wie die des arbeitslosen IT-Spezialisten Mahmud, der seinen todkranken Vater retten muss. Eine ergreifende Handlung entfaltet sich um eine scheinbar verwitwete, hart arbeitende Mutter von drei Kindern, die in den gefährlichen Benzinschmuggel einsteigt. Um ihre illegalen Aktivitäten zu verschleiern, versteckt sie die Fässer in ihrem bescheidenen Haus unter dem Tisch. Aufgrund der hohen Schulden, die ihr gewalttätiger Ex-Mann hinterlassen hat, ist sie gezwungen, sich als Bauchtänzerin in einem Nachtclub ein zusätzliches Einkommen zu sichern.

In einer verhängnisvollen Nacht voller Demütigungen durch betrunkene Gäste kommt es zur Tragödie. Ihre unbe-

aufsichtigten Kinder stoßen versehentlich eine Kerze um und lösen eine katastrophale Explosion aus. Die Mutter ist am Boden zerstört und muss zwei ihrer Kinder zu Grabe tragen. Sie kämpft mit Schuld und Verlust und muss sich mit einem System auseinandersetzen, das über ihre Lebensentscheidungen urteilt, ihr aber keine Unterstützung bietet. Die Serie nimmt deutlich Bezug auf die zahlreichen, gut dokumentierten Unfälle, die der Treibstoffschmuggel im Libanon und in Syrien nach sich zieht.

Für viele Menschen im Libanon ist das Leben zu einer moralischen Gratwanderung geworden, die niemand unbeschadet übersteht. Kein Wunder also, dass sich ein breites Publikum mit den komplexen Figuren identifizieren kann, die in einem Teufelskreis aus Reue, Scham und unmöglichen Entscheidungen gefangen sind.

Auf den ersten Blick wirken die Geschichten der neuen Welle libanesischer Seifenopern wie gängige Krimi- oder Drama-Stoffe, die das Publikum fesseln sollen. Und das tun sie auch. Doch selbst wer nur zufällig einschaltet, erkennt sofort den Zusammenhang zwischen den Konflikten der Figuren und der Situation vieler Libanesen.

Dass die Protagonisten meist kriminell sind, bedeutet nicht, dass die Zuschauer ihnen auf diesem Weg folgen. Vielmehr spiegeln die Geschichten und die Sympathie für die Figuren die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den systemischen Problemen des Landes wider.

Dr. Inna Rudolf ist Associate Partner bei der Candid Foundation sowie Senior Research Fellow am »International Center for the Study of Radicalisation« (ICSR) und Postdoctoral Research Fellow am »Center for the Study of Divided Societies«. Sie ist zudem Research Fellow beim Programm »Cross-Border Conflict Evidence, Policy and Trends« (XCEPT) am King's College London.

»KEINE NETTEN JUNGS«

Eine Demonstration der
israelischen »Black Panthers«
Anfang der 1970er-Jahre

Foto: Ani Yigal / Wikimedia Commons

Vor fünfzig Jahren probten junge Mizrahim den Aufstand.
Die israelischen »Black Panthers« veränderten das Land für immer.
Nur nicht so, wie sie es sich vorgestellt hatten

VON IGNAZ SZLACHETA

D

er Journalist Arie Gleblum schrieb im April 1949 in der als liberal geltenden Zeitung *Haaretz*: »Wir haben es mit einem Volk zu tun, das an Primitivität nicht zu übertreffen ist«. Gleblum wuchs in Tel Aviv auf, wurde 1921 im polnischen Łódź geboren und wanderte 1925 mit seinen El-

tern ins Mandatsgebiet Palästina aus. Er war Mitglied der Arbeiterjugend und studierte an der Amerikanischen Universität in Beirut Philosophie, Geschichte, Wirtschaft und Anglistik. Ein fast klischeehafter Vertreter der kulturellen und politischen Elite Israels kurz nach der Staatsgründung 1948.

Gleblums Texte triefen vor Menschenfeindlichkeit. Sie waren das Ergebnis einer äußerst fragwürdigen »investigativen Recherche«. Die Versorgung der Neuankömmlinge war eine Mammutaufgabe für das junge Israel. Bereits im ersten Jahr nach der Staatsgründung kamen mehr als 200.000 Menschen ins Land. Der Journalist gab sich als Einwanderer aus und wollte das Leben in den notdürftig errichteten Zeltstädten dokumentieren. Das Ergebnis seiner Recherchen: Die Einwanderer aus Nordafrika – *Mizrahim* genannt – seien nicht nur primitiv, sondern sogar eine »Gefahr«. Auch europäische Holocaust-Überlebende waren in Gleblums Augen »Ballast«.

Ein Jahr später kam der 1943 im marokkanischen Rabat geborene Reuven Abergel nach Israel. »Sie leugneten unser Judentum und unser Menschsein. Dabei behauptete die zionistische Bewegung, diesen Staat für die verfolgten Juden geschaffen zu haben«, klagt der heute 81-Jährige im Gespräch mit *zenith*. Abergel wuchs mit anderen marokkanischen Einwanderern in Musrara auf. Der heruntergekommene Jerusalemer Stadtteil lag bis 1967 teilweise im Niemandsland, direkt an der Grenze zum verfeindeten Jordanien. Es gab keine Schulen, keinen Strom, kein fließendes Wasser. Stattdessen durchstachen gelegentlich Kugeln jordanischer Scharfschützen die Luft.

Nach dem Sechstagekrieg fanden sich die Bewohner plötzlich im neuen Zentrum Jerusalems wieder. Sie erlebten, wie Premierministerin Golda Meir entschlossen die »Einigung« der Stadt vorantrieb. Gleichzeitig wurden neue Wohnblöcke aus dem Boden gestampft, um die Einwanderer aus der Sowjetunion unterzubringen. Auf die Frage, ob sie sich als Bürger zweiter Klasse gefühlt hätten, antwortet Reuven Abergel: »Das war kein Gefühl, sondern eine Tatsache – schließlich lebte meine Familie zu zehnt in einem Zimmer ohne Strom und Wasser.«

Anfang 1971 beschlossen Reuven Abergel und seine Freunde, dass sie genug hatten von Diskriminierung und Ungleichheit. Gemeinsam wollten sie für die Rechte aller *Mizrahim* kämpfen und gründeten die »Black Panthers«. »Eine bewusste Provokation, denn damals galt die afroamerikanische Gruppe in Israel als antisemitisch«, erklärt der Autor Assaf Elia-Shalev, der eine umfassende Geschichte der israelischen »Black Panthers« geschrieben hat. Hinter den

Kulissen unterstützten engagierte Sozialarbeiter die Gruppe. »Sie wollten ihre Rolle als städtische Angestellte nicht überbetonen und gerieten so in Vergessenheit«, urteilt Assaf Elia-Shalev. Dem Jerusalemer Bürgermeister Teddy Kollek war die Gruppe ein Dorn im Auge, weshalb er den Sozialarbeitern verbot, sich in der Presse zum Thema zu äußern.

Im Frühjahr 1971 war es schließlich so weit: Die »Black Panthers« planten ihre erste Demonstration. Am 3. März sollte es um 15.30 Uhr vor dem Rathaus losgehen. In den Gassen Jerusalems verteilten sie ihr erstes Flugblatt:

Genug davon, dass es keine Arbeit gibt.

Genug davon, zu zehnt in einem Zimmer zu schlafen.

Genug davon, neue Nachbarschaften für Einwanderer zu bestaunen.

Genug davon, jeden Montag und Donnerstag Schläge und Haftstrafen zu kassieren.

Genug davon, dass die Regierung Versprechen nicht erfüllt.

Genug Entbehrung,

Genug Diskriminierung

»Wen sie mit dem Flugblatt erwischten, verhafteten sie«, erzählt der Aktivist. Tatsächlich ging der Staat nicht zimperlich mit der Gruppe um. Ministerpräsidentin Golda Meir erklärte das Problem zur Cheffinnsache und zitierte kurz vor der Demonstration Bürgermeister Kollek in ihr Büro. Der versuchte, die »Black Panthers« zu diskreditieren, indem er behauptete, die radikal linke Sammelbewegung Matzpen stecke dahinter und wolle den Jugendlichen ihre Ideologie überstülpen.

»Das ist historisch nicht ganz korrekt«, stellt Elia-Shalev klar. Shimshon Vigoder, einer der ersten aschkenasischen Unterstützer der »Black Panthers«, war zu diesem Zeitpunkt bereits bei Matzpen ausgetreten, sein jüngerer Bruder Meir war nie Mitglied gewesen. Die Unabhängigkeit der »Black Panthers« vom linken Spektrum betont auch der mizrahische Aktivist Sami Shalom Shetrit. Kontakte aber habe es gegeben. In ihrer Freizeit trafen sich die »Black Panthers« im Café Ta'amon und trafen auf Mitglieder der sozialistischen Organisation. »Dort tranken sie zusammen, hörten Bob Marley und die Stones, rauchten Haschisch. Hier erfuhren sie von den revolutionären Studentenbewegungen in Amerika und Frankreich«, erzählt Shetrit.

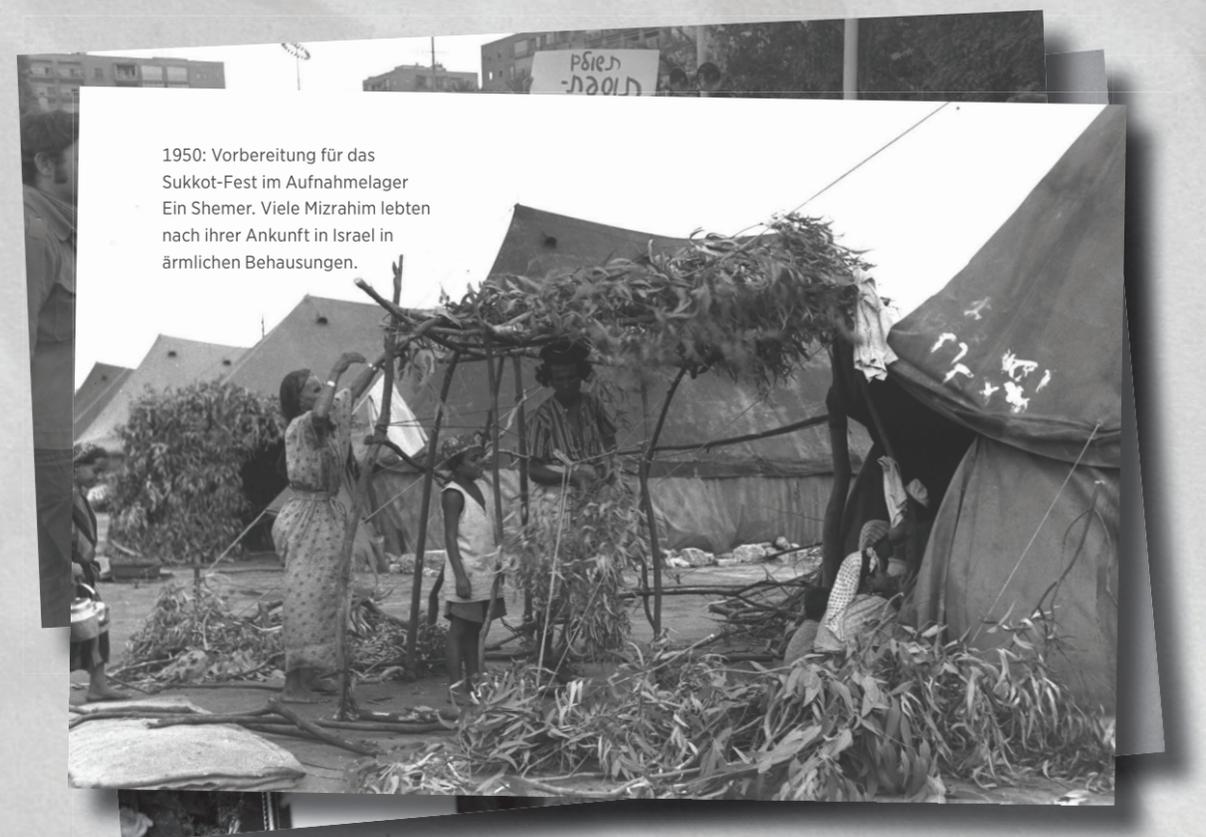
Abergel beurteilt das Verhältnis kritischer. Er sieht in den linken Aschkenasim weder Helfer noch Unterstützer: »Che Guevera kam nicht mit einer Kamera, machte ein paar Fotos und ging nach Hause, um im Warmen neben seinem Flügel zu schlafen. Er hat im Dschungel gekämpft und sein Leben riskiert. Das nenne ich Hilfe.« Aber die Sozialisten von Matzpen seien keine schlechten Menschen oder gar Feinde gewesen.

In der Nacht vor der Demonstration eskaliert der Konflikt mit der Staatsmacht. Mehrere Panther werden verhaftet und auf verschiedene Gefängnisse verteilt. Abergel führt die Demonstration mit einigen Hundert Teilnehmern an. In einem Video erinnert sich der Aktivist Jahrzehnte später: »Hier standen wir, und im sechsten Stock lehnte Teddy Kol-



1972: »Black Panthers«-Mitglied Eddi Malka unterbricht Golda Meirs Eröffnungsrede beim Weltkongress Marokkanischer Juden in Tel Aviv.

Foto: Fritz Cohen / GPO



1950: Vorbereitung für das Sukkot-Fest im Aufnahmelager Ein Shemer. Viele Mizrahim lebten nach ihrer Ankunft in Israel in ärmlichen Behausungen.

Foto: Fritz Cohen / GPO

lek aus dem Fenster und rauchte«. Von oben rief der Bürgermeister, die »Bälger« sollten vom Rasen verschwinden. »Mir drehte sich der Magen um. Er scherte sich nur um den Rasen, nicht um mich.«

Diese Ereignisse markierten den bescheidenen Beginn der ersten sozialen Protestbewegung und außerparlamentarischen Opposition des Landes. »Ein Meilenstein für die Protestkultur in Israel«, stellt der Sozialwissenschaftler Shetrit fest. Kurz nach ihrer ersten Demonstration werden einige Mitglieder erneut festgenommen, als sie ein Flugblatt verteilen. Darauf steht: »Wer hat Angst vorm schwarzen Panther?«

»Der israelische Inlandsgeheimdienst Shabak hat der Regierung Angst gemacht«, meint Shetrit. Von Anfang an hätten Polizei und Geheimdienst die Aktivisten deshalb überwacht. Die Behörden, ist Shetrit überzeugt, waren bestens informiert: über die Kontakte zu den Sozialisten ebenso wie über die palästinensischen Freunde der »Black Panthers« in Ost-Jerusalem und den Besetzten Gebieten.

Der Shabak hätte die »Black Panthers« lieber weiter beobachtet, die Polizeiaktion hielt man für einen Fehler, meint Shetrit. »Erst nach den Verhaftungen merkten sie, welchen wunden Punkt sie getroffen hatten.« Die von den »Black Panthers« angeprangerte Ungleichheit war natürlich auch den Regierenden bewusst. »Außerdem hatte man die Ausschreitungen von Wadi Salib noch gut im Gedächtnis«, ergänzt Elia-Shalev. 1959 hatten Polizisten in dem überwiegend von mizrahischen Einwanderern bewohnten Viertel der Hafenstadt Haifa einen Einwohner erschossen – angeblich als Reaktion auf geworfene Flaschen. Kritiker behaupten, dass der Finger der Polizei am Abzug gegenüber nordafrikanischen Einwanderern besonders locker gesessen hätte.

Jedenfalls verbreitete sich das Gerücht, der angeschossene Yaakov Elkarif sei tot, wie ein Lauffeuer. Wütende Bewohner zerschlugen Fensterscheiben im wohlhabenden aschkenasischen Nachbarviertel, steckten Autos in Brand und griffen die Parteizentrale der regierenden Partei Mapai an. »Die Ereignisse schockierten das junge Land zutiefst. Golda Meir war damals bereits als Außenministerin Teil der Regierung, und auch der amtierende Polizeichef war an der Niederschlagung der Unruhen beteiligt«, erzählt Elia-Shalev.

Gleichzeitig verfolgte man in Regierungskreisen aufmerksam die Unruhen, die Studentenbewegungen und antikoloniale Proteste damals in anderen Ländern auslösten. »Der Geist der Revolution und des Radikalismus der späten 1960er-Jahre, etwa in Form des Baader-Meinhof-Komplexes in Deutschland, hatte Israel noch nicht erfasst«, meint der Journalist. Aus Sicht der »Black Panthers« war dies jedoch nur eine Frage der Zeit. Deshalb wandten sie sich direkt an die Premierministerin und baten um ein Treffen. Als der erste Brief unbeantwortet blieb, organisierten sie einen Hungerstreik vor der Klagemauer. Und tatsächlich: Noch am selben Tag erklärte sich Golda Meir zu einem Gespräch bereit.

»Wie kann eine jüdische Hand einen Molotow-Cocktail werfen?«

Zwei Tage später treffen sich Reuven Abergel und vier weitere Panthers mit der Regierungschefin sowie Bildungsminister Yigal Alon und Sozialminister Michael Chazoni. Ebenfalls im Raum, aber ohne Wissen der Beteiligten: die Polizei. Der »Black Panther« Yaakov Elbaz arbeitet als Doppelagent, Deckname P-51. Die Zeitung *Haaretz* veröffentlichte 2007 Elbaz' Notizen aus dem Gespräch. »Sie wollte uns zeigen, wer der Boss ist«, gab Abergel damals der Zeitung zu Protokoll.

Aus den Akten geht hervor, dass Meir den gerade 21-jährigen »Black Panther« Saadia Marciano mit persönlichen Fragen geradezu löcherte. Doch als der Befragte entgegnet, er wolle lieber über die Probleme der mizrahischen Bevölkerung sprechen, reißt der 73-jährigen Premierministerin der Geduldsfaden: »Für wen hältst du dich, für die Bevölkerung sprechen zu wollen? Ich wurde gewählt – ich entscheide!«

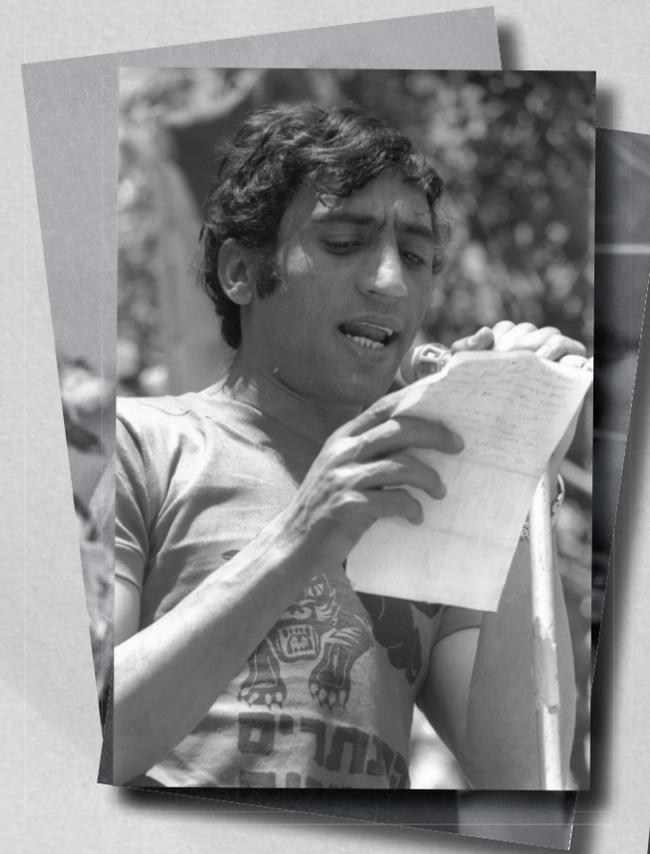
Der Versuch, die »Black Panthers« zu zähmen, geht gründlich daneben. Kurz darauf verhindern sie mit einer Blockade, dass die Regierungschefin zur jüdisch-marokkanischen Mimuna-Feier zum Abschluss des Pessach-Festes in den Jerusalemer Sacher-Park kommt, und liefern sich eine

Schlägerei mit der Polizei. Mitte Mai erscheinen zu ihrer größten Demonstration rund 7.000 Teilnehmer. Sie fordern die Umbenennung des Zionsplatzes in »Platz des mizrahischen Judentums«. Während der sogenannten Nacht der Panther liefern sich die Aktivisten erneut Schlägereien mit der Polizei, sogar ein Molotow-Cocktail fliegt.

Bei einer Veranstaltung mit Premierministerin Meir versucht Shaul Ben Simchon die Wogen zu glätten: Jeder wisse um die soziale Schieflage, sagt

der Vertreter der »Union mizrahischer Einwanderer«, ein Parteikollege der Regierungschefin. Er habe auch einige der »Black Panthers« kennengelernt, und die seien eigentlich ganz nette Jungs. »Wie kann eine jüdische Hand einen Molotow-Cocktail werfen?«, entgegnet ihm Meir empört. Sie wendet sich Ben Simchon zu und sagt langsam, mit dem für sie typischen amerikanischen Akzent: »Mein lieber Freund, das sind keine netten Jungs.« Der Satz macht die Runde – und die »Black Panthers« machen ihn sich zu eigen. Als Symbol für das abgehobene aschkenasische Establishment prangt er fortan auf Plakaten.

Zwar waren die »Black Panthers« militant in ihren Aktionen und der Sprache, »doch ihnen ging es darum, ein gleichberechtigter Teil der israelischen Gesellschaft zu werden. Anders als die eher separatistisch gesinnten Namensgeber in den USA«, sagt Elia-Shalev. So beschloss die Bewegung im Vorfeld der Wahlen 1973, eine eigene Partei zu gründen. Ihr Motto: »Werft *zayin* in die Wahlurne«. Der Buchstabe *zayin* stand auf dem Wahlzettel für die »Black Panthers«-Partei und ist gleichzeitig ein vulgärer Ausdruck für das männliche Geschlechtsteil. »Das ist kein Zufall«, schmunzelt Sami Shetrit.



1977: Charly Biton spricht auf einer Demonstration am 1. Mai in Tel Aviv.

Foto: Saar Yaacov / GPO



1983: Das frühere »Black Panther«-Mitglied Biton saß fast 16 Jahre als Abgeordneter in der Knesset.

Foto: Harnik Nati / GPO

Nachdem die Wahlen wegen des Anfang Oktober ausgebrochenen Jom-Kippur-Krieges vorerst verschoben werden, verpasst die Partei die damals geltende Ein-Prozent-Hürde. Der Krieg markiert das Ende der »Black Panthers«, aber auch der Ära Golda Meir. Bei den nächsten Wahlen 1977 muss Israels »Eiserne Lady« die Macht abgeben. Eine Zäsur, denn erstmals regierte nicht Mapai, sondern die erst 1973 gegründete Partei Menachem Begins. Die mizrahischen Wähler bescherten dem Likud 14 zusätzliche Mandate. »So verhalten die »Black Panthers« ungewollt der politischen Rechten zur Macht«, resümiert Shetrit.

Immerhin zogen 1977 zwei ehemalige »Black Panthers«-Aktivisten in die Knesset ein. Während Saadia Marcianos Amtszeit nach zwei Jahren vorzeitig endete, verteidigte Charly Biton seinen Sitz fast 16 Jahre lang. Und zwar für die kommunistische Partei Rakach, die später in der jüdisch-arabischen sozialistischen Hadash aufging. Freiheit für

Biton, der im Februar 2024 verstarb, bedeutete Freiheit für alle zwischen Jordan und Mittelmeer. Er traf als erster Abgeordneter Jassir Arafat und setzte sich schon früh für einen palästinensischen Staat ein. Rund zwei Jahrzehnte später distanzierte sich Biton in einem Zeitungsinterview von dieser Position und erklärte, es gebe keinen Partner für den Frieden.

»Gut, das hat er gesagt, na und?«, entgegnet Abergel. Die Palästinenser würden sich wegen dieser Aussage nicht plötzlich in Luft auflösen. »Bis zum Sechstagekrieg dachten wir, dass nur wir ein Problem mit der zionistischen Bewegung hätten. Aber mit dem Beginn der Besatzung waren plötzlich Millionen von Menschen Teil dieser Geschichte. Wir sahen, dass die Zionisten sich ihnen gegenüber genauso verhielten wie uns gegenüber«, sagt Abergel heute. »Welcher mizrahische Aktivist würde heute so etwas wagen«, fragt Shetrit. »Die »Black Panthers« waren die erste und vielleicht letzte Bewegung der *Mizrahim*, die ihren Kampf auf der Seite der Linken führte.«

Bullerbü für Rechtsextreme

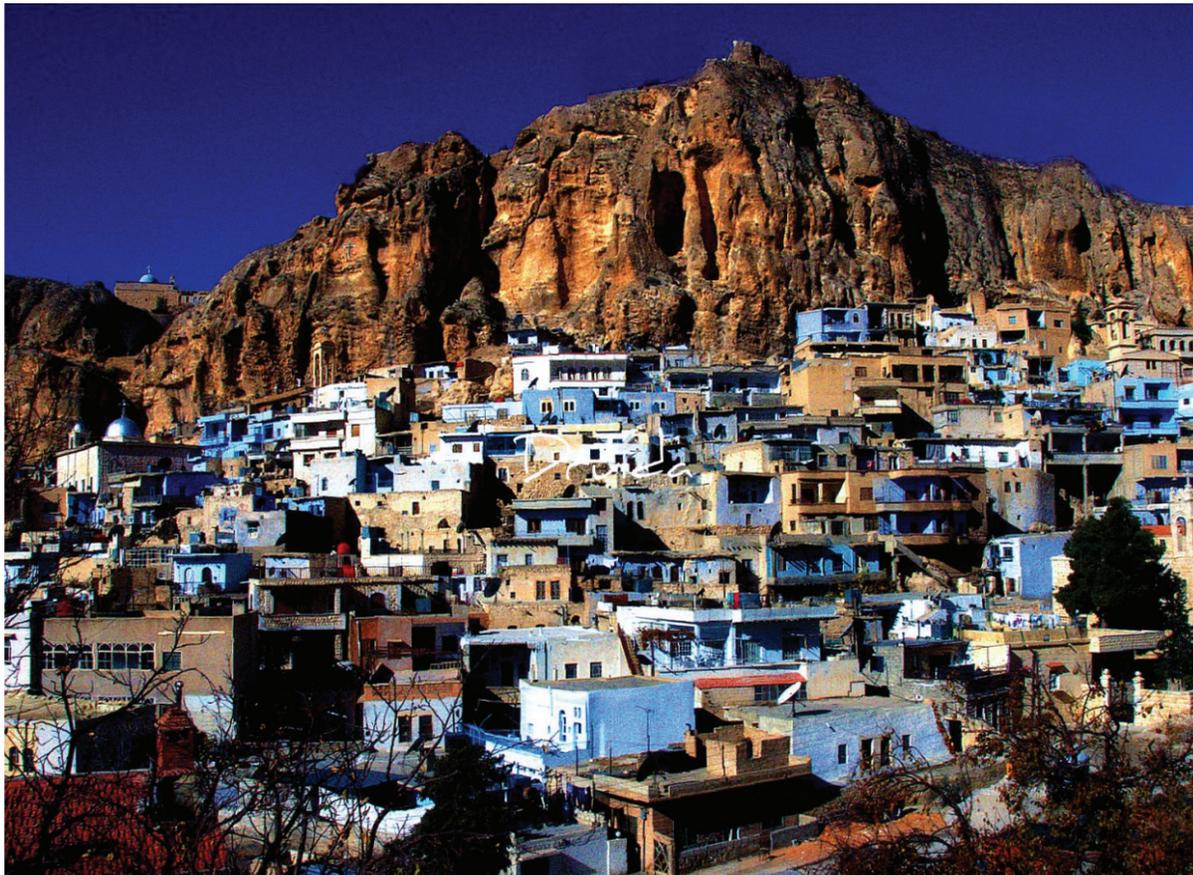


Foto: Javier Martin Espartosa

Das aramäische Dorf Maalula ist ein Wallfahrtsort für syrisch-orthodoxe Christen. Seit einigen Jahren geben sich dort auch Identitäre und AfD-Anhänger aus Deutschland die Klinke in die Hand. Was suchen sie dort?

VON LISA GENZKEN

M

Mattias Matussek steht mit einem Maschinengewehr im syrischen Qalamun-Gebirge unweit der libanesischen Grenze. Seine grauen Haare sind zerzaust, der Ex-*Spiegel*-Journalist lächelt auf dem Foto, das er selbst auf *Facebook* gepostet hat. »Mit Kalschnikow [sic] zum Ballern«, steht unter seinem Post. Es ist September 2018, und Matussek ist in Maalula.

Eingeladen wurde der neurechte Publizist von Sebastian Zeilinger, dem ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der »Identitären Bewegung Deutschland«. Mit einer »kleinen Reisegruppe« besuchten sie Damaskus, Latakia und eben Maalula. In einem Reisebericht, den das Online-Magazin *Tichys Einblick* veröffentlichte, schrieb Matussek später: »Willkommen in Baschar Al-Assads Syrien. Ein Horrorfilm? Nein, eine Pilgerreise!«

Nach Angaben des »Syrian Network for Human Rights« (SNHR) wurden seit Beginn des Aufstands 2011 bis 2017 rund 207.000 Zivilisten getötet. Der weitaus größte Teil dieser Opfer geht demnach auf das Konto der syrisch-iranisch-russischen Allianz. Die SNHR dokumentierte im Jahr von Matusseks Syrien-Reise sechs Angriffe mit Chemiewaffen und 5.607 willkürliche Verhaftungen durch das Assad-Regime. Ende 2018 war nach Angaben der Vereinten Nationen rund ein Drittel der Bevölkerung von Ernährungsunsicherheit betroffen. In einigen Regionen herrschte sogar akute und chronische Unterernährung.

Doch Matussek ist nicht der einzige aus dem rechten und rechtsextremen Spektrum, den der Identitäre-Kader Zeilinger in den vergangenen Jahren nach Syrien und Maalula eingeladen hat. In dem Bergdorf lebten vor dem Krieg zwischen 2.000 und 5.000 Menschen. Heute dürften es nur noch wenige Hundert sein. Was wollen Zeilingers Gäste dort?

Der 44-jährige Zeilinger, der gerne in Lederhosen posiert, ist Aushängeschild und Vorsitzender der »Alternative Help Association« (AHA), nach eigenen Angaben »die erste Hilfsorganisation, welche Hilfe vor Ort umsetzt und die Ursachen der Migration bekämpft«. Laut Bremer Verfassungsschutz handelt es sich bei der 2017 gegründeten AHA um eine »als humanitärer Akt getarnte Kampagne« der rechtsextremen »Identitären Bewegung« (IB).

Ein weiteres prominentes Mitglied der AHA ist Mario Müller. Er geriet Anfang 2024 in die Schlagzeilen, weil er an

dem vom Recherchekollektiv *Correctiv* aufgedeckten Treffen in Potsdam teilnahm und sich dort als »gewaltbereiter Neonazi« präsentierte. Auch bei Matusseks Syrienreise war Müller dabei. Der wegen Körperverletzung vorbestrafte Müller war früher in der Jugendorganisation der NPD aktiv und ist heute Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Jan Wenzel Schmidt. Im Sommer 2017 schloss sich Müller der Aktion »Defend Europe« an, bei der IB-Aktivistinnen ein Schiff charterten, um Geflüchtete daran zu hindern, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen.

Die »Hilfe zur Selbsthilfe« der AHA soll vor allem in Maalula ankommen, rund 60 Kilometer von Damaskus entfernt. Ein Wassertank, zwei Busse und Ausrüstung für Ärzte und einen Imker will die Organisation besorgt haben. Am wichtigsten ist den Rechtsextremen aber das »Hostel Heimat«, eine blau gestrichene Herberge, nur einen Steinwurf vom orthodoxen Kloster Mar Takla (Heilige Thekla) entfernt, für das Maalula berühmt ist.

Das Dorf ist womöglich eine der ältesten christlichen Siedlungen der Welt. Die Einwohner sprechen Aramäisch, die Sprache, die Jesus gesprochen haben soll. Die Al-Nusra-Front und andere Rebellengruppen hatten Maalula 2013 angegriffen. Die Kämpfer töteten und entführten damals Einwohner, zerstörten und plünderten Häuser, Kirchen, Reliquien und Ikonen.

Rimon Wehbi aus Maalula lebte 2013 im Libanon, kann sich aber noch gut an diese Zeit erinnern. »Stell dir vor, deine Freunde oder deine Familie rufen dich an und sagen: Wir sind umzingelt und wissen nicht, ob wir entkommen können oder nicht«. Unterstützt von der libanesischen Hizbullah erlangte die syrische Armee etwa ein halbes Jahr später die Kontrolle über Maalula zurück.

Seitdem sei die Bevölkerung des Dorfes drastisch geschrumpft, erzählt Wehbi, der in Düsseldorf über die westaramäische Sprache, wie sie in Maalula gesprochen wird, promoviert. Heute lebten dort vor allem alte Menschen, finanziell unterstützt von ihren Kindern und Enkeln. Die Einwohner würden immer ärmer, beobachtet Wehbi: »Es fehlen Arbeitsplätze. Wer ein Geschäft aufmacht, gibt es schnell wieder auf, weil die Kundschaft ausbleibt.«

Dafür scheint der Ort Rechtsextreme magisch anzuziehen. Seit der ersten Reise 2018, der mit Matussek, hat die AHA weitere Gesinnungsgenossen nach Maalula eingeladen. Darunter auch Roger Beckamp. Der AfD-Bundestagsabgeordnete veröffentlichte 2022 eine Reihe von *Youtube*-Videos über seine Reise in den sozialen Medien. Darin spricht er etwa über den Grenzübergang zwischen Libanon und Syrien (»Grenzkontrolle geht doch!«) und führt durch das Identitäre-Hostel in Maalula. Auf Nachfrage von *zenith* schreibt Beckamp, es sei »vor allem der westlichen Sanktionspolitik

Die Menschen im Dorf wussten nichts vom politischen Hintergrund der selbsternannten Helfer

und der militärischen Intervention geschuldet, dass es den Menschen dort immer noch sehr schlecht geht«. Allein im Mai 2022, als Beckamp mit seinen rechten Freunden Arrak trank und durch Maalula spazierte, starben laut SNHR acht Menschen durch Folter des Assad-Regimes.

Auch Jean-Pascal Hohm, der Vorsitzende der AfD Cottbus, war im Mai 2022 dabei und filmte sich in einem *Facebook*-Video in einer Bar in Damaskus. Im Hintergrund läuft »Crazy in Love« von Beyoncé, neben ihm wippen zwei Frauen mit Cocktailgläsern im Takt. Eitel Sonnenschein in Syrien im Jahr 2022, auch wenn es nach Michael Scharfmüller geht, dem Chefredakteur von *Info-Direkt*, einem österreichischen »Magazin für Patrioten«. Sein Fazit: Syrien sei »überall, wo die Regierung herrscht, wo Assad das Land zurückerobert hat, sicher.« Deshalb fordert er »Remigration«. In Lederhose und Poloheide läuft er über einen Damaszener Markt und schwärmt in breitem oberösterreichischem Dialekt darüber, dass es Reizwäsche zu kaufen gibt. Wo Dessous feilgeboten werden, kann es ja gar nicht so schlimm sein.

Die Identitären Michael Seibold und David Thomas Ratajczak vom »Filmkunstkollektiv«, einer Art Werbeagentur für Rechtsextremismus, reisten im Mai 2023 im Auftrag Zeilingers nach Maalula und fotografierten und filmten für AHA.

Im September war der AfD-Kreisvorsitzende in Stade, Maik Julitz, in Maalula und posierte mit Zeilinger und AfD-Flagge vor dem »Hostel Heimat«. Julitz hatte bereits 2019 dafür geworben, dass Maalula Partnerstadt von Buxtehude wird. Bei der Ratssitzung, in der der Antrag schließlich abgelehnt wurde, war auch Matthias Matussek anwesend. Rund zwei Monate nach seiner Reise nach Maalula fuhr auch Julitz zum von *Correctiv* aufgedeckten »Geheimtreffen« in Potsdam und zahlte angeblich 5.000 Euro für seine Teilnahme.

Gernot Möring vom »Düsseldorfer Forum«, der Organisator des Potsdamer Treffens, bei dem Pläne zur massenhaften Deportation besprochen wurden, ist übrigens Sebastian Zeilingers Schwiegervater. Eine weitere Teilnehmerin, Silke Schröder vom »Verein Deutsche Sprache«, erzählte in einem Interview freimütig, dass das »Düsseldorfer Forum« bereits an AHA gespendet hat. Beim Aufbau von AHA wurden die Identitären unterstützt von Manuel Ochsenreiter, erzählt Zeilinger in einem Podcast. Ochsenreiter war seit 2011 Chefredakteur der rechten Zeitschrift *Zuerst!* und ein Globetrotter mit angebliche guten Verbindungen nach Russland, Syrien, Iran und zur Hizbullah.

Recherchen der Wochenzeitung *Die Zeit* zufolge arbeitete er für die russische Gruppe Wagner und für den chinesischen Geheimdienst. Er starb 2021 mit 45 Jahren in Moskau an einem Herzinfarkt. Bereits 2012 besuchte Ochsenreiter

Maalula, wie aus seinem Blog hervorgeht.

Russland wurde erst durch seine Syrien-Berichterstattung auf Ochsenreiter aufmerksam, glaubt Anton Shekhovtsov, der in Wien zu Moskaus Netzwerken von Rechtsextremen in Europa forscht. »Ochsenreiter war eine Zeit lang die Kontaktperson zwischen der AfD und den Russen«, sagt der ukrainische Politikwissenschaftler im Gespräch mit *zenith*.

2016 hatte der AfD-Bundestagsabgeordnete Markus Frohnmaier zusammen mit Manuel Ochsenreiter und dem polnischen Aktivist Mateusz Piskorski, der kurz darauf wegen des Verdachts der Spionage für Russland verhaftet wurde, ein »Deutsches Zentrum für eurasische Studien« gegründet. Ochsenreiter arbeitete zeitweise im Bundestagsbüro von Frohnmaier, wurde jedoch Anfang 2019 freigestellt, nachdem Vorwürfe an die Öffentlichkeit gelangt waren, die ihn mit einem Terroranschlag in der Ukraine in Verbindung brachten.

Ebenfalls als Mitarbeiter in Frohnmaiers Büro angestellt war oder ist Kevork Almassian. Der aus der armenischen Minderheit stammende Syrer unterhielt seit 2012 Kontakte zu Manuel Ochsenreiter und betreibt den *YouTube*-Kanal »Syria Analysis«.

Doch was wollen die Rechten in Syrien? Die rechte Szene habe traditionell ein positives Syrien-Bild, sagt Jan Riebe. »Assad wird als starker Führer gesehen, der sich gegen den Westen und die »Globalisten« stellt«, meint der Bildungsreferent der Amadeu Antonio Stiftung. Antiimperialismus von rechts also. Der Flirt der Rechtsextremen mit Syrien knüpfe an die historische »Faszination für arabischen Antisemitismus, Antiamerikanismus und antiliberalen Kräfte« an, sekundiert der ukrainische Politologe Anton Shekhovtsov.

Eine Faszination, die offenbar auch außerhalb Deutschlands wirkt. Bereits 2005 besuchte David Duke, der langjährige Führer der »Knights of the Ku Klux Klan«, Damaskus und hielt im syrischen Staatsfernsehen eine antisemitische Rede. 2013 besuchte eine Delegation der rechtsextremen »Allianz Europäischer Nationaler Bewegungen« das Land, im selben Jahr folgten eine polnische und eine italienische Gruppe. Griechische Rechtsextremisten sollen sogar an der Seite der Assad-Truppen gekämpft haben. 2015 und 2016 waren Vertreter der rechtsextremen »Allianz für Frieden und Freiheit« in Damaskus, unter ihnen der frühere NPD-Vorsitzende Udo Voigt. 2018 und 2019 trafen AfD-Delegationen Regimevertreter in Damaskus und machten in Maalula Station.

Ende Januar 2024 veröffentlichte die Tageszeitung *Welt* Briefe, die belegen, dass die AfD-Männer mit dem Assad-Regime einen Deal zur »ordentlichen Rückführung« von geflohenen Syrern schließen wollten. Einige der rechten Reisergruppen trafen sich vor Ort auch mit Vertretern der »Sy-

rischen Sozial-Nationalistischen Partei« (SSNP). Die wurde 1932 gegründet und orientiert sich an sozialistischen Wirtschaftstheorien, rassistischen Ideologien, nationalromantischem Gedankengut und nationalsozialistischer Ästhetik.

Das Parteilogo erinnert an ein Hakenkreuz, die Mitglieder träumen von einem Großsyrischen Reich und der Vernichtung Israels. SSNP-Milizen verteidigen das Regime, die Familie von Baschar Al-Assads Mutter und Cousin steht diesen Nationalsyrern nahe. Mit Männern wie dem SSNP-Vorsitzenden Ali Haidar an der Spitze der »Nationalen Versöhnungskommission« saß ein Zweig der Partei an wichtigen Schalthebeln des syrischen Machtapparats.

Die Deutschen sind aber nicht die einzigen Rechten, die sich in Maalula tummeln und mit fragwürdigen Gruppen zusammenarbeiten: Die französische Online-Zeitung *Médiapart* enthüllte 2020, dass die von Mitgliedern der rechtsextremen französischen Partei »Rassemblement National« geführte NGO »SOS Chrétiens d'Orient« (SOSCO) Assad-Milizen unterstützen würde, denen Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden. Die Pariser Staatsanwaltschaft ermittelt deshalb seit 2022 gegen SOSCO.

SOSCO hatte sich 2013 als Reaktion auf die Einnahme Maalulas durch Al-Nusra-Kämpfer und andere Rebellengruppen gegründet und war dort beim Wiederaufbau aktiv – und ähnelt auch sonst der deutschen AHA. Für den Rechtsextremismus-Experten Riebe ein weiterer Beleg dafür, wie gut die europäische Neue Rechte vernetzt ist: »Es ist davon auszugehen, dass sie Aktionen abstimmen und es kein Zufall ist, dass beide Organisationen im gleichen Dorf in Syrien landen.« Zeilinger indes bestreitet eine Zusammenarbeit.

Die Menschen im Dorf wussten nichts vom politischen Hintergrund der französischen Helfer, ist Rimon Wehbi aus Maalula überzeugt: »Sie haben wirklich geholfen, nicht mit Geld, sondern, was für uns noch wichtiger ist, mit ihrer Arbeit.« Später, erzählt Wehbi, seien immer mehr Organisationen nach Maalula gekommen, und da habe er gemerkt, dass etwas nicht stimmte: »Viele von ihnen haben Maalula für ihre eigene Agenda benutzt.« Genauer will er nicht werden. Auch Wehbi hat von AHA gehört, aber nie jemanden von der Organisation getroffen.

Das Narrativ Assads, er schütze Minderheiten wie die Christen vor islamistischen Extremisten, verfängt bei europäischen Rechten, sagt Leila Al-Shami im Gespräch mit *zenith*. Die syrisch-britische Menschenrechtsaktivistin glaubt aber nicht, dass sich das Regime deshalb der extremen Rechten zugehörig fühlt: »Nützlich sind zunächst einmal alle Gruppen, die der Imagepflege dienen«. Reiner Opportunismus also?

Die identitäre Ideologie scheint jedenfalls auch in Syrien durchaus anschlussfähig zu sein. So behauptet Zeilinger in seinem Podcast, dass die AHA in Syrien mit »Weggefährten« der »christlich-nationalen Community« zusammenarbeite. Christin Lüttich von der deutsch-syrischen Menschenrechtsorganisation »*Adopt a Revolution*« hält es für plausibel, dass die Identitären syrische Gesinnungsgenossen gefunden haben. »Unter libanesischen und syrischen Christen gibt es

In diesem Milieu gilt Assad als starker Führer, der sich gegen die Globalisten und den Westen stellt

Foto: Facebook



»Mit Kalschnikow [sic] zum Ballern«, steht unter dem Post von Ex-Spiegel-Journalist Matthias Matussek vom September 2018.

Anhänger neo-faschistischer Strömungen, die faschistoides Gedankengut hegen«, sagt sie im Gespräch mit *zenith*. Hinzu komme der Konservatismus der christlich-orthodoxen Strömungen, der mit einer Abwertung anderer Religionen einhergehen könne: »Ein gemeinsamer Nenner mit der europäischen Rechten ist wahrscheinlich eine Art Solidarisierung gegen den Islam, eine Achse des Widerstands«.

Eine wichtige Figur im Netzwerk der syrischen Rechten: Abdo Haddad. Er wird von Zeilinger als »lokaler Partner« bezeichnet und ist häufig auf Fotos mit Identitären und AfDlern zu sehen. 2019 empfing der Bundestagsabgeordnete Frank Pasemann, der an beiden Delegationsreisen der AfD nach Syrien teilnahm, Haddad in Berlin. Dieser wiederum kommentiert für russische Staatsmedien, tritt in den mit ihnen verbundenen Desinformationskanälen etwa auf *Telegram* auf und vertritt auch sonst Assad- und russlandfreundliche

Positionen. Interviewanfragen zu dieser Recherche beantwortete Haddad nicht. Auch das Assad-Regime habe Maalula für sich entdeckt, sagt Christin Lüttich: »Maalula ist für seine vielen Kirchen bekannt und wird so zum Symbolort des Regimes stilisiert.« Die Botschaft: In dieser Wiege des Christentums haben die Regierungstruppen die Islamisten besiegt. Das funktioniert wohl auch deshalb so gut, weil Maalula auch noch malerisch gelegen ist. »Der Ort hat etwas Mythisches. Eine solche Kulisse lässt sich gut verkaufen«, meint Lüttich.

Ob zumindest das Dorf selbst von der Aufmerksamkeit der Ausländer profitiert, ist fraglich. »Die Geschichte liegt schon einige Jahre zurück«, schreibt etwa Werner Arnold vom Verein »Hilfe für das Aramäerdorf Maaloula e.V.« in einer Mail an *zenith*. Kaum jemand, der im Dorf geblieben sei, habe diese Menschen gesehen. Seine Bekannten in Maalula könnten sich an einen Bus erinnern, schreibt Arnold. Der sei aber nach kurzer Zeit samt Fahrer in den Libanon verschwunden, so der Semitist von der Universität Heidelberg. Die von AHA gespendeten Bienenstöcke seien nicht mehr da, der Zahnarzt in ein anderes Dorf gezogen. Arnold glaubt, dass es AHA »nur um ein paar spektakuläre Fotos« gegangen sei.

Zeilinger hingegen schreibt *zenith*, man sei stolz auf das Projekt, durch das »vor Ort in Syrien immer noch ärztliche Versorgung, Transportmöglichkeiten und viele andere weitere kleine Unterstützungsleistungen das Leben der Menschen trotz der aussichtslosen Lage einigermaßen erträglich machen«. Dennoch soll das Projekt Ende 2024 auslaufen, da die »Infrastruktur zum eigenen Geldwerb der Einheimischen dank des Hostels prinzipiell gewährleistet« sei, so Zeilinger.

Rimon Wehbi hat davon gehört, dass AHA eine Jugendherberge gegründet hat – aber es kämen ohnehin nur noch wenige Touristen in sein Maalula: »Vor dem Krieg waren es über 400.000 Besucher im Jahr. Jetzt ist es nicht einmal mehr ein Zehntel davon.« Warum also eine Herberge in Maalula? Das könnte mit den Plänen von Sebastian Zeilinger zusammenhängen: Er will ein Freiwilligenprojekt für junge rechte Europäer ins Leben rufen. Nur gebe es »derzeit und vermutlich auch die nächsten Jahre« Visaprobleme, klagt Zeilinger gegenüber *zenith*. Er halte »den Blick über den eigenen Tellerrand« für »die patriotische Szene für enorm ungeheuer wichtig«, sagt er in einem Interview mit *Info-Direkt*. Das »Hostel Heimat« soll demnach als Herberge für den identitären Nachwuchs dienen.

In einem auf *Youtube* veröffentlichten Gespräch mit dem Identitären-Gründer Martin Sellner erklärt Zeilinger, er wolle einen »kulturellen Austausch auf Augenhöhe« ermöglichen – das passe zu seinem Konzept des »Ethnopluralismus«. Riebe von der Amadeu Antonio Stiftung definiert diesen Begriff

als Strategie der Neuen Rechten, um den eigenen Rassismus zu verschleiern. Dem Konzept nach, so Riebe, »können verschiedene Ethnien nur auf einem bestimmten Territorium leben und sich dort »entfalten«. Im Klartext: Deutschland den Deutschen, die Türkei den Türken und Arabien den Arabern.«

Man muss nicht rechts sein, um nach Syrien zu reisen – so wird es nach außen kommuniziert. Die Website der AHA wirbt für einen Reiseveranstalter. Das Portal »Reise nach Syrien« wird von Marius Kaul aus Erftstadt bei Köln betrieben. In AHA-Werbevideos ist der Link zu seiner Reisesite direkt nach dem Logo der Identitären selbst zu sehen. Zeilinger spricht von »touristischen Reisen, die wir anbieten«.

Doch Kaul will die Leute hinter AHA nie kennengelernt haben, sagt er *zenith* am Telefon. Mit dem rechtsextremen Gedankengut hinter der Organisation habe er sich »nicht intensiv beschäftigt«. In der Broschüre zu seiner Syrienreise steht eine Übernachtung im »Hostel Heimat« auf dem Programm – andere Unterkünfte gebe es in Maalula nicht, argumentiert Kaul.

In einer späteren Mail schreibt Kaul dann, »dass die Verbindung [zu AHA] ausschließlich in einer zeitlich befristeten, geschäftlichen Zusammenarbeit bestand, die mittlerweile nicht mehr besteht«.

Im 470.000 Einwohner zählenden Rhein-Erft-Kreis, wo der Reiseveranstalter gemeldet ist, sitzt ein Marius Kaul im AfD-Kreisvorstand. Im Gespräch mit *zenith* bestreitet der Reiseveranstalter, in der AfD aktiv zu sein, es müsse sich um jemanden mit dem gleichen Namen handeln. Zwei Tage nach diesem Gespräch verschwindet der Name Marius Kaul von der AfD-Seite, an anderer Stelle tauchen die Initialen M.K. weiterhin auf. Auf seinem

LinkedIn-Profil macht Kaul widersprüchliche Angaben, behauptet etwa, in Bundes- und Landesfachausschüssen tätig zu sein. Auch dass er, wie er ebenfalls angibt, an der Universität Bonn ein Diplom in Rechtswissenschaften erworben hat, entspricht nicht der Wahrheit, wie ein Mitarbeiter der Universität *zenith* auf Anfrage mitteilt. Mit Urlaubsfotos aus Syrien wollen Rechtsextreme und AfD-Politiker erreichen, dass Syrer aus Deutschland abgeschoben werden. Das sagt Zeilinger ganz offen: Das »Narrativ des Mainstreams« stehe der »Remigration diametral entgegen«. Einen solchen Verharmlosungsversuch unternimmt etwa Matthias Matussek, wenn er auf *Facebook* ein Bild von zwei Syrerinnen postet, von denen eine ein tief dekolletiertes Oberteil trägt.

Darunter kommentiert Matussek, er habe die Frau fotografiert, »um die Freizügigkeit unter Assad zu dokumentieren«. Das Image Syriens aufzupolieren, kommt natürlich auch dem Regime entgegen. Es hofft, international wieder als Partner wahrgenommen zu werden. Europas Rechte würde das freuen.

»Der Blick über den eigenen Tellerrand ist für die patriotische Szene ungeheuer wichtig«

Einladung zum Paradies

I

schetschene zu sein: Das bedeutet seit Jahrhunderten ein schier aussichtsloser Kampf um das Überleben der eigenen Kultur, Sprache und Gruppe. »Märsch woghil! – Ich hoffe, du kommst in Freiheit« – so begrüßen sich viele Tschetschenen bis heute. Immer wieder musste die Volksgruppe sich gegen die Unterwerfungsversuche Moskaus wehren – ihnen wurden verheerende Kriege aufgezwungen, sie litten unter massiver staatlicher Verfolgung und 1944 auch unter Massen deportationen.

Trotz aller Widrigkeiten ist der Wunsch nach Unabhängigkeit nie erloschen. Die Bevölkerung fand immer wieder Wege, den Widerstand gegen Russland fortzusetzen: als Solidaritäts- und Kampfgruppen innerhalb des eigenen Clans oder der Dorfgemeinschaft, als fromme muslimische Kämpfer eines Sufi-Ordens, als Anhänger und Soldaten der international nie anerkannten Tschetschenischen Republik Itschkerien oder als zunehmend salafistisch geprägte Kampfverbände im Kaukasus.

Stets diente der Islam als verbindendes Element nach innen, als Abgrenzung gegenüber Russland und nicht selten als treibende Kraft des bewaffneten Widerstands. Der Kontrast zu den aktuellen Entwicklungen in Tschetschenien könnte kaum größer sein: Russland und das von Moskau eingesetzte tschetschenische Regime um Ramsan Kadyrow verbreiten seit Jahren erfolgreich ein Narrativ, das die tschetschenische Identität und den Islam zu Quellen der Loyalität gegenüber dem Kreml umdeutet.

Russland wird in dieser Lesart als Schutzmacht konservativer Werte und Religionsgemeinschaften sowie als Bollwerk gegen den aggressiven, moralisch verkommenen, weil demokratischen Westen gedeutet. Im Gegenzug, so die Schlussfolgerung, schulde man Russland und seinem Präsidenten daher Loyalität und Treue. Ramsan Kadyrow nimmt dabei eine Schlüsselfunktion ein: Er besucht regelmäßig Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit und empfängt daheim einflussreiche Politiker und andere Persönlichkeiten. So fungiert er für den Kreml als Türöffner auf dem internationalen Parkett und knüpft eigene Kontakte zu Geheimdienstchefs, Kronprinzen und Ministern.

Ramsan Kadyrow inszeniert sich und seine Herrschaft in Tschetschenien zunehmend als islamkonform. Damit dient er sich nicht nur dem Kreml an, sondern gewinnt auch in Teilen der Diaspora an Einfluss – auch in Deutschland

VON ADAM ASHAB UND CASPAR SCHLIEPHACK

In Fernsehansprachen wendet er sich auf Russisch und Tschetschenisch direkt an die Diaspora, droht Landsleuten im Ausland und anderen, die er für Feinde Russlands hält. Gleichzeitig stellt er immer wieder klar, dass alle Tschetschenen, die seine Autorität nicht infrage stellen, in ihre Heimat zurückkehren und dort unter seiner vorgeblich islamischen Herrschaft ihre Religion ausüben können. Ein Narrativ, dessen sicherheitspolitische Auswirkungen weit über die Grenzen der Russischen Föderation hinaus spürbar sind.

Dank Kadyrow kann sich Russland als natürlicher Verbündeter all jener Staaten und Gemeinschaften präsentieren, die betonen, sich in besonderer Weise Werten wie Moral, Ordnung und Religion verpflichtet zu fühlen. Trotz des Angriffskrieges gegen die Ukraine und der Sanktionen des Westens erweist sich diese Strategie als erstaunlich erfolgreich. Auch in der ursprünglich überwiegend russlandkritischen tschetschenischen Diaspora verfährt dieses Narrativ und erzeugt beziehungsweise verstärkt eine pro-russische Grundhaltung – trotz eigener Verfolgungserfahrungen und trotz beziehungsweise wegen der zunehmenden Hinwendung zu sehr konservativen Islaminterpretationen.

Um zu verstehen, warum der Kreml auf der internationalen Bühne ausgerechnet Ramsan Kadyrow als Kronzeugen für dieses Narrativ ins Feld führt, lohnt ein Blick in die jüngere Geschichte der nordkaukasischen Teilrepublik: Denn in Kadyrows Tschetschenien ist Russland ein Experiment gelungen, dessen Ergebnisse Putin nun weltweit nutzbar machen kann.

In den 1990er-Jahren erstarkten tschetschenische Salafisten und traten in Konkurrenz zum überwiegend säkular orientierten ethno-nationalistischen Lager, das bis dahin den bewaffneten Kampf gegen Russland dominiert hatte. Nachdem russische Truppen Anfang der 2000er-Jahre die Region weitgehend wieder unter ihre Kontrolle gebracht hatten, begann der Kreml mit der Umsetzung einer Islampolitik, die auf die Schaffung von Vasallen abzielte, die Russland direkt kontrollieren konnte.

Im Zentrum dieser Islampolitik stand die Schwächung und Delegitimierung aller antirussischen Kräfte auf tschetschenischer Seite bei gleichzeitiger Kooptierung des sunnitischen Islams beziehungsweise seiner Vertreter. Russland wollte sich damit eine der wichtigsten Triebkräfte des Widerstands zunutze machen: den Islam. Dazu gründeten

russische Stellen staatlich finanzierte religiöse Institutionen, förderten Organisationen und Ämter und schließlich jene sufistischen Eliten, die sie unter ihre Kontrolle bringen wollten.

Gegenüber dem Westen verkaufte Moskau sein brutales Vorgehen im Nordkaukasus als Kampf gegen die aus dem Ausland eingesickerte Ideologie des Salafismus und als Teil des »Krieges gegen den Terror«, der damals ohnehin den öffentlichen Diskurs dominierte. Gleichzeitig nutzte die russische Regierung ihre Islampolitik im Nordkaukasus, um ihre Beziehungen zur islamischen Welt auszubauen. So sprach Wladimir Putin 2003 als erstes Staatsoberhaupt eines Landes ohne muslimische Bevölkerungsmehrheit auf einem Gipfel der »Organisation für Islamische Zusammenarbeit« (OIZ) und behauptete, Russland sei Teil der islamischen Welt und seit jeher Heimat vieler muslimischer Volksgruppen.

Zwei Jahre später, 2005, wurde Russland als ständiger Beobachter in die OIZ aufgenommen. Seitdem verstärkt Moskau seine Darstellung Tschetscheniens als angeblich vorbildliche islamische Republik innerhalb Russlands. Ramsan Kadyrow wird in dieser Imagekampagne als authentischer Führer und legitimes Oberhaupt Tschetscheniens präsentiert. Kadyrow zelebriert bei jeder sich bietenden Gelegenheit die unter seiner Herrschaft gestiegene Bedeutung des Islam in Tschetschenien und huldigt im gleichen Atemzug unterwürfig Wladimir Putin.

Unter Kadyrows Herrschaft und mit russischem Geld wurde nicht nur die Hauptstadt Grosny wieder aufgebaut, Tschetschenien erhielt auch eine deutlich »islamischere« Fassade, etwa in Form zahlreicher prunkvoller Moscheen, strenger Kleidervorschriften und inszenierter öffentlicher Auftritte von Offiziellen und religiösen Würdenträgern. Kadyrow brüstet sich damit, dass unter ihm in Tschetschenien die Scharia herrsche und die Tschetschenen endlich in Frieden und ohne Einschränkungen ihre Religion ausüben könnten. Putin sei Dank.

Besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang die Radikalität der Botschaften, die von offizieller und halb-offizieller Seite in Russland verbreitet werden, insbesondere seit Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine. Die in russischer, tschetschenischer und inzwischen auch in arabischer Sprache verbreiteten Aussagen unterscheiden sich teilweise kaum noch von islamistischer und dschihadistischer Propaganda. So bezeichnete der Mufti von Tschetschenien den russischen Angriffskrieg als »Dschihad«.

Dazu passend kursierten Fotos von tschetschenischen Soldaten beim Gemeinschaftsgebet nahe der Front und Videos mit Aufnahmen aus Mariupol, die mit einschlägigen Anaschid-Gesängen unterlegt sind. Eines davon zeigt Kadyrows Soldaten in Mariupol Anfang 2023 und fand auf verschiedenen Social-Media-Kanälen unter anderem in arabischer Sprache Verbreitung. In dem Clip geht es um den angeblichen Krieg der Tschetschenen gegen den Westen, gegen Ungläubige und Juden in der Ukraine, gegen kampfunwillige Araber und gegen den »großen Satan«

Amerika. Solche Inhalte erreichen mittlerweile Millionen von Menschen weltweit.

Anfang letzten Jahres tauchte der bis dahin pro-ukrainische Tschetschene Husein Dschambetow in den Vereinigten Arabischen Emiraten auf und verkündete in Begleitung eines hochrangigen Kadyrowzy-Kommandeurs, er werde künftig für Russland kämpfen. Ein Seitenwechsel, den die tschetschenischen Medien zu nutzen wussten. Dschambetow wurde nach Grosny geflogen, wo er öffentlich seine Loyalität zu Kadyrow bekundete und seinen neuen Herrscher persönlich traf und unterwürfig begrüßte. In einem der Videos behauptet der Überläufer, erst in Grosny den wahren Islam gefunden zu haben.

Ein anderes Video zeigt Dschambetow zusammen mit zwei weiteren jungen Männern, die offenbar ebenfalls aus der Diaspora stammen und nun in Tschetschenien eine militärische Ausbildung erhalten. An die Tschetschenen in Europa gerichtet, fordert Dschambetow in diesem Video alle wehrfähigen Männer auf, ebenfalls nach Tschetschenien zu kommen und sich für den Kampf ausbilden zu lassen, um ihren Teil zum Schutz der dort angeblich etablierten Scharia beitragen zu können.

Eine besorgniserregende Entwicklung, denn: Appelle wie der von Dschambetow richten sich an die Diaspora in Westeuropa. In Deutschland trifft diese Botschaft auf eine Gemeinschaft, die in weiten Teilen ohnehin schon extrem konservativ eingestellt ist und in der extremistische Vorstellungen auf dem Vormarsch sind. Noch sind es vor allem salafistische Vordenker, die

unter tschetschenischen Jugendlichen die Errichtung eines »islamischen Staates« und die Einführung der Scharia propagieren. Doch deren Anziehungskraft nimmt ab, je besser es Kadyrow gelingt, sich als islamkonformer Herrscher zu präsentieren.

Denn hinzu kommt, dass Kadyrow über reale Macht verfügt. So kann er nicht nur auf den Rückenwind des von Russland seit Jahren verbreiteten Narrativs eines legitimen islamischen Führers zählen, er kann auch darüber entscheiden, wer aus Ländern wie Deutschland ein- und wieder ausreisen darf. Auf diese Weise gewinnt das Regime zunehmend an Einfluss im Ausland.

Die russische Islampolitik im Nordkaukasus hat also direkte Auswirkungen auf die Entwicklungen in Deutschland. Sie ist der Versuch, eine ehemals feindlich gesinnte Bevölkerungsgruppe für sich und die eigenen politischen Ziele zu gewinnen.

Adam Ashab ist Rechtswissenschaftler mit einem Fokus auf Migration, Meinungsfreiheit und Sicherheitspolitik. Er arbeitet als Berater in der Fachstelle Islam im Land Brandenburg.

Caspar Schliephack ist Islamwissenschaftler und Berater in der Fachstelle Islam im Land Brandenburg. Er arbeitet unter anderem zu den Themen nordkaukasische Gemeinschaften und Islamismus.

Kadyrow inszeniert sich als »Wertebotschafter« Russlands in der islamischen Welt

DIE MATROSEN DES MAHDI



Irans Präsident Ebrahim Raisi beim Flottenbesuch im Herbst 2022



Schah Muhammad Reza Pahlavi stattet Anfang der 1970er-Jahre der iranischen Marine in Bandar Anzali einen Besuch ab.

Wie stark ist die Flotte der Islamischen Republik Iran?
Sie knüpft an alte Ambitionen an und ist heute an drei Meerengen
so gut aufgestellt wie noch nie

VON WALTER POSCH

O

b die Straße von Hormus im Golf, das Kaspische Meer oder das Rote Meer: Gewässer spielen in der iranischen Regionalpolitik eine zentrale Rolle – und stehen immer häufiger im Mittelpunkt militärischer Auseinandersetzungen. Die Machtprojektion in Richtung Indischer Ozean ist ebenso wie der große Geheimdienstapparat ein Erbe des Vorgängerregimes, das die Islamische Republik übernommen und ausgebaut hat.

Die iranische Marine wurde von der Pahlavi-Dynastie gegründet. Obwohl die militärische Seefahrt Persiens bis in die Antike zurückreicht, spielten die Marinestreitkräfte vor der Islamisierung Irans keine herausragende Rolle. Erst im 16. Jahrhundert versuchte der Safawiden-Schah Abbas der Große, eine Handelsmarine aufzubauen. Im 19. Jahrhundert unterhielten die Kadscharen einige Kanonenboote, die aber militärisch unbedeutend blieben. Dies lag auch daran, dass die Briten den Indischen Ozean im Allgemeinen und den Persischen Golf im Besonderen kontrollierten, während die Russen das Kaspische Meer beherrschten.

Die Geschichte der modernen iranischen Streitkräfte und damit auch der Marine beginnt 1922, als der »Tagesbefehl Nr. 1« die Auflösung aller bisherigen Einheiten und die Neugründung einer »Einheitsarmee« anordnete. Sowohl die Flotte im Kaspischen Meer als auch die im Persischen Golf übernahmen damals Schiffe aus Weltkriegsbeständen. An beiden Seefronten wurden die Verbände dann zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt. Etwa 1925, als Reza Schah Pahlavi den Aufstand des halbautonomen Emirats Muhammara in der mehrheitlich arabischsprachigen Provinz Khusistan niederschlug und dessen kleine, aber schlagkräftige Flottille der iranischen Marine angliederte.

Ab 1926 entsandte die Armee iranische Offiziere als Kadetten zur Marineausbildung nach Italien, gleichzeitig kamen italienische Berater ins Land. In den 1930er-Jahren richtete der Generalstab ein Büro für Luftwaffe und Marine ein. Der Schwerpunkt lag bei den Luftstreitkräften, die im Rahmen der Heeresfliegerei die Kavalleriedivisionen bei der Aufstandsbekämpfung unterstützten. Die Marine trat demgegenüber in den Hintergrund, wurde aber zielstrebig ausgebaut.

Einen schweren Rückschlag erlitt diese Entwicklung 1941 durch die britisch-sowjetische Invasion des Landes. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg und der Konsolidierung der zentralstaatlichen Macht Anfang der 1950er-Jahre konnte der systematische Ausbau der iranischen Marine wieder aufgenommen werden. Die USA und Großbritannien lieferten Zerstörer, Korvetten und Fregatten. Zum Teil überließen die beiden Großmächte den Iranern die Schiffe aber auch kostenlos. Mitte der 1950er-Jahre wurde neben dem Generalstab des Heeres ein eigener Admiralstab und Luftwaffenstab eingerichtet, die ab 1957 zum »Großen Generalstab der Streitkräfte« zusammengefasst wurden. 1971 spielte die Flotte im Persischen Golf eine zentrale Rolle bei der iranischen Annexion der strategisch wichtigen Tunb-Inseln in der Straße von Hormus.

In dieser Zeit begann die eigentliche Aufrüstung der iranischen Marine, die 1979 über drei Zerstörer, je vier Fregatten und Korvetten, zahlreiche Patrouillenboote, Minenräumer und -leger sowie Luftkissenboote verfügte. Hinzu kamen zwölf Angriffsschiffe der Kaman-Klasse und eine

Reihe von Versorgungsschiffen. Die damaligen Planungen sahen zusätzlich einen kleinen Flugzeugträger aus US-amerikanischer oder britischer Produktion sowie deutsche U-Boote vor.

Die von den USA und Großbritannien in den 1960er- und 1970er-Jahren aufgebaute iranische Marine sollte nicht nur das Vereinigte Königreich als »Gendarm im Persischen Golf« ablösen, sondern auch den iranischen Einfluss in den Indischen Ozean ausdehnen. Der Sturz des Schahs und der lange Krieg sowie fehlende finanzielle Mittel machten diese Pläne zunichte.

Mit der Revolution wurde aus den »Seestreitkräften des Kaiserreichs Iran« die der »Islamischen Republik Iran«. Neu gegründet wurde dagegen 1985 die Marine der Revolutionsgarde,

die ausschließlich im Persischen Golf operiert und auch als Küstenwache fungiert. Beide Seestreitkräfte Irans verfügen über eigene Marineinfanterieeinheiten, Minenleger und -räumer. Im Ersten Golfkrieg erlitt die iranische Flotte schwere Verluste: Eine iranische Seemine beschädigte eine US-Fregatte auf Patrouille, was zu einer kostspieligen Konfrontation mit den USA führte. Am Ende der als »Operation Praying Mantis« in die Geschichte eingegangenen Auseinandersetzung am 18. April 1988 hatte Iran fünf Schiffe verloren.

In den 1990er-Jahren modernisierte Iran seine westliche Flotte mit chinesischen, russischen und selbst entwickelten Raketen. Kernstück waren ursprünglich vier – seit 1988 nur noch drei – in Großbritannien gebaute Fregatten der Alvand-Klasse. Im Persischen Golf liegt auch die iranische U-Boot-Flotte, deren Grundstein in den 1990er-Jahren mit drei U-Booten der sowjetischen Kilo-Klasse gelegt wur-

Die Marine der Revolutionsgarde ist berüchtigt für ihre waghalsigen Operationen

de. Bis heute sind etwa 20 Mini-U-Boote der Ghadir-Klasse aus eigener Produktion hinzugekommen, die auf nordkoreanischen beziehungsweise jugoslawischen Vorbildern basieren. Auch die mittelschweren U-Boote der Fateh-Klasse werden von iranischen Rüstungsfirmen hergestellt.

Dass diese selbst gebauten Schiffe durchaus über ernst zu nehmende Fähigkeiten verfügen, zeigt ein Vorfall im Persischen Golf im April 2023. Damals gelang es einem iranischen U-Boot der Fateh-Klasse, das amerikanische Atom-U-Boot »Florida« zum Auftauchen und dann zu einer Kursänderung zu zwingen – und das, obwohl die »Florida« mit moderner Stealth-Technologie ausgestattet ist, die sie eigentlich vor anderen Schiffen verbergen soll.

Schließlich verfügt die Marine der Revolutionsgarde auch über eine große Zahl von Schnell- und Patrouillenbooten, die mit Raketen ausgerüstet sind, sowie über eine Raketekorvette nach chinesischem Vorbild aus eigener Produktion. Diese Schiffe spielten in den 1980er-Jahren eine wichtige Rolle im sogenannten Tankerkrieg gegen den Irak. Damals wurde erstmals die Schwarmtaktik nach der Doktrin der »Guerilla auf See« angewandt: Viele kleine Schnellboote griffen an und zogen sich umgehend wieder vom Gefecht zurück.

Bis heute ist die Marine der Revolutionsgarde berüchtigt für ihre waghalsigen Operationen, bei denen Schnellboote direkt vor US-Flugzeugträgern und Kriegsschiffen kreuzen. In drei Fällen nahmen Marinesoldaten der Revolutionsgarde in den vergangenen Jahren britische und US-amerikanische Soldaten wegen angeblicher Grenzverletzungen gefangen. Seit die USA das Ölembargo gegen Iran mit aller Härte durchsetzen und den Transport iranischen Öls in internationalen Gewässern unterbinden, fängt die Revolutionsgarde ihrerseits ausländische Tanker nach eigenem Gutdünken ab: vor allem im Persischen Golf, also im Befehlsbereich der Revolutionsgarde.

Das ursprüngliche Konkurrenzverhältnis zwischen den beiden iranischen Marinen hat sich gewandelt, heute ergänzen sich die beiden Verbände. Damit einher geht eine regionale und aufgabenspezifische Spezialisierung, denn funktional handelt es sich um eine Küsten- und eine Hochseeflotte. Wie stark die maritime Identität bei der Revolutionsgarde aber nach wie vor ausgeprägt ist, zeigt sich auch an den Uniformen: Vor zwei Jahren wechselte die Gardemarine vom einheitlichen Grün der Revolutionsgarde zum Weiß der Marine. Ähnliche Entwicklungen sind auch bei anderen Spezialeinheiten zu beobachten.

Bereits Schah Reza Pahlavi hatte den Aufbau einer Rüstungsindustrie und die Ausbildung entsprechender Facharbeiter initiiert. Seine Nachfolger, Sohn Muhammad

Schah Pahlavi und später Ayatollah Ruhollah Khomeini, setzten diesen Kurs fort. Ihre Leistungsfähigkeit stellten die iranischen Werften 2010 unter Beweis, als sie vier Fregatten der Mudsch-Klasse aus eigener Produktion an die Marine auslieferten.

Die schiffstechnischen Fähigkeiten spiegeln das spätestens seit 2011 messbar gestiegene Ambitionsniveau der iranischen Marine wider. Damals liefen iranische Marineschiffe erstmals chinesische, sudanesisch und syrische Häfen an. Die Präsenz im östlichen Mittelmeer erregte ebenso internationales Aufsehen wie Berichte über Manöver mit Russland und China. Die maritime Zusammenarbeit zwischen den drei Staaten hat sich seither intensiviert, erreicht aber bei Weitem nicht den Umfang und die Qualität der Interoperabilität der kaiserlichen Marine mit der US Navy in den 1970er-Jahren.

Anfang 2023 verkündete die iranische Marine einen weiteren Meilenstein: Der Zerstörer »Dena« und der Hub-schrauberträger »Makran« umrundeten den Globus. Damit

ist Iran erstmals in seiner Geschichte auf allen Weltmeeren präsent und in der Lage, entlang der wichtigsten neutralen Meerengen zu operieren: dem geostrategisch wichtigen Dreieck bestehend aus der Straße von Hormus, der Straße von Malakka und dem Golf von Aden. In Hormus teilt sich Iran die Seegrenze mit Oman, mit Indonesien unterhält die Islamische Republik ausgezeichnete diplomatische Beziehungen marinediplomatischer Art, und im Jemen steht die Huthi-Miliz auf Teherans Seite.

Iran wird wohl zunächst die Hochseetauglichkeit seiner Flotte unter Beweis stellen und dann seine Präsenz verstetigen wollen. Dazu braucht Teheran aber vor allem Ruhe in der Region. Denn bei den Angriffen der verbündeten Huthis auf Israel und die internationale

Schiffahrt kamen auch iranische Raketen zum Einsatz. Teheran muss deshalb damit rechnen, von der internationalen Gemeinschaft dafür zur Verantwortung gezogen zu werden oder, alternativ, als durchsetzungsschwach oder verantwortungslos dazustehen. Nämlich dann, wenn der Eindruck entsteht, die Huthis hätten Iran kein Mitspracherecht beim Einsatz ihrer Raketen eingeräumt.

In beiden Fällen laufen die Entwicklungen im Roten Meer den Interessen der iranischen Marine zuwider, die sich als rationale und verantwortungsbewusste Macht in diesem Teil der Welt etablieren möchte.

Dr. Walter Posch hat Islamwissenschaft, Iranistik und Turkologie studiert. Momentan forscht er am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie in Wien.

Um seine Hochseetauglichkeit zu stärken, braucht Iran vor allem Ruhe



DIE WIEDERKEHR DER

PALÄSTINAFRAGE

Wie der Krieg in Gaza die internationale Ordnung erschüttert und wie die Welt auf den Nahen Osten blickt

L

ange waren der Nahostkonflikt und die Suche nach seiner Lösung von der Agenda der Internationalen Gemeinschaft verschwunden. Dann kam der 7. Oktober 2023. In den Geschichtsbüchern könnte dieser Tag einmal als eine Art epochaler Einschnitt gelten: ein Ereignis, welches auf das globale Machtgefüge wirkt. Westliche Staaten, insbesondere die USA und Deutschland, stellten sich nach dem Hamas-Angriff und dem darauffolgenden Krieg zunächst nahezu bedingungslos hinter die Regierung Netanyahu. Aber wie nimmt der sogenannte Globale Süden die Entwicklung wahr? Und wie kommt es zu der oft großen Empathielosigkeit für die Opfer auf der jeweiligen Seite? In diesem *zenith*-Dossier berichten Autorinnen und Autoren aus [ber einem Dutzend Ländern – von Argentinien über Marokko bis China – wie der Konflikt dort gesehen wird. Und warum man die Palästinafrage wieder weltweit diskutiert.

Seit Jahrzehnten leben Hunderttausende Palästinenser in Lagern im Libanon. Nun fliehen auch immer mehr Libanesen vor den israelischen Angriffen im Süden des Landes.

Foto: Hanna Vob

Weißer Phosphor

Alle Welt redet über die Gefahr einer Ausweitung des Gaza-Kriegs in der Region. Im Libanon findet er längst statt. Eine Reportage

VON HANNA VOSS

E

r ist der Kleinste und Jüngste von allen, aber Kassem weiß am meisten über Waffen. Über Drohnen und Panzer, er kennt die Unterschiede zwischen F14- und F16-Kampfflugzeugen und kann anhand der Wucht eines Einschlags einschätzen, wo dieser stattgefunden hat. »Ich weiß alles«, sagt er, und: »Ich habe keine Angst.«

Das ruft er immer wieder, auch als sich seine Schwester Alaa nach einem vibrierenden Donnergrollen irgendwo draußen auf dem Schoß ihres Vaters zusammenkauert. Kassem hüpfte barfuß zwischen seinen Eltern und Geschwistern umher, greift nach Barbiepuppen und Kabeln, die auf dem Boden liegen, aber nichts davon interessiert ihn so sehr wie das, was seit einem halben Jahr keine zwanzig Kilometer entfernt passiert.

Am 8. Oktober, einen Tag nach dem mörderischen Angriff der Hamas auf Israel, eröffnete die Hizbullah vom Süden des Libanon aus eine zweite Front. Sie schoss an diesem Tag Dutzende von Lenkraketen und Artilleriegranaten auf die unbewohnten, von Israel besetzten Shebaa-Farmen ab, die der Libanon als eigenes Staatsgebiet betrachtet. Eine

Solidaritätsbekundung für den palästinensischen Verbündeten, denn als wichtigster Akteur in der von Teheran installierten Achse des Widerstands war die Hizbullah geradezu ideologisch verpflichtet, auf die von der Hamas ausgelöste »Al-Aqsa-Flut« zu reagieren.

Israel antwortete mit Drohnenangriffen und Artilleriebeschuss auf Stellungen der Hizbullah nahe der libanesischen Grenze zu den von Israel besetzten Golanhöhen. Aus den anfänglichen Scharmützel

ist längst ein Krieg geworden: Bis Ende März wurden mindestens 331 Libanesen getötet, darunter 57 Zivilisten, auch Frauen und Kinder. Heiko Wimmen ist Direktor des Libanon-Projekts der International Crisis Group und lebt seit 1994 im Land. Er sagt: »Die Hizbullah hat diesen Krieg begonnen. Aber seitdem ist Israel auf der Eskalationsleiter immer ein, zwei Schritte nach oben gegangen – die Hizbullah folgt, wenn überhaupt.« Auf die Ermordung des Hamas-Funktionärs Saleh Al-Arouri Anfang Januar mitten in Beirut folgte ein Raketenhagel auf den Norden Israels und den strategisch wichtigen Luftwaffenstützpunkt Meron, der schwer beschädigt wurde. Doch die von Hizbullah-Chef Hassan Nasrallah einst ausgerufene Gleichung »Stadt für Stadt (Beirut für Tel Aviv), Zivilist für Zivilist« kommt, bis jetzt, nicht zur Anwendung.

Dennoch: 96.000 Menschen wurden aus dem Norden Israels vertrieben, 100.000 aus dem Süden des Libanon. Bereits am 13. Oktober tötete die israelische Armee bei einem Luftangriff den libanesischen, klar als solchen erkennbaren Reuters-Journalisten Issam Abdallah, während seine Kollegin Christina Assi, die für die Nachrichtenagentur AFP

arbeitet, so schwer verletzt wurde, dass ihr ein Bein amputiert werden musste. Wie Human Rights Watch und Amnesty International dokumentiert haben, setzt Israel seit Mitte Oktober immer wieder weißen Phosphor in grenznahen libanesischen Dörfern und auf anliegenden Feldern ein. Eine Chemikalie, die schwere Brände und immense Schäden für Mensch, Tier und Natur verursacht. Diese und andere Substanzen zerstörten die Lebensgrundlage Tausender libanesischer Bauern, Zehntausende Olivenbäume verbrannten, einige davon über tausend Jahre alt.

Kassem Vater Hussein und seine Frau, die ihren Namen nicht nennen will, gehören zu denen, die ihre Felder zurücklassen mussten. Sie wissen nicht, was aus ihnen geworden ist. Längst ist es zu gefährlich, dorthin zurückzukehren, und sei es nur, um nach monatelanger Flucht weitere Habseligkeiten zu holen. Bis zu sieben Angriffe pro Tag fliegt die israelische Armee inzwischen auf die Grenzregion, viele Dörfer im Süden des Libanon sind verlassen und zerstört. Zivile Infrastruktur wie Wohnhäuser und Schulen werden ebenso bombardiert wie Stützpunkte der Hizbullah und ihre Waffenlager. Darüber hinaus hat Israel bereits Städte wie Saida, nur 30 Kilometer von Beirut entfernt, oder Baalbek weit im Nordosten angegriffen.

Je näher Israel an Beirut und anderen Großstädten operiert, desto präziser werden die Schläge. Dann scheint die IDF genau zu wissen, welcher Hamas-Kommandeur sich wann in welchem Auto oder Haus befindet. Die Geheimdienstinformationen, über die Israel verfügt, beeindrucken Freund und Feind gleichermaßen.

Im grenznahen Süden scheint dieses Prinzip nicht zu gelten. Wer in von der Hizbullah beherrschten

Gebieten lebt, muss damit rechnen, zur Zielscheibe zu werden. Dabei ist die »Partei Gottes« aus der Sozialstruktur des libanesischen Südens so wenig wegzudenken wie die CSU aus Bayern – was wiederum keineswegs bedeutet, dass die Mehrheit der Bewohner im Süden die Hizbullah aktiv unterstützen würde. Völkerrechtlich sind sie durch ihren Wohnort nicht weniger Zivilisten als etwa die Christen in den nördlichen Bergregionen des Libanon.

Als Entschädigung zahlt die Hizbullah Husseins Familie monatlich umgerechnet 85 Euro, im Ramadan das Doppelte. Vom libanesischen Staat, der nur noch als Farce existiert, kommen nicht einmal mehr Lippenbekenntnisse, als hätte man mit all dem nichts zu tun. Seit 2019 befindet sich das Land in der größten Wirtschaftskrise seiner Geschichte, die libanesischen Lira hat 95 Prozent ihres Wertes verloren, mehr als 80 Prozent der Libanesen leben unter der Armutsgrenze. Seit den Parlamentswahlen im Mai 2022 ist die Regierung nur noch geschäftsführend im Amt, seit dem Auszug von Michel Aoun aus dem Baabda-Palast im Oktober 2022 hat das Land auch keinen Präsidenten mehr. Lange wurde der Libanon als Land am Abgrund beschrieben, dabei befindet er sich längst im freien Fall.

Die anfänglichen Scharmützel haben längst die Dimension eines Krieges angenommen

Hussein winkt ab, wenn die Rede auf die Regierung kommt. Er glaubt, dass er und seine Familie von diesem Staat nichts zu erwarten haben. Wenn überhaupt, dann helfen sich die Libanesen in der Not gegenseitig. Die Frau, die ihnen das Haus in Zrariah zur Verfügung gestellt hat, hat es geerbt und lebt selbst nicht im Libanon. Dicke Teppiche bedecken den Boden, viel mehr gibt es nicht.

Katy Mroueh gehört zum Freiwilligenkomitee von Zrariah, dem Dorf, in dem seit Mitte Oktober rund 145 Familien aus dem Süden Zuflucht gefunden haben. Es liegt direkt über dem Litani-Fluss, inmitten grüner Hügel mit leuchtenden Orangenbäumen, ein wenig versteckt wie das Auenland. Traditionell stark in Zrariah ist die Kommunistische Partei, auch von ihr kommt Unterstützung für die Geflüchteten.

Als die ersten ankamen, haben Mroueh und andere gleich gefragt, wer helfen kann, haben sich nach Häusern und Wohnungen erkundigt, die leer stehen, weil ihre Besitzer im Ausland leben. Dann suchten sie nach Matratzen, Möbeln, Kühlschränken. Alles wurde gebraucht – und alles bekamen sie von irgendjemandem umsonst. Auch die medizinische Versorgung sei für die Geflüchteten in Zrariah umsonst. Die öffentlichen und selbst die im Libanon eigentlich teuren Privatschulen hätten die Kinder kostenlos aufgenommen. »Die Solidarität war von Anfang an sehr groß«, sagt Mroueh. »Wir Menschen aus dem Süden teilen ein Schicksal, so viele Jahre mit dem Feind direkt an der Grenze. Wir halten zusammen.« 1985 starben bei einem israelischen Luftangriff in Zrariah rund 40 Einwohner, von 1982 bis 2000 besetzte Israel das Dorf. Auch einer der ersten israelischen Angriffe im aktuellen Krieg traf die Außenbezirke von Zrariah.

Der Krieg gegen Israel von 2006 ist vielen Bewohnern noch in Erinnerung. Ständig hört man auch heute wieder die Drohnen, die Bombeneinschläge, die Zerstörung. Die Geschichten derer, die zu ihnen fliehen, sind ihre Geschichten, der Schmerz ist ihr Schmerz, sagt Katy Mroueh. Und: »Viele waren zum ersten Mal seit 2006 wieder auf die Beine gekommen, hatten ihre Häuser repariert, konnten wieder von ihrer Ernte leben. Jetzt fangen sie erneut von vorne an.« Die meisten, die hierherkommen, sind Bauern. Sie pflanzen Tabak, Oliven oder Weizen an. Auf der Flucht haben sie nicht nur ihr Zuhause, sondern ihr ganzes Leben zurückgelassen. Landwirtschaft ist ein fragiles, emotionales Geschäft. Erfolgreiche Ernten bedeuten mehr als Überleben, Tiere mehr als Nahrung, Olivenbäume mehr als Ertrag. Bauer zu sein stiftet auch Identität. Wer das aufgibt, tut das nur, weil die Alternative der Tod ist.

Nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO haben seit Beginn des Krieges 63 Prozent der Bauern im Süden ihre Höfe verlassen. Dabei macht die Landwirtschaft dort 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus.

»Man kann politisch gegen die Hizbullah sein und trotzdem für den Widerstand«

Hussein erzählt, dass sein Heimatdorf Aita Al-Shaab 2006 ausgelöscht wurde. Nichts sei übrig geblieben. Er fürchtet, bei einer Rückkehr die gleiche Situation vorzufinden. Seine Frau sagt: »Die Familien versuchen, nicht zu weit wegzuziehen. Sie wollen in der Nähe ihrer Häuser bleiben«. Das Ehepaar berichtet, dass die Israelis von Anfang an die zivile Infrastruktur angegriffen haben: Häuser, Schulen, Solaranlagen, sogar medizinische Einrichtungen. Bleiben sei zu gefährlich gewesen.

Für die Kinder seien die Einschläge besonders schlimm gewesen, die beiden Älteren seien bis heute völlig verängstigt. »Wir hatten einen Alltag, ein Leben«, sagt Husseins Frau. Sie selbst habe im Auftrag einer deutschen Organisation syrische Geflüchtete unterrichtet. Nun hat sie auch diese Arbeit verloren. Muhammad, der älteste Sohn, wird online unterrichtet, doch oft funktioniert das Internet nicht. »Wir haben nichts mehr.«

Ein paar Hundert Meter weiter sitzen zwei Familien aus den Grenzdörfern Aytaroun und Chiyam auf Plastikstühlen zusammen. Die Erwachsenen rauchen, unterhalten sich, die Kinder spielen mit einer Katze. Nabil Haydar lebt mit seiner Tochter Ward, seinem Sohn Baher und seiner Mutter Sekna Eid auf engstem Raum. Kaum Licht dringt durch die schmalen Fenster in die Zimmer, in denen sich ihre verbliebenen Habseligkeiten an den Wänden und auf dem Boden stapeln. Ward zeigt in verschiedene Ecken des Hauses, die »Küche«, das »Schlafzimmer«, das »Bad« – ihr Vater ergänzt die Anführungszeichen mit den Fingern. Wafaa und Hassan Khalout haben mit ihrer Tochter monatelang aus dem Auto gelebt.

Das Provisorium ist zum Alltag geworden, doch es ist schwer zu akzeptieren. Die Tage ziehen sich, die Decke ist ihnen längst auf den Kopf gefallen. Oft bleibt nur das Reden. Dann geht es zum Beispiel darum, ob die Hizbullah sie gegen ihren Willen in diesen Konflikt hineingezogen hat. Doch dann ist sich die Runde einig, dass Israel für sie schon eine Bedrohung war, bevor es die Partei Gottes überhaupt gab, eigentlich seit 1948, wie sie sagen, ganz sicher aber seit den 1970er-Jahren. »Nicht alle im Süden unterstützen die Hizbullah politisch«, sagt jemand, »aber wir haben gesehen, wozu die Israelis fähig sind, sie haben unsere Felder zerstört, Journalisten und Zivilisten gezielt getötet. Solange Israel so handelt, werden wir keinen Frieden haben.«

Ein anderer fügt hinzu, dass die Hizbullah den Bewohnern des Südens Selbstbestimmung gegeben habe, vorher hätten sie jederzeit alles von Israel erwarten müssen. Jetzt gebe es jemanden, der sie verteidige. Als auf einmal eine Drohne wie in wütender Bienenschwarm über der Gruppe schwirrt, sagt eine: »Man kann politisch gegen die Hizbullah sein und trotzdem für den Widerstand. Wir im Süden zahlen den höchsten Preis.«

Etwa 17 Kilometer südlich liegt die Hafenstadt Sour, eine der ältesten durchgehend bewohnten Siedlungen der Welt. Heute leben im ehemaligen Tyros rund 23.000 Menschen mehr als sonst, viele von ihnen in Schulen, die zu Auffanglagern umfunktioniert wurden. Nur mit Genehmigung darf man diese Zentren betreten, Hizbullah und Amal-Partei wachen darüber, wer mit den Menschen dort spricht. Sie wollen genau wissen, was so nahe an der Grenze passiert, die Israelis fangen massenhaft Kommunikation und Handydaten ab. Wenige Tage zuvor hatte die IDF den ersten Angriff auf Sour seit Beginn des Krieges geflogen, den Hamas-Funktionär Hadi Mustafa in seinem Auto mit einer Drohne attackiert.

Im Hof einer dieser Schulen sind Wäscheleinen gespannt. Nach dem Regen am Morgen ist es feucht, Nässe saugt sich in die Kleidung. Hier leben viele der Bauern, deren Felder Israel mit weißem Phosphor überzogen hat. Ein Mann aus Dhayra, wo Israel am 16. Oktober Chemiebomben abgeworfen hat, zeigt auf seinem Handy Fotos von verbrannten Feldern und Früchten, von Tausenden toten Bienen, die er über Jahre gezüchtet und gepflegt hat. Auch andere Bauern berichten von toten Tieren, ganze Herden seien ausgelöscht worden. Bis zum 6. März wurden nach Angaben des libanesischen »Nationalen Rates für wissenschaftliche Forschung« (CNRS) 117 Phosphorbomben über dem Südlibanon abgeworfen. Insgesamt sollen fast zehn Millionen Quadratmeter Land verbrannt sein. Und die Angriffe gehen weiter. Weißer Phosphor ist eine hochreaktive chemische Verbindung, die sich an der Luft entzündet und beim Verbrennen große Hitze entwickelt.

Er kann schwere Atemprobleme, akute Lungenschäden, Augenverletzungen, Verbrennungen zweiten und dritten Grades und sogar Knochenschäden verursachen. Nach Angaben der in Beirut ansässigen Organisation »Legal Agenda« wurden bis zum 21. November 100 Menschen mit Atembeschwerden oder Phosphorverbrennungen in Krankenhäuser im Südlibanon eingeliefert. Amnesty International und Human Rights Watch haben Israel für den Einsatz von weißem Phosphor verurteilt, obwohl diese Waffe nicht per se international geächtet ist. Ursprünglich wurde sie eingesetzt, um Truppenbewegungen mit Rauch zu tarnen, auch Israel gibt an, sie zur Nebelerzeugung zu verwenden. Israelische Truppenbewegungen im Libanon hat es aber bisher nicht gegeben.

Antoine Kallab ist stellvertretender Direktor des Naturschutzzentrums der Amerikanischen Universität Beirut. Er sagt: »Weißer Phosphor hat neben dramatischen gesundheitlichen Konsequenzen einen immensen psychologischen Effekt. Es geht darum, einen unsichtbaren Feind, zu kreieren, der über Jahre hinweg eine kontinuierliche Bedrohung darstellt.« Wie ein stiller Tod, der Nahrung, Wasser und

Luft infiltriere und mit der Zeit immer mehr schädige.

Wenn der Rauch sich verzieht, kristallisiert sich eine Theorie heraus, vor der Experten schon seit Längerem warnen: dass Israels Taktik daraus bestehe, langfristige und möglicherweise irreversible Schäden an der Umwelt, Landwirtschaft und Wirtschaft des Südlibanon zu verursachen, um ihn auf diese Weise dauerhaft unbewohnbar zu machen.

Ibrahim Al-Sayyed ist Bauer und Vater von elf Kindern, der älteste Sohn ist 29, die jüngste Tochter erst wenige Monate alt. Mit ihnen und seinen beiden Frauen lebt er in zwei umfunktionierten Klassenzimmern. Eigentlich hatte der 52-Jährige beschlossen, nicht mehr mit westlichen Journalisten zu sprechen, weil die dann nur schreiben würden, er sei Mitglied der Gruppe »Schiiten gegen den Krieg«, aber das stimme nicht. »Ich bin gegen den Krieg, na und?«, sagt er, hebt die Schultern, dreht die Handflächen nach oben und schaut, als warte er auf Reaktionen.

»Ich kann meine Familie nicht ernähren und weiß nicht, wie es weitergehen soll.« Es reicht nicht einmal, um seine Kinder so zu versorgen, dass sie zur Schule gehen können, also hängen sie den ganzen Tag aufeinander. »Aber besser gelangweilt als bombardiert«, sagt Al-Sayyed. Dass sich die Lage in absehbarer Zeit bessern wird, glaubt er nicht. »Ich sehe nicht, dass sich eine Seite beruhigt und Zugeständnisse macht.« Das ist die große Frage, die seit dem 8. Oktober alle im Libanon beschäftigt: Wie geht es weiter? Heiko Wimmen, Landesdirektor der Crisis Group, ist vorsichtig optimistisch: »Noch beobachten wir eine Form strategischer Stabilität, in der sich beide Seiten an gewisse

»Wir zahlen den höchsten Preis«

Regeln halten. Aber innerhalb dieses Spektrums entsteht Raum für taktische Instabilität.« Vor allem Israel teste sie derzeit aus. »Es funktioniert, bis es nicht mehr funktioniert: Wenn die Informationen dann doch mal falsch sind und in Baalbek ein Wohnhaus getroffen wird und hundert Menschen sterben«, erklärt Wimmen. »Oder das gleiche auf der anderen Seite, weil der Iron Dome versagt. Die Alternative lautet: Man findet eine Verhandlungslösung.« Inzwischen glauben viele Libanesen, dass Israel mit der systematischen Entvölkerung und der Zerstörung von Feldern im Südlibanon versucht, eine Art Pufferzone entlang seiner Nordgrenze zu schaffen. Ein Ödland. »Sicherheit ist nie ein einseitiges Konzept«, sagt Wimmen. »Nur wenn beiden Seiten etwas angeboten wird, gibt es eine Lösung.« Für Hizbullah-Chef Hassan Nasrallah ist allerdings klar, dass Israel zuerst den Krieg in Gaza beenden muss.

Bis dahin bleiben den Geflüchteten nur ihre Erinnerungen. Irgendwann zücken sie alle ihre Handys und zeigen Fotos aus ihrem früheren Leben. Häuser, Felder, Ernten. Was davon übrig sein wird, wenn sie zurückkehren, das wissen sie nicht. Auch nicht, wann das sein wird. Nicht einmal Kassem weiß das.

Torah-Patriotismus

D

ie seit Staatsgründung in Variationen bestehende Wehrdienstbefreiung für ultraorthodoxe Thorastudierende – oder auch Haredim – ist Ende März ausgelaufen. Es ist noch nicht ganz klar, was dieses Urteil bedeuten wird, aber es scheint sich – dieses Mal – eine grundlegende Änderung abzuzeichnen: Obwohl eine rechte Koalition regiert, gelingt es derzeit nicht, Mehrheiten für eine gesetzliche Verankerung der Wehrdienstbefreiung zu finden.

Dabei spielen verschiedene Faktoren in dieser Debatte eine Rolle. Konkret betrifft sie natürlich die Wehrhaftigkeit des Staates, insbesondere angesichts der demografischen Entwicklung der ultraorthodoxen Gesellschaft, die derzeit knapp 15 Prozent der israelischen Staatsbürger ausmacht, aber bereits 2050 rund ein Viertel der Israelis stellen soll. Dieser Trend wird bei den jungen Wehrpflichtigen teils vorweggenommen: Lag der Anteil der ultraorthodoxen Männer an den potenziellen Rekruten in den 1970er-Jahren noch bei rund 2,5 Prozent, stieg er in den 1980er-Jahren auf fünf Prozent und in den 1990er-Jahren auf circa acht Prozent an. Heute ist der Anteil der vom Wehrdienst befreiten Haredim auf rund 23 Prozent angewachsen.

Die seit mindestens 25 Jahren andauernde Debatte zur Wehrdienstbefreiung erlaubt aber auch Einblicke in die israelische Gesellschaft und das Verhältnis zwischen Haredim und Staat darüber hinaus: Sie dreht sich um identitätspolitische Fragen und staatsbürgerliche Pflichten, Positionen der zionistischen Mehrheiten und dem überproportionalen Einfluss der haredischen Minderheiten, die Dynamiken des israelischen politischen Systems und letztlich auch die Frage des Status der Judikative im israelischen Staat. Die wieder-

um ist, wie 2023 im Rahmen der sogenannten Justizreform zu sehen war, letztlich auch eine Systemfrage.

Die Wehrdienstbefreiung ist für die Haredim aus zwei Gründen zentral: Erstens, weil sie befürchten, dass das Militär als Schmelztiegel und Begegnungsort ihre jungen Männer (von Frauen ist ohnehin nicht die Rede) in die israelische, zionistische Gesellschaft zwangsintegrieren soll und ihr religiöser, extrem konservativer Lebensstil mit der als sündhaft wahrgenommenen Welt konfrontiert würde. Zweitens argumentieren sie, dass die Aufgabe der Haredim ohnehin anderer Natur sei: nämlich die spirituelle Verteidigung des jüdischen Volkes mittels Torah-Studium. Insbesondere infolge des Holocaust hat sich bei den israelischen Haredim eine Weltsicht etabliert, nach der alle ultraorthodoxen Männer möglichst ihr Leben lang die Thora studieren sollen.

Bei der Mehrheit der nicht-ultraorthodoxen jüdischen Israelis ruft diese Sicht oft Unverständnis hervor. Seit Langem unterstützen Umfragen zufolge stabil über 70 Prozent der Bevölkerung die Aufhebung der allgemeinen Wehrdienstbefreiung für Haredim. Sie argumentieren, dass es nicht zu rechtfertigen sei, dass ihre Kinder sterben, um das Land zu verteidigen, während die Ultraorthodoxen in den Religionschulen saßen. Es handelt sich aber auch um einen identitätspolitischen Konflikt: Auf der einen Seite steht die zionistische Gesellschaft, die »Nation unter Waffen«, die ihr Schicksal selbst

in die Hand nehmen will, auf der anderen Seite die zumindest nominell noch nicht-zionistische Haredim, die vor allem auf Gott für ihre Sicherheit bauen.

Dass trotz klarer Mehrheitsverhältnisse die Sonderrechte der Haredim so lange unberührt blieben, hat eine Reihe von Gründen. Lange Zeit waren die Ultraorthodoxen etwa Königsmacher zwischen dem Mitte-Links- und dem rechten Block in der israelischen Politik: Ihre Stimmen waren in der Regel für Regierungsmehrheiten nötig, daher war es kaum möglich, Politik gegen sie zu machen.

Am anschaulichsten verdeutlicht eine Episode um die Jahrtausendwende diese Konstellation: Der Oberste Gerichtshof hatte 1998 entschieden, dass die Wehrdienstbefreiung gesetzlich geregelt werden müsse und nicht nur auf

Heute ist der Anteil der vom Wehrdienst befreiten Haredim auf rund 23 Prozent aller potenziellen Rekruten angewachsen

Foto: IDF

Der Gaza-Krieg stellt die israelischen Streitkräfte vor Personalprobleme. Die Aufhebung der Wehrdienstbefreiung für die Haredim könnte diese Lücken schließen. Für Israels Ultraorthodoxe hätte das ebenso weitreichende Folgen wie für die Armee

VON PETER LINTL



Wie sehr würde die Integration der Haredim die israelischen Streitkräfte verändern?

einer Weisung des Verteidigungsministers beruhen kann. Der Chef der Arbeiterpartei, Ehud Barak, startete daraufhin einen Wahlkampf mit dem Slogan »Ein Volk, eine Wehrpflicht« und der Forderung, dass auch die Haredim eingezogen werden sollten.

Zwar gewann Barak die Wahlen, war aber dann auf die Stimmen der Ultraorthodoxen angewiesen. Ein Gesetzentwurf (»Tal-Gesetz«) sollte zwar einen Ersatzdienst und ultraorthodoxe Armeeeinheiten schaffen, sah aber letztlich keine Zwangsmaßnahmen vor. Die Regierung Barak scheiterte ohnehin, bevor das Gesetz verabschiedet werden konnte. Die nachfolgende, konservative Likud-Regierung unter Ariel Scharon hatte zuvor das Vorhaben heftig kritisiert und auf eine allgemeine Wehrpflicht gedrängt. Doch auch sie sah sich auf die Stimmen der ultraorthodoxen Parteien angewiesen und verabschiedete das Tal-Gesetz quasi

unverändert. Diese Situation sollte sich in den nächsten zwei Jahrzehnten nicht verändern: Da die ultraorthodoxen Parteien in fast allen Regierungen saßen – seit 1977 waren sie nur rund sechs Jahre in der Opposition –, war es kaum möglich, eine strengere Gesetzgebung zu verabschieden.

Im Nachgang der Verabschiedung des Tal-Gesetzes zeigte sich allerdings, dass weitere Hürden einer Umsetzung der Wehrpflicht für Ultraorthodoxe im Weg standen: Erstens wurde die Möglichkeit, Wehr- oder Ersatzdienst abzuleisten, in den ultraorthodoxen Gemeinden so gut wie nicht bekanntgemacht. Zweitens offenbarten sich massiven Mehrkosten und logistischer Aufwand der Maßnahme. Wegen der strengen Religionsausübung und ihres konservativen Lebensstils waren gesonderte Einheiten mit speziellen Stützpunkten notwendig, die unter anderem koscheres Essen mit speziellem Gütesiegel, das Verbot von Soldatinnen auf den Stütz-

punkten und weitere Besonderheiten notwendig machten. Auch gemeinsame Festveranstaltungen der Armee gestalteten sich problematisch: So verließen die ultraorthodoxen Soldaten mehrmals einen Saal, weil Soldatinnen sangen. Vor diesem Hintergrund zeigte auch die Armee keinen erhöhten Eifer, diese Programme auszubauen.

Dass die Wehrpflichtbefreiung allerdings weiterhin zur Debatte stand, lag an zivilgesellschaftlichen Akteuren, die auf Wehrgerechtigkeit pochten und diese vor dem Obersten Gerichtshof auch einklagten, was dem ihm eine besondere Rolle in der Debatte einbrachte.

Nachdem das Gremium 1998 forderte, eine solche Befreiung gesetzlich zu verankern, nahm es später Klagen zur Überprüfung des Tal-Gesetzes an. 2006 entschied der Oberste Gerichtshof, dass das Gesetz in der damaligen Umsetzung Wehrgerechtigkeit nicht gewährleistete, und gab nochmals eine fünfjährige Karenzzeit. 2012 hob er das Gesetz schließlich auf, was zu Neuwahlen und von 2013 bis März 2015 zu einer der seltenen Koalitionen ohne Beteiligung der Haredim führte.

In dieser Zeit wurde auch eine Regelung verabschiedet, nach der ab 2017 mindestens 60 Prozent der Haredim Wehrdienst leisten sollten. Mit dem frühen Scheitern der dritten Kabinetts unter Premier Benjamin Netanyahu und dem neuerlichen Regierungseintritt der Haredim wurde die Quote aufgehoben und auch der Umsetzungszeitraum ständig nach hinten verlegt. Nachfolgende Regierungen haben den Obersten Gerichtshof immer wieder um Aufschub für ein finales Gesetz erfragt und diesen auch unter anderem vor dem Hintergrund der fünf Wahlen zwischen 2019 und 2022 gewährt bekommen.

In diesem Kontext haben die Haredim eine intensive Feindschaft zum Obersten Gerichtshof entwickelt, der mit Verweis auf die Prinzipien von Gleichheit und Wehrgerechtigkeit die Befreiung vom Wehrdienst immer wieder aufgehoben hatte. Ab 2008 brachten die Haredim daher wiederholt einen Gesetzesvorschlag zur »Überstimmungsklausel« ein, der vorsah, dass das Parlament Entscheidungen des Obersten Gerichtshof überstimmen könnte – und damit jede effektive Kontrollfunktion gegenüber dem Parlament aufheben würde. Was lange Zeit als absurde Idee erschien, wurde zu einer der zentralen Änderungen der sogenannten Justizreform.

Heute scheint Israel in Bezug auf die Wehrdienstbefreiung vor einer Weichenstellung zu stehen: Am 1. April lief die letzte Verlängerung des Obersten Gerichts für die Vorlage einer gesetzlichen Neuregelung zur Wehrpflicht für Ultraorthodoxe aus. Die Regierung war nicht in der Lage, in der eigenen Koalition die nötigen Mehrheiten zu organisieren, um ein solches Gesetz zu verabschieden. Das liegt zum Teil am Widerstand der Partei vom Benny Gantz, die nach dem

Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober der Regierung beigetreten ist, aber auch am Widerstand in den Reihen rechter Politiker, die eine allgemeine Wehrdienstbefreiung nicht länger mittragen wollen. Zudem ist die versuchte Entmachtung der Justiz gescheitert, die aus Sicht der Haredim auch zum Ziel hatte, die Wehrdienstfrage ein für alle Mal in ihrem Sinn zu klären. Es wirkt, als ob die religiös-rechte Politik in Israel sich derzeit übernimmt oder verhebt.

Zudem haben sich zwei wichtige politische Konstellationen verändert: Da rechte Mehrheiten seit einigen Jahren die Norm in der Knesset sind, fällt es den Haredim zusehends schwerer, als Zünglein an der Waage Einfluss auf die Regierungspolitik zu nehmen. Stattdessen haben sie ein Bündnis mit Netanyahu geknüpft, der sie als seine »natürlichen Partner« bezeichnet. Aber auch die Ära Netanyahu, bei aller Vorsicht, die man solchen Aussagen beimessen muss, scheint sich dem Ende zu nähern. In allen Umfragen liegt sein Likud deutlich hinter anderen Parteien, und auch seine eigenen Zustimmungswerte sind massiv gefallen. Daher verbleiben die Haredim derzeit auch in der Regierung, trotz des Urteils des Obersten Gerichtshofs. Denn anders als früher ist es vollkommen unklar, ob sich bald wieder eine Machtoption ergeben wird.

Auch für das Militär hat sich die Situation verändert: War man lange Zeit zögerlich, was die Integration der Haredim betrifft, ergeben sich inzwischen neue Notwendigkeiten. Nicht nur wegen des Gaza-Krieges, der die IDF an Grenzen ihrer Kapazität bringt, sondern auch wegen der demografischen Entwicklung kann man kaum mehr auf knapp ein Viertel der potenziell Wehrpflichtigen verzichten.

Stand Anfang April sind alle Haredim im Alter von 18 bis 26 Jahren wehrpflichtig. Diese Gesetzesnorm wird sicher nicht mit Gewalt durchgesetzt werden, aber es scheint zum ersten Mal nicht unwahrscheinlich, dass Mehrheiten der wehrpflichtigen Haredim eingezogen werden. Dieser Einschnitt wäre so dramatisch, dass man die Folgen noch nicht genau abschätzen kann. Klar ist allerdings: Er würde die Ultraorthodoxen zionistischer und das Militär religiöser machen. Denn die Gesellschaft der Haredim ist zu groß geworden, um sie nicht zu integrieren – aber auch zu groß, als dass eine solche Integration nicht auch den Rest der Gesellschaft beeinflussen würde. Das israelische Militär könnte am Anfang dieser Entwicklung stehen.

Dr. Peter Lintl ist Politikwissenschaftler bei der Stiftung Wissenschaft und Politik und arbeitet zu den Schwerpunktthemen Israel, Nahostkonflikt und politische Ordnung. Im Februar ist von ihm erschienen: »Israelische Charedim und politische Moderne. Herausforderungen einer orthodoxen Strömung in einer detraditionalisierten Welt« (Springer VS, 2024).

Ultraorthodoxe Soldaten
verließen mehrmals einen
Saal, weil Soldatinnen
sangen

Foto: Screenshot Telegram

Made in Gaza



Israelische Soldaten im Gazastreifen posieren mit Unterhosen und BHs, die offenbar ebenfalls aus Privatwohnungen stammen.

Zerstörung, Diebstahl, Erniedrigung: Israelische Soldaten veröffentlichen verstörende Videos von Einsätzen. Steckt dahinter mehr als nur ein Mangel an Disziplin?

VON PIA STECKELBACH

E

in lautes Motorengeräusch, am Horizont stürzen mehrere Gebäude ein, eine Explosion in einem Viertel von Gaza-Stadt. Dann eine Stimme: »Schujaiya gibt es nicht mehr! Nahal Oz, mit Gottes Hilfe wird es bald euch gehören!« Nahal Oz ist ein israelischer Kibbuz in der Nähe, die

Stimme gehört einem israelischen Soldaten.

Es ist Dezember 2023, und in den sozialen Medien kursieren mehrere Videos, in denen Soldaten diese Explosion bejubeln. Drei dieser Clips wurden bei der Anhörung vor dem Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen als Beweismittel vorgelegt und abgespielt. Südafrika wirft Israel in seiner Klage Verstöße gegen die Völkermordkonvention vor und bezieht sich dabei auch auf das Verhalten der Truppen in Gaza.

Videos von israelischen Soldaten sind auf Instagram, Telegram, X und Tiktok leicht zu finden. Oft sollen sie wohl lustig wirken. Ein Clip zeigt einen Soldaten, der an eine Haustür klopft. Der Mann hinter der Kamera kommentiert:

Drei solcher Videos wurden im Zuge der Anhörung vor dem Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen vorgespielt

»Ich glaube, es ist niemand zu Hause. Woher ich das weiß?« Die Kamera schwenkt und man sieht, dass die Tür das Einzige ist, was von dem ansonsten zerbombten Gebäude übrig geblieben ist.

Ein weiteres Video, das ebenfalls häufig in den sozialen Medien geteilt wurde, stammt von Guy Hochman. Der in Israel bekannte Stand-up-Comedian diente als Reservist in Gaza. Eines seiner Videos zeigt eine Fahrt in einem Jeep über eine Sandpiste. Hochman ruft: »Seht euch den Strand an, seht euch die Promenade an. Das ist alles israelisches Gebiet!« Ein anderes Armeefahrzeug taucht auf. Hochman jubelt: »Unsere Champions! Das israelische Volk ist stolz auf euch, liebt euch! Ihr seid Helden, passt auf euch auf und fickt sie!«

Der Fotojournalist Oren Ziv berichtete bereits im Februar über das Phänomen dieser von Soldaten in Gaza gedrehten Videos, er schreibt für das israelisch-palästinensische Kollektiv +972 Magazine. »Die Wahrnehmung der Palästinenser als Nicht-Menschen, auch im Westjordanland, ist seit

Jahren ein großes Problem«, findet er. Palästinenser würden nur im Kontext von Konflikt und Gewalt gesehen. Am 7. Oktober 2023 hatte die Hamas in Israel mehr rund 1200 Kinder, Frauen und Männer ermordet und mehr als 240 Geiseln genommen. Oren Ziv zeigt Verständnis für das Trauma nach diesem Ereignis. Nicht aber für die Rache, die er in den Videos der Soldaten erkennt.

Der israelische Journalist konzentriert sich in seinen Artikeln auf die Plünderungen, die in vielen Videos dokumentiert sind. Ein Beispiel: Ein Soldat wird dabei gefilmt, wie er eine silberne Halskette mit dem Unendlichkeitszeichen als Anhänger hochhält. Mit gekünsteltem arabischem Akzent sagt er »Made in Gaza« und tut so, als prüfe er die Echtheit. Sein Kamerad hinter der Kamera wendet sich an die Freundin des Soldaten, für die das Video bestimmt ist: »Schau mal, was er für dich mitbringt!«

Darüber hinaus bedienen sich die Soldaten in vielen Clips an Gegenständen aus Privatwohnungen in Gaza. Dabei handele es sich offenbar nicht unbedingt um die Häuser von Hamas-Funktionären, sondern von Zivilisten, analysiert Oren Ziv. Er habe mit Soldaten hinter den Videos gespro-



Soldatinnen beim Selfie an der Nordgrenze zum Gazastreifen. Der Schnappschuss des AP-Fotografen Tsafir Abrayov ging um die Welt.

chen. Einige hätten sich als politisch links bezeichnet. Für Ziv ein Indiz für die Normalisierung von Fehlverhalten in der israelischen Armee.

Ein anderes Beispiel: Ein Video zeigt einen Soldaten in einem teilweise zerstörten Kiosk in Jabaliya im Norden des Gazastreifens. Er hält eine Schneekugel hoch und scherzt: »Eine Spieluhr für 250 Schekel«. Kurz darauf wirft er sie an die Wand, man hört das Glas zerspringen. Er dreht sich zum Regal neben sich, nimmt den nächsten Gegenstand heraus und zertrümmert ihn. Puppen, Schulhefte und bunte Aufkleber fliegen durch die Luft. Unterlegt ist das Video mit einer Version des Liedes »Am Israel Chai«. Ein beliebtes religiös-nationalistisches Lied, in dem es heißt: »Gott wacht über uns, wer kann uns schaden? Denn wir haben kein anderes Land, das Volk Israel lebt.«

Religion ist ein präsent Element im Gaza-Krieg, meint Nir Avishai Cohen. Er war von Oktober bis Ende De-

Foto: Tsafir Abrayov / AP

Foto: privat

zember als Reservist im Einsatz. Aus Überzeugung, seine Heimat verteidigen zu wollen, war er unmittelbar nach dem 7. Oktober von einem Auslandsaufenthalt in den USA zurückgekehrt. Er war zu diesem Zeitpunkt in der Grenzregion im Süden Israels stationiert, wurde aber nicht im Gazastreifen selbst eingesetzt. Cohen hat vor einigen Jahren das Buch »Love Israel, support Palestine« geschrieben, in dem er die illegale militärische Besetzung des Westjordanlandes durch Israel anprangert.

Auch die Gaza-Operation hat er anfangs unterstützt. »Nach dem 7. Oktober gab es keine Alternative«, meint er. Doch schnell habe er den Eindruck gewonnen, dass viele seiner Kameraden einen Religionskrieg zwischen Judentum und Islam führten und die Zivilisten in Gaza kollektiv für den Terroranschlag der Hamas verantwortlich machten. Als besonders entwürdigend empfindet Cohen Clips, in denen Soldaten mit Frauenunterwäsche posieren.

In einem dieser Videos geht ein Soldat durch ein Schlafzimmer in einem Haus im Gazastreifen und präsentiert die Dessous, die er in den Schränken gefunden hat. »Ich habe immer gesagt, dass Araberinnen die größten



Nir Avishai Cohen war von Oktober bis Ende Dezember als Reservist im Einsatz und meint: Jeder Soldat, der Videos veröffentlicht, in denen er stiehlt, Zerstörung bejubelt oder palästinensische Zivilisten beleidigt, sollte aus der Armee ausgeschlossen werden.

Schlampen sind«, scherzt er. Auf anderen Fotos posieren Soldaten mit Unterhosen und BHs, die offenbar ebenfalls aus Privatwohnungen stammen. Cohen meint: Jeder Soldat, der Videos veröffentlicht, in denen er stiehlt, Zerstörung bejubelt oder palästinensische Zivilisten beleidigt, sollte aus der Armee ausgeschlossen werden. Er hält solche Videos für einen »moralischen Bankrott« – sowohl für das Militär als auch für die israelische Bevölkerung. Denn solche Inhalte würden von vielen Nutzern bejubelt und geteilt.

Israelische Medien berichten derweil kaum über die Videos aus Gaza. Ein Artikel auf der Website des Nachrichtensenders Keshet 12 sieht in den Clips vor allem ein Imageproblem: »Der Gebrauch von privaten Mobiltelefonen im Herzen des Kampfes in Gaza fügt der israelischen Hasbara enormen Schaden zu«, heißt es dort. Hasbara bedeutet auf Hebräisch »Erklärung«, meint aber Öffentlichkeitsarbeit für Israel. Der Autor des Artikels, Milán Czerny, schreibt

weiter, dass diese Videos von palästinensischen Accounts genutzt würden, um die Identität der Soldaten preiszugeben und ihnen mit Strafverfolgung zu drohen. Das würde sie letztlich in Gefahr bringen. Und was sagt die israelische Armee selbst dazu? Eine der führenden Militäranwälten, Yifat Tomer-Yerushalmi, forderte in einem Brief vom Februar, »inakzeptables Verhalten, das von den Werten und Protokollen der Truppe abweicht«, zu benennen – und bezog sich dabei auf die Zerstörung und den Diebstahl von zivilem Eigentum in Gaza. Eigentlich sollten Soldaten ihre privaten Handys im Einsatz gar nicht benutzen. Das betont auch Armeesprecher Daniel Hagari. Es sei verboten zu filmen, wenn es nicht zur Mission gehöre.

Nir Cohen und Oren Ziv glauben, dass solche Anweisungen vor allem unter Reservisten schwer durchzusetzen sind. Auf Nachfrage erklärt die israelische Armee, dass sie gegen die Urheber von Videos in sozialen Netzwerken disziplinarisch vorgeht, wenn der Verdacht auf eine Straftat besteht. Die Militärpolizei, die für diese Strafverfolgung zuständig ist, habe in einigen der untersuchten Fälle unangemessenes Verhalten festgestellt und handele entsprechend.

Daneben bedienen sich Soldaten in vielen Clips an Gegenständen aus privaten Wohnungen in Gaza

Dennoch werden Videos dieser Art weiterhin veröffentlicht. Dass die Mehrheit der Israelis kein Problem mit den Clips zu haben scheint, hängt für Nir Cohen mit den Bildern zusammen, die in den heimischen Medien aus Gaza gezeigt werden. Das Leid der Zivilisten in Gaza oder das Ausmaß der Hungerkatastrophe würden im Fernsehen kaum dargestellt. Stattdessen werden Luftaufnahmen von zerstörten Häuserblocks gezeigt. Oder Material, das vom Militär selbst zur Verfügung gestellt wird.

Diese Bilder zeigen oft, wie die Armee Waffenlager und Infrastruktur der Hamas aushebt oder gefährliche Nahkämpfe in dicht besiedelten Gebieten führt. Cohen sieht einen großen Unterschied zwischen dem, »was die Welt über das Leiden in Gaza weiß, und der Gleichgültigkeit, mit der viele Israelis die Situation betrachten«. Er glaubt, dass ein Ende der Kämpfe nur durch die internationale Gemeinschaft erreicht werden kann. Cohen sagt, er würde sich für die Videos schämen – aber sie könnten dazu beitragen, den Druck auf Israel zu erhöhen, um den Krieg zu beenden.



Die Gaza-Diplomatie und die Golfstaaten: Im Januar konferierte der saudische Kronprinz Muhammad Bin Salman (MBS) zum wiederholten Male mit US-Außenminister Antony Blinken.

Foto: US State Department

Rendezvous mit der Wirklichkeit

Die Golfstaaten erleben die erste Bewährungsprobe für ihre Führungsrolle in Nahost. Aber in einer Schlüsselfrage können sie sich nicht einigen

VON SEBASTIAN SONS

Die Regierungen der arabischen Golfmonarchien zeigten sich nach dem verheerenden Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober und der anschließenden israelischen Militäraktion im Gazastreifen schockiert, empört und bestürzt. Sie befinden sich aus unterschiedlichen Gründen in einem Dilemma, hatten doch die meisten Herrscher am Golf in den letzten Jahren eine mehr oder weniger formelle Annäherung und konziliant-pragmatische Beziehungen zu Israel gesucht – oft aus Gründen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Mit der Eskalation der Gewalt im Nahostkonflikt ist jedoch die traditionelle Sympathie für die palästinensische Sache wieder massiv zutage getreten und dominiert die öffentliche Debatte in der arabischen Welt. Dies setzt die Herrscher am Golf unter Druck, für die die Solidarität mit Palästina zuletzt in den politischen Hintergrund getreten und zu einer Art traditioneller Folklore verkommen zu sein schien. So müssen die wichtigsten Golfmonarchien nach dem 7. Oktober ihren Kurs gegenüber Israel und den Palästinensern anpassen.

Israel wurde insbesondere von den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) als potenzieller Partner im Kampf gegen den regionalen Rivalen Iran und als potenter Wirtschaftspartner gesehen. Gerade vor diesem Hintergrund stellt der Gaza-Krieg für die VAE ein Problem dar, schließlich konnten die Abraham-Abkommen nicht zu einer langfristigen Lösung des Nahostkonflikts beitragen – im Gegenteil.

Die emiratische Führung reagiert auf dieses Dilemma mit einer Mischung aus rhetorischem Druck und interessengeleitetem Pragmatismus. Gegenüber Israel schlägt sie einen härteren Ton an, forderte bereits im Dezember 2023 im UN-Sicherheitsrat einen Waffenstillstand. In den VAE wird bereits von einem »kalten Frieden« gegenüber Israel gesprochen. Damit will Abu Dhabi dem Eindruck vorbeugen, Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu mit den Abraham-Abkommen einen Freibrief für sein militärisches Vorgehen in Gaza ausgestellt zu haben.

Dennoch fühlen sich die VAE dem Abkommen weiterhin verpflichtet, da es ein langfristiges Kooperationsprojekt und Teil der emiratischen »Economy First«-Strategie ist. Gleichzeitig sehen die VAE die Krise auch als Chance: So beteiligen sie sich gemeinsam mit den USA, der EU und Großbritannien an den Hilfslieferungen auf dem Seeweg von Zypern nach Gaza. Damit wollen sie ihrer Rolle als Strippenzieher und verlässlicher Partner der internationalen Gemeinschaft gerecht werden, indem sie auf strategische Langfristigkeit statt auf kurzfristigen Aktionismus setzen.

Saudi-Arabien befindet sich ebenfalls in einer delikaten Lage: Vor dem 7. Oktober hatte das saudische Königreich Gespräche mit der israelischen Regierung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen geführt. Diese Gespräche wurden jedoch nach Beginn des Gaza-Krieges auf Eis gelegt. Saudi-Arabien durchläuft einen umfassenden sozioökonomischen Transformationsprozess und baut seine öl-basierte Wirtschaft um. Investitionen in Projekte wie die Smart City »The Line« am Roten Meer, in Sport, Unterhaltung oder Tourismus sollen das Königreich als attraktiven Wirtschaftsstandort positionieren, dringend benötigtes Kapital ins Land holen und Arbeitsplätze für junge Saudis schaffen.

Kronprinz Muhammad Bin Salman (MBS) muss in diesen Bereichen Erfolge erzielen und braucht dafür regionale Stabilität. Der Gaza-Krieg gefährdet dies jedoch, sodass Saudi-Arabien seit dem Frühjahr den rhetorischen Druck auf Netanyahu erhöht, seine Solidarität mit der palästinensischen Sache betont und auf einen Waffenstillstand sowie eine Zweistaatenlösung drängt. Insbesondere die 2002 vom damaligen saudischen König initiierte Arabische Friedensinitiative wird von Saudi-Arabien als Lösungsansatz für eine langfristige Deeskalation ins Spiel gebracht.

Dabei hat MBS einen Trumpf in der Hand: Er kann die Aussicht auf eine Normalisierung mit Israel nutzen, um Zugeständnisse von israelischer und US-amerikanischer Seite zu erzwingen. Gelingt ihm ein solcher Coup, könnte er sich als Friedensbringer stilisieren und sein internationales Ansehen festigen. Allerdings: Der bisherige Kurs, mit Israel einen pragmatischen Modus Operandi zu finden, der im Gegenzug Sicherheitsgarantien der USA beinhaltet, muss modifiziert werden. Ohne eine ernsthafte Lösung der Palästina-

frage droht Saudi-Arabien seine Glaubwürdigkeit als Anwalt der palästinensischen Sache zu verlieren. Riad hat dies erkannt und schlägt einen härteren Ton gegenüber Israel an.

Gleichzeitig hält Saudi-Arabien auch nach dem 7. Oktober die Kommunikationskanäle zum regionalen Rivalen Iran aufrecht, wie die Gespräche zwischen MBS und dem iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi zeigen. Die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Islamischen Republik im März 2023 wird in Riad als taktische Annäherung gesehen, um Konflikte wie im Jemen zu bewältigen. Trotz iranischer Unterstützung für die Hamas in Gaza oder die Hizbullah im Libanon will Saudi-Arabien dieses Ziel nicht gefährden und eine weitere Eskalation durch Iran verhindern.

Katar wiederum hat sich in den Verhandlungen um die Freilassung der israelischen Geiseln unersetzlich gemacht. Als einziger staatlicher Akteur am Golf unterhält die katarische Führung enge Beziehungen zu Teilen der Hamas; seit 2017 residiert der Führer der Hamas-Auslandsfraktion, Ismail Haniyeh, in Doha. Gegenüber Israel verfolgte die katarische Führung zeitweise einen konzilianten Kurs, lehnt aber

Abu Dhabi will dem Eindruck vorbeugen, Netanyahu einen Freifahrtschein auszustellen

eine Normalisierung kategorisch ab. Die Beziehungen Katars zur Hamas kommen der langjährigen Strategie des Landes zugute, als Dialogplattform zu fungieren, in Krisen zu vermitteln und Kontakte zu problematischen Akteuren zu pflegen. Dieser Kurs hat Katar zu einem wichtigen Partner für die USA und Europa gemacht – ein Ziel, dem die katarische Politik des »Wir reden mit allen« dient.

Nach dem 7. Oktober geriet diese Politik jedoch immer wieder in die Kritik, da Katar gerade seine Nähe zu radikal-islamistischen Gruppen wie der Hamas vorgeworfen wurde. Vor allem deren finanzielle Unterstützung rückte in den Mittelpunkt der Vorwürfe: Insgesamt soll Katar seit 2007 umgerechnet rund 1,9 Milliarden Euro nach Gaza geschleust haben. Der Vorwurf: Viel davon sei an die Hamas geflossen. Vertreter Katars argumentieren, die Unterstützung sei stets mit Wissen der USA und unter Kontrolle Israels erfolgt. Zudem wird der katarischen Führung vorgeworfen, durch ihre Nähe zur Hamas von den Angriffsplänen im Vorfeld gewusst zu haben. Auch dies wird von katarischer Seite vehement bestritten.

Darüber hinaus droht Katar ein Konflikt mit den VAE über die zukünftige Rolle der Hamas: Während sich Katar eine weitere Zusammenarbeit mit einer geschwächten Hamas vorstellen kann, kommt dies für die VAE nicht infrage. Dort werden islamistische Gruppierungen als fundamentale Bedrohung der eigenen Legitimität angesehen. So bewerteten in einer Umfrage vom Winter 2023 nur 37 Prozent der Befragten in den Emiraten die Hamas als positiv, in Saudi-Arabien waren es 40 Prozent, in Katar 61 Prozent. Deshalb wird sich auch Doha die Frage stellen müssen, ob die Kosten-Nutzen-Rechnung in Bezug auf die Hamas künftig anders ausfallen muss. In einem Nachkriegsszenario könnte daher auch die katarische Unterstützung für die Hamas zurückgehen, um weitere Reputationsschäden zu vermeiden.

Eine einheitliche Position der Golfstaaten erscheint derzeit unwahrscheinlich. Eine solche wäre aber notwendig, um eine nachhaltige Deeskalation herbeizuführen. Schließlich geht es den Herrschern am Golf – bei aller emotionalen Solidarität mit der palästinensischen Sache – auch um sicherheitspolitisches und wirtschaftliches Kalkül.

Vor allem Saudi-Arabien muss verschiedene Interessen unter einen Hut bringen. Immerhin verfügt das Königreich als traditionelle Führungsmacht und »Hüter der beiden Heiligen Stätten« Mekka und Medina über die politische und kulturelle Autorität, einen golfarabischen Kurs auszubalancieren und zu modernisieren. Erste Versuche einer gemeinsamen Positionierung werden unternommen: So hat der Golfkooperationsrat (GCC), dem neben Saudi-Arabien, den VAE und Katar auch Oman, Kuwait und Bahrain angehören, im März erstmals in seiner 43-jährigen Geschichte eine gemeinsame Vision für die regionale Sicherheit verfasst. Darin wird explizit die Schaffung einer Zweistaatenlösung auf Basis der Arabischen Friedensinitiative gefordert. Dieser Ansatz soll die golfarabische Einheit stärken und trägt die Handschrift Saudi-Arabiens.

Die Frage des Wiederaufbaus von Gaza ist jedoch bislang ungelöst. Hier lehnen die Golfstaaten bisher unisono eine Beteiligung ab, da sie die Verantwortung für die Zer-

störung allein bei Israel sehen. Sie wollen auf jeden Fall vermeiden, zum Steigbügelhalter israelischer Interessen zu werden, indem sie den kostspieligen Wiederaufbau Gazas maßgeblich finanzieren.

Die Golfstaaten haben in der Vergangenheit eine wichtige, aber auch ambivalente Rolle bei der finanziellen Unterstützung Gazas gespielt. Nicht nur aus Katar flossen große Summen, auch die VAE, Saudi-Arabien oder Kuwait engagierten sich in Form von humanitärer und finanzieller Hilfe. So sagten die Emirate im Februar 14 Millionen Euro für das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) zu. Im März folgten Katar mit 23 Millionen Euro und Saudi-Arabien mit 37 Millionen Euro.

Viel relevanter sind jedoch die bilateralen Unterstützungsleistungen, die auch ein Instrument der politischen Machtprojektion sind. Allein Saudi-Arabien soll zwischen 2000 und 2018 insgesamt 5,5 Milliarden Euro an Hilfsleistungen zur Verfügung gestellt haben, wovon nur ein kleiner Teil an UNRWA floss. Den Golfstaaten geht es darum, mit humanitärer Hilfe Marktzugänge zu sichern, politische Allianzen zu schmieden und regionale Stabilität nach eigener Definition zu wahren. Reine Geldgeschenke in Form von Einlagen in die Zentralbanken strategisch wichtiger Empfängerstaaten oder zinslose Kredite verlieren daher zunehmend an Bedeutung. Stattdessen werden Finanzhilfen heute häufig an wirtschaftliche Zugeständnisse geknüpft.

Dieser Trend könnte auch das zukünftige Geberverhalten gegenüber Palästina und anderen Empfängerländern bestimmen. Das zeigt das Beispiel der VAE: Im Februar sagten die Emirate Ägypten 32 Milliarden Euro zu, die das krisengeschüttelte Land am Nil dringend benötigt. Im Gegenzug darf Abu Dhabi die strategisch wichtige Region Ras Al-Hekma an der Mittelmeerküste westlich von Alexandria für eigene Tourismus- und Hafenprojekte erschließen. Diese Hilfe für Ägypten sichert den Emiraten wirtschaftlichen Einfluss und erweitert ihr maritimes Netzwerk. Sie sehen sich seit Jahren als Supermacht der Weltmeere und sind an Häfen im Roten Meer, im Mittelmeer und am Horn von Afrika beteiligt. Die durch den Gaza-Krieg verschärfte Notlage Ägyptens kommt den maritim-wirtschaftlichen Interessen Abu Dhabis zugute.

Trotz dieser unterschiedlichen Ansätze im Umgang mit dem Gaza-Krieg wollen alle Staaten am Golf die Eskalation stoppen. Sie stehen mehr denn je in der Verantwortung, ihren Solidaritätsbekundungen mit Palästina Taten folgen zu lassen, und müssen daher geschlossen auftreten – ein schwieriges Unterfangen.

Da sie aber an regionaler Stabilität interessiert sind, um ihre wirtschaftliche Transformation voranzutreiben und ihre Investitionen zu sichern, könnte am Ende durchaus eine regional abgestimmte Politik stehen.

Dr. Sebastian Sons ist promovierter Islamwissenschaftler und arbeitet am Forschungsinstitut CARPO zu den arabischen Golfmonarchien. Sein aktuelles Buch »Die neuen Herrscher am Golf und ihr Streben nach globalem Einfluss« ist 2023 im Dietz-Verlag erschienen.

RAFAH IST NUR DER ANFANG

Die Wut über den Gaza-Krieg mobilisiert die ägyptische Gesellschaft. Nun stellen immer mehr junge Ägypter die Grundlagen des Friedensvertrags mit Israel infrage

VON NOHA EL-MIKAWY



Eine lange Schlange von Lastwagen mit Hilfslieferungen wartet auf der ägyptischen Seite der Grenze zu Gaza auf eine Einreisegenehmigung.

Foto: Screenshot Sky News

E

s gibt nur wenige glaubwürdige Meinungsumfragen unter Ägyptern, die mit Sicherheit Aufschluss über ihre Haltung zum Gazastreifen geben. Beobachter sind sich jedoch einig, dass die ägyptische Öffentlichkeit ein zweites Erwachen erlebt. Vor zwölf Jahren weckte der Arabische Frühling das Interesse junger Ägypter an der Politik im eigenen Land. Seit Oktober 2023 sind sich viele Ägypter der regionalen

und globalen Politik viel bewusster als zuvor. Die Stimmung am Nil ist geprägt von Empörung, Enttäuschung und einem trotzigen Respekt vor dem Begriff »Widerstand«.

Seit Beginn des Gaza-Krieges sympathisieren vor allem junge Ägypter mit den Palästinensern dort. Spenden- und Freiwilligenkampagnen für humanitäre Hilfe haben deutlich zugenommen. So hat die ägyptische Ärztekammer ein Rettungs- und Hilfstaining für junge Ärzte organisiert, die sich freiwillig für die medizinische Versorgung der Palästinenser gemeldet haben.

Die Solidarität geht weit über die humanitäre Situation hinaus. Sie ist Ausdruck einer Wiederannäherung an die palästinensische Sache – und fällt zusammen mit einem moralischen Glaubwürdigkeitsverlust des Westens von historischem Ausmaß. Die Sympathie für die Menschen in Gaza und Palästina im Allgemeinen hat die Zivilgesellschaft nach

Jahren der verordneten Inaktivität seit 2013 wiederbelebt. Neben Studentendemonstrationen an verschiedenen Universitäten finden wöchentliche Solidaritätskundgebungen in der Al-Azhar-Moschee nach den Freitagspredigten statt.

In den Wochen nach Beginn des Krieges im Gazastreifen boykottierten immer mehr Ägypter Produkte westlicher Unternehmen, die beispielsweise in Siedlungen in den Besetzten Gebieten tätig sind. Betroffen waren unter anderem Starbucks, Pepsi und Coca-Cola. Die Nachfrage nach einheimische Ersatzprodukten stieg rasant. So meldete der ägyptische Mineralwasserhersteller Spiro Spathis seit dem 7. Oktober einen Anstieg der Verkaufszahlen um 500 Prozent.

Der Stimmungsumschwung in der ägyptischen Öffentlichkeit hat drei vermeintlich etablierte Annahmen in Bezug auf den Nahostkonflikt erschüttert.

Erstens bezeichnen die ägyptischen Staatsmedien die Hamas nicht mehr als Terrororganisation, sondern als »palästinensischen Widerstand«. Dieses neue offizielle Narrativ stößt eher bei älteren Ägyptern auf Zustimmung, während die Solidarität der jüngeren Generation eher den Palästinensern selbst als ihren politischen Repräsentanten gilt.

Der Kontrast zum Gaza-Krieg 2014 könnte in der Berichterstattung nicht größer sein. Damals fielen die Solidaritätsbekundungen mit den Palästinensern zurückhaltend aus, nicht zuletzt aufgrund von Medienkampagnen, die die Hamas als Komplizin von Terrorakten in Ägypten darstellten. Heute genießen Kommentatoren in dieser Frage einen für ägyptische Verhältnisse ungewöhnlich großen Spielraum und üben scharfe Kritik an Israel. Ein Zugeständnis der Regierung an die allgemeine Stimmung in der ägyptischen Öffentlichkeit.

Zweitens spielt der 1979 unterzeichnete Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel für die heutige Jugend eigentlich keine Rolle, da er lange vor ihrer Geburt geschlossen wurde. Erst der 7. Oktober katapultierte die Grundlagen der ägyptisch-israelischen Beziehungen ins Bewusstsein der jungen Generation. Denn schließlich wurden mehr als 1,5 Millionen Palästinenser in den südlichen Gazastreifen an der ägyptischen Grenze vertrieben. Es herrscht Konsens darüber, dass Ägypten seine Grenzen nicht öffnen und Palästinenser aus dem Gazastreifen in den Sinai einreisen lassen darf, da dies einer zweiten *Nakba* gleichkäme.

Das bedeutet nicht, dass junge Ägypter der humanitären Katastrophe an der Grenze nur mit Blick auf das eigene Land gegenüberstehen. So forderte der ägyptische Journalistenverband die Behörden auf, mehr zu tun, um den Grenzübergang Rafah offen zu halten, damit Hilfsgüter geliefert werden können und verwundete Palästinenser Zu-

gang zu medizinischer Behandlung in Ägypten erhalten. Ein Drahtseilakt für die Regierung. Schließlich stellen immer mehr Bürger die Bestimmungen des Camp-David-Abkommens infrage, das entmilitarisierte Zonen an der Grenze zwischen Ägypten und Gaza vorsieht und den israelischen Sicherheitskräften eine unverhältnismäßig große Kontrolle über den Grenzverkehr einräumt.

Drittens wird so deutlich wie schon lange nicht mehr die Doppelmoral des Westens kritisiert, wenn es um den Schutz der Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts in Palästina geht. Vor allem im NGO-Sektor, in dem sich viele junge Ägypter engagieren, sitzt die Enttäuschung tief. Früher orientierten sich viele dieser Organisationen an westlichen Menschenrechtsstandards und erhielten finanzielle Unterstützung für ihren Kampf um die Wahrung von Menschenrechten in Ägypten.

Dieses Verhältnis ist nachhaltig gestört. So kündigte die renommierte Menschenrechtsorganisation »Egyptian Initiative for Personal Rights« (EIPR) im Dezember an, künftig nicht mehr mit staatlichen deutschen Geldgebern zusammenzuarbeiten, nachdem die Bundesregierung die Förderung der Frauenrechts-NGO »Center For Egyptian Women's Legal Assistance« (CEWLA) eingestellt hatte.

Wie viele Jugendliche weltweit meiden auch junge Ägypter staatliche Sender und konsumieren Inhalte vor allem über soziale Medien. Dies gilt auch für Nachrichten über den Gaza-Krieg. Das Ausmaß der Zerstörung und des menschlichen Leids erlebten viele Ägypter dadurch noch unmittelbarer

und ungefilterter als in früheren Kriegen.

Diese neue Medienrealität stellt die Politik vor Herausforderungen. Denn der emotionale Aufruhr erschwert diplomatische Friedensinitiativen. Wie viele Araber haben auch die Ägypter die Hoffnung auf eine Zweistaatenlösung verloren. Der Westen wird nicht mehr als vertrauenswürdiger Vermittler wahrgenommen. Ohne einen echten Versuch, den Krieg zu beenden und sich für einen gerechten und dauerhaften Frieden zwischen Israel und einem unabhängigen, souveränen palästinensischen Staat einzusetzen, werden Stabilität und Wohlstand im Nahen Osten nur schwer zu erreichen sein. Und auch der Westen wird seinen enormen moralischen Glaubwürdigkeitsverlust im globalen Süden nicht wieder wettmachen können.

Noha El-Mikawy ist Dekanin der »School of Global Affairs and Public Policy« (GAPP) an der American University in Cairo (AUC).

Der Stimmungsumschwung in der ägyptischen Öffentlichkeit erschütterte drei etablierte Annahmen

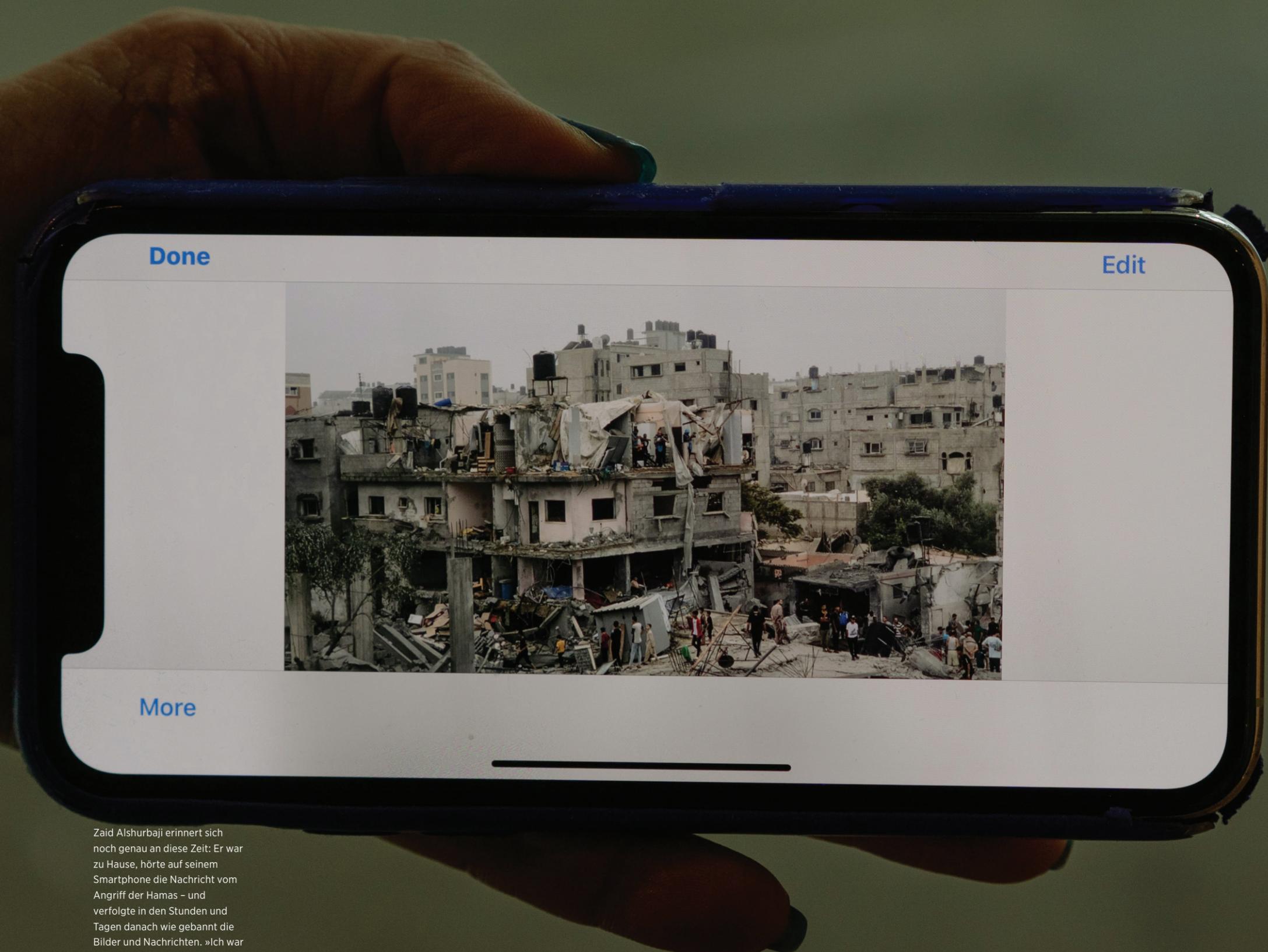
145 Kilometer



Auch die Street-Art-Szene in der jordanischen Hauptstadt widmet sich seit dem Herbst vor allem einem Thema: Gaza.

Die Mehrheit der Jordanier sind Palästinenser.
In der dynamischen Kunstszene von Amman gibt es
derzeit nur ein Thema

TEXT: ANNA DOTTI, FOTOS: LAILA SIEBER



Zaid Alshurbaji erinnert sich noch genau an diese Zeit: Er war zu Hause, hörte auf seinem Smartphone die Nachricht vom Angriff der Hamas – und verfolgte in den Stunden und Tagen danach wie gebannt die Bilder und Nachrichten. »Ich war an mein Handy gefesselt«, erinnert er sich.

E

ine Frauengestalt in schwarz-grauen Schattierungen. Sie trägt etwas auf dem Kopf, vielleicht ein Gepäckstück? Vielleicht ein Kind? Oder vielmehr das, was von seinem Körper übrig geblieben ist. Die Frau ist auf dem Bildschirm von Zaid Alshurbajis Laptop zu sehen. Fotos von Körpern, die von Bomben zerfetzt wurden, sieht er in diesen Tagen oft.

Zaid Alshurbaji sitzt auf einem Hocker an einem großen, hellen Holztisch. Aus den Boxen kommt leiser Bossa Nova, es riecht nach Kaffee. Auf dem Laptop vor ihm: sein neuestes Werk, noch nicht ganz fertig. Der freischaffende Künstler betrachtet es durch gelb getönte Brillengläser, die die Farben der Frauenfigur leicht ins Sepiabraun verschieben. Durch diese Brille sehe er die Welt wie durch die Kamera von Quentin Tarantino, sagt Alshurbaji, und das gefalle ihm.

Er wird unterbrochen, eine Frau und ein Mann kommen an seinen Tisch. Der Mann trägt einen Kapuzenpulli mit der Aufschrift »Dali«. So heißt das Café im Zentrum der jordanischen Hauptstadt Amman, in dem sich Hipster, Musiker und Kreative treffen.

Der Mann und Alshurbaji kennen sich, sie sehen sich fast täglich. Beide arbeiten oft im Dali, Alshurbaji als Künstler, der andere als Kellner. Die Frau aber kennt der Enddreißiger noch nicht, der Kellner will sie einander vorstellen. Denn sie bereitet eine Kunstausstellung vor. Um Spenden zu sammeln, für Gaza.

Nur 145 Kilometer liegen zwischen Gaza und Amman – weniger als zwischen Berlin und Dresden. Ohne Grenzkontrollen und Blockaden könnte man die Strecke mit dem Auto in drei Stunden zurücklegen. Doch nicht nur geografisch liegen die beiden Städte nahe beieinander: Für viele Jordanier ist der Nahostkonflikt Teil ihrer Familiengeschichte. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung stammt entweder selbst aus Palästina oder hat Eltern oder Großeltern, die dort geboren wurden.

Zaid Alshurbajis Großmutter kam als Kind mit ihrer Familie aus Jaffa, heute ein Stadtteil von Tel Aviv. Im Zuge der *Nakba* verloren seine Vorfahren 1948 ihre Heimat. Das arabische Wort für »Katastrophe« und »Unglück« bezeichnet die Flucht und Vertreibung von rund 700.000 Palästinensern nach der Gründung des Staates Israel. Alshurbaji war noch nie in Palästina, dafür bräuchte er ein israelisches Visum. Doch das beantragt er nicht, mit der Besatzung wolle er nichts zu tun haben, sagt er. Die Chancen seien ohnehin gering: Israel lehne solche Anträge von Palästinensern oft ab.

Seit dem Terroranschlag vom 7. Oktober und dem darauffolgenden Krieg ist die Möglichkeit eines Heimatbesuchs ohnehin in weite Ferne gerückt. Alshurbaji erinnert sich noch genau an diese Zeit: Er war zu Hause, hörte auf seinem



Dina Halaseh ist Kuratorin der Ausstellung »We are all for Gaza« in Amman und verkauft Kunstwerke aus Gaza, ohne dafür eine Provision zu nehmen.

Smartphone die Nachricht vom Angriff der Hamas – und verfolgte in den Stunden und Tagen danach wie gebannt die Bilder und Nachrichten. »Ich war an mein Handy gefesselt«, erinnert er sich. Er wollte mehr wissen, wollte verstehen, fragte sich: Was passiert jetzt?

Der Krieg hat Zaid Alshurbaji aufgewühlt, er schläft schlecht, Alpträume plagen ihn, erzählt er. Trotzdem macht er sich gleich nach dem Aufstehen an die Arbeit – sonst wüsste er nicht, wohin mit seiner Unruhe. Er müsse etwas tun, etwas schaffen. Und mit diesem Drang ist er nicht allein. Mit Israels Militärkampagne in Folge des 7. Oktober kam erst der Schock, dann die Aktion. Aktivisten halten Vorträge über die politische Situation in Kulturzentren, Galerien spenden einen Teil ihrer Einnahmen für Gaza. Ausstellungen werden verschoben, um stattdessen Fotos und Videos aus Palästina zu zeigen. Israels Bomben haben auch Ammans Kunstszene aufgerüttelt.

Einen Monat nach Kriegsbeginn steht Zaid Alshurbaji im Park vor der Galerie der Feinen Künste im Zentrum von Amman. An der Säule neben sich hat er eine Papierrolle angebracht. Darauf: eine Porträtskizze des im Herbst 2023 verstorbenen US-Schauspielers Matthew Perry. Unter seinem Geburts- und Todesdatum steht: »Wir haben einen guten Freund verloren. Gaza hat all diese Freunde verloren.« Freunde auf Englisch, also »Friends«, genauso aufgeschrieben wie der Titel der bekannten Comedy-Serie, mit der Perry in den 1990er-Jahren bekannt wurde.

Es folgen die Namen aller Opfer der israelischen Bombardierungen, die das palästinensische Gesundheitsministerium in Gaza bis dahin bekannt gegeben hatte. Die Papierrolle liegt ausgebreitet auf dem Boden, teils gefaltet, teils übereinandergestapelt. Fünfzehn Meter ist sie lang. Die Zahl

der Opfer liegt zu diesem Zeitpunkt bei über 32.000. Das Kunstwerk heißt »Just a Number – nur eine Zahl«.

Auch Alshurbajis bekanntestes Kunstwerk hat mit dem Krieg in Gaza zu tun. Auf seinem *Instagram*-Account hat der Künstler einige Beiträge gepostet, darunter dieses Video: Die Kamera ist auf einen Baum gerichtet, an dem ein in der Mitte durchgeschnittenes DIN-A4-Blatt hängt. Im oberen Teil ist die israelische Flagge zu sehen, darauf die Frage: Unterstützen Sie Israel? Im unteren Teil hängen fünf Papierstreifen, die man abreißen kann. Ähnlich einer Wohnungsanzeige. Nur auf den Streifen steht: Ich unterstütze Israel.

Das Video läuft. Eine Hand reißt den ersten Streifen ab, darunter die Leiche eines Babys und die Botschaft von Alshurbaji: Du hast ein Kind in Gaza getötet. Ein weiterer Streifen, eine weitere Botschaft: Du hast ein Krankenhaus in Gaza bombardiert und alle getötet. Du hast einen Vater und seine Tochter getötet. Und so weiter. Insgesamt fünf tödliche Botschaften. Sobald die Hand die Streifen abreißt, färben sich die Fingerspitzen blutrot.

Das Video hat mittlerweile über 46.000 Likes. Menschen aus verschiedenen Ländern haben sich bei ihm gemeldet, um das interaktive Kunstwerk zu teilen: Zusammen mit dem Video veröffentlichte Alshurbaji auch einen Link mit einer Anleitung zum Nachmachen. Spontan wurden Übersetzungen der englischen Originalversion angefertigt, mittlerweile gibt es das Werk in 16 Sprachen – von Chinesisch über Schwedisch bis Deutsch.

Heute ist Alshurbaji auf Arbeitssuche, mit seiner Kunst konnte er in den letzten Monaten nicht genug verdienen. Trotzdem ist er stolz auf das Video: Es habe seinen Zweck als Konzeptkunstwerk erfüllt und eine Art kulturelle Bewegung ausgelöst.

Erst kam der Schock, dann die Aktion



Die Papierrolle liegt ausgebreitet auf dem Boden, teils gefaltet, teils übereinandergestapelt. Die Zahl der Opfer liegt zu diesem Zeitpunkt bei über 32.000. Das Kunstwerk heißt »Just a Number – nur eine Zahl«.



Der Krieg hat Zaid Alshurbaji aufgewühlt, er schläft schlecht, Alpträume plagen ihn, erzählt er. Trotzdem macht er sich gleich nach dem Aufstehen an die Arbeit – sonst wüsste er nicht, wohin mit seiner Unruhe.

Wichtiger als Palästina



Ende 2020 trat Marokko den Abraham-Abkommen zur Normalisierung der Beziehungen mit Israel bei.

Foto: David Azagury, U.S. Embassy Jerusalem

Die Ankündigung kam überraschend: Am 20. März erteilte Israel die Genehmigung, 40 Tonnen Lebensmittel nach Gaza durchzulassen, während Hunderte Tonnen weiterer Hilfsgüter in Lastwagen an der ägyptischen Grenze vergeblich auf die israelische Einfuhrgenehmigung warteten. Absender der einzigen Lieferung, die passieren durfte: Marokko. Je sichtbarer Tod und Zerstörung im Gaza-Krieg wurden, desto größer wurde der Druck auf das Königreich und seine politische Führung.

Ende 2020 begründete Marokko seinen Beitritt zu den Abraham-Abkommen damit, sich so effektiver für die Belange der Palästinenser einsetzen zu können. Zudem verwies

Rabat auf die reiche Geschichte des Judentums in Nordafrika als Argument für eine kulturelle Affinität und damit bessere Verbindung zu Israel. Schließlich kämen viele *Mizrahim* aus Marokko.

Eine romantisierende Sicht, die die meisten Marokkaner nicht teilen. Sie vermuten vielmehr, dass zwei andere Gründe für die Normalisierung der Beziehungen ausschlaggebend waren: die wirtschaftlichen Vorteile der Zusammenarbeit mit Israel und die Anerkennung der Souveränität Marokkos über die Westsahara durch die US-Regierung. Kurzum: Die Normalisierungspolitik brachte Marokko handfeste Vorteile.

Zum Beispiel im für Marokko so wichtigen Tourismus: Nach dem Beitritt zu den Abraham-Abkommen sorgten Direktflüge aus Israel für einen regelrechten Ansturm. Bilaterale Kooperationsabkommen in Bereichen wie Landwirtschaft, Wasserwirtschaft und – angesichts der Spannungen

Marokko profitiert von der Normalisierung mit Israel. Daran ändert auch der Krieg in Gaza wenig

VON INTISSAR FAKIR

mit Algerien besonders wichtig – Rüstung und Sicherheit festigten das neue Verhältnis auf beiden Seiten.

Gleichzeitig hielten sich die Fortschritte bei der Einflussnahme auf den Nahostkonflikt in Grenzen. Im Sommer 2022 lobten Washington und Jerusalem die Beteiligung Marokkos an den Verhandlungen über die dauerhafte Öffnung des israelisch-jordanischen Grenzübergangs an der Allenby-Brücke. Es blieb die einzige Erfolgsmeldung. Dies ist weniger ein Beleg für das Scheitern marokkanischer Außenpolitik als vielmehr Ausdruck der dahinterstehenden Interessen: Marokko geht es bei der Normalisierung mit Israel eindeutig und in erster Linie um eigene nationale Projekte.

So hat die Verteidigungskooperation mit Israel die militärischen Kräfteverhältnisse in der Region erheblich verändert und dem Königreich zum Aufbau einer schlagkräftigen Luftwaffe verholfen. In diesem Bereich konnte Rabat bisher nicht mit Algerien mithalten. Die Anschaffung israelischer Drohnen und Flugabwehrsysteme fiel mit einer erneuten Konfrontation mit der Polisario zusammen, nachdem der Westsahara-Konflikt jahrzehntelang eingefroren war. Zuvor hatte Marokko vergeblich versucht, seine Position durch bilaterales Engagement durchzusetzen. Erst die US-Regierung unter Donald Trump eröffnete diese Option; eine regionalpolitische Entscheidung, die Washington unter Joe Biden beibehielt.

Dabei offenbarte der amerikanische Paradigmenwechsel einen Widerspruch: Auf dem Papier erkennt Washington die Souveränität Marokkos über die Westsahara an, bekennt sich aber gleichzeitig zu einer politischen Lösung im Rahmen der Vereinten Nationen. Doch genau dieser politische Prozess läuft angesichts der neuen geopolitischen Realitäten ins Leere. Zudem haben die veränderte US-Politik und vor allem die neue Allianz Marokkos mit Israel einen weiteren Keil zwischen Marokko und Algerien getrieben. All dies sind Begleiterscheinungen, die Marokko in Kauf nimmt.

Auf Regierungsebene beruht Marokkos Haltung im Nahostkonflikt nicht auf dem populistischen Erbe etwa des Panarabismus. Zwar tritt Rabat seit Langem für eine Zweistaatenlösung ein. Marokko gehört aber nicht zu jenen Staaten in Nordafrika, die die PLO nennenswert unterstützten. Diese stand ideologisch ohnehin Algerien näher und sympathisierte mit der Polisario. Schon König Hassan II. (regierte

von 1961 bis 1999) bemühte sich um positive, wenn auch verdeckte Beziehungen zu Israel.

Als die Regierung Ende 2020 beschloss, die Beziehungen zu Israel offiziell zu normalisieren, wählte sie sich hinsichtlich der öffentlichen Reaktionen auf der sicheren Seite. Dies umso mehr, als sie ein hinreichend überzeugendes Narrativ der besonderen Beziehungen zur jüdischen Gemeinschaft marokkanischer Herkunft entwickelt hatte, das vor allem die zwischenmenschliche Dimension betonte und so verfiel.

Auch die sichtbaren Fortschritte in der Westsahara-Frage nach jahrzehntelangem Stillstand fanden breite Unterstützung in der Bevölkerung. Und doch: Die Kluft zwischen Regierung und Bevölkerung wächst seit dem Gaza-Krieg. Auch wenn die Solidarität mit Palästina nicht mehr so zentral ist wie etwa in den 1960er-

und 1970er-Jahren, wächst sie zweifellos auch in Marokko. Nicht zuletzt deshalb, weil die Kritik an Israel nicht antisemitisch motiviert ist, sondern sich an konkreten Missständen entzündet, etwa am Umgang mit der arabischen Bevölkerung, an der Blockade des Gazastreifens, an Menschenrechtsverletzungen und immer häufiger an der entmenslichen-

den Rhetorik rechtsextremer israelischer Politiker.

Forderungen aus der Bevölkerung, die Beziehungen zu Israel abubrechen, konnte die Regierung bisher ignorieren. Dabei kann sich Rabat auch darauf berufen, dass bisher kein arabischer Staat, der diplomatische Beziehungen zu Israel unterhält, diesen Schritt vollzogen hat.

Umso wichtiger sind öffentlichkeitswirksame Aktionen wie die Hilfslieferungen nach Gaza. Möglicherweise wird das Königreich auch versuchen, sich in die regionalen Verhandlungen über eine Nachkriegsordnung einzubringen. Da Marokko im Nahostkonflikt ohnehin stets einen pragmatischen Ansatz verfolgt hat, bei dem die eigenen nationalen Interessen im Vordergrund standen, wird das Königreich seine Beziehungen zu Israel auch in Zukunft nicht grundsätzlich infrage stellen.

Intissar Fakir ist Senior Fellow und Programmdirektorin für Nordafrika und den Sahel beim US-Thinktank »Middle East Institute«.

Die reiche Geschichte des Judentums in Nordafrika dient als Argument für einen besseren Draht zu Israel

Von der Gegenwart getrennt

Ich habe meine Familie in der zweiten Nacht des Ramadan 2024 verloren. Auch wenn die Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sie nicht zurückbringen, so rücken sie doch ihr Leben und das Leben Tausender anderer, die unter diesem Krieg gelitten haben, in den Mittelpunkt.

Der Verlust meiner Lieben in einer Zeit, die eigentlich zu Frieden und Besinnung aufruft, ist Teil einer Realität, die niemanden verschont. Die Tatsache, dass ich sie vor ihrem Tod zehn Jahre lang nicht gesehen habe, macht meinen Verlust noch tragischer. Gleichzeitig fassen diese Umstände die Essenz der palästinensischen Diaspora-Erfahrung und unserer Sicht auf den Gaza-Krieg zusammen.

Das letzte Mal war ich 2014 in Gaza. Meine Heimat ist ein verschwommener Traum, eine verklärte Erinnerung. Ich entsinne mich, wie ich mit meiner Familie am Strand war und ein kleines Loch in den Sand grub, um eine Wassermelone vor der Sonne zu schützen.

Mein Onkel zeigte auf den Horizont, auf die Schiffe der israelischen Küstenwache. Selbst am Wasser fühlte sich Gaza wie ein Gefängnis an. Dieser Zustand war Normalität für alle, die dort aufwuchsen. Freiheit ist ein Wort, das in den Raum geworfen wird und für die Menschen in Gaza keine Bedeutung hat. Mit Ausnahme des Himmels: Auch deshalb ist Drachensteigen so beliebt, vor allem bei Kindern.

Den zweiten Teil meiner Kindheit habe ich am Golf verbracht. Ich erinnere mich lebhaft an die Geschichten, die in meiner Familie erzählt wurden: über das Leben in Gaza, über Vertreibung und Verlust. Kurz: über die Grundlagen unserer Identität, die sich über mehrere Generationen erstrecken.

Diese Erzählungen haben meine Kindheit geprägt und mir ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einem Land gegeben, das ich nur aus meiner Kindheit kenne, mit dem ich mich

aber immer verbunden gefühlt habe. Die Wirkung dieser Erzählungen geht über die persönliche Identität hinaus; sie beeinflussen die kollektive Psyche unserer Gemeinschaft und fördern eine Widerstandsfähigkeit, die uns Palästinenser über Kontinente und Generationen hinweg verbindet.

Was uns trennt, ist die politische Gegenwart der Teilung der palästinensischen Gebiete. Die soziale Dynamik im Westjordanland und in Gaza führte schon vor dem Krieg zu Spannungen, ganz zu schweigen von der politischen Konkurrenz zwischen Hamas und Fatah. In der Diaspora wird dieser Teil unserer Identität romantisiert, was für uns eine andere Realität schafft als die vor Ort.

Palästinenser zu sein bedeutet, mit einer imaginären Identität aufzuwachsen, die auf einer jahrhundertealten Kultur, einem Erbe und einem Volk basiert. Das Recht, Palästinenser zu sein, ist mit dem Recht verbunden, einen Pass zu besitzen. Ein weiteres Dilemma, mit dem viele Palästinenser zu kämpfen haben: Je mehr Menschen den Gazastreifen verlassen, desto brisanter werden die Folgen der erneut er-

Ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einem Land, das ich nur aus dem Kleinkindalter kannte

Im Gaza-Krieg zeigen sich viele Palästinenser solidarisch und engagieren sich. Die Perspektive der Diaspora gerät oft aus dem Blick. Dabei kann sie Antworten auf drängende Fragen geben

VON MOHAMMED USROF

zwungenen Migration. Dies betrifft Palästinenser und Nicht-palästinenser, Individuen und Staaten gleichermaßen.

Staaten wie Katar haben zwar große Anstrengungen unternommen, um verletzte Palästinenser in Sicherheit zu bringen. Doch die große Mehrheit hat nicht so viel Glück. Der Grenzübergang Rafah bleibt für die meisten geschlossen. Jede Aktion Israels an der Grenze im Süden des Gazastreifens würde jedoch die ägyptisch-israelischen Beziehungen belasten und die roten Linien in den bilateralen Beziehungen aufzeigen.

So wie die Palästinenser in Ägypten keinen Einfluss auf die Situation an der Grenze haben, haben die Palästinenser in der Diaspora generell keinen Einfluss auf die palästinensische Politik. Diese Machtlosigkeit macht ohnmächtig. Dennoch nähren die Geschichten meiner Familie über die Widerstandskraft meines Volkes meine Hoffnung auf eine Zukunft, in der unsere Stimmen gehört und unsere Rechte durchgesetzt werden.

Als Teil der Diaspora versucht man, sich in die internationale palästinensische Gemeinschaft zu integrieren und gleichzeitig die Verbindung zur Heimat aufrechtzuerhalten. Es ist jedoch wichtig, sich daran zu erinnern, was beide verbindet: Jahrzehnte andauernder Kolonisierung, Besetzung und Apartheid, die der Grund dafür sind, dass wir getrennt sind.

Aktivismus und Lobbyarbeit gehören zu den wichtigsten Instrumenten des Widerstands, sind aber nicht überall eine Option. In den Golfmonarchien zum Beispiel ist die Meinungsfreiheit eingeschränkt. Das macht es der Diaspora dort manchmal schwer, ihre Stimme zu erheben.

Auch wenn der Gaza-Krieg die Normalisierungsbemühungen der arabischen Welt mit Israel auf eine harte Probe stellt, gehen viele Palästinenser davon aus, dass er weitergeht. Daraus entsteht eine Hilflosigkeit, die ich auch in meinem Umfeld spüre. Wenn wir über die Zukunft sprechen, geht es oft um den Verlust und nicht um das, was noch gewonnen werden kann.

Selbst wenn die Besetzung beendet würde, blieben wichtige Fragen offen. Sollte die Hamas als politischer Ver-

Selbst wenn die Besetzung ein Ende finden würde, bleiben wichtige Fragen ungeklärt

treter des Gazastreifens abgesetzt werden, würde Katar an Einfluss verlieren, und andere arabische Staaten würden die Gelegenheit nutzen, das Machtvakuum auszufüllen. Die Sensibilität des Themas ist angesichts der vielen Opfer des Krieges nach wie vor hoch. Irgendwann müssen aber auch die schwierigen Zukunftsfragen auf die Tagesordnung.

Als Palästinenser aus Gaza, der am Golf lebt, verfolge ich die Vorschläge zur Lösung des Konflikts mit einer Mischung aus Skepsis und Hoffnung. Mein persönlicher Werdegang ist geprägt von Erzählungen über Resilienz im Angesicht von Widerständen. Das bestärkt mich in meiner Überzeugung, dass innovative und mutige Ansätze entscheidend sind, um den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen, der die Region seit Langem plagt.

Mohammed Usrof wurde in Gaza geboren und lebt heute in Doha. Er gehört zum Gründungsteam der »Climate Alliance for Palestine« (CAP), die sich nach der Weltklimakonferenz COP28 in Dubai konstituierte, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Plattform *Slow Factory* und arbeitet mit verschiedenen Organisationen zusammen, um die Evakuierten aus dem Gazastreifen zu unterstützen.

Hier begegneten sich Welten

Nie war es so schlimm um den Gazastreifen bestimmt wie in der Gegenwart. Dabei zeigt ein Blick auf die reichhaltige Vergangenheit, welche Zukunft das Gebiet am Mittelmeer haben könnte

VON ASIEM EL DIFRAOUI



Lithographie Nr. 71
 »Ghuzzeu - Gaza« (1857) aus
 dem Album »Ansichten des
 Heiligen Landes«
 des niederländischen
 Landschaftsmalers
 Charles William Meredith
 van de Velde

Foto: Le pays d'Israël. Collection de cartes et de prises d'après nature dans la Syrie et la Palestine.

A

m Morgen des 7. Oktober 2023 veröffentlicht die wichtigste Tageszeitung Frankreichs, Le Monde, einen Artikel über die Rehabilitation des Wadi Gaza, eines Flusslaufs, der nach starken Regenfällen Wasser in das größte Feuchtgebiet der Enklave führt. Es soll zu einem ökologischen Korridor werden. Das Becken wurde gereinigt, sauberes Klärwasser zugeführt, heimische Flora und Fauna wieder angesiedelt. Das Wadi entspringt ein paar hundert Kilometer östlich zwischen der Negev-Wüste und den Hügeln von Hebron. Über Jahrtausende war der Fluss eine Quelle für den zeitweise großen Reichtum der Stadt.

Dass der Artikel am Tag des Massakers der Hamas an 1.200 Israelis erschien, war natürlich eine dramatische Koinzidenz. Der Autor, Samuel Forey, ein Bekannter von mir, wollte »Positives und Menschliches« aus Gaza berichten. Es war vermutlich der schlechtmöglichste Zeitpunkt. Aber sein Artikel ist wichtig. Gaza und seine Jahrtausende alte Geschichte sind dagegen weniger bekannt. Gaza war niemals ein geografisch isolierter Streifen, sondern ein wichtiges kulturelles und wirtschaftliches Zentrum.

In der größten Oase der Region war Wasser nicht die einzige Quelle des Reichtums. Gaza war seit Jahrtausenden eine Brücke zwischen Asien und Afrika, die die Levante mit Ägypten und Nordafrika verband. Als Horus-Weg wurde die Verbindung in pharaonischer Zeit und in osmanischer als Weg des Sultans bezeichnet. Zudem war es mit seinem Hafen die Verbindung nach Europa für Handelskarawanen von der Arabischen Halbinsel. Und natürlich war Gaza somit auch ein umkämpfter Ort, ein Ort von Weltgeschichte.

Ursprünglich von den Kanaanäern und auch dem »Seevolk« der Philister bewohnt, kämpften hier bereits Pharaonen gegen Assyrer und Babylonier. 530 vor Christus nahm der Perserkönig Kyros der Große die befestigte Stadt ein. Sein Nachfolger eroberte von hier aus Ägypten. Ein Jahrhundert später beschrieb der griechische Historiker Herodot, dass Gaza von einem König der Araber regiert wurde, vermutlich einem Vasallen der Perser. Drei Monate belagerte Alexander der Große die Stadt im Jahr 332 v. Chr. und wurde in den Kämpfen vermutlich verletzt, bis er mit überlegenem Kriegsgerät die Stadt einnahm und viele Männer töten ließ. Wie der französische Historiker Jean-Pierre Filiu schiebt, füllten die Plünderungen Gazas zehn Schiffe, bestimmt für Makedonien. Gemäß des Historikers Plutarch schickte Alexander seinem Hauslehrer Leonidas allein zehn Tonnen Weihrauch und zwei Tonnen Myrrhe. Der Weg für die Eroberung Ägyptens war frei.

Gaza entwickelte sich zu einem Zentrum des Hellenismus. Im Jahre 63 vor Christus wurde Gaza unter Caesars Rivalen Pompeius Teil der römischen Provinz Judäa. Auf die Römer folgten die Byzantiner im 4. Jahrhundert. Den Reichtum dieser Zeit bezeugen spektakuläre Mosaiken. Das Chris-

tentum breitete sich aus und zeitgleich mit Ägypten wurden hier die ersten bedeutsamen Klöster gegründet, etwa das des heiligen Hilarion. Der Mönch stammte aus einer wohlhabenden Familie in Gaza, studierte griechische Philosophie in Alexandria und wurde zum Gründer der ersten Einsiedlergemeinschaft in Palästina. Sein Kloster wurde zu einem der bedeutsamsten in der Region.

Gaza war seit dem 4. Jahrhundert nicht nur als Wallfahrtsort bekannt, sein Ruhm stammte auch aus einer anderen Quelle, dem *Vinum Gazetum*, dem Wein aus Gaza. Er wurde vom dortigen Hafen rings ums Mittelmeer exportiert, berühmt und gepriesen, etwa im 6. Jahrhundert von dem damals führenden europäischen Gelehrten und Bischof Gregor von Tours. Ein zeitgenössischer Pilger beschrieb Gaza wie folgt: »eine wunderbare Stadt, herrlich, seine Einwohner sind sehr respektvoll, zeichnen sich in jeder Hinsicht durch ihre Freundlichkeit und Liebe für Menschen aus fremden Gegenden aus.«

637 fiel Gaza in die Hände des legendären muslimischen Generals und Eroberers Ägyptens, Amr Ibn Al-As. Die byzantinische Garnison wurde getötet, aber die Bevölkerung verschont. In der Folge konvertierten viele Christen Gayas zum Islam. Die kleinere jüdische Gemeinde, die seit der hellenistischen Periode in Gaza und auch in der Stadt Rafah präsent war, zahlte die Schutzsteuer und wurde somit nicht weiter behelligt.

Gaza wurde übrigens nie im Konsens der jüdischen Gelehrten als Teil von *Eretz Israel* betrachtet, dem gemäß des Talmud biblischen Land von Israel. Die jüdische Gemein-

schaft blühte unter muslimischer Herrschaft bis zu den Kreuzzügen auf. Mehrmals wechselten die Herrscher der Stadt zwischen Muslimen und Christen, mehrmals wurde sie zerstört, bis der Heerführer Saladin, der Gründer der ayyubidischen Dynastie, sie 1187 endgültig zurückeroberte. Gaza erlebte vor allem unter den Osmanen, die sie 1516 in ihr Reich eingliederten, eine erneute Renaissance. Durch Nathan von Gaza wurde der Ort im 17. Jahrhundert zu einem Zentrum für jüdischen Mystizismus und Ursprung der größten modernen jüdischen messianischen Bewegung, des Sabbatianismus.

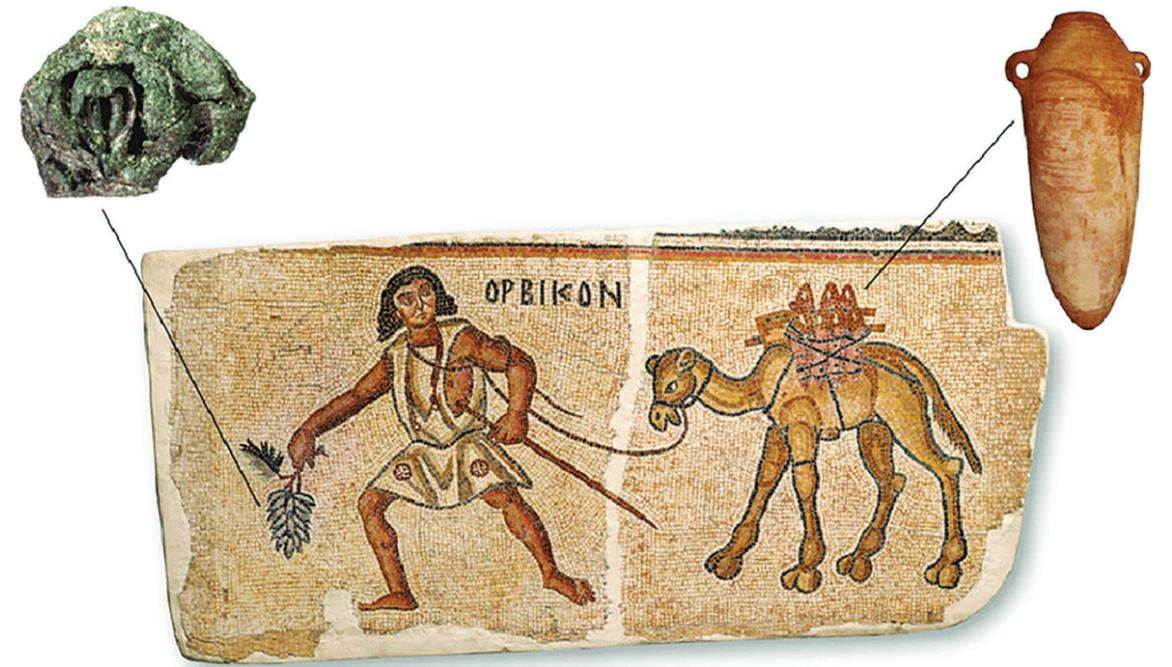
Gaza als geostrategischer Knotenpunkt blieb auch in den folgenden Jahrhunderten umkämpft. Napoleon nahm die Stadt ein, um nach seinem Ägyptenfeldzug von dort nach Syrien vorzudringen. Großbritannien und das Osmanische Reich führten im Ersten Weltkrieg hier erbitterte Kämpfe. Auch unter britischem Mandat nach der Niederlage des Sultans blieb Gaza weiter Brücke und Drehkreuz. Vom Bahnhof Gaza konnte man nach Alexandria, Kairo, Jerusalem, Beirut und sogar vermutlich noch mit dem Zug nach Istanbul reisen.

Nach dem israelischen Unabhängigkeitskrieg 1948 kontrollierte Ägypten die Stadt und sein Umland. Der Begriff Gazastreifen entstand zu eben jener Zeit. 200.000 Flüchtlinge suchten infolge der Nakba hier Schutz. Die Bevölkerung verdreifachte sich dadurch. Die vermutlich schlimmsten Jahrzehnte in der Jahrtausende alten Geschichte des Ortes und der Gegend brachen an. Gaza wurde von seinem natürlichen Hinterland und dem Rest Palästinas mehr und mehr isoliert.



Sattelitenaufnahmen lassen das Ausmaß der Zerstörung im nördlichen Gazastreifen erkennen.

Foto: Maxar



Teil eines Bodenmosaiks aus dem 6. Jahrhundert, das einen Mann zeigt, der ein mit Amphoren beladenes Kamel führt.

Foto: Carole Raddato / Flickr

Aber es gab auch Hoffnungsschimmer. Israel eroberte Gaza 1967, aber 26 Jahre später unterzeichneten die PLO und Israel das Oslo-Abkommen, das zunächst Jericho im Westjordanland und Gaza unter die Verwaltung der Palästinensischen Autonomiebehörde stellte. Gaza wurde zu ihrem ersten Provinz-Hauptquartier, wo die erste Sitzung des palästinensischen Nationalrats stattfand. 1998 wurde in Anwesenheit von US-Präsident Bill Clinton und Jassir Arafat der Internationale Flughafen von Gaza eröffnet. 700.000 Passagiere sollten jährlich befördert und Gaza wieder an die Welt angebunden werden. Aber dieser Traum und der vom Frieden war von kurzer Dauer. Der Flugverkehr wurde während der ersten Intifada 2001 eingestellt, anschließend wurde der Tower von den Israelis bombardiert und die Start- und Landebahnen mit Bulldozern zerstört. 2005 räumte Israel unilateral alle Siedlungen im Gazastreifen, ohne das mit der Palästinensischen Autonomiebehörde zu koordinieren.

2006, kurz darauf, gewann Hamas bei den Parlamentswahlen der Palästinensischen Autonomiegebiete die absolute Mehrheit. Es brach ein bewaffneter Konflikt mit der PLO aus, woraufhin Hamas begann, Gaza alleine zu regieren. Es folgte eine Spirale aus Gewalt und Gegengewalt zwischen Hamas und Israel, die in dem barbarischen Massaker der Hamas am 7. Oktober und der anschließenden Zerstörung Gazas mit bislang über 30.000 Toten auf palästinensischer Seite neue Höhepunkte des Grauens erreicht.

Warum diese lange historische Herleitung? In Zeiten der Verzweiflung, immensen Trauer und Hoffnungslosigkeit, in Zeiten, in denen die Region so isoliert ist und dort vermut-

lich mehr Menschen sterben als jemals zuvor, ist ein Blick auf Geschichte wichtig. Sie kann Mut machen. Man kann trotz aller Konflikte, die sie in sich trägt, Visionen aus ihr schöpfen, weil sich an gewissen Gegebenheiten eben nichts ändert. Das Wadi Gaza existiert noch und Gaza ist geografisch immer noch strategischer Knotenpunkt, der wieder zur Brücke zwischen Afrika, Asien, Europa und Arabien werden kann. Und das ist auch kein naiver Traum, selbst wenn es Jahrzehnte dauern wird, um die Wunden auf beiden Seiten zu heilen. Dazu braucht man eine Vision.

Vor Gaza liegen große Erdgas- und Erdölreserven im Mittelmeer, über deren Ausbeutung sich Israelis, Palästinenser und Ägypter fast schon geeinigt hätten. Die Bevölkerung ist relativ gut ausgebildet. Und die Golfstaaten, allen voran Saudi-Arabien, könnten Milliarden für den Wiederaufbau Gazas investieren – falls Palästinenser und Israelis es schaffen, endlich eine politische Lösung zu finden. Aussöhnung und Verzeihen gehören zu den schwierigsten und langwierigsten Herausforderungen für Menschen und ihre Gesellschaften. Aber auch hier existieren historische Beispiele – das friedliche Ende der Apartheid in Südafrika, oder eines, das uns im Herzen Europas betrifft: die Transformation der deutsch-französischen Erbfeindschaft in eine Freundschaft.

Dr. Asiem El Difraoui ist Politikwissenschaftler. Als Mitgründer der Candid Foundation ist er seit 2015 einer der Herausgeber von *zenith*.

Südafrika und die Staatsräson

Die Republik am Kap stellt sich an die Spitze der Kritiker Israels und klagt sogar vor dem Internationalen Gerichtshof. Warum Südafrika der Nahostkonflikt so wichtig ist und wie Juden und Muslime im Land dazu stehen

TEXT UND FOTOS: JOSEFIN HERRMANN

A

m Eingang des Bürogebäudes hängt ein Schild, das auf die erhöhten Sicherheitsvorkehrungen hinweist. Im Konferenzraum läuft die Klimaanlage. »Wenn Israel niest, bekommt die jüdische Diaspora einen Schnupfen«, sagt

Daniel Bloch. Gegenüber dem Sitz des »Cape South African Jewish Board of Deputies«, dem Bloch vorsteht, liegen das »Cape Town Holocaust and Genocide Centre«, das Jüdische Museum und die Große Synagoge der ältesten jüdischen Gemeinde Südafrikas, die auf das Jahr 1841 zurückgeht. Auf der Hauptstraße des Kapstädter Stadtteils Gardens patrouillieren Soldaten. Sie tragen schwere Stiefel, das Gewehr mit beiden Händen fest umklammert. Palmen wiegen sich im Wind. Dahinter erhebt sich der Tafelberg.

Die Erschütterung des 7. Oktober erreichte auch Südafrika. Seitdem lebt ein Teil der jüdischen Minderheit des Landes in Angst. Rund 60 Millionen Menschen hat das südlichste Land Afrikas, 85 Prozent von ihnen sind Christen. Nur 0,08 Prozent der Gesamtbevölkerung sind Juden. Die muslimische Bevölkerung macht dagegen heute knapp 1,6 Prozent aus. Mit Blick auf den Gaza-Konflikt solidarisieren sich die Muslime des Landes vor allem mit den Palästinensern.

Doch wie kommt es, dass der Nahostkonflikt ausgerechnet in Südafrika eine so große Rolle spielt? Als im 17. Jahrhundert die ersten muslimischen Sklaven aus verschiedenen Teilen der Welt – unter anderem aus dem heutigen Indien, Indonesien, Malaysia und anderen Orten Südostasiens – ins Land gebracht wurden, brachten sie den Islam mit.

Israel und Südafrika hingegen unterhielten während der rassistischen Apartheid enge Beziehungen, vor allem in den Bereichen Handel und Militär. Beziehungen, die aufgrund der damaligen internationalen Isolation Südafrikas umstritten waren. Heute vergleichen Kritiker Israels die Politik der Rassentrennung mit der Politik in den besetzten palästinensischen Gebieten, etwa der Siedlungspolitik im Westjordanland, und sehen in der Zusammenarbeit beider Länder eine Unterstützung des Unterdrückungssystems.

Die Regierungspartei African National Congress (ANC) unterhielt schon zu Zeiten des Widerstands enge Beziehungen zur Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Unterstützung erhielt das damalige Apartheidregime aus Israel. Diese historischen Verbindungen haben dazu geführt, dass Südafrika heute das militärische Vorgehen Israels im Gazastreifen aktiv verurteilt.

Südafrika habe eine der israelfeindlichsten Regierungen überhaupt, so Bloch. Die BDS-Bewegung ist in Südafrika und vor allem in Kapstadt weit verbreitet, das war schon vor dem Anschlag am 7. Oktober so. BDS steht für Boykott, Desinvestition und Sanktionen. Sie setzt sich dafür ein, die internationale Unterstützung für die Unterdrückung der Palästinenser durch Israel zu beenden und Druck auf Israel auszuüben. Der Terroranschlag hat die israelfeindliche Stimmung weiter angeheizt. Doch obwohl es in Südafrika eine sehr aggressive Anti-Israel-Bewegung gibt, ist die Zahl

Palästina-Solidarität im von vielen Muslimen bewohnten Stadtteil Bo-Kap.

antisemitischer Vorfälle in Südafrika immer noch eine der niedrigsten der Welt.

Bloch betont derweil das Recht Israels auf Selbstverteidigung: »Wenn jemand damit droht, seine Angehörigen zu töten, und dies wiederholt tut, wird man sich nicht einfach zurücklehnen und sagen: ›Okay, wir warten auf den nächsten Angriff.‹ Israel hat das Recht, sich als Staat, als Nation zu verteidigen.« Israel versuche, den Verlust von Menschenleben zu begrenzen, meint Bloch und betont, dass die israelische Regierung der Bevölkerung im Gazastreifen drei Wochen Zeit für die Evakuierung gegeben habe.

Über Gaza seien Flugblätter abgeworfen und in arabischer Sprache Nachrichten veröffentlicht worden, die dazu aufriefen, sich in den Süden des Gazastreifens zu begeben. »Wenn man sich die Opferzahlen anschaut, die Verluste an zivilem Leben, dann sind sie niedriger als in den meisten anderen Kriegen und Konflikten auf der Welt«, sagt Bloch und verweist auf die Einschätzung von Militärexperten. »Der Verlust von Zivilisten ist in jedem Fall tragisch, egal ob es einer oder 20 oder 30.000 sind.« Er ist sich sicher: Israel tut, was es kann, um Schaden zu begrenzen – und um die israelischen Geiseln zu befreien, die von der Hamas im Gazastreifen festgehalten werden. Wenn Israel wirklich einen Völkermord begehen wollte, wäre es in wenigen Minuten fertig, ist er überzeugt.

Ganz anders sieht das Andrew Feinstein: »Was in Gaza passiert, ist ein Genozid, der vor unseren Augen stattfindet«, sagt der jüdische Südafrikaner und Politiker im Zoom-Interview in seinem Londoner Büro. Alle westlichen Regierungen – Deutschland, Großbritannien, die USA, die EU – würden dies zulassen, indem sie Waffen lieferten, mit denen Israel unschuldige Palästinenser töte. »Ich frage mich: Was ist mit der Welt passiert? Haben wir unsere Menschlichkeit verloren?

Feinstein zog 1994 als Abgeordneter des ANC unter Nelson Mandela in das erste demokratisch gewählte Parlament Südafrikas ein. Heute lebt er in Großbritannien und ist Mitglied der Labour Party, deren Basis traditionell ebenfalls propalästinensisch eingestellt ist. Mit seiner Organisation »Shadow World Investigations« recherchiert er auch zu kriminellen Strukturen in der Rüstungsindustrie. Seiner Meinung nach könnte der Gaza-Krieg innerhalb weniger Tage beendet werden, wenn der Westen seine Waffenlieferungen an Israel einstellen würde. Feinstein spricht von einer Komplizenschaft von Regierungen und Politikern, die von den Waffenverkäufen profitieren würden.

Eine Einschätzung, die offensichtlich auch andere Regierungen teilen. Am 20. März kündigt die kanadische Außenministerin, Mélanie Joly, an, ihr Land werde keine Waffen mehr nach Israel liefern. Einen Tag später verschärfte auch EU-Ratspräsident Charles Michel beim EU-Gipfel in Brüssel seinen Ton gegenüber Israel – die EU-Staaten fordern angesichts der dramatischen Notlage der Zivilbevölke-

rung im Gazastreifen eine sofortige Feuerpause.

Auch die Spannungen zwischen Israel und den USA wachsen. Der wichtigste diplomatische und militärische Verbündete des jüdischen Staats, der Israel noch zu Beginn des Krieges den Rücken stärkte, wechselt nun den Kurs: Mit einer völkerrechtlich bindenden Resolution hat der UN-Weltsicherheitsrat – fast sechs Monate nach Kriegsbeginn – erstmals eine »sofortige Waffenruhe« im Gazastreifen gefordert. Das mächtigste Gremium der Vereinten Nationen verlangt außerdem die umgehende und bedingungslose Freilassung aller von der islamistischen Hamas festgehaltenen Geiseln.

Die Vetomacht USA enthielt sich bei der Abstimmung am 25. März – und ermöglichte damit die Annahme. Es ist zwar fraglich, ob oder inwieweit die Resolution Einfluss auf die Entscheidungen zum weiteren Kriegsverlauf haben wird. Eines wird aber immer deutlicher: Der internationale Druck auf Israel wächst.

Feinstein zieht Vergleiche zwischen der Apartheid in Südafrika und der Situation in Israel, wie sie von namhaften Persönlichkeiten wie Nelson Mandela und Erzbischof Desmond Tutu geäußert wurden. Beide betrachtet er als

politische Mentoren, außerdem hätten sie Israel einen Apartheidstaat genannt. Die südafrikanische Apartheid sei zwar brutal gewesen, sagt Feinstein, aber aufgrund der Notwendigkeit billiger schwarzer Arbeitskräfte, die man für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft brauchte, eher zurückhaltend. Die Militäraktion Israels im Gazastreifen sei brutaler.

Das Völkerrecht definiert Völkermord als jede Handlung, »die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören«. Feinstein sagt, was die Hamas am 7. Oktober versucht habe, sei kein Völkermord gewesen. Auch er spricht von Selbstverteidigung und will die Hamas nicht in Schutz nehmen. Die Reaktion Israels auf das Massaker vom 7. Oktober sei jedoch unverhältnismäßig. Er sieht Parallelen zwischen dem bewaffneten Kampf des ANC in Südafrika in den 1960er-Jahren und der aktuellen politischen Dynamik im Zusammenhang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt. Der ANC sei gezwungen gewesen, zum bewaffneten Widerstand überzugehen, da der Apartheidstaat immer aggressiver vorgegangen sei und andere Gruppen wie der Panafrikanische Kongress bereits militante Maßnahmen ergriffen hätten, denen der ANC hätte entgegenzutreten müssen, um seine Führungsposition im Kampf gegen die Unterdrückung zu behaupten.

In diesem Zusammenhang deutet Feinstein an, dass die Hamas gezwungen gewesen sein könnte, auf israelische Maßnahmen wie die Aneignung von Land, den Ausbau illegaler Siedlungen und die Auswirkungen der Blockade auf das palästinensische Leben zu reagieren. Es sei absurd, findet er, die Hamas als Terrororganisation einzustufen, Israel aber nicht als Terrorstaat zu bezeichnen.

Die muslimische
Bevölkerung macht
heute etwa knapp
1,6 Prozent der
Gesamtbevölkerung aus

Feinstein kritisiert Deutschland dafür, dass es keine härtere Haltung gegen das Vorgehen Israels einnehme. Hätte er die Möglichkeit, mit Bundeskanzler Olaf Scholz persönlich zu sprechen, würde er die deutsche Staatsräson kritisieren und ihm von den Erfahrungen seiner Eltern erzählen. Von seiner jüdischen Mutter, die sich während des Nationalsozialismus in Wien in einem Kohlenkeller versteckt und so überlebt habe.

»Ich als Jude, als Sohn eines Holocaust-Überlebenden, als jemand, der in Auschwitz gesprochen hat, wo meine Mutter Dutzende von Familienmitgliedern durch den deutschen Völkermord an den Juden verloren hat«, beginnt er. »Ich würde Scholz sagen: Bitte ziehen Sie nicht die falschen Lehren aus der deutschen Geschichte. Das berechtigt Sie nicht, den Staat Israel zu unterstützen, der Völkermord an den Palästinensern begeht.« Deutschland müsse vielmehr dafür sorgen, dass der Völkermord in Gaza so schnell wie möglich beendet werde.

Die Entscheidung des höchsten UN-Gerichts, dass Israel bei seinem Militäreinsatz im Gazastreifen die Palästinenser besser schützen muss, hat weltweit gemischte Reaktionen ausgelöst. Propalästinensische Staaten und Südafrika als Kläger begrüßten das Urteil. Israel und die USA reagierten erwartungsgemäß eher zurückhaltend. Der IGH hatte zwar keine Waffenruhe angeordnet. Die Richter stellten aber fest, dass im Gazastreifen die Gefahr eines Völkermordes bestehe. Urteile des Hauptrechtsprechungsorgans der Vereinten Nationen sind endgültig. Sie können nicht mehr angefochten werden. Das Gericht kann sie jedoch nicht vollstrecken. Der IGH lehnte auch den Antrag Südafrikas ab, Sofortmaßnahmen zum Schutz von Rafah zu verhängen.

»Wir sind stolz darauf, dass Südafrika das einzige Land der Welt ist, das Israel vor den Internationalen Gerichtshof gebracht hat«, sagt Scheich Abduragmaan Alexander, Imam der Masjidul-Quds-Moschee, und lächelt. Draußen weht die palästinensische Flagge auf Halbmast vor einem strahlend blauen Himmel.

Gatesville, wo die Moschee steht, gehört zum Vorort Athlone in den Cape Flats, knapp eine halbe Stunde vom Zentrum Kapstadts entfernt. Bandenkriminalität ist hier an der Tagesordnung, Drogenmissbrauch auch. Das Viertel ist multikulturell. Hier leben verschiedene ethnische Gruppen. Darunter Malaien, Inder, Xhosa und sogenannte Coloureds mit europäischen, afrikanischen und südasiatischen Wurzeln. Neben Moscheen gibt es auch Kirchen und Tempel. Die Masjidul-Quds-Moschee setzt sich seit ihrer Gründung vor 35 Jahren vehement für eine Verbesserung der Situation in den palästinensischen Gebieten ein.

»Es ist an der Zeit, dass Israel für seine Verbrechen zur Rechenschaft gezogen wird«, sagt Scheich Alexander ruhig, die Hände im Schoß gefaltet. Er weiß, dass diese Forderung auf Widerstand stoßen wird. »Die Mächte, die Israel un-

terstützen, werden sich wehren«, sagt er mit Nachdruck. »Aber wir werden nicht schweigen. Die Wahrheit muss ans Licht.«

Am 29. Dezember 2023 erschien die südafrikanische Regierung vor dem IGH in Den Haag, um Israel wegen seines Vorgehens in Gaza zu verklagen. In der 84-seitigen Klageschrift beschreibt Südafrika die Gewalt gegen die Palästinenser im Gazastreifen als Taten, die den Charakter eines Völkermordes hätten. Israel töte Palästinenser, füge ihnen »schweren psychischen und physischen Schaden zu und schafft Lebensbedingungen, die auf ihre physische Zerstörung abzielen«.

Scheich Alexander vertritt offensiv eine von den Fakten widerlegte Haltung: Er ist der Meinung, dass das Massaker am 7. Oktober in Israel nicht von der islamistischen Hamas verübt wurde, sondern von den Israelis. Die Hamas filmte sich jedoch selbst bei ihren Taten und teilte die Videos in den sozialen Medien. Die Plattform X wurde von den grausamen Inhalten regelrecht überschwemmt. Außerdem gibt es Zeugenaussagen von Menschen, die sich versteckt hielten und die Gräueltaten gehört und gesehen haben. Auch die Aussagen der inzwischen befreiten Geiseln bestätigen dies.

Fünf Monate nach dem Terrorangriff der Hamas haben auch die Vereinten Nationen in einem Bericht die Vorwürfe sexualisierter Gewalt während des Massakers als glaubwürdig eingestuft. Es gebe »gute Gründe für die Annahme«, dass es an mindestens drei Orten zu sexuellen Übergriffen und Gruppenvergewaltigungen gekommen sei, heißt es in dem Bericht. Zudem gebe es überzeugende Informationen, dass sexualisierte Gewalt auch gegen entführte Geiseln eingesetzt worden sei und dass dies im Gaza-Streifen derzeit fortgesetzt werden könnte.

Für Scheich Alexander war der 7. Oktober eine reine Vergeltungsaktion. »Unser Kampf und unsere Position richten sich gegen den Zionismus, der unserer Meinung nach gleichbedeutend ist mit Apartheid, Rassismus und Unterdrückung, was sich seit der Gründung der israelischen Regierung gezeigt hat. Es geht also nicht um den 7. Oktober. Für ihn ist das, was an diesem Tag geschah, eine Folge der Geschichte. »Was ist mit der Zeit seit 1948, als die israelische Regierung oder das israelische Volk in das Land namens Palästina eindrang und es besetzte?« Der Imam ist überzeugt, dass Israel Gaza besetzen will. Die Absicht, die israelische Armee (IDF) nach Gaza zu schicken, seien die fossilen Ressourcen im Gazastreifen selbst, an denen man sich bereichern wolle. Vor der Küste sollen fast 30 Milliarden Kubikmeter Gas lagern. Die wirtschaftlichen Interessen der Israelis hätten zum Krieg geführt. Der Plan sei, die Palästinenser, den Gazastreifen und die Bevölkerung völlig auszulöschen, um das Gebiet zu besetzen und als Teil eines Groß-Israels einzugliedern, ist sich Scheich Alexander sicher. Anfang Februar 2024 hält Südafrikas

Feinstein zieht
Vergleiche zwischen der
Apartheid in Südafrika
und der Situation
in Israel



Der Tafelberg thront über der südafrikanische Metropole Kapstadt.



»Wir sind nicht antijüdisch. Wir sind antizionistisch«, sagt Scheich Abduragmaan Alexander, Imam der Masjidul-Quds-Moschee.

Außenministerin Naledi Pandor eine Rede in der Masjidul-Quds-Moschee, um sich an die muslimische Gemeinde in Gatesville zu wenden. Pandor unterstützt die Klage Südafrikas gegen Israel und spricht von einem »Verbrechen gegen die Menschlichkeit«. Doch die Außenministerin geht noch weiter: IDF-Soldaten mit doppelter Staatsbürgerschaft – einer südafrikanischen und einer israelischen – würden bei der Einreise nach Südafrika sofort verhaftet, kündigt sie wenig später an.

»Wir sind nicht antijüdisch. Wir sind antizionistisch.« Der Zionismus sei das Krebsgeschwür, betont Imam Alexander. Eine Meinung, die ihm, wenig überraschend, heftigen Gegenwind aus der jüdischen Gemeinde eingebracht hat. Immerhin in einem Punkt scheinen sich Bloch, Feinstein und Imam Alexander einig: Die Hamas-Geiseln müssen sofort freigelassen werden.

Doch was soll nach dem Krieg mit Gaza geschehen?

In Blochs Augen sollten sich alle, die an einer Demokratie und einem friedlichen Leben für die Palästinenser interessiert sind, am Aufbau des Gazastreifens beteiligen. Auch die arabischen Staaten. Scheich Alexander plädiert dafür, dass sich Juden, Muslime und Christen an einen Tisch setzen und verhandeln, wenn ihnen das Wohl der Welt am Herzen liegt. Es brauche Frieden. Der Gazastreifen müsse wieder aufgebaut werden – bezahlt von denen, die ihn zerstört haben, so Feinstein. Die Familien, die durch die israelischen Angriffe nicht völlig ausgelöscht worden seien, müssten in ihre Häuser zurückkehren und ihr Leben wieder aufbauen können. »Das muss geschehen, damit es eine

vernünftige Möglichkeit für einen palästinensischen Staat gibt oder eine noch idealere Lösung, wie sie zum Beispiel Nelson Mandela und Erzbischof Desmond Tutu einmal gefordert haben: nämlich einen einzigen demokratischen Staat im heutigen Israel und Palästina.« Man müsse sich nur Südafrika und die Parteien anschauen, die sich über 350 Jahre bis acht Jahre vor den ersten demokratischen Wahlen bis aufs Blut bekämpft hätten – und wo das Land heute stehe.

Nach der ersten Entscheidung des IGH dürfte sich das Verfahren über Monate und Jahre hinziehen. Israel habe so die Chance gehabt, sich der Welt zu erklären, sagt Bloch und scheint damit der Klage seines Heimatlandes Südafrika etwas Positives abgewinnen zu können. Das »South African Jewish Board of Deputies« versuche, der internationalen Gemeinschaft zu erklären, dass es nicht Südafrika sei, das sich gegen Israel stelle oder die Hamas unterstütze. Es sei eine Minderheit in der Regierungspartei, sogar innerhalb des ANC: »Ich denke, die Minderheit sind die Radikalen, die die Hamas unterstützen, eine Terrororganisation, deren Mission es ist, ein ganzes Land zu zerstören und Juden zu töten. Und das ist es, was wir in Südafrika vorfinden.«

Besorgt zeigte sich Bloch allerdings über die Haltung des südafrikanischen Präsidenten. »Cyril Ramaphosa hat eine emotionale Verbindung zum palästinensischen Volk. Aber ich möchte glauben, dass er als Mensch das Töten von Menschen nicht unterstützt. Indem er die Hamas unterstützt, toleriert er das aber.«

Recht des Stärkeren

VON MAYA MISIKIR



Die Nähe Äthiopiens zum Nahen Osten und zu den Golfstaaten verknüpft die Außenpolitik immer eng mit diesen Regionen. Auch der Gaza-Krieg schlägt hier Wellen, wenngleich Äthiopien derzeit vor allem mit den Kriegsherden auf dem eigenen Staatsgebiet beschäftigt ist.

Seit November 2020 sind in der nördlichen Region Tigray Hunderttausende Menschen gestorben, Millionen wurden vertrieben. Ein zwischen der Zentralregierung und den Streitkräften der Tigray unterzeichnetes Friedensabkommen beendete den Krieg zwei Jahre später. Seitdem eskalierten die Spannungen zwischen anderen bewaffneten Gruppen in verschiedenen Teilen des Landes. In der Amhara-Region haben die Kämpfe im August 2023 begonnen. Friedensgespräche zwischen bewaffneten Gruppen in der äthiopischen Region Oromia sind zweimal gescheitert. Die Kämpfe in der Region haben sich in den letzten Monaten verschärft, begleitet von Menschenrechtsverletzungen, außergerichtlichen Hinrichtungen und illegalen Inhaftierungen.

»Die Auswirkungen des Krieges in Gaza sind hier unserer eigenen Krisen zum Trotz dennoch direkt zu spüren«, gibt Moussa Adem Oumer zu bedenken. Er ist Vorsitzender der »Afar People's Party« und Teil des 64-köpfigen überparteilichen Ausschusses, der nach Konsens in außenpolitischen Fragen unter den zerstrittenen politischen Lagern sucht. »Insbesondere die Drosselung des Rohstoffhandels im Roten Meer lässt Lebenshaltungskosten und die Inflation steigen.«

Aber es gehe nicht nur um wirtschaftliche Folgen, sondern auch um die humanitäre Lage. Partei für die Konfliktparteien in Nahost zu ergreifen, davor scheuen sich die meisten politischen Lager in Äthiopien. »Wir müssen dennoch in der Lage sein, hier eine einheitliche Position zu formulieren«, findet Oumer.

Die humanitäre Lage bereitet auch Tiruneh Gamta große Sorgen. »Der Nahe Osten war ein Drehkreuz der Supermächte. Hier stellten sie ihre Macht zur Schau«, sagt die

Obwohl Äthiopien mit den eigenen Konflikten zu ringen hat, machen sich die Folgen des Gaza-Kriegs auch in Ostafrikas größtem Land bemerkbar – und das nicht nur wegen der Versorgungskrise am Roten Meer

Generalsekretärin der Oppositionspartei »Föderaler Oromo-Kongress« (OFC). »Nun beobachten wir, wie Länder, die angeblich Menschenrechte unterstützen, sie in Wirklichkeit missachten«, urteilt die Politikerin.

Die Notwendigkeit, auch in außenpolitischen Feldern mehr Stellung zu beziehen, artikulieren seit Beginn des Gaza-Kriegs auch in Äthiopien immer mehr Parteien. »Da klafft eine Lücke in unserer politischen Kultur«, findet Tegegn Wolde von der Sidama-Befreiungsbewegung. Seine Partei hat ihren Sitz in der südäthiopischen Region Sidama, die 2020 nach einem Referendum über den Status als Bundesstaat gegründet wurde. »Als Politiker stehen wir in der Pflicht, uns zu informieren und zu Themen Stellung zu beziehen, insbesondere wenn es um Menschenrechtsverletzungen geht«, findet der Politiker.

Nicht völkerrechtliche Prinzipien, sondern das Recht des Stärkeren gelte auf der Weltbühne – wer noch etwas anderes behauptet, mache sich etwas vor, sagt ein Sicherheitsexperte in Addis Abeba, der nicht namentlich genannt werden möchte. »Da wurde eine Fassade aufrechterhalten: die eines auf Menschenrechten und Demokratie basierenden Ordnungssystems, für das sich bestimmte Länder einsetzen würden.«

Dabei führt er die unterschiedlichen Maßnahmen westlicher Staaten im Tigray-Krieg auf der einen und im Ukraine-Krieg auf der anderen Seite ins Feld. »Die internationale Ordnung funktioniert, wenn ihr Folge geleistet wird, wenn Druck aufgebaut werden kann«, ist der Experte überzeugt. »Im Moment reagiert Israel auf nichts davon«, und kann der Schiefelage doch etwas Positives abgewinnen. »Jetzt bietet sich die Gelegenheit für diejenigen, die diese Weltordnung verändern wollen.«

Maya Misikir ist freischaffende Journalistin und berichtet unter anderem für *Voice of America (VOA)* aus Addis Abeba.

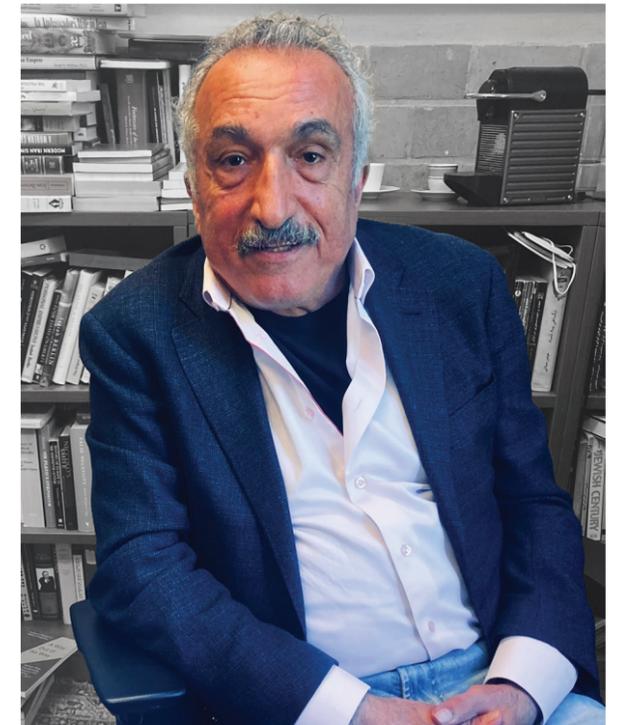
»Biden würde Palästina anerkennen, selbst Trump könnte seine Haltung ändern«

Der Historiker und Stanford-Professor Abbas Milani über die globalen Folgen des Krieges in Gaza, die israelisch-amerikanischen Beziehungen, Iran und den wachsenden Einfluss Chinas in der arabischen Welt

INTERVIEW: DANIEL GERLACH

Foto: idge

Abbas Malekzadeh Milani, geboren 1949 in Teheran, ist Historiker, Schriftsteller und Inhaber der Stiftungsprofessur »Hamid and Christina Moghadam for Iranian Studies« der Global Studies Division der Universität Stanford. Er leitet zudem das Iran Democracy Project der Hoover Institution, eines der Universität angeschlossenen Think-Tanks unter Führung der ehemaligen US-Außenministerin Condoleezza Rice. *zenith*-Chefredakteur Daniel Gerlach traf Milani in seinem Büro in Palo Alto, Kalifornien.



zenith: Professor Milani, das bisher unverbrüchliche Verhältnis zwischen Israel und den USA scheint belastet. Selten zuvor hat es so deutliche, öffentlich ausgeprägte Konflikte gegeben wie zuletzt zwischen Benjamin Netanyahu und Joe Biden. Manche Beobachter sehen gar einen Wendepunkt. Gibt es Ihrer Meinung nach eine Zeit vor und eine nach dem 7. Oktober 2023 in den Beziehungen?

Abbas Milani: Ich denke schon. Die Politik von Israels Ministerpräsident Netanyahu in den letzten fünf Monaten macht es unvergleichbar schwer für die USA, Israel zu verteidigen, was Biden und seine Vorgänger im Grunde immer getan haben. Es geht so nicht weiter: international, aber auch innenpolitisch, also an der Heimatfront. Man kann keine Taten gutheißen, die unzweideutig illegal sind. Und das ist bei einigen Aktionen Israels in Gaza der Fall. Früher schien das innenpolitische Kalkül zu Israel in den USA relativ klar. Es gab eine bedeutende, zum Teil gut organisierte und mitunter finanzkräftige jüdische Wählerschaft. Außerdem viele gläubige, zum Teil evangelikale Christen, die pro-israelisch sind. Heute sieht sich die Biden-Administration mit einer stärkeren Solidarität für die Palästinenser konfrontiert, auch in der eigenen Partei. Und vergessen Sie nicht, dass auch die jüdische Community in den USA gespalten ist in der Frage der Unterstützung für Israel beziehungsweise für die Politik Netanyahus. Hören Sie sich die Stimmen führender jüdischer Persönlichkeiten und Intellektueller in Amerika an. Wenn Chuck Schumer ..

... einer der ranghöchsten demokratischen Politiker,

der selbst Jude ist und im März den Rücktritt der Regierung Netanyahu gefordert hat ...

.. sagt, »genug ist genug«, dann heißt das schon was. Dann ist das Zeichen eines Wandels. Es gibt andere jüdische Gruppen wie etwa »J Street«, die die bedingungslose Unterstützung Israels schon lange kritisieren. Dazu kommt heute auch eine viel selbstbewusstere und einflussreichere palästinensische und arabische Community in den USA. Schließlich den linken Flügel innerhalb der Demokraten, der viel Israel-kritischer ist. Ich persönlich finde übrigens vieles von dem, was aus diesem Lager kommt, ziemlich daneben. Manches liest sich sogar wie eine Unterstützung der Hamas. Aber fest steht: Amerika kann auf Dauer nicht mehr eine Politik unterstützen, die de facto dazu führt, dass Millionen Menschen nicht in Freiheit und Wahrnehmung ihrer Rechte leben können.

Wie steht es mit anderen gesellschaftlichen Gruppen in Amerika, die keinen biografischen Bezug zur Nahost-Region haben. Etwa Afro-Amerikaner?

Man sieht Anzeichen dafür, dass auch afro-amerikanische Wähler die israelische Politik in Gaza sehr kritisch sehen. Es gibt durchaus historisch enge Beziehungen zwischen der Bürgerrechtsbewegung und Teilen der jüdischen Gemeinschaft, insbesondere linken jüdischen Politikern bei den Demokraten.

Und glauben Sie nicht, dass sich die sehr erfolgreiche und jahrelange Lobbyarbeit Netanyahus in Washington, insbesondere im Kongress, in dieser schwierigen

Stunde auszahlen wird?

Na ja. Ich habe einige Freunde in Israel, mit denen ich regelmäßig spreche. Und selbst die sagen mir: Netanyahu hat den überparteilichen Konsens zwischen Demokraten und Republikanern für die israelische Sache zerstört. Seine Allianz mit Donald Trump ..

... als der noch nicht einmal sein Amt als Präsident angetreten hatte ...

.. sein Besuch mit Rede im Kongress seinerzeit ohne Billigung von Barack Obama, die Idee, dass er nun womöglich, ohne Einladung von Joe Biden, sich wiederholt – viele Demokraten registrieren das. Diejenigen, die vorher unentschlossen waren, nehmen zunehmend eine kritische Haltung ein.

Netanyahu und Biden können sich nicht ausstehen. Aber »Bibi« kennt die Dynamiken in der US-amerikanischen Politik gut. Ging seine Strategie bisher nicht auf? Er demütigt Biden, der liefert aber trotzdem Waffen.

Die Folgen sind trotzdem zu Israels Nachteil: Schauen wir auf öffentliche Äußerungen der USA oder nun sogar die Enthaltung bei der Resolution zur Waffenruhe im UN-Sicherheitsrat. Andererseits hofft Netanyahu nun auf eine zweite Trump-Administration. Und da Biden jetzt auch noch Wahlkampf führen muss, hat er weniger Optionen.

Sollte Biden eine zweite Amtszeit bekommen: Glauben Sie, dass er Palästina als Staat anerkennen würde?

Ja ich denke, er würde er das tun. Und sogar Trump könnte seine bisherige Haltung ändern. Trump hat sich Anfang April sehr negativ über den Krieg in Gaza geäußert und gefordert, dass der schnellstmöglich beendet werden solle. Trumps Schwiegersohn Jared Kushner, ein aussichtsreicher Kandidat auf einen hochrangigen Beraterposten in einer Trump-Regierung, erklärte neulich, der Gazastreifen sei so doch ein schönes »Grundstück am Wasser«, wenn man die Bevölkerung von dort vertreibt. Man muss davon ausgehen, dass das nicht sarkastisch gemeint war. Aber Trump würde sich, wenn er noch einmal die Chance bekommt, stärker auf die Seite Saudi-Arabiens stellen. Da gibt es für ihn und seine Familie das meiste Geld zu verdienen. Und seine Außenpolitik schaut auf tiefe Taschen.

Das heißt, er würde seine evangelikalen Wähler und die konservativen jüdischen Unterstützer bei den Republikanern verraten?

Natürlich. Kein Spitzenpolitiker ist so von persönlichen Interessen getrieben wie Trump. Und er ist sehr clever, wenn es darum geht, die Stimmung in der Öffentlichkeit auszuloten. Abgesehen davon gibt es immer noch einen Konsens in Amerika, dass Israel ein strategischer Verbündeter in der Region ist und bleiben sollte. Und die Idee, dass man eine Allianz zwischen Saudi-Arabien und Israel befördern muss, genießt überparteilich Unterstützung.

Warum sollte Saudi-Arabien in dieser Lage darauf eingehen? Annäherung mit einer rechtsextremen Regierung in Jerusalem? Hat Kronprinz Muhammad Bin Salman (MBS) denn nicht viel mehr Optionen?

Richtig. Saudi-Arabien tanzt nicht nach Amerikas Pfeife. Man hat auch die Angebote aus China. Und MBS spielt beide Seiten ganz geschickt gegeneinander aus.

Dennoch haben die USA die Hoffnung nicht aufgegeben. Sicherheitsberater Jake Sullivan und Außenminister Antony Blinken waren Anfang April abermals in Riad, um die Saudis zu einem Deal mit Netanyahus Israel zu bewegen. Ist das naiv?

Es wäre dann naiv, wenn man davon ausginge, dass diese israelische Koalition überleben wird. Mit dieser Regierung werden die Saudis keinen Deal vereinbaren. Aber ich denke, dass Saudi-Arabien auch längst die strategische Entscheidung getroffen hat, die Beziehungen mit Israel zu normalisieren. Und wenn Israels Regierung weniger auf sich selbst und ihre Machtinteressen konzentriert wäre, hätte das längst passieren können.

»Netanyahu hat den überparteilichen Konsens in den USA zu Israel zerstört«

Setzt Saudi-Arabien damit nicht seine Rolle als arabische und islamische Führungsmacht aufs Spiel?

Die palästinensische Sache ist kein Dealbreaker mehr in der Region. Die Zeit ist vorbei, da es für eine Normalisierung in der Region erst eine Lösung der Palästinafrage geben musste, was ich persönlich übrigens für wichtig halte.

Haben der 7. Oktober und der Krieg in Gaza das nicht wieder verändert? Seitdem redet doch die halbe Welt über die Zweistaatenlösung.

Ich denke ja. Trotz aller Proteste und Solidarität weltweit mit den Palästinensern: Ich finde es eher bemerkenswert, wie wenig die furchtbaren Bilder aus Gaza am Ende die arabische oder gar die iranische Straße bewegt haben. Ich hätte gedacht, dass die Reaktionen noch viel heftiger ausfallen.

Die muslimische Welt, aber auch ein Großteil des sogenannten globalen Südens werfen dem Westen mit seiner Unterstützung für Israel Doppelstandards vor.

Die gibt es ja auch. Über 30.000 Tote in Gaza und die hef-

tigste Reaktion aus Europa kam erst, als ausländische Nothelfer ums Leben gekommen sind. Warum ist das Leben eines Palästinensers billiger als das eines Europäers? Doppelstandards gibt es aber auf beiden Seiten. Warum ist das Töten von 1.400 Israelis am 7. Oktober kein Thema in Teilen der dekolonisierten Welt? Warum gab es in diesen Ländern kaum Proteste gegen Russlands und Irans Kriegführung in Syrien?

»Natürlich gibt es Doppelstandards. Auf beiden Seiten«

Und wer profitiert von dieser Stimmung auf der geopolitischen Bühne?

Das russische Regime ist zu inkompetent, um auf Dauer strategisches Kapital daraus zu schlagen. Nicht so die Chinesen. Ihnen nutzt es, weil sie so mit der Idee aufräumen können, dass Demokratie die Lösung für die Probleme der Menschheit ist. Ihr Narrativ: Die Moderne ist gescheitert. Demokratie ist Heuchelei. Sie schafft keine Gleichheit, keine wirtschaftliche Entwicklung und – seht her – nicht einmal die Achtung der Menschenrechte. Wer sind diese also Demokratien, die uns über unseren Umgang mit den Muslimen in China belehren wollen?

Ist sich die Biden-Administration Ihrer Meinung der Folgen der Entwicklung für das globale Machtgefüge insbesondere im Nahen Osten bewusst?

Natürlich sind die wachsende Rolle Chinas und ein neuer Kalter Krieg dort Thema. Auch der robustere Umgang mit den Chinesen. Aber ich sehe nicht, dass man die Folgen dieses Krieges vollumfänglich verstanden hat. Das Ganze geht ja einher mit einer nie dagewesenen Entwicklung des digitalen Zeitalters, in der China bald über einen Vorsprung verfügen wird: die technologischen Methoden Künstlicher Intelligenz für Intrusion, Spionage, Sabotage von Information bringen einen paradigmatischen Wandel, der historisch vielleicht nur mit dem Zeitalter der Renaissance vergleichbar wäre.

Wo steht der Nahe Osten in dieser neuen Renaissance?

Verschiedene Staaten verhandeln das auf ihre Weise. Ich glaube, die Vereinigten Arabischen Emirate haben sich darin gut eingerichtet, Saudi-Arabien zieht nach, wenn auch

nicht mit der gleichen Cleverness. Die Israelis waren in einer guten Position, einer der größten Gewinner des digitalen Zeitalters in der Region zu sein. Wenn sie Gaza und die politische Krise schnell in den Griff bekommen, können sie das immer noch. Im Übrigen noch eine Sache zu Gaza: Nie zuvor wurde in diesem Maße KI im Krieg eingesetzt, mit furchtbaren Konsequenzen.

Wie steht es mit Iran? Wie sehen Sie Zukunft der Islamischen Republik in dieser Entwicklung?

Die derzeitige Konstellation kann nicht lange fortbestehen. Aus ökonomischen Gründen. Auch wenn Iran das einzige Land auf der Welt ist, das seit über vierzig Jahren eine zweistellige Inflation und eine zweistellige Arbeitslosigkeit aushält. Das grenzt an ein Wirtschaftswunder. Aber es geht dem Ende entgegen.

Dafür müsste ja mindestens eine Säule des bestehenden Regimes wegbrechen. Wer geht als erster von Bord?

Meiner Vermutung nach die Revolutionsgarde, die rund 50 Prozent der Wirtschaft in Iran beherrscht. Deren Interessen überragen alle ideologischen Werte. Man hört immer wieder von Kommandeuren der Revolutionsgarde, die das System heftig kritisieren.

Aber das System der Islamischen Republik ist ja deren einzige Existenzberechtigung. Warum sollten sie also gegen die Herrschaft des Rechtsgelehrten putschen?

Kein Putsch. Eine Option ist eine sanfte Landung für eine Variante des Regimes. Und zwar mit der Hilfe der iranischen Diaspora. Die einzige Lösung, um eine Zerstörung des Landes oder einen Bürgerkrieg zu vermeiden, ist eine Koalition derer, die die Interessen Irans im Blick haben – keine politische Ideologie oder religiösen Sektarismus. Ein Teil der Garde sieht, dass der Status Quo nicht zu halten ist. Auch viele Reformer, wobei ich nicht diejenigen Reformer meine, die das bestehende System erhalten wollen. Unter Khamenei wird es einen solchen Wandel nicht geben, aber danach.

Und wie sehen Sie die Rolle der Diaspora dabei?

Ich meine nicht die politische Opposition, sondern die iranische Diaspora, die weltweit rund eine Trillion US-Dollar an Vermögenswerten kontrolliert. China hat gezeigt, dass es das iranische Bedürfnis nach Investitionen nicht erfüllen wird. Obwohl die Iraner den Chinesen einen Deal angeboten haben wie keinen zweiten. Inklusive eines eigenen Hafens am Golf. Der Westen investiert nicht, Saudi-Arabien auch nicht. Also bleibt die Diaspora.

Die ist mit Iran nach wie vor eng verbunden, kulturell und emotional.

Allerdings. Unter Khamenei wird sie nicht zurückkommen. Aber wenn man ihr Sicherheit und die richtigen Rahmenbedingungen bietet, dann schon.

DER NAHOST-KONFLIKT IN BOGOTÁ

VON MAURICIO JARAMILLO JASSIR

Kolumbiens Außenpolitik ist stark von der jeweiligen Regierung abhängig – eine natürliche Folge des Präsidialsystems. Es ist üblich, dass sich alle vier Jahre einschneidende Veränderungen ergeben, etwa in der Haltung gegenüber den Nachbarländern, den Ansätzen zur Befriedung von Konflikten, der Drogenbekämpfung oder der Bedeutung multilateraler Organisationen.

Die Verfassung gibt zwar allgemeine Richtlinien vor, die darauf abzielen, den Beziehungen zu Lateinamerika und der Karibik Priorität einzuräumen (Artikel 277), aber nicht alle Präsidenten haben sich unbedingt daran gehalten. Jüngstes und konkretes Beispiel: Iván Duque (2018–2022), der sich etwa von Dialogformaten wie der »Union Südamerikanischer Nationen« (Unasur) und der »Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten« (Celac) distanzierte.

Gleichzeitig ist Außenpolitik kein relevantes Wahlkampfthema und hat für viele Kolumbianer keine Priorität. Im Gegensatz zu Themen wie Arbeit, Sicherheit oder Gesundheit. Außenpolitik wird kaum in der Breite diskutiert, die Öffentlichkeit fordert selten Rechenschaft ein. Außenpolitik gilt als Expertengebiet, die Positionen Kolumbiens auf der internationalen Bühne sind den meisten Menschen kaum bekannt. Allerdings verschieben sich Wahrnehmung und Reaktion vor allem wegen der Reichweitenstärke sozialer Medien zuletzt zunehmend.

Die kolumbianische Außenpolitik gegenüber Israel und Palästina ist durch eine Reihe von Meilensteinen gekennzeichnet. Der erste war die Ablehnung der Resolution 181 der Generalversammlung der Vereinten Nationen, mit der der Staat Israel gegründet wurde. Die kolumbianische Regierung war damals der Ansicht, dass ohne die Zustimmung der arabischen Länder die Stabilität in der Region nicht gewährleistet werden könne. Es ging nicht darum, sich der Gründung Israels zu widersetzen – das Land wurde von Kolumbien nach der Gründung umgehend anerkannt –, vielmehr wollte Bogotá auf die Notwendigkeit eines regionalen Konsenses aufmerksam machen.

Seither bemüht sich Kolumbien um ausgewogene Beziehungen sowohl zu den arabischen Staaten als auch zu Israel. 1995 besuchte Regierungschef Ernesto Samper Pizano (1994–1998) in seiner Funktion als Präsident der Bewegung

Israel ist ein enger Waffenpartner, gleichzeitig hat Kolumbien Palästina als Staat anerkannt. Wie das zusammenpasst und warum die Debatte so polarisiert ist wie die kolumbianische Gesellschaft selbst

der Blockfreien Staaten (NAM) erstmals offiziell die Besetzten Gebiete. Er unterstützte ausdrücklich die Aushandlung des Oslo-Abkommens und die entstehende Palästinensische Autonomiebehörde.

Zwei weitere Meilensteine der jüngeren kolumbianischen Nahostpolitik erscheinen auf den ersten Blick widersprüchlich, haben sich aber in der Praxis als kompatibel erwiesen. Dies ist zum einen die militärisch-strategische Annäherung an Israel und zum anderen die überraschende Anerkennung des palästinensischen Staates. Die strategische Annäherung an Israel zeigt sich in der Beschaffung von dort entwickelten Galil-Sturmgewehren (als Ersatz für die deutschen G3-Schnellfeuergewehre) und Kfir-Kampfflugzeugen für die kolumbianische Luftwaffe. Der Rüstungsdeal führte zu einer Vertiefung der Beziehungen zu Tel Aviv, das in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren zu einem bevorzugten Partner Bogotás bei den größten Militäroffensiven gegen verschiedene Guerillagruppen wurde. Die Intensivierung der bilateralen Beziehungen gipfelte 2013 in der Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens.

Die Anerkennung von Palästina als souveräner Staat kam spektakulär und überraschend. Während der Regierungen von Juan Manuel Santos (2010–2014, 2014–2018) hatte Kolumbien die Aufnahme eines palästinensischen Staates in die Vereinten Nationen nicht unterstützt. Im Jahr 2011 enthielt sich das Land als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrats seiner Stimme, und ein Jahr später stimmte Bogotá in der Generalversammlung ebenso, als die Aufwertung Palästinas als Beobachterstaat auf der Agenda stand. Santos argumentierte, dass jegliche Anerkennung Palästinas aus Verhandlungen mit Israel und nicht einseitig durch die UN erfolgen sollte. Überraschenderweise unterzeichnete er vier Tage vor seinem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt am 3. August 2018 dann doch die Anerkennung Palästinas als Staat.

Warum hat die kolumbianische Regierung ihre Haltung geändert? Die damalige Außenministerin María Angela Holguín fand klare Worte: »Bisher haben wir geglaubt, dass die Anerkennung durch Verhandlungen erfolgen würde, aber in den letzten Jahren gab es keine Fortschritte«. Auch die Verabschiedung des umstrittenen Nationalstaatsgesetzes habe zu einem Paradigmenwechsel beigetragen – und die Situation im Gazastreifen: »Die arabisch-israelische Bevölkerung droht durch das neue Gesetz diskriminiert zu werden. Diese

Entwicklungen und die humanitäre Krise in Gaza haben uns davon überzeugt, dass die Anerkennung des palästinensischen Staates wichtig ist«, erklärte Holguín schon vor fast sechs Jahren.

Seit dem Amtsantritt von Gustavo Petro im Jahr 2022 haben sich die Beziehungen zu Palästina vertieft. Erstmals hat Kolumbien eine unterstützende Haltung eingenommen und das Vorgehen Israels in Gaza scharf verurteilt. Die weltweite Kontroverse über die humanitäre Krise dort spiegelt sich auch in der notorisch polarisierten kolumbianischen Gesellschaft wider. Die Positionen zum Nahostkonflikt decken sich grob mit den politischen Überzeugungen von vier verschiedenen Lagern: den Gemeinschaften der Nachkommen von Libanesen, Syrern und Palästinensern, den Progressiven, der jüdischen Gemeinschaft und den Konservativen.

Kolumbianer mit palästinensischen Wurzeln und Anhänger des progressiven Lagers verurteilen aktiv das Vorgehen Israels, mobilisieren auf Demonstrationen und in sozialen Netzwerken und warnen vor dem, was sie als Völkermord bezeichnen. Damit einher geht häufig eine Kritik am Zionismus: Es soll deutlich gemacht werden, dass die Verurteilung des israelischen Vorgehens sich nicht zwangsläufig gegen die jüdische Gemeinschaft richtet. Nicht selten dient der Antizionismus jedoch dazu, offen oder verdeckt antisemitische Überzeugungen zu verbreiten. In sozialen Netzwerken ist es üblich, auf Meinungsäußerungen von Juden schnell mit einer Zuordnung der religiösen Identität zu reagieren. Oft gerät das Thema der Debatte in den Hintergrund, und der Austausch endet in antisemitischen Ausfällen.

Eine ähnliche Radikalisierung ist im konservativen Lager zu beobachten. Vorurteile gegenüber Arabern und Muslimen flankieren argumentativ die entschiedene Verteidigung der israelischen Offensive nach den Terroranschlägen vom 7. Oktober. Israel gilt hier als Staat eines überlegenen, zivilisierten und entwicklungswilligen Volkes, während die palästinensischen Araber als gewaltbereite »Wilde« verunglimpft werden. So behauptet der konservative kolumbianische Publizist Diego Santos, dass »Araber dazu erzogen werden, Juden oder Israelis zu hassen«. Natürlich werden solche Aussagen der Komplexität der arabischen Welt nicht gerecht. Aber auch in Kolumbien finden solche Argumentationen schnell Verbreitung, die sich einer vereinfachenden Logik bedienen.

So veröffentlichte der renommierte kolumbianische Wirtschaftswissenschaftler Francisco Thoumi auf dem angesehenen akademischen Portal *Razón Pública* einen Text, in dem er behauptet: »Die Juden hatten und haben eine enorme Fähigkeit, sich zu organisieren und die Unterstützung der Weltmächte zu gewinnen, was man von den Palästinensern nicht sagen kann. Die Juden sind globalisiert und kosmopolitisch, während die Palästinenser vielleicht andere Qualitäten haben, die ihnen aber nicht helfen, die Situation erfolgreich zu meistern«. Mit der Krise in Gaza haben sich

solche Vorurteile gegenüber der arabischen – und in geringerem Maße der muslimischen – Bevölkerung vervielfacht.

Inmitten dieser Polarisierung, die durch den Gaza-Krieg noch verschärft wurde, haben auch die kolumbianischen Medien nicht immer die beste Figur gemacht – sei es aufgrund mangelnder Sachkenntnis oder bestimmter ideologischer Ausrichtungen. In ihrer Ausgabe vom 21. November 2023 titelte *El Tiempo*, die auflagenstärkste Zeitung des Landes, dass »5.600 [palästinensische] Kinder in Gaza gestorben« seien. Viele Leser reagierten empört und empfanden die Wortwahl als Verharmlosung, die nicht benenne, wer den Tod der Kinder verursacht habe. In der Sendung vom 2. November veröffentlichte eine der populärsten Nachrichtensendungen, »Noticias Caracol«, einen Bericht mit einer Infografik, in der von »1.400 ermordeten Israelis und 8.800 Toten« die Rede war, wobei sich die zweite Zahl auf palästinensische Opfer bezog.

Mitte Oktober führte die Zeitschrift *Semana* ein Interview mit dem israelischen Botschafter Gali Dagan. Es handelt sich um ein Medium mit großer Reichweite, das für seine gründlichen Recherchen bekannt ist, in letzter Zeit aber einen ultrakonservativen Kurs eingeschlagen hat, der auf Kosten der journalistischen Sorgfalt geht. Der Interviewer

stellt dann auch keine einzige Frage zu den Menschenrechtsverletzungen der israelischen Armee. Der konservative Fernsehsender *RCN* fragte in einem Interview mit dem palästinensischen Botschafter immer wieder nach der Verbindung zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde und der Hamas, obwohl der Diplomat deutlich machte, dass die Hamas nicht seine Gemeinschaft repräsentiere.

Die kolumbianischen Medien verfügen kaum über das nötige Fachwissen oder die Kapazitäten, um die unterschiedlichen Positionen zu Israels Recht auf Selbstverteidigung oder zu den Vor-

würfen des Völkermords, der Apartheid und der ethnischen Säuberung angemessen zu beleuchten. Wenn überhaupt, analysieren sie konkrete Ereignisse wie die Klage Südafrikas vor dem Internationalen Gerichtshof.

Auch die aggressive Haltung der kolumbianischen Regierung bei der Verurteilung des Völkermords hat die öffentliche Wahrnehmung beeinflusst. Die Befürworter von Gustavo Petro neigen dazu, in der Palästinafrage ein Statement des globalen Südens gegenüber dem Westen und seinem (post-)kolonialen Erbe zu sehen. Seine Gegner hingegen werfen ihm Antisemitismus und sogar eine Verharmlosung des islamistischen Terrorismus vor. Angesichts solcher Polarisierungen wird der Raum für Dialog und Information über den Nahostkonflikt in Kolumbien immer enger.

Mauricio Jaramillo Jassir ist Professor an der Fakultät für internationale, politische und urbane Studien der Universidad del Rosario in Bogotá.

Israel gilt hier als Staat eines überlegenen Volkes, während palästinensische Araber als gewaltbereite »Wilde« verunglimpft werden

Bibis Brieffreund Bolsonaro

Mit der Wahl des neuen brasilianischen Präsidenten hat Israels Premier seinen wichtigsten Verbündeten in Südamerika verloren. Während Amtsinhaber Lula für die Palästinenser Partei ergreift, sucht sein Vorgänger Trost bei Netanyahu



Luiz Inácio Lula da Silva während eines Besuchs im Zentrum der palästinensischen Gemeinde in Brasilien im Jahr 2022



Brasilien Ex-Präsident Jair Bolsonaro während eines Treffens mit dem israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu im Jahr 2019

VON JAMIL CHADE

Im März 2024 hat Benjamin Netanyahu den Rechtspopulisten und früheren brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro nach Israel eingeladen. Dies geschah nur einen Tag, nachdem Bolsonaro seine Anhänger zu Massenprotesten aufgerufen hatte, in der Hoffnung, sich so einer Anklage wegen versuchten Staatsstreichs nach seiner Wahlniederlage zu entziehen. Der ehemalige brasilianische Präsident ist außerdem wegen der Fälschung seines Impfpasses angeklagt und wegen anderer Vergehen bis 2030 von der Ausübung politischer Ämter ausgeschlossen.

Es ist kein Zufall, dass sich Netanyahu ausgerechnet bei Bolsonaro bedankt und in seiner Einladung betont, dass die gemeinsame Freundschaft »in Zeiten der Krise und des

Krieges noch wichtiger« sei. Der israelische Premierminister schreibt weiter, dass er »gute Erinnerungen« an seine Reise nach Brasilien habe und dass Bolsonaros »wahre Freundschaft zu Israel« während seiner Präsidentschaft »in Worten und Taten deutlich zum Ausdruck« gekommen sei.

Doch in Netanyahus Brief ging es nicht nur um das Bündnis zweier Regierungschefs. Der Brief ist auch eine indirekte Botschaft an Bolsonaros Nachfolger und Konkurrenten: Luiz Inácio Lula da Silva. »Erst gestern haben Sie Ihre Solidarität mit dem Volk und dem Staat Israel demonstriert, als Sie bei einer Kundgebung in São Paulo stolz die israelische Flagge schwenkten«, schreibt Netanyahu, um den amtierenden Präsidenten Brasiliens sogleich zu rügen: In

Bolsonaros Auftritt habe der israelische Premier »eine klare Zurückweisung der empörenden Anschuldigungen bezüglich der IDF-Operationen in Gaza« erkannt, die sein Nachfolger geäußert habe.

Was war geschehen? Lula hatte den Ton gegenüber der israelischen Regierung verschärft und ihr vorgeworfen, in Gaza einen Völkermord zu fördern. Dabei verglich er die Situation auch mit Nazi-Deutschland. Tel Aviv forderte daraufhin eine Entschuldigung von Lula und erklärte den brasilianischen Präsidenten bis auf weiteres zur Persona non grata.

Die Debatte um den Gaza-Konflikt ist also auch in Brasilien angekommen und beeinflusst mittlerweile sogar die angespannte Innenpolitik des Landes. Lula, der neue Präsident des Landes, vertritt die traditionelle Position Brasiliens und unterstützt die palästinensische Sache. Eine Position, die das Land seit 50 Jahren einnimmt und die sich auch während der Militärdiktatur (1964–1985) nicht änderte.

In seiner ersten Amtszeit als Präsident vor zwei Jahrzehnten leitete Lula eine beispiellose Annäherung an die arabische Welt ein und besuchte als erster brasilianischer Staatsoberhaupt die Besetzten Gebiete. Unter seiner Führung beteiligte sich Brasilien an der Finanzierung des UN-Hilfswerks für die Palästinenser (UNRWA) und wurde als einziger lateinamerikanischer Staat Mitglied der UNRWA-Beratungskommission. Für Lula eröffnete dieses Engagement die Möglichkeit, Brasilien im Nahen Osten diplomatisches Gewicht zu verleihen.

Im Rahmen des brasilianischen Vorsizes im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen koordinierte die Regierung Lula im Oktober 2023 außerdem die Verabschiedung einer Resolution, die einen humanitären Waffenstillstand forderte. Der Text fand breite Unterstützung und wurde nur von den USA abgelehnt. Die Zahl der Toten in Gaza wurde zu diesem Zeitpunkt auf 3.200 geschätzt.

Brasilien gehört zu den wichtigsten Unterstützern der Palästinensischen Autonomiebehörde in ihrem Bemühen, Palästina als Vollmitglied mit Stimmrecht in die Vereinten Nationen aufzunehmen. Diese Solidarität trägt Lula auch nach außen: Im Februar pflanzte er öffentlichkeitswirksam einen Olivenbaum vor der palästinensischen Botschaft in der Hauptstadt Brasília. Im März 2024 wurde Lula zudem ehrenamtlicher Berater der Jassir-Arafat-Stiftung.

Aus Lulas Sicht ist der Nahe Osten nur einer von mehreren Schauplätzen einer entstehenden neuen Weltordnung. Ausdrücklich beschränkt sich der brasilianische Präsident bei der Verteidigung der palästinensischen Sache nicht auf die territoriale Zukunft der Besetzten Gebiete. Seine Botschaft an den Westen: Die koloniale Logik hat sich erschöpft, das Völkerrecht muss gelten. Lula positioniert Brasilien damit als Vertreter der Entwicklungsländer gegenüber dem globalen Norden und als Fürsprecher ausgegrenzter und bedrohter Völker weltweit.

Sein Ziel: Brasilien soll am Tisch sitzen, wenn die globale Ordnung des 21. Jahrhunderts verhandelt wird. Nicht

zuletzt in Reaktion auf die US-Vetos gegen Feuerpausen in Gaza drängt Brasilien etwa auf eine Reform des UN-Sicherheitsrats. Progressive Gruppen, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen begrüßen Lulas Initiativen, gleichzeitig werden sie aber auch heftig und kontrovers diskutiert.

Lulas Vorgänger Jair Bolsonaro droht nicht nur das politische Aus, sondern auch eine langjährige Haftstrafe. Der abgewählte Rechtspopulist sucht deshalb händeringend nach Fürsprechern. Und er findet sie unter anderem in der jüdischen Gemeinde des Landes. Den Gaza-Krieg nutzt Bolsonaro aber auch, um sich die Unterstützung der mächtigen evangelikalen Bewegung zu sichern. In deren Welt- und Glaubensbild spielen Jerusalem und als dessen Verkörperung der Staat Israel eine zentrale Rolle – ähnlich wie in den USA. Aus Sicht der evangelikalen Pfingstbewegung ist ein Vorgehen gegen Israel ein Verrat an Gott.

So ist es kein Zufall, dass Israel und dessen Premierminister Netanyahu eine wichtige Rolle in Bolsonaros letztlich gescheiterter Außenpolitik gespielt haben. Netanyahu war als 2019 einer der wenigen ausländischen Staats- und Regierungschefs bei Bolsonaros Amtseinführung zu Gast. Im Laufe der folgenden vier Jahre empfing er mehrere brasilianische Delegationen in Israel.

Am brasilianischen Nationalfeiertag, dem 7. September 2022, verkündete die damalige First Lady Michele Bolsonaro mit Nachdruck: »Gott segne Israel.«

Entsprechend änderte sich auch das Abstimmungsverhalten

Brasiliens bei den Vereinten Nationen. Der rechtspopulistische Ex-Präsident versuchte 2019 sogar, die brasilianische Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen, was sowohl gegen UN-Resolutionen als auch gegen internationales Recht verstoßen hätte. Eine weiterer Versuch Bolsonaros, seine Popularität unter Brasiliens Evangelikalen zu steigern.

Letztlich scheiterten die Botschaftspläne an der fehlenden Finanzierung für Umzug und Neubau. Die Verlegung hätte jedoch bedeutet, dass Brasilien Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkennt. Mehrere arabische Regierungen warnten damals vor den Folgen, insbesondere mit Blick auf die große Fleischindustrie Brasiliens, für die der Nahe Osten ein wichtiger Absatzmarkt ist. Bolsonaro, der seine politische Karriere auch den Landwirten und der Agrarindustrie verdankt, musste den Jerusalem-Plan schließlich verwerfen.

In dieser Zeit war Netanyahu einer der gefragtesten Gesprächspartner der extremen Rechten weltweit. Dabei ging es um weit mehr als Bündnispolitik. Netanyahus Nähe zu Politikern wie Bolsonaro war und ist Ausdruck einer Wertegemeinschaft. Deren zentrale Koordinaten: offene Ablehnung der Ausweitung von Menschenrechten, Gleichberechtigung und der Aufnahme von Geflüchteten.

Jamil Chade ist Journalist und arbeitet seit fast zwanzig Jahren als Auslandskorrespondent für verschiedene brasilianische Zeitungen und Fernsehsender.

Foto: Alan Santos/PR
Foto: FEPAL

Buenos días, Messias



Javier Milei an der Klagemauer während seines Besuchs zum Amtsantritt im Februar 2024



Das erste Bild, das Milei nach seiner Wahl zum argentinischen Präsidenten auf seinem Instagram-Kanal veröffentlichte, zeigt ihn neben seinem verstorbenen Mastiff Conan und dessen vier Klonen.

Foto: Casa Rosada / Wikimedia Commons

Foto: Instagram

Foto: GPO

Der israelisch-palästinensische Konflikt diene in Argentinien immer dazu, unterschiedliche politische Positionen auf die internationale Ebene zu übertragen. So haben der Hamas-Angriff am 7.

Oktober und die anschließende israelische Invasion im Gazastreifen nicht nur die wichtigen jüdischen und arabischen Minderheiten in Argentinien weiter polarisiert, sondern auch die Agenda des gerade erst im Dezember gewählten Präsidenten Javier Milei mitbestimmt.

Für seine erste Auslandsreise wählte Milei – wie bereits sein Vorgänger Alberto Fernández – Israel. Kaum war er am Ben-Gurion-Flughafen aus der Maschine gestiegen, sprach er sich beim Empfang durch Außenminister Israel Katz für die Verlegung der argentinischen Botschaft nach Jerusalem aus. Allerdings soll der ausgewählte Ort in Westjerusalem liegen, dem Teil mit einer jüdischen Mehrheit, der auch die Knesset beherbergt.

Nur fünf Staaten unterhalten ihre Botschaft in Jerusalem: Honduras, Guatemala, Kosovo, Papua-Neuguinea und die Vereinigten Staaten. Mit den oben genannten Ausnahmen befinden sich die übrigen Botschaften in Tel Aviv oder Herzlia – so bislang auch die diplomatische Vertretung Argentiniens.

Obwohl diese Verlautbarungen als die pro-israelischste Haltung eines argentinischen Staatsoberhauptes gesehen werden können, unterstreichen sie eher eine kontinuierliche

Politik der Nähe zu Israel. Ein Kurs, den die letzten drei Amtsinhaber Mauricio Macri, Alberto Fernández und Javier Milei allesamt teilen. Die Kehrtwende im vergangenen Jahrzehnt soll sich vor allem von der Ára Cristina Kirchner (2007–2015) abgrenzen. In die Amtszeit der Peronistin fiel die Unterzeichnung einer umstrittenen Absichtserklärung mit Iran – ein Tiefpunkt im Verhältnis zu Israel.

Die Befürworter dieser Kooperation hatten damals argumentiert, dass die Vereinbarung zwischen dem argentinischen und dem iranischen Außenminister darauf abzielte, die Verurteilung iranischer Bürger wegen Terroranschlägen in Argentinien voranzutreiben. Die Gegner befürchteten genau das Gegenteil: dass solche Ermittlungen in den Aktenschranken verschwinden sollten.

Diese gesamte politisch-religiöse Situation steht im Zusammenhang mit dem bevorstehenden 30. Jahrestag des Terroranschlags auf die argentinisch-jüdische Organisation »Asociación Mutual Israelita Argentina« (AMIA) vom 18. Juli 1994, bei dem 85 Menschen ums Leben kamen. Wie auch beim Anschlag auf die israelische Botschaft im Jahr 1992 bleiben die Ermittlungen bis heute echte Aufklärung schuldig. Trotz Anklage und Haftbefehlen ist immer noch nicht mit Sicherheit geklärt, ob und in welchem Maße etwa die Hizbullah und Iran in den größten Terroranschlag der argentinischen Geschichte involviert waren.

Auch darüber hinaus verbindet Israel und Argentinien eine lange, komplizierte Geschichte. Obwohl sich Buenos Aires 1947 bei der Abstimmung über den UN-Teilungsplan

Präsident Javier Milei nimmt Torah-Lesekurse und ist von Israel fasziniert. Was bedeutet das für Argentiniens jüdische Gemeinschaft, die fünftgrößte der Welt?

VON EZEQUIEL KOPEL



Israels Präsident empfängt Javier Milei Anfang des Jahres.

enthielt, entsandte man als eines der ersten Länder eine diplomatische Delegation in den entstehenden jüdischen Staat. Die erste Regierung von Juan Domingo Perón, der bereits 1947 die Gründung eines jüdischen politischen Zweigs des Peronismus gefördert hatte, beschloss damals, argentinische Diplomaten jüdischer Herkunft nach Israel zu entsenden. Bereits in der Verfassung von 1949 hatte der Peronismus das Verbot von Diskriminierung aufgrund der Religionszugehörigkeit in der Verfassung verankert. Die Beziehungen zu Israel blieben ausgezeichnet – bis Präsident Perón 1955 durch einen Militärputsch gestürzt wurde.

Später sah sich die gestürzte peronistische Regierung dem Vorwurf ausgesetzt, einen geheimen Fluchtplan für Kriegsverbrecher aus dem Dritten Reich entwickelt zu haben. Ein nachweislich Perón oder seinem Kabinett zuzuordnender Befehl ist aber nie zutage getreten. Ohnehin reisten die meisten der untergetauchten NS-Kriegsverbrecher unter falschem Namen ein und versuchten, nicht viel Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Als Mossad-Agenten während der Präsidentschaft von Alberto Frondizi im Jahr 1960 Adolf Eichmann entführten, konnten die Israelis kaum glauben, dass einer der Architekten des Holocaust in einer derart heruntergekommenen Bruchbude in einem Vorort von Buenos Aires gehaust hatte.

Mileis Ausrichtung auf Israel vervollständigt auch einen Ansatz des argentinischen Präsidenten gegenüber dem Judentum, der einige Jahre zurückreicht. Der an einer traditionellen katholischen Schule ausgebildete Wirtschaftswis-

senschaftler war eigener Aussage nach nie religiös gewesen, bis er 2017 nach dem Tod seines Hundes Conan eine tiefe persönliche Krise durchlitt. Der Journalist Juan González berichtet in seiner Milei-Biografie »El Loco«, zu Deutsch: »Der Verrückte«, über den Zusammenhang zwischen Politik, Religion und dem verstorbenen englischen Mastiff, den Milei hat klonen lassen und durch den er glaubt, mit Gott kommunizieren zu können.

Im Juni 2021 begann Milei, Torah-Lesekurse bei Shimon Axel Wahnish, dem Oberrabbiner der marokkanisch-jüdischen Gemeinde in Argentinien, zu besuchen. Wahnish wurde auch als nächster argentinischer Botschafter in Israel ausgewählt, obwohl er über keinerlei Erfahrung im diplomatischen Dienst verfügt.

Sobald er zum Präsidenten gewählt wurde, unternahm Milei seine erste Reise mit religiösem Hintergrund: Er flog nach New York ans Grab von Rabbi Menachem Mendel Schneerson (1902–1994). Der »Rebbe« der chassidischen Chabad-Bewegung war Zeit seines Lebens davon überzeugt, dass die Übergabe aller von Israel eroberten Gebiete – selbst, wenn sie verhandelt werden sollte – verboten sei. Denn die Rückgabe würde gegen das jüdische Religionsgesetz verstoßen und das Leben aller Juden im »Eretz Israel« gefährden.

Milei drückte auch seinen Wunsch aus, zum Judentum zu konvertieren (obwohl er bei der Vereidigung seinen Schwur mit der Hand auf dem Neuen Testament ablegte). Solche vollmundigen Ankündigungen sind Teil von Mileis Politikstil. Mit den Vorschriften des Judentums scheint sich Milei indes nur oberflächlich beschäftigt zu haben. Die Legislaturperiode des argentinischen Parlaments eröffnete er etwa am Schabbat, dem traditionellen jüdischen Ruhetag. Lautstarke Unterstützung der Besatzungspolitik der gegenwärtigen israelischen Regierung gehört dagegen eher zu seinem politischen Repertoire.

Mileis Herangehensweise an die argentinische jüdische Gemeinschaft (die fünftgrößte der Welt) ist unter den eigenen Anhängern, aber auch seinen politischen Gegnern umstritten. Die Angst eines Teils der jüdischen Gemeinschaft beruht auf der Sorge, dass die argentinische Gesellschaft etwa die drastische Sparpolitik, die Milei angekündigt hat, mit dem Judentum oder ihrer örtlichen jüdischen Gemeinschaft in Verbindung bringen könnte, was sie letztendlich der Gefahr antisemitischer Übergriffe aussetzt.

Ezequiel Kopel ist 1978 in Buenos Aires geboren und studierte Journalismus, Fotografie und Film. Er lebte mehr als ein Jahrzehnt im Nahen Osten und schreibt unter anderem für Publikationen wie *Le Monde Diplomatique*, *Nueva Sociedad* und *Panamá Revista*.



Gaza als Gelegenheit

China möchte die Neugestaltung des Nahen Osten in seinem Sinne nutzen. Fragt sich nur wie

VON HONGDA FAN

Der chinesische Außenminister sprach am 13. Oktober zum ersten Mal öffentlich über den Gaza-Krieg. Wang Yi forderte einen schnellstmöglichen Waffenstillstand und betonte, sein Land stünde in diesem Konflikt auf der Seite des Friedens und des Völkerrechts. Die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates sei dafür grundlegend. Israels Regierung rief China in Reaktion dazu auf, die Hamas für ihre Terroranschläge zu verurteilen, und mahnte an, dass nun nicht der richtige Zeitpunkt sei, um über eine Zwei-Staaten-Lösung zu sprechen.

Tatsächlich ist man in Israel überzeugt, dass China im Nahostkonflikt die palästinensische Seite bevorzugt. Der israelische Thinktank »Institute for National Security Studies« (INSS) hob in seiner Beurteilung von Chinas Reaktion auf den 7. Oktober hervor, wie ungewöhnlich deutlich Beijing das Recht auf Rückkehr der Palästinenser betont hatte. Tatsächlich ist die Palästinafrage von Anfang an ein Hindernis in den Beziehungen zwischen China und Israel.

Zwar erkannte Israel als erstes Land im Nahen Osten die Volksrepublik bereits im Januar 1950 an, vier Monate nach deren Ausrufung. Allerdings war der jüdische Staat zu dieser Zeit der Feind aller arabischer Nachbarstaaten, auf deren guten Willen Beijing damals angewiesen war. Folglich ließ man die israelischen Avancen unbeantwortet. Unter

Mao Tse-tung und insbesondere seit dem Suez-Krieg 1956 positionierte sich China sogar gegen Israel, in Beijing war man damals der Auffassung, Israel sei der Aggressor und ein Werkzeug des US-Imperialismus.

Erst nach dem Ende des Kalten Kriegs und der teilweise Öffnung Chinas ab den 1990er-Jahren besserte sich das Verhältnis der beiden Staaten zueinander. Seit 1992 unterhalten China und Israel vollwertige diplomatische Beziehungen, seitdem sieht die Volksrepublik sich auch als Vermittler im Nahostkonflikt.

Unter US-Präsident Donald Trump wurde der Ton hingegen erneut rauer: Aus Chinas Sicht torpedierte Washington eine Zwei-Staaten-Lösung, gleichzeitig verschlechterten sich die chinesisch-amerikanischen Beziehungen. Israels harsche Rhetorik gegenüber der Volksrepublik nach den Anschlägen vom 7. Oktober ist Ausdruck einer Unzufriedenheit, die sich über die letzten Jahre aufgebaut hat.

Besonders kritisch sehen die Israelis Chinas Haltung gegenüber der Hamas. Chinesische Diplomaten machen keinen Hehl aus ihren Verbindungen zu der Gruppe. Erst am 19. März 2024 verbreitete das Außenministerium eine Meldung über ein Treffen des chinesischen Botschafters mit Hamas-Führer Ismail Haniyeh in Katar.

Beijing vertritt die Position, dass das Völkerrecht den Palästinensern den bewaffneten Widerstand gegen die Besatzung erlaubt. Aus Sicht Chinas ist der 7. Oktober die Folge der illegalen Besetzung palästinensischen Landes. Mit

anderen Worten: Der Anschlag ist kein singuläres Ereignis, sondern ein Glied in einer langen Kette palästinensisch-israelischer Konflikte. Für Beijing hat die Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung daher Priorität. Die Hamas wurde von China nach dem Anschlag weder klar verurteilt noch wurde sie als Terrororganisation eingestuft.

Eine fragwürdige Entscheidung. So hätte Beijing den Anschlag vom 7. Oktober ohne Weiteres verurteilen können. Denn an der chinesischen Position im Nahostkonflikt hätte sich dadurch nicht viel geändert – tatsächlich stützt die Entwicklung des Gaza-Kriegs Beijings Haltung wohl eher. Inzwischen drängen sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Europäische Union wieder auf die Zwei-Staaten-Lösung. Beijing kann hier auf die Konsistenz der eigenen Positionierung verweisen.

Tatsächlich schaut China seit der Machtübernahme von Präsident Xi Jinping im Jahr 2013 zunehmend auf den Nahostkonflikt. Protokollarische Gesten bestätigen diesen Trend: Das Glückwunschtelegramm anlässlich des »Internationalen Tags der Solidarität mit dem palästinensischen Volk« etwa versandte stets der Premierminister. Eine Aufgabe, die mittlerweile das Staatsoberhaupt Xi Jinping übernommen hat.

Beijing offizielle Haltung im Nahostkonflikt scheint seit der Machtübernahme von Xi zunehmend den Forderungen der Palästinensischen Autonomiebehörde anzugleichen. So spricht sich Beijing etwa für die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates auf der Grundlage der Grenzen von 1967 und Ostjerusalem als Hauptstadt aus.

Dabei geht es China aber nicht um die Sache selbst, auch wenn ein wachsendes Interesse an der Region eine wichtige Rolle spielt. Aus chinesischer Sicht ist der anhaltende Nahostkonflikt eine Bedrohung für Sicherheit und Stabilität. Aus ähnlichen Motiven ergriff Beijing im vergangenen Jahr auch als Mittler zwischen Iran und Saudi-Arabien die Initiative. Ein diplomatischer Coup, der der Sicherung von Handelsrouten dient und der chinesischen Außenpolitik gehörig Selbstbewusstsein verliehen hat.

Ein wichtiger Punkt, denn der Nahostkonflikt ist auch eine diplomatische Front, an der China sich vor der Weltöffentlichkeit profilieren will und um Unterstützung eigener UN-Resolutionen wirbt. China gilt zusammen mit den USA als einflussreichstes Land der Welt. Die aktive Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt soll Beijings Bereitschaft bezeugen, auf globaler Ebene Verantwortung zu übernehmen.

Zugleich ist China angesichts geopolitischer Verschiebungen zunehmend auf den Nahen Osten angewiesen. Die USA und einige ihrer Verbündeten tun sich zunehmend zusammen, um Beijings Einfluss einzudämmen – eine Allianz, in die auch immer mehr Staaten in Südostasien eingebunden werden. Washingtons strategischer Fokus auf den indo-pa-

zifischen Raum erhöht den Druck auf China, das im Gegenzug seine Beziehungen zu den Ländern des Nahen Ostens vertieft. Für Staaten wie die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien, die strategische Autonomie anstreben, ein attraktives Angebot. In Zukunft erhofft sich die Volksrepublik gerade von solchen Ländern diplomatische Unterstützung auf internationaler Ebene.

Gleichzeitig kann China mit seiner Positionierung im Gaza-Krieg auch der westlichen Kritik am Umgang mit muslimischen Minderheiten im eigenen Land kontern. »Millionen Muslime in Gaza, nicht in Xinjiang, erleiden Hunger, Deportation und Tötungen. Die USA müssen die Doppelmoral in Menschenrechtsfragen aufgeben«, sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums am 13. März 2024. Weiter heißt es in dem Statement: »Die Amerikaner sollten keine leeren Worte zum Ramadan abgeben, sondern konkrete Maßnahmen ergreifen, um das Leben der Muslime in Gaza zu retten.«

Tatsächlich steigt auch in der Region die Erwartung, dass China nach der vermittelten Annäherung zwischen Saudi-Arabien und Iran sich auch in anderen Fragen einbringt. Als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt hat das Land das Potenzial, bei der Lösungsfindung im Nahostkonflikt eine konstruktive Rolle einzunehmen.

Dabei ist klar: Chinas Gestaltungsmacht im Nahen Osten hat Grenzen, entscheidenden Einfluss haben Beijings Diplomaten weder in Israel noch in Palästina. Trotz engerer Kooperation insbesondere bei Infrastrukturprojekten in den vergangenen Jahren ist das Verhältnis zum jüdischen Staat auf

politischer Ebene getrübt. Und auf Palästina hat die Volksrepublik auch nicht mehr Einfluss als etwa Ägypten, Katar oder Saudi-Arabien. Auch die geografische Distanz zum Konflikt spielt eine Rolle. Nach wie vor ist China kaum in der Lage, große politische Projekte jenseits seines Orbits anzugehen. Tatsächlich hat es Beijing bisher versäumt, seit Beginn des Gaza-Kriegs seinen Außenminister oder auch nur seine Stellvertreter nach Israel und Palästina zu entsenden.

Insgesamt betrachtet ist Chinas Position mit Blick auf den Nahostkonflikt durchaus mehrheitsfähig. Eigene Interessen und ein Verantwortungsgefühl als Großmacht werden die Volksrepublik sicherlich dazu veranlassen, sich weiterhin aktiv einzubringen. In der Praxis zeigten die Monate seit Ausbruch des Gaza-Kriegs jedoch, dass kein Land allein in der Lage ist, den Nahostkonflikt zu befrieden. Um die Notwendigkeit multinationaler Zusammenarbeit wissen auch die außenpolitischen Planer in Beijing.

Prof. Hongda Fan ist Lehrbeauftragter am Nahost-Institut der Shanghai International Studies University. Zudem ist er Gastwissenschaftler an der University of California in Berkeley.

Foto: Wikimedia Commons

Eine Verurteilung der Hamas war von Präsident Xi nicht zu hören

Muslimische Gefühle



Wachablöse am Mausoleum des Staatsgründers Jinnah in Karachi.

Pakistan bezieht in Sachen Palästina schon länger Position als es das eigene Land gibt und zieht Parallelen zum Kaschmir-Konflikt

VON EJAZ HAIDER

Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Gallup vom 22. November 2023 ergab, dass mehr als 90 Prozent der Pakistaner mit den Palästinensern in Gaza sympathisieren. 66 Prozent waren »zuversichtlich, dass die Palästinenser ihre Ziele erreichen können«, während 67 Prozent der US-Regierung »sehr kritisch« gegenüberstanden und der Meinung waren, »dass die USA eine negative Rolle im aktuellen Krieg spielen«. 31 Prozent glauben auch, dass Pakistan nicht genug unternimmt, um den Palästinensern zu helfen.

Diese Haltung wird von vielen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Pakistan geteilt – auch wenn das Land zu Beginn des Gaza-Krieges vor allem mit sich selbst beschäftigt war. Pakistan schloss sich zwar formell der Forderung nach einem Waffenstillstand und Friedensverhandlungen an, de facto war das Mandat der Übergangsregierung zu diesem Zeitpunkt jedoch begrenzt und vor allem auf die Vorbereitung der Wahlen im Februar 2024 ausgerichtet.

Im Gegensatz zur innenpolitischen Instabilität und Polarisierung ist die pakistanische Position im Nahostkonflikt sehr konsistent. Pakistans Gründervater Muhammad Ali Jinnah schickte seinen Außenminister Sir Zafrullah Khan 1947 während der Debatte um die Teilung Palästinas zu den Vereinten Nationen und erklärte, dass »die westlichen Mächte mit Gewalt einen Keil ins Herz des Nahen Ostens treiben«.

Als die Palästinafrage am 25. Oktober 1947 in der UN-Generalversammlung debattiert wurde, zitierte die staatliche Zeitung *The Pakistan Times* Jinnah mit den Worten, der Teilungsplan sei ein Desaster und »weder historisch, politisch noch moralisch zu verteidigen«. Jinnah warnte vor einem »beispiellosen Konflikt zwischen den Arabern und jener Macht, die den Teilungsplan durchsetzen wird«.

Tatsächlich reicht Pakistans Herangehensweise an den Nahostkonflikt in die Zeit vor der Staatsgründung zurück und spiegelt den Ansatz der »All India Muslim League« (AIML) wider, die die Interessen der Muslime in Britisch-Indien vertrat. Aus ihrer Sicht war der Zionismus eine weitere

Form des westlichen Kolonialismus. So forderte AIML-Präsident Maulana Hasrat Mohani am 30. Dezember 1921 die Engländer auf, »das Mandat über Mesopotamien und Palästina aufzugeben«.

Nicht nur für ihn stand die Palästinafrage in direktem Zusammenhang mit der britisch-französischen Aufteilung des Nahen Ostens gemäß dem Sykes-Picot-Pakt von 1916, dem ein Jahr später die Balfour-Deklaration folgte.

Die Palästinafrage tauchte in den Resolutionen der AIML immer wieder auf. So auch während des arabisch-jüdischen Krieges (1936–1939), den Jinnah am 26. Dezember 1938 als »dringendes Problem, mit dem wir uns befassen müssen« bezeichnete. Er fügte hinzu, dass »muslimische Gefühle in dieser Angelegenheit geweckt wurden«, und kündigte sogar an, »keine Opfer zu scheuen, um den Arabern zu helfen«. Auf

derselben Sitzung verabschiedete die AIML eine Resolution, in der sie die »ungerechte Balfour-Erklärung und die daraus resultierende Unterdrückungspolitik der britischen Regierung« anprangerte.

Trotz des historischen Erbes in der Palästinafrage ist das diplomatische Engagement Pakistans im Nahostkonflikt zurückgegangen. Als zunächst Organisationen wie die Arabische Liga und später vor allem die Golfstaaten die Führung übernahmen, schloss sich Pakistan meist aus der zweiten diplomatischen Reihe den Initiativen der neuen Führungsmächte in der Region an.

In der Palästinapolitik folgt Pakistan diesen Leitlinien im Prinzip bis heute. Allerdings hat Islamabad seine Politik der völligen Nichtanerkennung Israels im Zuge

der Osloer Verträge zugunsten einer Zwei-Staaten-Lösung leicht modifiziert. Dieser Position haben sich die wichtigsten Parteien über alle Lager hinweg angeschlossen, darunter die »Pakistan Tehreek-e-Insaf« (PTI), die »Pakistan Muslim League« (ML) sowie die »Pakistan People's Party« (PPP). Gerade in diesen Aspekten ergeben sich aus pakistanischer Sicht Parallelen zu einem Konflikt im eigenen Orbit: dem Selbstbestimmungsrecht der muslimischen Kaschmiris, die nach pakistanischer Lesart unter indischer Besatzung leben.

Ejaz Haider lebt in Lahore und kommentiert seit über zwei Jahrzehnten die Außenpolitik seines Landes für verschiedene pakistanische Zeitungen und Fernsehsender.

Schon Gründervater Jinnah verurteilte den Teilungsplan

Foto: dge



Ein indonesisches Krankenhaus in Palästina

Das bevölkerungsreichste Land der muslimischen Welt hat sich den Kampf gegen den Kolonialismus in die Verfassung geschrieben und unterstützt die palästinensische Sache nicht nur mit Worten

VON PIETER PANDIE

A

Am Anfang November 2023 versammeln sich zwei Millionen Indonesier, gekleidet in weiße Gewänder und die Kuffiya, am Nationaldenkmal in Jakarta zu einer Solidaritäts-Kundgebung für Palästina. »Gott ist groß« und »Freies Palästina« gehören zu den gängigsten Slogans der Demonstration. Mehrere prominente Persönlichkeiten betreten die Bühne: Außenministerin Retno Marsudi trägt ein eigens verfasstes Gedicht vor, Religionsminister Yaqut Cholil Qoumas hält ebenso eine

Rede wie der oppositionelle Präsidentschaftskandidat Anies Baswedan. Der Ulema-Rat, Indonesiens oberste islamische Körperschaft, hat die Kundgebung anberaumt. Das Spektrum der Teilnehmenden reicht von religiösen Führern über Aktivisten bis hin zu Regierungsbeamten. Einige reisen eigens für die Teilnahme aus verschiedenen Städten auf der Insel Java an.

Im Vergleich zu Staaten im Nahen Osten wie Katar und Ägypten fehlt es Indonesien an der geografischen Nähe oder dem diplomatischen Einfluss, der für Vermittleraktivitäten in Gaza erforderlich ist. Dennoch sind die Themen Nahostkonflikt und Palästina bedeutsam, sowohl für die indonesische Regierung wie auch den Großteil der Bevölkerung. Das hat auch historische Gründe.

Foto: dge

Schon der erste Präsident des Landes machte Indonesiens Haltung deutlich: »Solange die Freiheit Palästinas den Palästinensern noch nicht zurückgegeben wurde, wird Indonesien der Besatzung durch Israel trotzen«, sagte Sukarno (1901-1970) im Jahr 1962. Indonesien war im Laufe seiner Geschichte mit erheblichen politischen und gesellschaftlichen Umbrüchen konfrontiert, doch die Solidarität mit Palästina stand nie zur Debatte.

Erstens sind Weltanschauung und Identität in Indonesien, wie in vielen Ländern des globalen Südens, maßgeblich von der Kolonialgeschichte geprägt. Nationalismus und Antikolonialismus sind in der indonesischen Verfassung verankert, in der es heißt: »Unabhängigkeit ist das unveräußerliche Recht aller Nationen, daher muss jeglicher Kolonialismus auf dieser Welt abgeschafft werden, da er nicht im Einklang mit Menschlichkeit und Gerechtigkeit steht.« Indonesische Offizielle zitieren diese Passage in ihrer Verfassung regelmäßig, wenn sie über Palästina sprechen, und sehen die Ursache des Nahostkonflikts in der israelischen Besatzung.

Die Mehrheit der frühen Intellektuellen, Religionsgelehrten und politischen Denker Indonesiens bediente sich in irgendeiner Form nationalistischer und antikolonialistischer Rhetorik, da sie ein ähnliches Ziel verfolgten: Widerstand, gegen die Niederländer, die Japaner und dann wieder die Niederländer.

Dieser Widerstand ging nach der Unabhängigkeitserklärung Indonesiens im Jahr 1945 weiter, da sich das Land bis 1949 weiterhin niederländischer Souveränitätsansprüche erwehren musste. Diese Zeit war nicht nur geprägt vom bewaffneten Kampf, sondern ebenso von politischer Konsolidierung sowie diplomatischer Mobilisierung. Diese Bemühungen unterscheiden sich aus indonesischer Sicht also nicht wesentlich vom palästinensischen Kampf um Freiheit und Anerkennung.

Die Kolonialgeschichte hat auch Indonesiens Außenpolitik geprägt und findet ihren Ausdruck in der Doktrin, die unter der Bezeichnung »Bebas Aktif«, zu Deutsch »Frei und Aktiv«, bekannt ist. »Frei« bezieht sich auf die außenpolitische Positionierung Indonesiens. Immerhin konstituierte

Nationalismus und Antikolonialismus sind in der indonesischen Verfassung verankert

sich die Bewegung der Blockfreien Länder 1955 im indonesischen Bandung. »Aktiv« wiederum soll auf Indonesiens Beitrag zur globalen Friedensschaffung hinweisen. Mit der Unterstützung Palästinas folgt Indonesien nicht nur der in seiner Verfassung verankerten Gegnerschaft zum Kolonialismus, sondern auch dem Bekenntnis zu Frieden und Gerechtigkeit in seinen internationalen Beziehungen.

Außenministerin Retno Marsudi nutzt dafür verschiedene internationale Foren, etwa die »Organisation für Islamische Zusammenarbeit« (OIZ) oder auch den Internationalen Gerichtshof (IGH). Indonesien hat im Januar etwa beim IGH Klage gegen die Besatzung in den Palästinensischen Gebieten eingereicht.

Außerdem versucht die Regierung, sich über humanitäre und medizinische Unterstützung einzubringen. Indonesien hat seit 2020 über 20 Ländern Hilfe geleistet und etwa 2.700 UN-Friedenstruppen in verschiedene globale Konfliktgebiete entsandt. Damit ist man der sechstgrößte Geber von Militär- und Polizeipersonal der UN-Friedenstruppen. Zentral für das indonesische Engagement im Nahostkonflikt war das »Indonesische Krankenhaus« in Bait Lahia im Norden des Gazastreifen.

Dessen gewaltsame Räumung und Umwandlung in eine temporäre Basis der israelischen Armee Ende November löste in der indonesischen Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung aus.

Auch die Solidarität als Glaubensgenossen spielt hier eine Rolle. Als Nation mit der größten muslimischen Bevölkerung der Welt ist es nicht verwunderlich, dass religiöse Organisationen die Wahrnehmungen über Palästina mitgestalten, die wiederum auch das nationale politische Narrativ prägen. Der Einfluss dieser Gruppen reicht tief in die indonesische Gesellschaft. Insbesondere Bruderschaften wie »Nahdlatul Ulama« unterstützen die palästinensische Unabhängigkeit bereits seit 1938, während die »Muhammadiyah« bereits seit den 1960er-Jahren den Palästinensern humanitäre Hilfe leistet.

Zentral für das indonesische Engagement im Nahostkonflikt war das »Indonesische Krankenhaus« in Bait Lahia

Pieter Pandie ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim indonesischen Thinktank »Centre for Strategic and International Studies« (CSIS).

Amerika ist dieses Mal nicht Schuld

Hat Israel vor knapp einem halben Jahrhundert eine historische Chance verpasst? Warum Bangladesch den Nahostkonflikt durch den Spiegel der eigenen Geschichte sieht und die Reaktionen auf den Gaza-Krieg so anders ausfallen als sonst

VON ALI RIAZ

B

Bangladesch ist eines der 28 Mitgliedsländer der Vereinten Nationen, das den Staat Israel nicht anerkennt und diplomatische Beziehungen zu Palästina unterhält. Um die bangladeschische Perspektive auf den israelischen Angriff auf Gaza und den Nahostkonflikt zu verstehen, muss man sie mit Blick auf die Beziehungen Bangladeschs zu Palästina und Israel seit der Unabhängigkeit im Jahr 1971 kontextualisieren. Während des Unabhängigkeitskrieges im Jahr 1971 sandten der damalige amtierende Präsident Bangladeschs, Syed Nazrul Islam, und sein Außenminister Mushtaq Ahmed einen Brief mit der Bitte um Anerkennung des Staates Bangladesch, der seit der Teilung Britisch-Indiens Teil von Pakistan gewesen war.

Aus einem im israelischen Staatsarchiv verfügbaren Dokument geht hervor, dass die Anfrage am 28. April 1971 eintraf – das israelische Außenministerium jedoch keine Antwort folgen ließ. In der Presse hieß es damals, dass indirekte informelle Kontakte zwischen der damaligen Exilregierung

von Bangladesch und israelischen Beamten geknüpft worden waren und Israel »militärische Hilfe und Anerkennung« anbot, was die bangladeschischen Amtskollegen ablehnten. Israel erkannte das Land am 7. Februar 1972 an, wenige Wochen nach Kriegsende. Die Regierung von Bangladesch hat diese diplomatische Geste bis heute nicht angenommen.

Die Solidarität mit dem palästinensischen Kampf spielte in den frühen Tagen der Außenpolitik Bangladeschs eine herausragende Rolle. Regelmäßig verglichen politische Führer aller Couleur den palästinensischen Kampf für einen unabhängigen Staat mit jenem Bangladeschs. Anfang 1974 wurde in Dhaka ein PLO-Büro eingerichtet. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich immer wieder bangladeschische Freiwillige dem palästinensischen Widerstand angeschlossen.

Die Affinität zu Palästina ist so stark, dass jegliche Unterstützung Israels in Bangladesch als Tabu gilt. Der Reisepass war lange Zeit mit der Klausel versehen, dass es Bürgern verboten ist, in drei Länder zu reisen – Israel, Südafrika und Taiwan. Nach dem Ende der Apartheid galt diese Regelung für Südafrika nicht mehr. Taiwan wurde Anfang der 2000er-Jahre stillschweigend von der Liste gestrichen. Ende 2020 entfernte die Regierung die Passklausel, die Reisen nach Israel verbot. Das löste im Land eine Debatte darüber aus, ob Bangladesch bereit sei, Israel anzuerkennen. Einige Analysen betonten die wirtschaftlichen Vorteile, andere lehnten den Vorschlag energisch ab und bezeichneten eine solche Maßnahme als »unmoralisch«.

Es war offensichtlich, dass das Thema Israel nach wie vor emotionalisiert – und daher auch innenpolitische Relevanz bekam. 2016 behauptete Premierministerin Sheikh Hasina, dass sich die oppositionelle Bangladesh Nationalist Party (BNP) mit dem israelischen Geheimdienst Mossad verschworen hätte, um ihre Regierung zu stürzen. Der Vorwurf basierte auf einem Pressebericht, wonach Aslam Chowdhury, der stellvertretende Generalsekretär der BNP, während eines Besuchs in Indien den drusisch-israelischen Likud-Politiker Mendi Safadi traf. Obwohl Aslam darauf beharrte, dass das Treffen zufällig zustande gekommen war, wurde er verhaftet und wegen Volksverhetzung angeklagt. Trotz dieser Strafmaßnahmen gegen einen BNP-Führer kaufte die Regierung von Bangladesch wenige Jahre später Überwachungs-ausrüstung von einem israelischen Unternehmen.

Über den Krieg in Gaza wurde in den bangladeschischen Medien umfassend berichtet. Nachdem Israel ein Krankenhaus in Gaza bombardiert hatte, veröffentlichte das Außenministerium eine scharf formulierte Erklärung, in der es hieß, Israel habe »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« begangen. Am 18. Februar 2024 verwendete die Premierministerin in ihrer Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz den Begriff »Völkermord«, um Israels Militäroperation zu beschreiben. Darüber hinaus signalisierte Bangladesch am 13. Januar 2024 seine Unterstützung für den Antrag Südafrikas, ein Verfahren gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) einzuleiten.

Auch die Oppositionsparteien des Landes haben Erklärungen abgegeben und Kundgebungen organisiert. Der Protest beschränkte sich nicht auf Islamisten, sondern umfasste auch zentristische und linke Parteien. Sie monieren, dass die Regierung nicht ausreichend kritisch gegenüber Israel sei. Auf einer Demonstration in der ersten Woche nach Beginn des Konflikts hieß es etwa, die Hamas-Aktion vom 7. Oktober sei »Selbstverteidigung« gewesen und Israel begehe »Kriegsverbrechen«. In diesen Reaktionen fehlte eine Erwähnung der Geiselnahmen der Hamas.

Mit Ausnahme der linken politischen Parteien wurde im Vergleich zu den Vorjahren deutlich weniger Unmut gegenüber den Vereinigten Staaten wegen deren Unterstützung Israels geäußert. Früher verurteilten etablierte politische Parteien wie die Bangladesh Awami League (BAL) und die Bangladesh Nationalist Party (BNP) den jüdischen Staat zwar, betonten zugleich aber, wie die jahrelange Unterstützung der USA das israelische Vorgehen erst ermutige.

Obwohl Premierministerin Sheikh Hasina wiederholt darauf beharrte, dass

Aus einem im israelischen Staatsarchiv verfügbaren Dokument geht hervor, dass die Anfrage am 28. April 1971 eintraf

Intervention der Vereinten Nationen, um dem Blutvergießen ein Ende zu setzen.« Vertreter der Regierungspartei Awami League beanstandeten daraufhin die vergleichsweise zurückhaltenden Reaktionen der größten Oppositionspartei BNP.

Tatsächlich hatte Bangladesch während der Regierungszeit von Sheikh Hasinas größter Rivalin Khaleda Zia von der BNP (1991–1996, 2001–2006) im Nahostkonflikt unverbrüchlich auf Seiten Palästinas gestanden. Auch deswegen fällt ins Auge, dass die Erklärung der BNP weit hinter den früheren, deutlicher formulierten Reaktionen zurückblieb. Beispielsweise hatte die Partei im Jahr 2021 den damaligen israelischen Angriff auf Gaza als »barbarisch und eine schwere Verletzung der Menschenrechte« verurteilt.

Der Grund für den deutlichen Unterschied in der Reaktion der BNP zwischen 2021 und 2024: Bangladesch erlebt seit 2011 gravierende Rückschritte in Sachen Demokratie. Die Oppositionsparteien in Bangladesch hofften insbesondere im Vorfeld der umstrittenen Wahlen Anfang 2024 auf Rückendeckung aus Washington und Druck auf die Regierung von Sheikh Hasina.

Die historische Unterstützung für das palästinensische Volk bleibt in allen Gesellschaftsschichten und unabhängig von den politischen Überzeugungen ungebrochen. Ob die Unterstützung auch auf die Hamas als Organisation ausgeweitet wird, ist eine offene Frage. Denn die wahllosen Tötungen von Zivilisten in Gaza durch das israelische Militär unter völliger Missachtung des Völkerrechts haben die Hamas auch in Bangladesch mitunter zum Synonym für die palästinensische Sache an sich gemacht.

Die zurückhaltenden Reaktionen auf die US-Politik sind auf Oppositionsseite auch innenpolitisch begründet

die internationale Gemeinschaft die Palästinenser im Stich gelassen hätte, enthielt die Kritik am Gaza-Krieg nun keine explizite Schuldzuweisung an den USA, etwa beim Thema Waffenlieferungen oder Abstimmungsverhalten auf UN-Ebene. Die zurückhaltenden Reaktionen auf die US-Politik sind auf Oppositionsseite auch innenpolitisch begründet.

Der im Exil lebende amtierende Vorsitzende der BNP, Tariq Rahman, twitterte am 12. Oktober: »Nach der beispiellosen Eskalation des Konflikts zwischen Palästina und Israel verurteile ich alle Formen von Gewalt und fordere eine sofortige diplomatische

Ali Riaz ist Professor für Politikwissenschaft an der Illinois State University und Präsident des American Institute of Bangladesh Studies (AIBS).

Modis Gleichung

Indien sieht den Nahen Osten vor allem als Achse für den eigenen wirtschaftlichen Aufstieg. Der Gaza-Krieg kommt da ungelegen

VON KABIR TANEJA

A

Am 28. März 2024 führte Indien den ersten Testflug seines einheimischen Kampfflugzeugs HAL Tejas MK1A durch. Die indische Luftwaffe hat 83 dieser Jets in Auftrag gegeben, um ihre veralteten MiG-21 aus der Sowjetzeit zu ersetzen, die jahrzehntelang das Rückgrat ihrer Kampfflotte bildeten. Zwei der wichtigsten Komponenten der Jets, das Radar und die Störsender, stammen aus Israel – Ausdruck einer Kooperation, die in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat.

Den Tweet des indischen Premierministers Narendra Modi, der kurz nach dem Anschlag am 7. Oktober den Terroranschlag der Hamas verurteilte, werteten viele Beobachter als Änderung der historischen Positionierung Indiens, da Neu-Delhi lange Solidarität mit der palästinensischen Sache als antikolonialen Kampf um Selbstbestimmung an den Tag gelegt hatte. Wenig später erklärte das indische Außenministerium, dass das Bekenntnis zur Zweistaatenlösung ebenso wichtiger Teil der indischen Position im Nahostkonflikt sei. Dabei tariert Neu-Delhi sei der Formalisierung der Beziehungen zu Israel 1991 seine geostrategischen Interessen neu aus, insbesondere in kritischen Bereichen wie Verteidigung. Allerdings erkennt Indien auch seit 1988 den Staat Palästina an und eröffnete bereits 1996 eine diplomatische Vertretung in Palästina, die 2003 von Gaza-Stadt nach Ramallah verlegt wurde.

Indiens eigene strategische Interessen und Herausforderungen in seiner Nachbarschaft, sowohl in Bezug auf Pa-

kistan als auch zunehmend China, haben einen erheblichen Einfluss auf seine Ansichten zur Situation in Gaza. Indiens Konflikte mit Pakistan reichen bis ins Jahr 1971 zurück, also vor Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Tel Aviv. Damals hatte die israelische Premierministerin Golda Meir zugestimmt, Indien mit Kleinwaffen und Munition zu versorgen. 28 Jahre später lieferte Israel erneut technisches Know-how, als sich Indien im 50 Tage währenden Kargil-Krieg in Kaschmir abermals Gefechte mit Pakistan lieferte. Lange war Russland Hauptlieferant, doch Neu-Delhi will seinen Rüstungsimport diversifizieren – seit den Grenzkonflikten mit China im Jahr 2020 stellt sich diese Frage noch dringlicher. Indien wiederum ist mittlerweile Israels wichtigster Exportmarkt für Rüstungsgüter.

Neben dieser strategischen Annäherung haben sich politische und ideologische Affinitäten entwickelt. Sowohl die israelisch-jüdischen konservativen Kreise als auch die indische Bharaitya Janata Party (BJP) und ihre hindu-ethnonationalistische Positionierung erkennen hier Gemeinsamkeiten. Diese Nähe schlägt sich im freundschaftlichen Verhältnis ihrer wichtigsten Vertreter nieder: Israels Premierminister Benjamin Netanyahu nutzte Bilder vom Treffen mit seinem Amtskollegen Narendra Modi sogar im Wahlkampf. Im Juli 2017 besuchte Modi als erster indischer Regierungschef überhaupt Israel. Jahrzehntlang hatte solch ein diplomatischer Schritt innenpolitisch negative Folgen gehabt. Modi dagegen stärkte sogar sein Image innerhalb der indischen Rechten und Mitte. Sein Kurs stößt nicht nur bei Religiös-Konservativen auf Zustimmung, sondern auch bei der eigentlich säkularen Wählerschaft der Kongress-Partei.

Die arabische Welt schenkte der Entwicklung der Beziehungen Indiens zu Israel lange kaum Beachtung. Dies lag daran, dass Neu-Delhi in Sachen Diplomatie ein Gleichgewicht bewahrte, indem es sich nicht in die regionale Dynamik einmischte oder offen Partei ergriff. Tatsächlich sind auch die

indisch-arabischen Beziehungen das Herzstück von Modis Außenpolitik. Gerade die in den letzten Jahren vertieften Verbindungen zu Machtzentren wie Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) riefen durchaus Verwunderung hervor: Warum versteht sich eine Regierung der Hindu-Nationalisten so prächtig mit ihren Partnern in der islamischen Welt? Und das gerade in Zeiten, in denen sich die indische Regierung immer häufiger dem Vorwurf ausgesetzt sieht, die einheimische muslimische Bevölkerung von immerhin 205 Millionen Menschen systematisch zu diskriminieren?

Tatsächlich hat sich Indiens Hinwendung zur arabischen Welt seit den frühen 2000er-Jahren langsam abgezeichnet. Einerseits angetrieben vom wirtschaftlichen Wachstumsschub ab 1991, andererseits von der Verlagerung der Welt-handelswege Richtung Asien. Seit 2014 hat Modi die VAE sieben Mal besucht und im Februar sogar den ersten Hindu-Tempel in Abu Dhabi eingeweiht. Indien betrachtet den Golf auch immer häufiger als Absatzmarkt für einheimische Produkte. Das Freihandelsabkommen zwischen Indien und den VAE wurde in einer Rekordzeit von weniger als 90 Tagen ausgehandelt und unterzeichnet. Es soll das bilaterale Handelsvolumen bis 2030 auf 100 Milliarden US-Dollar steigern. Indiens Blick reicht aber auch über den Golf hinaus. 2018 stattete Modi Ramallah einen Besuch ab und bekräftigte seine Unterstützung für einen unabhängigen palästinensischen Staat.

Die Abraham-Abkommen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen einer Gruppe arabischer Staaten unter der Führung der Vereinigten Arabischen Emirate und Israel im Jahr 2020 hat theoretisch eine seit langem bestehende Bruchlinie zwischen der arabischen Welt und dem jüdischen Staat überwunden. Es erleichtert zudem Ländern wie Indien, in der Region freier über wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verhandeln. Die Gründung der Gruppierung Indien-Israel-VAE-USA, kurz I2U2, ist konkreter Ausdruck dieses Wandels. Ihr erster Gipfel auf Führungsebene fand im Juli 2022 statt. Im September 2023 gaben Saudi-Arabien, die VAE, die Europäische Union, Deutschland, Frankreich, Italien, die USA und Indien am Rande des G20-Gipfels in Neu-Delhi die Einrichtung des neuen multinationalen India-Middle East-Europe Economic Corridor (IMEC) bekannt.

Einige Monate nach Beginn des Gaza-Krieges plagten Verzögerungen und Störungen viele dieser Infrastruktur- und Handelsprojekte. Während grundlegende Vereinbarungen wie die Abraham-Abkommen die Krise bisher überstanden haben, ist damit zu rechnen, dass die Wiederaufnahme kooperativer Wirtschaftsprojekte im Jahr 2024 nur zögerlich voranschreiten wird.

Der Krieg in Gaza hat seit Modis erstem Tweet eine gewisse Kurskorrektur der indischen Haltung erzwungen. Im Oktober 2023 enthielt sich Indien bei der Abstimmung der

Vereinten Nationen für einen Waffenstillstand in Gaza und erhielt dafür Beifall von Israel. Doch im November votierte Neu-Delhi für eine UN-Resolution, die Israels Siedlungsaktivität im Westjordanland verurteilte. Während viele diese Abstimmungen im Zusammenhang mit umfassenden Narrativen rund um den unmittelbaren Konflikt sehen, stellen sie doch ein gewisses Maß an diplomatischer Kontinuität dar. Im Gegensatz zu vielen anderen Staaten hat Indien seine Zahlungen an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina (UNRWA) etwa nie eingestellt. Im April enthielt sich Neu-Delhi auch bei einer Abstimmung im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UNHRC) über einen Waffenstillstand in Gaza und ein Waffenembargo gegen Israel.

Die eindeutige Verurteilung des Hamas-Angriffs auf Israel auf Führungsebene entsprach Indiens eigenen Kerninteressen und seiner politischen Positionierung. Indien trägt häufiger als früher das Thema Terrorismusbekämpfung bei den Vereinten Nationen vor. Im Oktober 2022 hatte etwa der Anti-Terror-Ausschuss des Sicherheitsrats erstmals in Indien getagt. Allerdings richten sich an Indien als wichtige Stimme

des globalen Südens auch Erwartungen, wenn es um die Entwicklung von Ereignissen wie in Gaza geht. Die Kluft zwischen außenpolitischem Pragmatismus und einer noch nicht ausgereiften Idee einer multipolaren Ordnung stellt die traditionell risikoscheue indische Diplomatie vor Herausforderungen.

Anti-Kriegs-Proteste hat Indien dagegen kaum erlebt. Selbst die linken Parteien, die die Palästinafrage in der Vergangenheit viel offensiver nach außen trugen, konnten mit dem Thema nicht mobilisieren. In den Monaten vor den Wahlen im Frühjahr sind vielen Indern innenpolitische Themen wichtiger als eine weitere Runde in einem auch geografisch weit entfernten Konflikt.

Auch die Tatsache, dass Staaten in der arabischen Welt und darüber hinaus ihre eigenen Interessen in den Vordergrund zu stellen scheinen, entmutigt wohl die muslimische Minderheit in Indien, auf die Straße zu gehen.

Indiens Interessen in der Golfregion werden heute durch wirtschaftliche Zusammenarbeit bestimmt. Die indische Außenpolitik hat trotz Veränderungen in den Regierungen und ihren Ideologien über die Jahrzehnte hinweg ein Maß an Beständigkeit bewahrt, das von Eigeninteressen geleitet ist. Getreu diesem Grundsatz wird Indiens Sicht auf den Gaza-Krieg in gewisser Weise traditionell ausfallen: Neu-Delhi ruft zu Dialog auf und bekennt sich zur Zweistaatenlösung, und nimmt zugleich Haltungen ein, die den eigenen Interessen dienen, etwa bei der Terrorismusbekämpfung oder dem Ausbau der Handelswege.

Kabir Taneja ist Leiter der Westasien-Initiative des Strategic Studies Programme beim indischen Thinktank Observer Research Foundation.

Warum versteht sich eine Regierung der Hindu-Nationalisten so prächtig mit der islamischen Welt?



Erdoğan und Netanyahu im September 2023 in New York – nur wenige Wochen vor dem 7. Oktober

Zwei wie Pech und Schwefel

Foto: Avi Ohayon / GPO

Kaum ein Staat in der Region unterhält so lange so gute Beziehungen zu Israel – und nimmt zugleich die Hamas in Schutz. Über die türkischen Befindlichkeiten im Nahostkonflikt und was das mit der Kurdenfrage zu tun hat

VON DILEK GÜRSEL

W

ährend viele westliche Staaten schon zu Beginn des Gaza-Kriegs klare pro-israelische Positionen bekräftigten, hat die Türkei Israel unter der Regierung Netanyahu nicht nur aufs Schärfste verurteilt, Präsident Recep Tayyip Erdoğan ging sogar so weit, geradezu Hamas verherrlichende Argumentationen offiziell zu verlautbaren. Doch ein genauerer Blick zeigt, wie ambivalent und mitunter unklar die türkische Positionierung im Nahostkonflikt eigentlich ist.

Die Türkei hat Israel als erstes mehrheitlich muslimisches Land schon sehr früh, und zwar im Jahr 1949, offiziell anerkannt. Sogar noch 1988 gewährte man diese diplomatische Aufwertung als eines der ersten Länder weltweit dem im Exil gegründeten palästinensischen Staat. Die Folgen eines Vorfalls schlugen im Verhältnis zwischen Israel und der Türkei bis heute Wellen: Das türkische Schiff »Mavi Marmara« versuchte 2010 schon während der damaligen Blockade Gazas, Hilfsgüter in die eingekesselte Enklave zu liefern: Im Zuge der Sturmung tötete die israelische Marine damals neun türkische Staatsbürger.

Erdoğan brach die diplomatischen Beziehungen ab, und obwohl ab 2013 nach einer offiziellen Entschuldigung

Netanyahus und Kompensationszahlungen eine Phase der Entspannung folgte, blieben die politischen Beziehungen weitestgehend unterkühlt und geprägt von weiteren diplomatischen Vorfällen. Im September 2023 posierten beide Regierungschefs am Rande der UN-Generalversammlung in New York zusammen vor der Kamera und zeigten sich freundschaftlich verbunden. Unvorstellbar seit dem 7. Oktober und Erdoğan's klarer Kritik an Netanyahu und teils offener Unterstützung für die Hamas.

Aller Rhetorik zum Trotz: Die Wirtschafts- und Handlungsbeziehungen erlebten seitdem keine nennenswerten Veränderungen. Und das zieht sich als Konstante durch die türkische Israel-Politik: Obwohl Erdoğan die israelische Regierung und Armee heftig angeht, zeigen verschiedene Daten zu Exporten, dass die Türkei Güter im Wert von fast 295 Millionen Euro nach Israel exportiert – und darunter sind nicht nur Lebensmittel, sondern auch Rüstungsgüter.

Die Türkei versucht, ihre regionale Dominanz vor allem über religiöse Führung aufzubauen. Aktive Bestrebungen, als führende regionale und sogar globale muslimische Macht aufzutreten, sind auch bei diesem Konflikt unübersehbar. Die Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung aus Sicht einer muslimischen Solidarität ist ebenso Teil des türkischen Nahostkonflikt-Diskurses wie die latente Judenfeindlichkeit.

Und obwohl Israel und die Türkei so weit auseinanderliegen, zeigt sich nurmehr, wie ähnlich religionsbegründete staatliche Macht sich im Kern sein kann.

Eine weitere Kontinuität türkischer Außenpolitik: die lautstarke anti-westliche Positionierung. Über die letzten Jahre ist es schon fast ein Merkmal von Erdoğan's Regierungsstil geworden, westliche Regierungschefs direkt als inkompetent, als Imperialisten oder Unterdrücker zu beschimpfen. Dahinter steckt nicht zuletzt der verletzte Stolz einer Nation, die so lange versucht hat, als Teil der westlichen Welt anerkannt zu werden, und sich immer wieder außen vor gelassen fühlt.

Auf dem Papier hat die Türkei lange das überwiegend säkulare Nationalstaatsmodell Europas forciert. Und das, obwohl es doch nicht ganz in die regionalen Gegebenheiten passt. Die kurdische Bevölkerung im Land, aber auch in den Nachbarländern Syrien, Irak und Iran, musste sich diesem Nationalstaat nicht nur fügen, er hat sie gar über die Jahrzehnte mehr und mehr assimiliert. Die Türkei geht sogar noch weiter damit und versucht, ihr Nationenideal über ihre Grenzen hinweg in Syrien und im Irak zu untermauern.

In der Sache ähneln sich die palästinensischen und kurdischen Freiheitsbestrebungen auf mehreren Ebenen. Historisch gesehen überlappt sich die Solidarität: In den 1970er- und 1980er-Jahren absolvierten PKK-Kämpfer zusammen mit der marxistisch-leninistisch orientierten »Volksfront zur Befreiung Palästinas« (PLFP) sowie der »Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas« (PFLP) paramilitärische Ausbildungen in der Bekaa-Ebene im Libanon. Diese Übungen bereiteten den militärischen Konflikt gegen den türkischen Staat ab 1984 vor. Zudem fanden sich unter den ausländischen Kontingenten, die gegen Israels Besetzung des Libanon im Jahr 1982 kämpften, auch PKK-Mitglieder.

Jedoch gehen in verschiedenen palästinensischen Fraktionen sowie in verschiedenen kurdischen Fraktionen die Positionen zu der Situation des jeweils anderen weit auseinander. Hamas-Anhänger haben in der Vergangenheit die Brutalität türkischer Truppen gegenüber kurdischen Gruppierungen begrüßt, so etwa bei der Einnahme der nordwestsyrischen Provinz Afrin: aus Hamas-Sicht ein Triumph der islamischen *Ummah*.

Diese Instrumentalisierung des islamischen Glaubens hat wiederum bei Kurden, die eigentlich selbst mehrheitlich muslimisch und auch konservativ sind, dazu geführt, Fraktionen der palästinensischen Widerstandsbewegung vehement abzulehnen.

Aus ihrer Sicht fallen die sunnitisch geprägten Milizen in die gleiche Kategorie wie der sogenannte Islamische Staat, der Kurden und vor allem Jesiden in Syrien und im Irak auf menschenverachtende Weise verfolgt hat und ermorden ließ. Es gibt aber auch die palästinensischen Kräfte, die die türkische Besatzungsmentalität aufs Schärfste verurteilen und einen Vergleich zur Situation Palästinas unter Besatzung ziehen.

Die politischen Positionen der Türkei und Israels zu der als disruptiv wahrgenommenen Gruppe des jeweils anderen Landes nimmt oft taktische Züge an und führt zu ansonsten schwer erkläraren Positionen: Israel erkannte als einziges Land das Unabhängigkeitsreferendum im Nordirak 2017 an – viele Kurden in Erbil schwenkten daraufhin israelische Flaggen. Irakisch-Kurdistan ist aber auch gar nicht so »revolutionär« in seiner Struktur, wie es oft mit der kurdischen Freiheitsbewegung in Verbindung gebracht wird.

Interessant ist nun auch die neueste Entwicklung im Irak selbst. Im März einigten sich Vertreter der Regierungen in Ankara, Erbil und Bagdad auf ein PKK-Verbot sowie eine Einstufung der Miliz als Terrororganisation. Die türkische Armee hat ein robusteres Mandat gegen die PKK und ihre Ableger, der Irak erhofft sich eine Verbesserung der (wirtschaftlichen) Beziehungen mit der Türkei. Wieder zeigt sich: Die unterschiedlich begründete (Nicht-)Solidarität mit verschiedenen Gruppen in der Region führt dazu, dass Solidaritätsstränge zwischen ähnlich begründeten Freiheits- und Befreiungskämpfen brechen.

Interessant, weil die Terrordefinition in der Türkei selbst eher schwammig bleibt und ihr dadurch noch eher ermöglicht, all diejenigen Kräfte, die staatliche Strukturen kritisieren, als PKK-Anhänger abzustempeln und unter einen Generalverdacht zu stellen. Interessanter, weil Erdoğan auch ganz klar deutlich macht: Die Hamas ist in seinen Augen trotz der klaren Parallelen keine Terrororganisation.

Die Türkei unterhält insgesamt gute Beziehungen zur Autonomen Region Kurdistan im Nordirak, was ihr vor allem wirtschaftliche Vorteile verschafft. Zahlreiche weitere Ambivalenzen prägen den türkischen Blick auf die Region: etwa die negative Sicht auf die arabische Welt, welche Israel und die Türkei mitunter zu teilen scheinen.

Die Türkei sieht die arabische Welt doch noch eher als rückständig und sich selbst ihr überlegen an und begründet diese negative Haltung oft damit, dass sich die arabischen Nationen vom europäischen Imperialismus und Nationalgedanken haben treiben lassen und somit zum Untergang des Osmanischen Reiches beigetragen haben. Dabei hat die türkische Nationalbewegung den wohl nationalistischsten Nationalstaat begründet. Zugleich steht die Türkei nur mit einem Bein im westlichen Lager.

Dadurch eröffnen sich ihr immer wieder Fenster, sich als relevant auf verschiedenen Schauplätzen zu positionieren: mal als islamische Führungsmacht, mal als gewichtiges NATO-Mitglied, mal als Aufnahmekandidat und Anrainer der Europäischen Union. Der Gaza-Krieg bot der von der AKP geführten Regierung auch die Gelegenheit, innenpolitisch zu punkten. »Wenn die AKP an die Macht kommt, können die Kinder in Gaza wieder aufatmen«, plakatierte die AKP im Vorfeld der Kommunalwahlen Ende März 2024.

Dilek Gürsel ist Programm-Managerin im Auslandsbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Beirut.

In der Sache ähneln sich die palästinensischen und kurdischen Freiheitsbestrebungen auf mehreren Ebenen



Volodymyr Zelensky empfing kurz nach Amtsantritt 2019 Benjamin Netanyahu im Kiewer Marienpalast.

Foto: Präsidentsamt Ukraine

Gefunkt hat es nie

Die Kriege in der Ukraine und in Gaza hängen miteinander zusammen. Aber nicht so, wie es oft behauptet wird

VON IHOR SEMYVOLOS

D

er arabisch-israelische Konflikt und die russische Aggression gegen die Ukraine fanden schon vor den Ereignissen vom 7. Oktober 2023 wiederholt im gleichen Zusammenhang Erwähnung – und werden dabei unterschiedlich gedeutet. Die heroische Verteidigung Kiews zu Beginn des Krieges und die ukrainische Gegenoffensive im Herbst 2022

nahmen viele Palästinenser als Szenario dafür, wie ein militärisch schwächeres Land einen stärkeren Feind besiegen kann. Allerdings wurde das ukrainische Beispiel häufiger in der politischen Polemik arabischer Staaten gegenüber dem Westen herangezogen: Dabei steht die ihrer Ansicht nach unfaire und ambivalente Haltung westlicher Politiker gegenüber dem Leiden der Araber im Gegensatz zum Umgang mit dem Krieg in der Ukraine.

Diese Beobachtung ist mittlerweile eine weitverbreitete Binsenweisheit. Der Krieg in Gaza hat der Diskussion neuen Schwung verliehen und dabei auch grundlegende Fragen aufgeworfen.

Das wurde besonders deutlich, nachdem die Regierung von US-Präsident Joe Biden die Waffenanfragen der Ukraine, Israels und Taiwans in einem Verteidigungspaket zusam-

mengefasst hatte. Orientiert sich die US-Politik entlang alter Konfliktlinien aus der Vergangenheit?

Der arabisch-israelische Konflikt im Allgemeinen und der palästinensisch-israelische Konflikt im engeren Sinne sind ein Produkt der Zeit des Kalten Krieges. Die heiße Phase dieses Konflikts begann 1947/48 vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs des britischen Empire und dem Beginn einer neuen Konfrontation zwischen westlichen Ländern und der kommunistischen Sowjetunion und ihren Satelliten. Die Rhetorik des Kalten Krieges auf beiden Seiten ließ praktisch keine Zwischentöne zu. Im Kern handelte es sich um einen systemischen Konflikt mit stabilen ideologischen Teilnehmergruppen, die die eine oder andere Seite unterstützten. Um diejenigen, die schwankten, wurde ein aktiver Propagandakrieg geführt.

Im Gegensatz zu vielen anderen dieser Zeit blieb der palästinensisch-israelische Konflikt auch nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems und der Auflösung der Sowjetunion im Jahr 1991 aktiv. Der Wandel des politischen Klimas in den 1990er-Jahren wirkte sich auch auf seine Dynamik aus und weckte Hoffnungen auf ein Ende durch den Nahost-Friedensprozess auf der Grundlage der Zwei-Staaten-Lösungsformel. Doch nach fast zwei Jahrzehnten der Verhandlungen, Rabin-Ermordung und Intifada, liegen diese Bemühungen am Boden.

Die Rückkehr des Hauptgegners des Oslo-Prozesses in den 1990er-Jahren, Benjamin Netanyahu, an die Macht in Israel Anfang 2010 fiel mit mehreren anderen geopolitischen Prozessen zusammen: dem Niedergang pseudorepublikanischer Regime in einer Reihe arabischer Länder nach dem Arabischen Frühling, dem Bürgerkrieg in Syrien und der Aufstieg islamistischer Bewegungen in diesem Zusammenhang. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 stellte der russische Präsident Wladimir Putin die unipolare Welt sowie insbesondere die US-Außenpolitik in Frage. Sieben Jahre später – als Russland bereits die Krim annektiert hatte – untermauerte Putin im Rahmen seiner Rede bei der Waldai-Konferenz diesen Gegensatz nochmals.

Somit ist der palästinensisch-israelische Konflikt ein Erbe des Kalten Krieges, während der russisch-ukrainische Krieg das Ergebnis des Versuchs Moskaus ist, seine Niederlage in der Auseinandersetzung mit dem Westen wettzumachen. Russlands neuer Kurs der Konfrontation mit den Vereinigten Staaten schürte die Ressentiments jener politischen Kräfte, die mit der Weltordnung, die aus den Ruinen der kommunistischen Welt hervorgegangen war, weiterhin unzufrieden waren. Dazu trug auch die US-Politik nach dem 11. September 2001 bei. Die Invasion des Irak im Jahr 2003 und die anhaltende Besetzung des Landes verstärkten die Kritik an den Vereinigten Staaten, auch bei Washingtons arabischen Verbündeten in der Region. Vor dem Hintergrund dieser Besetzung ist im Irak die Terrororganisation »Islamischer Staat« herangewachsen. Im Jahr 2015 kehrte Russland physisch in den Nahen Osten zurück und beteiligte sich an

der Seite von Diktators Baschar Al-Assad am Bürgerkrieg in Syrien.

Die sowjetische Propaganda hat schon in der Vergangenheit Ukrainer als von Natur aus antisemitisch dargestellt. Gleichzeitig aber setzte man ukrainische Nationalisten, die die Unabhängigkeit der Ukraine anstrebten, mit Zionisten gleich. Typisch waren politische Karikaturen, bei denen ein Karren mit der Aufschrift »antisowjetische Propaganda« von zwei entsprechend gekleideten Männern gezogen wurde, in denen man leicht die Zerrbilder eines Ukrainers und eines Juden erkennen konnte.

Nachdem die Ukraine Anfang der 1990er-Jahre ihre Unabhängigkeit erklärt hatte, veränderte sich der Blick auf Israel nochmal grundlegend. Viele Ukrainer sehen vor allem ein erfolgreiches und wohlhabendes Land, Teil jener westlichen Welt, der sie sich auch zugehörig fühlen. Kiew nahm diplomatische Beziehungen zu Tel Aviv auf, das Handelsvolumen wuchs beträchtlich und auch auf kultureller und politischer Ebene tauschte man sich enger aus. Alle Versuche Kiews, eine militärische und technische Zusammenarbeit mit dem jüdischen Staat aufzubauen, stießen auf aktiven Widerstand Moskaus, das solche Verträge genau überwachte. Israel und die Vereinigten Staaten übten zudem aktiven Druck auf die

Ukraine aus, sich Ende der 1990er-Jahre aus der Baubeteiligung des Atomkraftwerks in Buschehr in Iran zurückzuziehen. Die damals in Aussicht gestellte Ausfallentschädigungszahlung an Kiew blieb Washington in der Folge allerdings schuldig.

Nach der Besetzung und Annexion der Krim verlagerte sich die Frage der Einhaltung des Völkerrechts für

die Ukraine von der theoretischen auf eine praktische Ebene. Mit der Resolution 2334 des UN-Sicherheitsrats über die Illegalität jüdischer Siedlungen in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten erreichten dann Ende 2016 die bilateralen Beziehungen einen Tiefpunkt. Denn als nicht-ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates hatte die Ukraine für die Annahme der Resolution gestimmt. Das Votum spiegelte die offizielle Position zu diesem Aspekt des Nahostkonflikts wider. Allerdings war das Abstimmungsverhalten auch Ausdruck eines neu gewonnenen Verständnis für das Thema, schließlich waren die Russen eifrig dabei, die Demografie der Krim durch Ansiedlung linientreuer Russen zu verändern.

Nach dem Ausbruch des Krieges mit Russland im Jahr 2022 dominierte in der Ukraine das Bild von Israel als einem Land, das seinen vielen Feinden erfolgreich entgegentritt. In der Folge wuchs auch die Hoffnung, dass Israel als westliches Land der Ukraine im Kampf gegen den Aggressor zur Seite stehen würde. Im Rahmen einer umfassenden Kampagne zur Konsolidierung der militärischen, politischen und diplomatischen Unterstützung in allen Ecken der Welt klopfte die ukrainische Führung beharrlich bei Israel an. Meistens ohne Erfolg.

Die zwischen Moskau und Tel Aviv zu Syrien getroffenen Vereinbarungen machten jegliche militärische Unter-

Der palästinensisch-israelische Konflikt im engeren Sinne ist ein Produkt der Zeit des Kalten Krieges



Die ukrainische First Lady, Olena Zelenska (Mitte), mit Israels Staatspräsident Jitzchak Herzog und dessen Gattin Michal im Sommer 2023.

Foto: Präsidentsamt Ukraine

stützung Israels praktisch unmöglich. Das vielbeschworene israelische Projekt, die Ukraine mit einem Frühwarnsystem für die Raketenabwehr auszustatten, bleibt weiter in der Schublade.

Diese Zurückhaltung Israels sorgte in den vergangenen zwei Jahren für viel Frust auf ukrainischer Seite. Eine Reihe von Zwischenfällen beeinträchtigte das Verhältnis weiter, etwa die faktische Wiedereinführung des Visaregimes zwischen den beiden Ländern. Nachdem Netanyahu in einem Interview Rüstungslieferungen mit dem Verweis eine Absage erteilt hatte, dass die Waffen in iranischen Händen landen könnten, warf die ukrainische Botschaft in Tel Aviv im Sommer 2023 der israelischen Regierung prorussische Sympathien vor.

Die Ukraine wiederum drohte damit, die Visa-Pflicht für Israelis wieder einzuführen – und das kurz vor Beginn der Wallfahrtsaison zum Grab von Rabbi Nachman von Brazlaw im ukrainischen Uman am Vorabend des jüdischen Neujahrs. Im Fall der hassidischen Pilger fanden beide Seiten schließlich eine Lösung. Dennoch war das bilaterale Verhältnis am Vorabend des 7. Oktober belastet.

Wolodymyr Zelensky hielt unmittelbar nach der Nachricht vom Hamas-Angriff eine emotionale Rede zur Unterstützung Israels. Dafür erntete der ukrainische Präsident auch Kritik, weil in seiner Ansprache etwa von einer Zwei-Staaten-Lösung keine Rede war. Allerdings ging es Zelensky wohl in erster Linie um ein Zeichen der Solidarität – und möglicherweise darum auszuloten, inwiefern Israel bereit war, seine Haltung gegenüber der Ukraine zu ändern. Große Wirkung in Israel entfalteten Zelenskys Worte ohnehin nicht. Und so veröffentlichte das ukrainische Außenmi-

nisterium zehn Tage nach Ausbruch des Konflikts eine ausgewogenere Erklärung, in der die Ukraine ihr Engagement für eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts bekräftigte.

Der Krieg in Gaza hat zweifellos die globale Aufmerksamkeit für die Ereignisse in der Ukraine verringert, die beteiligten Parteien polarisiert und zusätzliche Spannungsquellen in den Beziehungen zwischen der Ukraine und den arabischen Ländern des Nahen Ostens geschaffen. Die Bündelung der Ukraine, Israels und Taiwans in einem Hilfspaket gab der russischen Propaganda einen Anlass, diesen Umstand zur Diskreditierung der Ukraine zu nutzen. Das Kalkül einiger US-Abgeordneter, dass die Militärhilfen in dieser Form schneller durch den Kongress gehen würden, ist nicht aufgegangen.

Der Krieg in Gaza und der russisch-ukrainische Krieg haben unterschiedliche Ursachen, sind aber indirekt durch die Anwesenheit derselben Akteure – der Vereinigten Staaten, Russlands und Iran – miteinander verbunden. Dennoch: Ein Krieg unter Einsatz von Luftstreitkräften, Raketen und allen Arten von Waffen außer bislang Atomsprengköpfen lässt sich in militärischer Hinsicht kaum mit einem Krieg gegen eine paramilitärische Gruppe vergleichen, so gut diese auch organisiert ist. Die Ukraine führt buchstäblich einen Krieg um ihre Existenz, für Israel besteht keine solche Bedrohung. Vergleiche zwischen der Ukraine und Palästina oder der Ukraine und Israel sind eher eine polemische Technik, die dazu dient, die Position arabischer Experten in Diskussionen mit ihren westlichen Kollegen zu stärken.

Ihor Semyvolos ist Direktor des Zentrum für Nahoststudien in Kiew.

Deutschlands Ansehen steht auf dem Spiel

Mit ihrer Gaza-Politik hat sich die Bundesrepublik in eine Sackgasse manövriert. Höchste Zeit, sich wieder auf das zu besinnen, was ihre Soft Power einst ausgemacht hat

VON MARCUS SCHNEIDER UND HANNA VOSS

E

ine der denkwürdigsten Erfahrungen, die man als junger Mitarbeiter oder Leiter deutscher Organisationen im Ausland macht: mitzubekommen, wie positiv der Ruf des eigenen Landes ist. Fast schon befremdlich positiv möchte man anfügen, denn junge Deutsche wachsen vielfach mit einem sehr kritischen Selbstbild auf – was aus Sicht des Auslands oft völlig ungerechtfertigt erscheint.

65 Jahre bundesdeutscher Außenpolitik, zu der nicht nur offizielle diplomatische Vertretungen gehören, sondern auch das mannigfaltige Netzwerk der sogenannten Mittler – offizielle Entwicklungszusammenarbeit, Kulturinstitutionen, Kirchen, politische Stiftungen – haben es vermocht, die Bundesrepublik seit 1949 vom Paria der Weltgemeinschaft in eines ihrer meistgeachteten und verehrten Mitglieder zu verwandeln.

Klar gibt es Klischees, und auch den ein oder anderen peinlichen Moment, wenn einem für Dinge gratuliert wird, auf die man lieber nicht stolz wäre. Im Großen und Ganzen beruft sich das Fremdbild aber auf positive Errungenschaften und zeichnet ein wohlhabendes, politisch stabiles, sozial gerechtes Land, das bei aller außen-

politischen Zurückhaltung auch Kultur und Zivilgesellschaft in den Blick nimmt, überdies gerade im Sozialen und Humanitären viel selbstlose Hilfe leistet und für das Menschenrechte und internationales Recht nicht nur lästiges Beiwerk sind.

Was für den globalen Süden galt, traf im Besonderen für die arabische Welt und den erweiterten Nahen Osten zu. Auch hier war das Deutschlandbild exzellent. In einer Region also, in der dem politischen Westen insgesamt, gerade in Gestalt der Weltmacht USA und der ehemaligen Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien, nicht unerhebliche Ressentiments entgegenschlagen. Es wurde der Bundesrepublik hoch angerechnet, dass sie internationales Recht und eine langfristig orientierte Einschätzung der Lage über das kulturkämpferische Pathos stellte (Nein zum Irak-Krieg, Nein zur Libyen-Intervention), mit dem andere Demokratie und Fortschritt herbeibomben wollten.

Selbst die engen Beziehungen zu Israel wirkten sich in der Vergangenheit keinesfalls automatisch nachteilig auf Deutschlands Position in der arabischen Welt aus.

Möglicherweise auch, weil Berlin darauf verzichtete, als Oberlehrer aufzutreten und Ambivalenzen zuließ, die sich aus anderen geografischen und historischen Erfahrungen ergaben. Und nicht zuletzt, weil das deutsche Engagement für einen gerechten Frieden und die bedeutende Unterstützung für die palästinensischen Institutionen als aufrichtig wahrgenommen wurden. Womöglich aber auch, weil die deutsche Staatsräson lange mehr Rhetorik war, in Zeiten des Gaza-Krieges dagegen in Waffen messbar ist.

Der Gaza-Krieg und die von Anfang an eindeutige Positionierung Berlins, die auch sechs Monate und mehr als 3.000 Tote später noch so gut wie keine Zwischentöne zuließ, setzt Deutschland nun einer globalen Kritik aus, die für die deutsche Softpower womöglich der tiefsten Zäsur seit der Wiedervereinigung gleichkommt. Mit seiner Metapher von »den Kindern des Lichts gegen die Kinder der Dunkelheit« setzte der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu den Ton für ein Zivilisation-hier-Barbarei-und-Terror-dort-Narrativ, das Deutschland damit genauso bereitwillig abnickte wie den frühzeitigen Plan von Verteidigungsminister Yoav Gallant, den Gazastreifen vollständig abzuriegeln.

Trotz derlei finsterster Kolonialrhetorik aus dem Land des vermeintlich werteverwandten Partners stellte Berlin Tel Aviv sehr früh eine carte blanche für das unerbittliche Vorgehen in Gaza aus. Der Bundeskanzler erklärte fast schon apodiktisch, dass das Land als Demokratie nahezu nicht anders könne, als den Prinzipien des Völkerrechts zu genügen – jahrzehntelanger völkerrechtswidriger Annexion, Siedlungspolitik und bereits vor dem 7. Oktober Tausender toter Palästinenser zum Trotz.

Berlin war damit nicht eine Stimme unter vielen in einem pan-westlichen Chor, sondern fand sich plötzlich unfreiwillig exponiert wieder. Wenige spürten das stärker und direkter als die Vertreter deutscher Organisationen im Ausland. Sie sahen sich einer Infragestellung des eigenen Landes ausgesetzt, die auch für langjährig Aktive beispiellos gewesen sein dürfte. Schon diskursiv bewegte man sich in Paralleluniversen – die Begrifflichkeiten zu beschreiben, was in Gaza geschieht, waren nicht mehr dieselben.

Doch zumindest diejenigen, die ihr Herz weltanschaulich noch nicht völlig verschlossen haben, kommen nicht umhin festzustellen, dass hier womöglich die vielbeschworene Staatsräson kollidiert mit jenen Werten, die gerade diese Bundesregierung mit ihrem Anspruch einer wertegeliteten, gar feministischen Außenpolitik durchzusetzen gedenkt. Feministisch ist eine Außenpolitik übrigens dann, wenn

Die deutsche Staatsräson war lange mehr Rhetorik, heute dagegen ist sie in Waffen messbar

sie auch die Bedürfnisse besonders vulnerabler Gruppen in den Blick nimmt. Angesichts von fast 15.000 toten Kindern in Gaza, fast 90 Prozent Binnenvertriebenen und einer menschengemachten, gezielt herbeigeführten Hungersnot (Red.: Stand Ende März 2024) drängt sich die Frage wie der berühmte Elefant in den Raum, inwiefern dieser Anspruch auch für die komplizierteste unter den Partnerbeziehungen gilt.

Überhaupt geschah die Verkündung unverbrüchlicher Solidarität in seltsamer Verkennung des politischen Charakters mancher, die dort in Israel Regierungsverantwortung tragen. Im vorherrschenden deutschen Diskurs wurde das Ganze als Handlungsfrage behandelt. Durch Realitäten vor Ort, Äußerungen führender Politiker oder der Art der Kriegsführung wollte man sich da lieber nicht stören lassen.

Und so glauben große Teile des globalen Südens wie unter einem Brennglas in der nahezu bedingungslosen Unterstützung für Israels Kriegsführung das ganze Elend deutscher Doppelmoral erkannt zu haben.

Vor allem in der arabischen Welt wurde die deutsche Einseitigkeit frühzeitig als Heuchelei beklagt, die sich vor dem Hintergrund des andauernden Ukraine-Krieges freilich besonders entlarvend ausnimmt. Dessen bewusst sehr moralistische Aufladung als eine Art Weltordnungskrieg stieß außerhalb des Westens von Anfang an auf Widerstände. Heute lässt sich konstatieren, die angestrebte Isolation des Aggressors Russlands ist global gescheitert. Skepsis und Zweifel an der Aufrichtigkeit des westlichen Narrativs spielten Moskau in die Hände. Afghanistan, Irak, Libyen und ja, immer wieder Palästina – das hörte man als Vertreter deut-

scher Organisationen, wenn man die Frustration heimischer Politiker übermittelte, dass die arabische Welt sich weigere, Russland klar zu isolieren.

Hinzu kommt, dass die Bilder aus Gaza die aus der Ukraine in Sachen Grausamkeit und Elend in den Schatten stellen. Und weil auch die bloßen Zahlen darauf hindeuten, dass das menschliche Leid in Gaza Ausmaße erreicht hat, die nicht mehr hinnehmbar sind – und eben nicht, wie es (nur) in Deutschland immer noch manche sehen möchten, Zeugnis dafür, wie Israel versucht, die Zivilisten in Gaza bestmöglich zu schützen. Entsprechend eindeutig sind auch die globalen Mehrheitsverhältnisse.

Nun ist es nicht so, dass man die Herausforderung in Berlin nicht erkannte. Der Bundeskanzler verband seine Ausrufung einer Zeitenwende mit der Notwendigkeit von »Partnerschaften auf Augenhöhe« mit den Ländern des glo-

balen Südens und warb unermüdlich für eine regelbasierte Weltordnung, die auch einem multipolaren Setting Rechnung trägt.

Doch Gaza wirkt nun für die Skeptiker westlicher Aufrichtigkeit wie eine umfassende Bestätigung all ihrer Zweifel. Wo ist sie jetzt, die Rhetorik schierer Empörung angesichts mutmaßlicher israelischer Kriegsverbrechen? Vernichtungskrieg und Völkermord sind zwei historisch in Deutschland ja eindeutig belastete Begriffe, die aber sehr schnell ihren Eingang in den Mainstream gefunden hatten, als es darum ging, die Putin'sche Aggression gegen die Ukraine zu beschreiben. Verfemt dagegen diejenigen, die es wagen, dieselben Begrifflichkeiten auch nur in die Nähe des israelischen Vorgehens in Gaza zu rücken.

Auch in Sachen Völkermordanklage vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) ist Deutschland der weltweit einzige Staat, der Israel juristisch zur Seite springt – während mehrere Dutzend Staaten und große Staatenverbände ihre Sympathie für die südafrikanische Seite haben erkennen lassen. Stoisch bis hin zur Arroganz beharrt Deutschland darauf, Israel handele nach wie vor im Namen der Selbstverteidigung, der Genozid-Vorwurf entbehre jeder Grundlage – ganz so, als brauche man trotz der 15- zu 2-Mehrheit der Richter-Stimmen, die Südafrikas Klage im Vorverfahren als »plausibel« einstufte, gar kein IGH-Urteil abzuwarten.

Und längst ist die Staatsräson keine reine Prosa mehr. Nach den USA ist Berlin Israels größter Waffenlieferant. Das Ausmaß der Rüstungskooperation übersteigt vermutlich die Vorstellung, die sich die deutsche Öffentlichkeit davon macht. Indes stoppte die Bundesrepublik wegen der mutmaßlichen Beteiligung einiger Beschäftigter des UN-Palästinenserhilfswerks UNRWA am Massaker der Hamas vom 7. Oktober ihre Zahlungen für den Gazastreifen.

Und weder Deutschland noch die USA haben die Druckmittel, die gegenüber Israel bestehen, bisher auch nur annähernd genutzt, um auf eine veränderte Kriegsführung und ein Ende der humanitären Katastrophe hinzuwirken. Das macht Deutschland in den Augen vieler im globalen Süden gar mit zur Kriegspartei.

Die Ausmaße dieses Reputationsschadens und Glaubwürdigkeitsverlusts für Deutschland sind derzeit noch nicht absehbar. Vor allem Vertreter deutscher Organisationen, als Antennen des Landes im Ausland, merken jedoch längst, wie massiv sie ausfallen könnten. Gerade in der arabisch-muslimischen Welt, wo das Gaza-Elend nonstop auf die Smartpho-

Wenige spürten das stärker und direkter als die Vertreter deutscher Organisationen im Ausland

nes projiziert wird, wirkt der wiederauferstandene Nahostkonflikt wie eine Massenpolitisierung.

Die Unfähigkeit breiter medialer und politischer Kreise in Deutschland selbst, eine Differenzierung zuzulassen zwischen einem Engagement für die palästinensische Zivilbevölkerung einerseits und Hamas-Sympathie andererseits, hat als Konsequenz, dass die Mauer dazwischen stückweise fällt. Wenn jegliches pro-palästinensische Engagement kriminalisiert wird, erscheinen die wirklich Radikalen auch weniger abstoßend.

Wenn sowieso jeder, der sich für ein Ende des Krieges und der Besatzung einsetzt, unter Antisemitismusverdacht gestellt wird, welcher Begriff bleibt dann noch, die echten Judenhasser zu bezeichnen?

Und so erzielt man nicht nur bei den sonst so wohlgesonnenen und lange sogar verständigen Partnern des globalen Südens Reaktionen von resigniertem Kopfschütteln bis hin zu blanker Wut, sondern stößt auch gerade diejenigen progressiven Kräfte in der arabischen Welt und in Israel und Palästina vor den Kopf, die für Deutschland eigentlich Partner beim Streben nach Frieden im Heiligen Land sein sollten. Es sind längst die liberalen und westlich gesinnten Eliten, die Deutschland von der Stange gehen, während man sich selbst einreihet in die Parade rechtspopulistischer und -radikaler Kräfte – von Trump über Orbán, von Bolsonaro zur AfD und Milei bis Wilders – die Israel so verehren.

Die unverbrüchliche Solidarität, die zum Glaubensbekenntnis nicht nur des Staates, sondern der gesamten polit-medialen Elite geworden ist, gilt einer Israel-Projektion, die weit mehr mit deutschen Befindlichkeiten als mit dem real existierenden Staat am östlichen Mittelmeer zu tun hat. Da weigert man sich auch mit Blick auf die hegemonialen Kräfte in Israel zu sehen und zu hören, was nicht sein darf: die de facto koloniale Realität im Westjordanland, klare Ablehnung und systematische Verhinderung eines palästinensischen Staates, offener Rassismus gegen Palästinenser. Den Deutschen geht es um Absolution vor dem Hintergrund der eigenen Vergangenheit, darum (endlich) einmal auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen.

Doch die Welt hört längst mit bei den Debatten, die wir in Deutschland eigentlich mit uns selbst führen. Bei einem global rezipierten Ereignis wie der Berlinale offenbarte sich das auf eklatante Weise: Während in Deutschland der Skandal die Reden der Prämierten waren, war es überall sonst die Tatsache, dass selbst ein jüdischer Nachfahre von

Holocaust-Überlebenden, der gemeinsam mit seinem palästinensischen Filmkollegen für ein würdevolles, friedliches Leben in direkter Nachbarschaft eintritt, mittlerweile als Antisemit beschimpft werden kann, wenn nur genügend deutsche Trigger-Begriffe (Apartheid, Genozid) fallen und reichweitenstarke Medienhäuser wie auch medienaffine Ex-Politiker ihre Kampagnen lostreten.

Doch wer Jüdinnen und Juden, die einen rechtsextrem regierten Staat, seine Besetzung und Kriegsführung kritisieren, als Antisemiten beschimpft und Israelis, wenn sie mehr Frieden und Gerechtigkeit in ihrem Land fordern, als Israelhasser verunglimpft, ist eben auch Teil des Problems – Teil der globalen Rufschädigung, die Mittler im Ausland seit Oktober fortlaufend beobachten. So provinziell und selbstbezogen das deutsche Agieren sich ausnimmt, so ratlos bis verstört lässt es viele zurück, die Deutschland einst bewunderten.

Etwa ist die Art der Kriegsführung, die Israel im globalen Süden so viel Empörung entgegenschlagen lässt, eben keineswegs so alternativlos wie hierzulande häufig dargestellt. Vielmehr ist sie in ihrer extremen Brutalität Ausdruck einer systematischen Entmenschlichung der Palästinenser durch israelische Politiker und Parteien, die nach dem Scheitern des »Managens« der Palästinenserfrage nun ganz offen radikalere Lösungen diskutieren. Wie der laufende Krieg ausgeht, ist weiterhin offen. Dass er mit einer dieser radikaleren Lösungen endet, ist womöglich wahrscheinlicher als die durch die deutsche Außenpolitik wie eine Monstranz vor sich hergetragene »gerechte Zweistaatenlösung«.

Unbemerkt vom deutschen Mainstream wird so in Gaza jene regelbasierte, dem internationalen Recht verpflichtete Weltordnung begraben, für die gerade Deutschland stand – mehr als fast jedes andere Land weltweit. Und damit auch die Grundlage der deutschen Softpower, die sich neben der Wirtschaftskraft auf jene Kombination aus Humanität und Recht stützte, die das breite deutsche

Es sind längst die liberalen und westlich gesinnten Eliten, die Deutschland von der Stange gehen

Berlin stellte Tel Aviv sehr früh eine *carte blanche* zur Durchsetzung jeglichen Vorgehens in Gaza aus

Engagement in Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft erst möglich machte.

Es ist um Deutschlands Stellung in der Welt schlecht bestellt, sollte sich Berlin weiterhin zu eng an ein Land ketten, das ideologisch derart abdriftet. Für die Feinde des Westens ist dies eine Einladung, Deutschland Doppelmoral und Heuchelei vorzuhalten. Für die Freunde kommt es einer weltanschaulichen Selbstaufgabe gleich, die die wertebasierte Außenpolitik beerdigt.

Kann man optimistisch sein, dass Berlin hier noch die Kurve kriegt und die eigene Reputation wiederherstellt? Hoffen darf man sicherlich. Auf eine Ausnüchterung und De-Ideologisierung des Diskurses. Auf mehr Ambiguitätstoleranz und ein Ende des identitären Schwarz-Weiß-Denkens. Auf eine Außenpolitik, die hochtrabende Sonntagsreden und die diplomatische Realität wieder zusammenbringt.

Auf eine Staatsräson, die weniger Glaubensbekenntnis, sondern wertegeleitet und damit an Bedingungen geknüpft ist. Die Debatten in Deutschland zeigen allerdings: Realistisch ist das nicht. Eine außenpolitische Kernfrage wird hier innenpolitisch verhandelt, als reine Nabelschau. Selbst die zunehmende rhetorische Schärfe, die ab Ende Februar Einzug in den deutschen Diskurs erhielt, dürfte kaum ausreichen, die eigene Glaubwürdigkeit wiederherzustellen, wenn hintenrum die Waffenlieferungen weiterlaufen. Nach Gaza erwartet uns eine andere Welt. Es ist eine Welt, für die ein dann an Einflussmöglichkeiten ärmeres Deutschland einen Preis zahlen wird.

Marcus Schneider leitet das FES-Regionalprojekt für Frieden und Sicherheit im Mittleren Osten mit Sitz in Beirut.

Hanna Voß war Redakteurin für die *taz am Wochenende* und ist nun als Programm-Managerin im Auslandsbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Beirut tätig.

Der Krieg in Gaza hat konkrete Folgen für die Arbeit deutscher Organisationen und deren Angestellte und Partner im Nahen Osten

VON LYDIA BOTH

Kein und Aber

Ein libanesischer Kollege in der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) brachte es vor Kurzem in einem internen Austausch pointiert auf den Punkt: »Während ihr in Deutschland über abstrakte Definitionen von Selbstverteidigungsrecht und Völkermord diskutiert, sind unsere Familien vertrieben und sterben Angehörige.« Im direkteren Umfeld der Geschehnisse haben die Toten, Verletzten und Vertriebenen aber Namen, Geschichten und Gesichter. Und nicht nur Kälte wird Deutschland vorgeworfen, sondern auch Einseitigkeit in der Beurteilung und Rechtfertigung von Israels Selbstverteidigungsrecht nach dem brutalen Anschlag der Hamas.

Deutsche Organisationen, die im Nahen Osten und Nordafrika tätig sind, werden zu direkten Adressaten dieser Vorwürfe. Politische Stiftungen, wie die Friedrich-Ebert-Stiftung, wurden lange Zeit in ihrem Partnerumfeld, vor allem der progressiven Zivilgesellschaft, sehr geschätzt – als Partner mit klaren politischen Werten wie Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität, die die Zusammenarbeit geprägt haben.

Gleichzeitig sind es aber auch genau diese Stiftungen, die eindeutig mit politischen Entscheidungsträgern in Deutschland verbunden sind und damit für die Diskurslage dort mit in Verantwortung gezogen werden. Wie kann eine Organisation für Gerechtigkeit stehen und nicht das Unrecht, das der palästinensischen Zivilgesellschaft widerfährt, öffentlich verurteilen? Warum wird nicht klarer Solidarität mit ihr geübt und von deutscher Politik eingefordert? Warum wird nicht mehr Druck ausgeübt, um diesen Krieg zu beenden? Oder viel simpler: Warum sagt und macht ihr nichts?

Einigen deutschen Organisationen wurden Partnerschaften aufgekündigt. So hat die FES einen ihrer wichtigsten Gewerkschaftspartner in der Region verloren – aus Protest der fehlenden Positionierung und Solidarisierung der Stiftung. Aus gleichen Gründen reichten einige Mitarbeitende vor Ort Kündigungen ein – angesichts der zum Teil verzweiferten Wirtschaftslage in den Ländern der Region muss dies als wirklich drastischer Schritt gewertet werden. In der Erfahrung der FES identifizieren sich die lokalen Mitarbeitenden sehr mit ihrer Arbeit und der politischen Ausrichtung der Stiftung – und empfinden damit umso mehr, dass die Werte wie Solidarität und Gerechtigkeit von ihrem Arbeit-

geber und den dahinterstehenden Ministerien eben nur für manche Gruppen gelten.

Neben diesen politischen Identifikationsfragen geht es aber auch um ganz nüchterne Sicherheitsabwägungen in der Umsetzung der derzeitigen Projektarbeit. Die Sichtbarkeit muss deutlich zurückgefahren werden – Logos von Publikationen genommen, Veranstaltungen weniger öffentlich und an nicht einsehbaren Orten abgehalten und Kontaktdaten von Webseiten genommen werden – um Partnerorganisationen, aber auch eigene Mitarbeitende in der aktuell aufgeheizten Stimmung in vielen Ländern der Region Schutz zu gewähren.

Denn Proteste von studentischen und zivilgesellschaftlichen Gruppen gab es bei Veranstaltungen mit deutschen Organisationen schon häufiger. Während ein Austausch dort noch möglich ist, besteht die Gefahr, dass radikalere Gruppen in Einzelfällen Mitarbeitende bedrohen. Wir müssen uns bewusst werden, inwieweit deutsche Organisationen möglicherweise noch in die Schusslinie bestimmter Gruppen wie der Hizbullah geraten könnten – ganz abgesehen davon, dass dies schon in der Vergangenheit in weitaus weniger polarisierten Situationen geschehen ist.

Die langfristigen Auswirkungen sollten zudem nicht unterschätzt werden: Das Ansehen und vor allem das Vertrauen in die wertebasierte Arbeit ist, wenn nicht verloren, langfristig beschädigt. Dies mag dazu führen, dass zwar nach wie vor deutsche Gelder angenommen werden, die Zusammenarbeit aber viel weniger kooperativ gestaltet wird. Die Befürchtung steht im Raum, dass Stiftungen zu bloßen Geldgebern verkommen und damit weniger strategisch mit Partnerorganisationen vor Ort an der Umsetzung gemeinsamer Werte und der gemeinsamen Gestaltung gerechterer Gesellschaften arbeiten können.

Es ist gut, dass der Glaubwürdigkeitsverlust Deutschlands in der Region sowie im gesamten globalen Süden zunehmend auch von deutschen Politikern thematisiert und in der Berichterstattung aufgegriffen wird. Die Vorwürfe sollten ernst genommen werden – und sich in Entscheidungen und Handlungen schnellstmöglich widerspiegeln.

Lydia Both ist Leiterin des Regionalprojekts Politischer Feminismus und Gender der Friedrich-Ebert-Stiftung in Beirut.

DÜFTE, DIE NIE VERGEHEN

TEXT UND FOTOS: YOUSRA ISHAQ

Links: Ein einziger Duft kann im Jemen eine ganze Reihe von Emotionen auslösen. Der reichhaltige Geruch von Weihrauch beispielsweise, vermischt mit Jasmin, ist nicht nur ein Genuss für die Sinne – er verbindet auch die Menschen miteinander. Düfte sind aber auch auf tragische Weise mit der Brutalität des Krieges im Jemen verbunden. Parfum, das Aroma einer frisch zubereiteten Mahlzeit, die Brise vom Roten Meer: All das erinnert an ein Leben, das der Konflikt für immer verändert hat.

Für viele Jemeniten existiert ihr Land nur noch in der Erinnerung. Eine persönliche Reise durch die Gerüche des Jemen



»Machst du Feuer?«, frage ich meine Cousine. »Nein, ich muss mich noch schminken.« Sekunden der Anspannung vergehen. Es ist halb vier und die Vorbereitungen für das Fest des Fastenbrechens, Eid Al-Fitr, sind in vollem Gange. Doch meine Tante Fathia lässt sich nicht aus der Ruhe bringen. Während sie den Adani-Tee mit Milch zubereitet, summt sie in ihrem eigenen Rhythmus.

Mein Zimmer ist mein Rückzugsort. Aber heute herrscht dort ein buntes Treiben. Meine jüngeren Cousins und Cousins Aya, Hanin, Shahd und Waad, toben ausgelassen herum und lassen mir kaum die Ruhe, mich vor dem Spiegel festlich zu schminken.

Ich flüchte ins Zimmer meiner Mutter. Meine ältere Cousine Rasha flechtet den anderen Frauen mit geübter Leichtigkeit die Haare und hält die Gruppe mit Klatsch und Tratsch bei Laune. In unserem kleinen Haus herrscht reges Treiben.

»Yousra, die Kohle! Fang im Diwan an«, ruft meine Mutter. Noch schnell

den Blumenkranz geflochten, Lippenstift aufgetragen. Ich bin bereit. »Lass uns mit dem Zuckerfest beginnen«, sagt meine Tante Huda mit sanfter Stimme.

Die Bankhara, ein kleines Gefäß mit perforiertem Deckel, oft aus Ton oder Metall, liegt schwer in meinen Händen. Doch sobald sich Weihrauch, Adlerholz und Jasmin zu einer betörenden Wolke vermischen, löst sich meine Anspannung. Die Kakophonie um mich herum vereint sich zu einem festlichen Chor. Im Chaos des Zusammenseins finden wir Freude und genießen Momente des Friedens.

Der Duft des Weihrauchs hat diese bittersüße Kraft. Er weckt Erinnerungen in mir. Es ist ein Kaleidoskop der Lebensfreude – in unserem Haus, in ganz Sanaa. Erinnerungen, die heute getrübt sind.

Mit jedem Jahr, vor allem seit Beginn des Krieges 2015, verlieren die Bilder in meiner Erinnerung an Schärfe und Farbe. Unser einst so lebendiges Haus steht heute leer.



Die Straßen im Jemen sind oft erfüllt vom zarten Duft des Jasmins. Junge Verkäufer bieten am Straßenrand Halsketten feil, die aus den winzigen weißen Blüten geflochten und mit roten oder violetten Blüten durchsetzt sind. Ein Accessoire für Damen und Herren. Ein Blumenkranz schmückt auch mein Auto, eine Erinnerung an bessere Zeiten.

Ein Morgen im Herbst 2014, nur zwei Tage, nachdem die Vereinten Nationen den humanitären Notstand ausgerufen hatten: Die Huthis haben Sanaa am 21. September eingenommen und alle UN-Büros geschlossen. Auf den Straßen errichten sie Checkpoints. Ich spüre: Nichts wird mehr so sein wie früher. Es herrscht eine trügerische Ruhe in der Stadt. Die jungen Männer, die ihre Jasminkränze flechten, scheinen die wachsende Unruhe kaum wahrzunehmen. Doch der unbeschwerter Duft der Blüten steht im Gegensatz zu der Anspannung,

die ich spüre. Ich halte inne: Die zarten Blüten wirken fehl am Platz, wie ein Flüstern der Unschuld inmitten des aufziehenden Sturms. Ich kaufe eine Halskette. Als ich den Huthis zum ersten Mal begegnete, fand ich sie nicht besonders auffällig. Alles an ihnen war gewöhnlich, sie wirkten nicht wie die Architekten einer neuen Ära in der Geschichte des Jemen. Doch dann sehe ich sie an einem Checkpoint: zwei Männer, wettergegerbt und grimmig, und einen Jungen, nicht älter als fünfzehn, der ein Gewehr umklammert, das viel zu groß für seine Hände ist.

Die Rekrutierung von Kindersoldaten im Jemen ist eine der schlimmsten Entwicklungen in dem Konflikt. Kinder, die Schreckliches erlebt haben. Was sagt das über die Zukunft von Staat und Gesellschaft? Der Duft des Jasmins wird für mich immer mit dieser furchtbaren Erkenntnis verbunden bleiben.



Ein neugeborenes Kind löst einen emotionalen Wirbelsturm in uns Menschen aus. Grenzenlose Freude, der Nervenkitzel des Unbekannten und vielleicht auch einen Hauch von Angst vor dem, was die Zukunft bringt. Als meine Freundin Hanan im Juli 2017 ihre Tochter zur Welt bringt, ist mein Herz voll mit all diesen Gefühlen. Meine Freundin Warda und ich eilen ins Krankenhaus, die Vorfreude auf das erste Baby in unserem Freundeskreis ist groß. Die kleine Hatun ist nur wenige Minuten alt und strahlt eine fast überirdische Gelassenheit aus. Tage später feiern wir ihre Ankunft mit einem jemenitischen Welad. Die Frauen füllen das Haus mit Geschenken, Glückwünschen und dem berauschenden Duft von Basilikum – Symbol der Hoffnung und des Neuanfangs. Inmitten des fröhlichen Treibens scheint Hatun mit dem Basilikumzweig, der ihre winzige Kappe ziert, diese Hoffnung zu verkörpern.

Ich habe ihre ersten zaghaften Schritte bestaunt, die Mischung aus Nervosität und Aufregung am ersten Schultag und die Freude, die sie

bei der Hochzeit ihrer Tante Warda in ihrem ersten eigenen weißen Kleidchen ausstrahlte. Doch in den Teppich ihres jungen Lebens ist ein Faden tiefer Trauer eingewoben: der Verlust ihrer Mutter, meiner besten Freundin. Obwohl sie erst acht Jahre alt ist, hat sie eine Last auf sich genommen, die nur wenige je kennen werden. Dennoch ist ihr Geist ungebrochen.

Die zärtliche Art, mit der sie sich um den kleinen Bruder kümmert, erinnert mich an ihre Mutter. Ihre Unverwundlichkeit erfüllt mich mit Stolz, aber auch Sorge.

Denn sie wächst im Jemen der Huthis auf. Die repressive Agenda dieses Regimes in Form strenger Kleidervorschriften und häuslicher Enge durchdringt genau jene Mauern, in denen wir leben: eine zutiefst regressive Vision, getarnt als Sorge um das Wohlergehen der Frauen. Die Kampagne der Huthis gegen die Träume von Mädchen wie Hatun schreitet unvermindert voran. Kein noch so feierlicher Basilikumzweig vermag diese düstere Wahrheit verbergen.

Dem Freitag kommt in der islamischen Tradition eine große Bedeutung zu. Schon sein arabischer Name, Jumaa, bedeutet Versammlung und deutet sowohl auf die wöchentliche Zusammenkunft der Familie als auch auf die spirituelle Verbundenheit innerhalb der Gemeinschaft hin. Für Muslime ist dieser Tag mit wichtigen Ereignissen der islamischen Geschichte verknüpft: der Tag, an dem Gott die Erschaffung der Welt vollendete. Auch die Vertreibung Adams aus dem Paradies fiel auf einen Freitag, ebenso das »Ende der Zeiten«.

Im Mittelpunkt steht die Freitagspredigt vor dem gemeinsamen Gebet. Traditionell holen die Männer dafür ihre besten Kleider aus dem Schrank – oft einen weißen Thaub und einen Mantel, der Respekt und Ehrfurcht signalisiert. Der süße, tiefe Duft von Adlerholz und mit ätherischen Ölen getränkten Holzspänen liegt in der Luft, wenn sie die Moschee betreten.

Seit der Machtübernahme der Huthis liegt ein Schatten über den Freitagsgebeten in den Städten des Nordjemen. Die Predigten haben einen aggressiven Ton angenommen und konzentrieren sich auf ideologische Themen, den Dschihad und haserfüllte Rhetorik. Auch wenn diese Botschaften nicht den Überzeugungen aller Gläubigen entsprechen, dringen sie doch in den Gemeinschaftsraum ein und stören den harmonischen Geist des Gebets.

Es ist verständlich, dass einige Familien beschlossen haben, ihre Kinder vor dieser Indoktrinierung zu schützen, während andere sich selbst von der Moschee fernhalten. Die Gläubigen tragen eine schwerere Last als früher. Nach jedem Gebet ertönt die Huthi-Parole »Gott ist groß! Tod Amerika! Tod Israel! Verflucht seien die Juden! Sieg dem Islam!« durch den Gebetsraum.

Dieser schrille Ausbruch von Hass steht in krassem Widerspruch zu den Prinzipien von spirituellem Trost und Besinnung, auf denen das Freitagsgebet beruht.

Und so erzählt der Duft des Adlerholzes, einst Symbol des Glaubens und der Gemeinschaft, heute auch von diesem Hass.

Wenn ich auf Reisen gehe, nehme ich normalerweise mehr mit als nur Kleidung. Fünf Stück Kohle, fünf Stück Weihrauch. Sie dienen nicht nur als Raumduft, sondern sind Symbole der Erinnerung, die ich überallhin einpacke. Sie repräsentieren für mich die Treffen mit meiner Familie, die Hochzeiten meiner besten Freunde, die Wärme der Donnerstage mit meinen Cousins. Diese Erinnerungen sind meine Begleiter. Ich kehre nach Hause zurück und schaffe neue. Aber dieses Mal fühlt sich die Kiste, die ich trage, schwerer an. Ich nehme viel mit und lasse gleichzeitig viel zurück. Es ist, als wäre der Duft allein nicht genug. Ich muss auch Teile meines Wesens in diesem Koffer mit mir tragen. Die Freude von gestern ist geblieben, aber sie ist zerbrechlich, durchwoben von der Last des Verlustes von Familienmitgliedern und Freunden. Der Schmerz, meine Mutter zurückzulassen, bleibt der

Preis, den ich zahle, um der Unterdrückung als Journalistin, Filmemacherin und vor allem als Frau zu entkommen. Der Krieg im Jemen ist in jedem Moment spürbar. Gesetze verwandeln Worte in Waffen und machen abweichende Meinungen zur Gefahr. Das war meine Wirklichkeit. Der Boden, aus dem ich mich entwurzelt habe. Es ist kein sauberer Bruch. Mein Herz schlägt weiterhin im Jemen. Auch wenn ich mir ein neues Leben aufbaue, spüre ich den Puls der Heimat, die Schreie derer, die im Konflikt gefangen sind. Familien sind zerbrochen, Träume ausgewandert. Wenn ich eines Tages zurückkehre, werden neue Gerüche in der Luft liegen. Sie werden sich mit meinen alten Erinnerungen mischen. Wenn die dunklen Wolken sich verzogen haben und unser Land freigeben: Ein Jemen, der nicht mehr vom Krieg zerrissen ist. Ist das zu viel der Hoffnung?

Yusra Ishaq ist Investigativ-Journalistin und Dokumentarfilmerin. Sie wurde in Saudi-Arabien geboren und wuchs in Jemen und Ägypten auf. Yusra Ishaq hat mit Medien wie der *Washington Post*, der *New York Times*, *BBC*, *Channel 4* und *PBS* zusammengearbeitet und ist Mitbegründerin der jemenitischen Filmproduktionsfirma Comra Films. Sie hat über US-Drohnenangriffe im Jemen, Luftschläge der von Saudi-Arabien geführten Koalition sowie über Entführungen und willkürliche Festnahmen durch Huthi-Milizen im Jemen berichtet.

BILANZ

TUNESIEN GEHT ANS EINGEMACHTE

DIE WÄHRUNGSRESERVEN DER ZENTRALBANK HABEN DIE TUNESISCHE WIRTSCHAFT AUCH IN KRISENZEITEN HANDLUNGSFÄHIG GEHALTEN. NUN SOLLEN SIE DAS HAUSHALTSLOCH STOPFEN. KANN DAS GUTGEHEN?

Wie lange halten die Vorräte?



Quelle: Zentralbank Tunesien

Mit 92 von 133 Stimmen hat das tunesische Parlament im Februar eine Gesetzesänderung verabschiedet, die den Haushalt retten soll. Nachdem Präsident Kais Saied einen Milliardenkredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) öffentlichkeitswirksam abgelehnt hatte, soll nun die Zentralbank einspringen. Mit umgerechnet zwei Milliarden Euro in Form eines zinslosen Darlehens soll das Haushaltsloch 2024 gestopft werden. Nicht nur der wenige Tage nach der Entscheidung zurückgetretene Zentralbankchef Marouane Abassi sieht damit die Unabhängig-

keit der Institution in Gefahr. Führende Ökonomen warnen davor, die Devisenreserven aufzubrauchen. Denn diese braucht das Land, um die im Vergleich zum Vorjahr um 40 Prozent gestiegenen Auslandsschulden zu begleichen und Importe zu bezahlen. Ebenfalls im Februar gab die Zentralbank bekannt, dass die eigenen Reserven nach der Bedienung einer Anleihe am Euromarkt auf umgerechnet 6,8 Milliarden Euro geschrumpft seien.

GRÜNE ZAHLEN

294

Tonnen wurden im ersten Jahr nach der Legalisierung von Cannabis in Marokko geerntet. In den Projektgebieten im Rif-Gebirge arbeiten nach Angaben der Behörden 32 Kooperativen nach den Vorgaben der staatlichen Anbaulizenzen. Diese schreiben niedrige THC-Werte und die ausschließliche Verwendung für medizinische und kosmetische Zwecke vor. Exportlizenzen für lokale Produzenten zielen vor allem auf den lukrativen CBD-Markt in Europa.

SCHWARZE PUMPE

118

Terawattstunden Strom haben türkische Kraftwerke im vergangenen Jahr produziert – ein Rekord. Gleichzeitig zeigen die aktuellen Zahlen aber auch einen Rückschritt bei der Abkehr von fossilen Brennstoffen. Innerhalb eines Jahrzehnts ist der Anteil von Kohlestrom am türkischen Energiemix von 25 auf 36 Prozent gestiegen. 73 Prozent der Rohstoffe dafür importiert Ankara inzwischen aus Russland. Im Jahr 2024 könnte die Türkei Deutschland als größten Kohlestromproduzenten Europas ablösen.

GOLDENE PREISE

90

Prozent Importrückgang im Vergleich zum Vormonat – einen Einbruch der Goldimporte wie im März hat Indien seit der Corona-Pandemie nicht erlebt. Indien ist weltweit der zweitgrößte Absatzmarkt für das Edelmetall. Doch seine Beliebtheit in allen sozialen Schichten schadet langfristig der eigenen Währung. Erhöhte Importsteuern seit Jahresbeginn sollten dem entgegenwirken, haben aber die Preise nach oben getrieben und die Nachfrage einbrechen lassen.

LUFTSCHLOSS DES QUARTALS



Eigentlich genießt Malaysia den Ruf eines Rentierstaates, der seine Petrodollars nicht in luftige Bauprojekte investiert. Doch das südasiatische Land kann auch anders: »Forest City« liegt direkt gegenüber von Singapur und soll dem wohlhabenden Inselstaat Konkurrenz machen. Der chinesische Entwickler Country Garden überraschte schon zu Baubeginn 2015 mit seiner Käuferstrategie: Da die Luxuswohnungen für die meisten Malaien ohnehin unerschwinglich seien, könnten sol-

vente chinesische Expats auf den 30 Quadratkilometern unter sich bleiben. Eine riskante Wette, die schon andere chinesische Immobilienkonzerne in Turbulenzen gebracht hat. Von den erhofften 700.000 Einwohnern bis 2035 sind bis heute gerade einmal 9.000 in die Waldstadt gezogen – und selbst das ist noch eine sehr optimistische Schätzung. Immerhin: Zumindest bei der einheimischen Jugend scheinen die verlassenen Neubauruinen der Geisterstadt deshalb als Treffpunkt beliebt zu sein.

SO SCHÖN RUHIG HIER



KONTOAUSZUG

Lange Zeit nutzte Russland die laxen Regulierung am Golf, um Sanktionen zu umgehen. Ende 2023 zog Washington die Zügel an und weitete mögliche Sanktionen auf ausländische Banken aus. In den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) trennen sich nun immer mehr Geldhäuser von russischen Kunden, um US-Sanktionen zu entgehen: zuletzt nach Informationen des Wall Street Journal auch Dubais größte Staatsbank Emirates NBD.

DAUERAUFTRAG

Gegen den langjährigen Chef der libanesischen Zentralbank läuft auch in der Schweiz ein Geldwäscheverfahren. Den Zusammenhang mit den Ermittlungen im Fall Riad Salameh bestätigte nun die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht, als sie Ende März die Schweizer Tochter der libanesischen Bank Audi zur Gewinnabtretung von umgerechnet vier Millionen Euro verurteilte. Der Vorwurf: Das Geldhaus habe verdächtige Kontobewegungen nicht den Behörden gemeldet.

Foto: Country Gardens

Redaktion: Robert Chatterjee

DAS STECKT HINTER DER FASSADE

Allein 2023 sind über 100.000 Menschen nach Dubai gezogen. Die Stadt ist eine permanente Baustelle, und Bauen ist der Klimakiller schlechthin.

Dubai wäre gerne die glücklichste Stadt auf Erden. Aber die Metropole wächst und die Temperaturen steigen. Kann das Emirat sein Versprechen halten?

TEXT UND FOTOS: JONAS MAYER

V

on 456 Metern über dem Meeresspiegel aus sind die Grenzen der Stadt nicht mehr zu sehen. Die Autobahnen, die Baukräne, die Hochhaussiedlungen aus Glas und Stahlbeton verlieren sich im Dunst der Wüste, der über der Stadt liegt. Willkommen in Dubai, auf Etage 125 des Burj Khalifa, dem höchsten Bauwerk der Welt.

Dubai ist eine der Städte mit dem größten ökologischen Fußabdruck überhaupt. Sie liegt in der Wüste, im Sommer zeigt das Thermometer 49 Grad Celsius. Die Klimaanlage laufen permanent. Und Dubai wächst stetig – allein 2023 sind über 100.000 Menschen zugezogen. Die Stadt ist eine permanente Baustelle, und Bauen ist der Klimakiller schlechthin. Das ist in Dubai nicht anders als im Rest der Welt.

Was hingegen einen großen Unterschied macht: die kühne Zukunftsvision, der sich das Emirat verschrieben hat. 2050 soll Dubai die grünste und »glücklichste Stadt der Welt« sein und gleichzeitig die Stadt mit dem kleinsten ökologischen Fußabdruck und der höchsten Lebensqualität. Hält die Realität mit den vollmundigen Ankündigungen Schritt?

Ein Teil der Antwort ist vom Burj Khalifa aus gut zu erkennen. Der Wasl Tower misst 302 Meter, 64 Stockwerke, die obersten sind noch Rohbau. Drei Baukräne drehen sich über dem Dach. Es ist Mitte November, in drei Wochen trägt Dubai die Klimakonferenz COP28 aus. Im Radio läuft ein Werbespot, der für nachhaltiges Bauen wirbt. Eine Lokalzeitung titelt: »Wasl Tower: ein Leuchtturm der Nachhaltigkeit.«

Im 15. Stock des so gepriesenen Turms gibt es derweil ein Problem. »Ich will einen Bericht dazu, wie das passiert ist und wie wir das besser hinbekommen«, fordert Nick Marks von den beiden Installateuren. Entlang der Fenster nach Süden haben sie Solarpanels für Warmwasseraufbereitung angebracht. Aber die sind so hoch montiert, dass sie maximal zwei Stunden Sonnenlicht am Tag abbekommen. Marks ist

der leitende Architekt auf der Baustelle. Seit neun Jahren arbeitet der Niederländer vom niederländischen Büro UN-Studio am Wasl Tower, zusammen mit den Ingenieuren des Stuttgarter Architekten Werner Sobek.

Im 15. Stock läuft die Technik für den Betrieb des Gebäudes zusammen. Am liebsten hätte Marks hier einige Fenster komplett mit Solarpanels ersetzt. Aber dann hätte man diagonale Paneele ordern müssen, das wäre teuer geworden. Der Wolkenkratzer kostet ohnehin schon etwa 411 Millionen Euro. Im Herbst 2024 soll er eröffnet werden.

Ein Schatten fällt auf das Fenster, geworfen von einer der Tausenden Lamellen aus Keramik, die neben den meisten Fenstern aus der Fassade ragen. Sie reflektieren und streuen exakt so viel Sonnenlicht, dass sowohl an der Klimaanlage als auch am künstlichen Licht gespart werden kann. »Passives Design« werden solche Bauelemente genannt, die zusätzliche Technologie teils überflüssig machen.

Man könnte auch sagen: Sie bauen so wie vor 200 Jahren entlang des Khor Dubai. Am Meeresarm des Persischen Golfs ließen sich einst Händler nieder und gründeten 1833 Dubai. Die damals entstandenen Häuser dienen heute als Vorbilder für moderne Architektur in der Wüste.

Die Viertel Al-Fahidi und Al-Shindagha sind in Anlehnung an dieses Erbe restauriert worden. Touristen flanieren durch die schmalen Gassen und kaufen Tücher, Gewürze oder arabische Kalligrafie, zwei Männer steuern auf die Moschee zu. Trotz der Mittagssonne liegen viele der engen Wege im Schatten der Häuser. Die sind zwei Stockwerke hoch, ausgestattet mit Innenhöfen, über die zur Mittagszeit Sonnensegel gespannt sind. Die Wände bestehen aus Lehm und Korallengestein. Das fühlt sich rau und warm an. Die winzigen Öffnungen der Steine speichern die Wärme des Tages für die Nacht.

Fenster nach außen sind klein und selten. Fast jedes Haus hat dafür einen Windturm, oder auch Windfänger, mit Öffnungen in alle Himmelsrichtungen. Die Türme ragen einige Meter über die Häuser hinaus. Sie leiten kühle Luft hinab in die Wohnräume, warme Luft entweicht durch die anderen Öffnungen der Türme.

Solche Bauten, angepasst an das Leben in der Hitze, prägten Dubai und die sechs anderen Emirate bis in die

1950er-Jahre hinein. Mit dem Öl kam der Reichtum und mit dem Reichtum die Zuwanderung und der Bedarf und das Geld, moderne Großstädte aus dem Boden zu stampfen. 1960 hatte Dubai 33.000 Einwohner, heute sind es 3,6 Millionen. Der größte Teil von ihnen, etwa 3,3 Millionen, ist nach Dubai zum Arbeiten gezogen. Weitere Millionen werden ihnen wohl folgen.

»Ein Land für Talente« und »Wir sind die Business-Hauptstadt« sind zwei der acht Prinzipien, die Herrscher Scheich Muhammad bin Raschid Al Maktum für das Emirat formuliert hat. Dubai soll die Innovationsmaschine der Welt werden, ein globales Drehkreuz, krisenfest und nicht abhängig von einer einzelnen Industrie. Im Radio läuft eine Meldung. Dubai sei nun die weltweit beliebteste Stadt für Zuwanderer. »Genießt die freie Fahrt, solange die Straßen noch leer sind«, sagt der Moderator.

Die Highways der Stadt ziehen sich über mehrere Spuren und führen entlang und über Viertel, die auf verschiedenen Kontinenten stehen könnten. Downtown erinnert an Manhattan. Andere Straßenzüge lassen an Mumbai denken, und einige schmale bunte Bauten ähneln den Kanalhäusern in Amsterdam. Ein bisschen Beverly Hills gehört dazu, ein bisschen Singapur, ein bisschen London, dazu viele Golfplätze. Wenig erinnert an die angeblich bald nachhaltigste Stadt der Welt.

Huda Shaka ist in Dubai aufgewachsen. 1999 zog sie zum Studium in den Libanon, dann nach Kalifornien. »In Dubai sah ich wenig Aussicht auf Karriere«, erinnert sie sich. Doch Shaka kam zurück und wurde Planerin für nachhaltigen Städtebau. Erst beim Berliner Unternehmen Arup und seit diesem Jahr bei der US-Firma Gehl. Sie hat Masterpläne für die Zukunft von Dubai, Abu Dhabi und anderen Emiraten mitentworfen. Auf Konferenzen spricht sie häufig über nachhaltige Stadtentwicklung in der Golfregion, auch bei der COP28.

Dubai ist eine der Städte mit dem größten ökologischen Fußabdruck überhaupt

»Das Interesse für Nachhaltigkeit kommt in Dubai in Schüben«, sagt sie, »und der erste Schub entstand aus einem Schock heraus.« In seinem »Living Planet Report« vom Oktober 2006 listete der World Wildlife Fund (WWF) die Vereinigten Arabischen Emirate als das Land mit dem größten ökologischen Fußabdruck pro Einwohner, gerade auch wegen der Bauindustrie.

Zu der Zeit baute Dubai schon am Burj Khalifa als höchstem Turm der Welt sowie an der Dubai Mall, dem größten Einkaufszentrum. Die ersten der Tausenden Villen auf der künstlich aufgeschütteten Inselgruppe Palm Jumeirah waren gerade an ihre wohlhabenden Käufer übergeben worden, noch sehr viel umfangreichere Inseln waren in Planung. »Dubai stand in der Weltöffentlichkeit als ökologischer Sünder da«, erinnert sich Huda Shaka.

2008 erließ das Emirat deshalb Standards für ökologisches Bauen. Die Vorschriften sehen heute vor, dass ein besonders nachhaltiges Gebäude etwa ein begrüntes Dach und Solarpanels für Warmwasser besitzen muss oder mit CO₂-armen Beton gebaut werden soll.

»In Dubai liegt der Fokus auf Energieeffizienz beim Kühlen – so wie in Deutschland beim Heizen«, sagt Thomas Kraubitz. Er ist Architekt, Stadtplaner und Mitgründer der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB), deren Zertifizierungssystem er mitentworfen hat. Weltweit hat er schon mit rund 20 verschiedenen Zertifizierungswerken für nachhaltige Gebäude und Städte gearbeitet, auch in Dubai. »Zertifikate machen noch keine nachhaltigen Gebäude und Stadtviertel«, gibt Kraubitz zu bedenken. »Sie stellen aber eine belastbare Qualität sicher – und natürlich helfen sie auch beim Marketing.«

Am Stadtrand von Dubai liegt »The Sustainable City«, die »nachhaltige Stadt«. Das Konzept steckt im Namen: ein Wohngebiet für 3.700 Menschen, mit Radwegen und



Trotz der Mittagssonne liegen viele der engen Wege im Schatten der Häuser. Die sind zwei Stockwerke hoch, ausgestattet mit Innenhöfen.



Die Wände bestehen aus Lehm und Korallengestein. Das fühlt sich rau und warm an.



Ahmed Bukhash ist einer von wenigen bekannten einheimischen Architekten. 2009 hat er sein Büro Archidentity gegründet, um traditionell-nachhaltige Architektur mit moderner Bauweise zu verbinden.



Huda Shaka ist in Dubai aufgewachsen. 1999 zog sie zum Studium in den Libanon, dann nach Kalifornien. Doch Shaka kam zurück und wurde Planerin für nachhaltigen Städtebau. Erst beim Berliner Unternehmen Arup und seit diesem Jahr bei der US-Firma Gehl.

Gewächshäusern, Eseln, Enten und den Riesenschildkröten Sonny und Shelly. Auf dem zentralen Platz döst eine Frau auf einer Bank unter einem Windturm. Solarpanels auf Hausdächern und Carports produzieren sämtlichen Strom für das Viertel.

Westliche Kommentatoren haben »The Sustainable City« teils als grüne »Gated Community« kritisiert. Huda Shaka und andere Stadtplaner und Architekten in Dubai finden, dass sie ein Zwischenschritt zu Größerem ist. »Sie ist das bisher beste Beispiel dafür, wie ein nachhaltiges Viertel in Dubai aussehen kann«, sagt sie. »The Sustainable City« ist ein rein kommerzielles Projekt. Hört man sich in der Szene der Architekten und Planer um, ist das aber nicht verpönt, sondern gut so. So laufe das in Dubai: Was Investitionen anzieht, wird gebaut.

Ahmed Bukhash kommt eine Dreiviertelstunde zu spät ins Büro. In der Nacht hat es gewittert, Straßen und Parkplätze stehen unter Wasser. Zwei, drei Mal im Jahr passiere das, sagt er. Bukhash zeigt aus dem Fenster. »Schauen Sie, wie klar die Skyline heute ist.«

Die Konturen des Burj Khalifa zeichnen sich scharf vor dem strahlend blauen Himmel ab. Davor, dahinter, daneben: Dutzende andere Wolkenkratzer, auch der Wasl Tower mit den drei Baukränen.

Ahmed Bukhash trägt Kandura und Ghutra, das traditionelle weiße Gewand und ein weißes Tuch auf seinem Kopf. Er ist einer von wenigen bekannten einheimischen Architekten. 2009 hat er sein Büro Archidentity gegründet, um traditionell-nachhaltige Architektur mit moderner Bauweise zu verbinden.

Wie das aussieht, zeigen zwei Pappmodelle auf seinem Tisch: zwei weiß-graue Wohnhäuser mit klaren Linien, wenigen, großen Fenstern und schmalen, hohen Innenhöfen. Seine Kunden fragten ihn mittlerweile oft nach traditionellen Designs, sagt er. »Aber sie wissen oft nicht, dass Windtür-

me nicht nur gut aussehen, sondern auch das Haus kühlen«, erzählt er. »Die Lockdowns während der Covid-Pandemie haben uns neu über das Leben in Dubai nachdenken lassen, über den vielen Platz für Autoverkehr«, sagt Bukhash. »Jetzt wollen wir mehr für Fußgänger, Radfahrer und öffentlich zugängliche Plätze tun.«

Neben seinem Beruf als Architekt ist Bukhash auch Direktor für Stadtplanung bei der Dubaier Entwicklungsagentur. Er hat den Masterplan für die Stadt für das Jahr 2040 mitentworfen. Darin steht etwa, dass die Grünflächen verdoppelt werden und alle Einwohner Dubais maximal 800 Meter von einer Metro-Station entfernt wohnen sollen. Damit Dubai bald »die beste Stadt zum Leben« wird. So lautet der Slogan und die offizielle Vorgabe. Ahmed Bukhash behauptet: »Wir sind zu hundert Prozent auf dem richtigen Weg.«

2050 will Dubai 75 Prozent seiner Energie aus erneuerbaren Quellen beziehen. »Unser Ziel ist es, bis dahin die Stadt mit dem kleinsten ökologischen Fußabdruck weltweit zu sein«, verkündete Scheich Muhammad Al Maktum vor

acht Jahren. Dieses Ziel findet Thomas Kraubitz sehr ambitioniert. »Ein Unternehmen kann das schaffen, aber eine Metropole, noch dazu in der Wüste?«

Damit das Ziel der »glücklichsten« und nachhaltigsten Stadt auf Erden machbar sei, reichen die offensichtliche Energiewende hin zu Solar jedenfalls nicht aus. Dafür bräuchte es lokale Baumaterialien, mehr öffentlichen Nahverkehr, mehr multifunktionale Stadtviertel statt isolierter grüner Prestigeprojekte. »The Sustainable City« oder der Wasl Tower würden aber zumindest als Vorbilder taugen, findet Huda Shaka. Für den Nahen Osten und alle heißen Orte auf der Erde. »Und das werden ja immer mehr.«

Die Recherche wurde unterstützt durch ein Stipendium des Goethe-Instituts.

1960 hatte Dubai 33.000 Einwohner, heute sind es 3,6 Millionen



DER GEISTERJÄGER VON RAWALPINDI

Ein verlassener Tempel in der Altstadt von Rawalpindi. Nach der indischen Teilung 1947 verließen Sikhs und Hindus die Stadt.

Die alte Handelsstadt im pakistanischen Punjab gilt selbst ihren Bewohnern als uncool. Auch Touristen machen hier so gut wie niemals Halt. Sie wissen nicht, was sie verpassen

TEXT UND FOTOS: LEO WIGGER

W

er etwas auf sich hält in der punjabischen Metropole Rawalpindi, der hat genau einen Traum, so heißt es: Rawalpindi zu verlassen und schnellstmöglich ins benachbarte Islamabad zu ziehen. So ist es seit Jahrzehnten. Und so wird es vielleicht noch lange sein. Knapp 15 Kilometer sind die Stadtzentren der beiden Schwesterstädte voneinander entfernt.

Islamabad: die erst in den 1960er-Jahren vom griechischen Stararchitekten Constantinos Doxiadis ersonnene moderne Planstadt. Pakistanische Vorstadtidylle in autofreundliche Raster unterteilt, sauber, grün und steril. Rawalpindi: die alte Handelsstadt dagegen: heruntergekommen, chaotisch, spröde und dazu noch Sitz des Militärs.

Hassaan Tauseef kann mit den Vorurteilen wenig anfangen. Er ist hier aufgewachsen, nicht weit entfernt von der Altstadt. Sein Blick auf seine Heimatstadt hat sich verändert. »Ich habe gelernt, sie mit all ihren Feinheiten und verfallenen Baudenkmalern als das zu sehen und wertzuschätzen, was sie heute ist«, erzählt er im Gespräch mit *zenith*. »Es gibt hier so viel zu entdecken.«

Als Jugendlicher habe er die Straßen und ihre Geschichten für sich erschlossen, auf langen Touren verwunschene Stadthäuser, Schreine und verlassene Tempel entdeckt. Über diese Fundstücke berichtete er in seinem Blog. Später begann Tauseef, über *Instagram* Kulturerbe-Touren anzubieten. Ehrliches Storytelling nennt Tauseef das Konzept. Und es kommt an. Hunderte Touren habe er schon durchgeführt, schätzt der 23-jährige Architekturstudent.

Im äußersten Norden des Punjabs gelegen, wo von Pinen bewaldete Hügel, die letzten sanften Ausläufer des Himalaya, auf das fruchtbare Pothohar-Plateau treffen, kreuzten sich schon seit jeher die Handelswege. Das antike Taxila, Hauptstadt des sagenumwobenen antiken Gandhara-Reiches, liegt gleich in der Umgebung.

Bis in die Mogulzeit blieb die Siedlung recht unbedeutend. Unter den Sikh-Herrschern im 18. Jahrhundert erlebte die Grenzgarnison Rawalpindi dann aber einen steilen Aufschwung. Neben den Sikh siedelten sich viele hinduistische und muslimische Händler in der Stadt an, später auch Parsen und iranische Juden. Ein florierender Handelsplatz am Fuße der Bergwelten Kaschmirs und Afghanistans.

Auf die Sikhs folgten die Briten, die die Stadt wegen ihres vergleichsweise milden Klimas schätzten, und noch mehr ihre Nähe zu den Bergen. 70 Kilometer entfernt erbauten sie auf über 2.000 Metern Höhe die »Hill Station« Murree. Im Frühjahr zog die Kolonialadministration mit Sack und Pack hoch in die Berge, um der Hitze des Pothohar-Plateaus zu entfliehen, und kehrte im Herbst ins Tal nach Rawalpindi zurück.

Das klare Quellwasser eignete sich zudem bestens zum Bierbrauen. Die gleichnamige Murree-Brauerei produziert seit 1860 bis heute. Das pakistanische Lager besitzt in Künstlerkreisen von New York bis Melbourne Kultstatus. Die Dyer-Familie trat die Brauerei in den 1940er-Jahren an die parsische Bhandara-Dynastie ab. Der Name Dyer ist bis heute eng mit einer der dunkelsten Stunden des britischen Raj verbunden. Brauersohn und Colonel Reginald Dyer gab am 13. April 1919 den Befehl, das Feuer auf eine Menschenmenge im Jallianwala Bagh, einem Park unweit des goldenen Tempels in der ostpunjabischen Stadt Amritsar, zu eröffnen. Mindestens 300 friedliche Demonstranten starben. Wahrscheinlich weit mehr.

Dabei war Rawalpindi beileibe keine imperiale Metropole. So wie die Hauptstädter eines großen Reiches mit entsprechendem Selbst- und Sendungsbewusstsein, etwa die Einwohner von Lahore oder Delhi, ticken die Bewohner Rawalpindis nicht. Das britische Empire schätzte die Stadt zwar als wichtigen Militärposten. Aber die Briten machten den Ort nie zu einer kolonialen Metropole im Rang von Kalkutta, Madras oder Bombay.

Stattdessen waren es stolze Händler, die den Stadttethos prägten. Ein merkantiler und kosmopolitischer Geist der Basargilden und religiösen Prozessionen der unterschiedlichen Konfessionen. »Es wurde mit viel Liebe gebaut, das zeigt sich in den Details der alten Gebäude«, erzählt Tauseef. »Und auch daran, wie die Menschen über die Stadt reden, die sie vor der Teilung erlebt haben. Sie erzählen mit so viel Herzblut und Begeisterung. Ein irrer Gegensatz zu heute.«

Die Teilung teilt auch die Erinnerung an Rawalpindi. In ein Rawalpindi der Vergangenheit, einen geliebten Sehnsuchtsort auf vergilbten Schwarz-Weiß-Bildern im Exil. Und ein Rawalpindi der Gegenwart, in der die Bewohner mit dem Erbe der Stadt nie so richtig warm wurden.

Die Teilung bezieht sich auf die Aufteilung des indischen Subkontinents in zwei unabhängige Staaten im Jahr 1947, das mehrheitlich hinduistische Indien und Pakistan, gedacht als sichere Heimstätte der Muslime des Subkontinents. Das letzte Erbe des britischen Vizekönigs Lord Mountbatten, bevor das Königreich seine Lieblingskolonie in die Unabhängigkeit entließ. Ausgearbeitet von dem britischen Kolonialbeamten Cyril Radcliffe, der nie einen Fuß nach Indien gesetzt hatte. Und dessen Grenzziehung quer durch die Provinzen Bengalen und Punjab Millionen Familien zu Flüchtlingen machte. Hunderttausende kamen in den Wirren der Teilung ums Leben.

Die Teilung veränderte die Stadt für immer. Rawalpindi wurde von einer mehrheitlich Sikh-hinduistischen Stadt zu einer mehrheitlich muslimischen. Die Sikhs und die Hindus flohen vor marodierenden Horden nach Indien. Die Einschusspuren finden sich noch heute an den verlasseneren Tempeln. Während ihrerseits von einem enthemmten Mob aus ihren Heimatstädten in Indien vertriebene Muslime ihren Platz einnahmen. Auch Tauseefs Großeltern kamen so aus Delhi und der Stadt Ferozpur nach Rawalpindi. Diese Menschen suchten eine sichere Zuflucht, die Feinheiten ihrer neuen Heimat waren erst mal zweitrangig.

»Einige Geschichten nimmt man sofort als seine eigenen wahr, andere nicht«, glaubt Tauseef. Weil Rawalpindi so offensichtlich eine Stadt der Sikhs und Hindus war, haben die heutigen Bewohner dieses Erbe nicht als Teil der eigenen Vergangenheit anerkannt. Sie zogen zwar in die Hüllen der prächtigen Stadtpalais der Händlerfamilien, der Tempel und Geschäfte. Die Seele der Stadt blieb aber auf der Strecke.

Kein Wunder also, dass die neuen Bewohner voll auf die futuristische Vision von Constantinos Doxiades (1913–1975) ansprangen, die nur wenige Kilometer entfernt in Islamabad entstehen sollte. Eine moderne Planstadt, sauber und geordnet, ein neues Leben, sicher vielleicht auch vor den Erinnerungen an die Vergangenheit.

Vielleicht kam hinzu, dass Doxiades selbst Flüchtling war. Als Kind musste er in den langen Wirren der Auflösung des Osmanischen Reiches seine Heimatstadt Stanimaka in Süden des heutigen Bulgariens verlassen und wie Hunderttausende Griechen aus dem Balkan und Anatolien nach Griechenland umsiedeln, während ihrerseits Bulgaren aus Griechenland die verwaisten Ortschaften an der Schwarzmeerküste und den Rhodopen besiedelten. Die Flucht in die Zukunft brachte freilich ihre eigenen Probleme. Die urbanen Visionen des Zeitalters des Autoverkehrs, die Doxiades auch in Riad und Sadr City in Bagdad erträumte und umsetzte, haben sich anderswo längst zu realen stadtplanerischen Albträumen der Gegenwart entwickelt.

Die Geister der Vergangenheit leben dagegen im Internet weiter. Eine junge Generation von Anthropologen, Historikern und Denkmalpflegern hat sich über die Nationengrenzen des Subkontinents hinweg vernetzt. Tauseef tauscht sich fast täglich mit Kollegen aus, teilt alte Fotos und neue, hat viele Freunde gewonnen. Immer wieder melden sich aus den Exil Nachfahren von Familien bei ihm, die 1947 die Stadt verlassen mussten. Er hilft dann dabei, bruchstückhafte Familienerinnerungen zusammensetzen.

In Lahore und Peschawar hat sich eine aktive Denkmalpflegeszene entwickelt. Viele Häuser in der Altstadt konnten vor dem Verfall bewahrt werden. Auch in Rawalpindi stehen jetzt Renovierungen von Stadtdenkmälern in der Altstadt auf der Agenda. Hassaan Tauseef sieht der Zukunft positiv entgegen und will sich als nächstes mit einem Masterstudium fortbilden. Und ist ziemlich zufrieden. »Meine Arbeit lässt mich wirklich gut fühlen«, sagt er und lächelt.

Neben den Sikh siedelten sich viele hinduistische und muslimische Händler in der Stadt an, später auch Parsen und iranische Juden



Oben: Hassaan Tauseef auf einer Stadttour. Er hat schon mehr als 100 Gruppen durch die Altstadt von Rawalpindi geführt.

Unten: Betende in einer Moschee in Rawalpindi. In der Altstadt wimmelt es vor alten Schreinen und Tempeln.



BASAR

FUNDSTÜCK

SHOPPEN UND FASTEN

Dass sich im und mit dem Ramadan gutes Geld verdienen lässt, hat sich in der Modewelt mittlerweile rumgesprochen. In diesem Frühjahr machte sich die Münchener Luxusmarke MCM den Fastenmonat als Verkaufssaison zunutze. Für die knapp ein Dutzend Kreationen, die in Kooperation mit der emiratischen Mode-Influencerin Hanan Houachmi entstanden sind, werden durchaus stolze Preise aufgerufen. Der günstigste Schal aus Seidentwill etwa ist ab 490 Euro zu haben.



Foto: MCM

ZUTATEN: 1kg Rhabarber 1 Zimtstange
250g Zucker 2l Wasser
5 Nelken 1 Zitrone

REZEPT

RHABARBER-ŞERBET

Von China über die Mongolei, bis Afghanistan und Syrien erreichte Rhabarber erst im 19. Jahrhundert Bekanntheit und Popularität in Europa – meist auf Kuchen oder im Tee. Dabei verleiht er dem im gesamten Nahen Osten, besonders aber in der Türkei populären Sommer-Drink Şerbet eine ganz eigene Note.

SO GEHT'S:

Rhabarber waschen und in kleine Stücke schneiden. Dann in einen großen Topf geben und den Zucker, die Nelken, die Zimtstange und das Wasser hinzufügen. Auf mittlerer Hitze etwa 25 Minuten aufkochen lassen, bis der Rhabarber weichgekocht ist. Danach den Inhalt des Topfes durch ein feinmaschiges Sieb in einen Behälter umfüllen. Den Saft einer Zitrone hinzugeben und verrühren. Abkühlen lassen und auf Eis servieren.

Foto: privat

Foto: Screenshot Youtube

AUFGESCHNAPPT

»Wir Araber müssen ansprechbar sein, statt unter uns zu bleiben«

Er war der beliebteste Satiriker des Nahen Ostens während des Arabischen Frühlings. Heute lebt Bassem Youssef in den USA und versucht sich dort als Stand-up-Comedian, für einige Tausend Zuschauer, nicht wie damals für Millionen. Die Aufmerksamkeit, die der heute 50-jährige Anfang 2024 wieder erfährt, hängt dann auch eher

mit seinen Medienauftritten zum Gaza-Krieg zusammen. Trotzdem ist Bassem Youssef zufrieden mit seinem Karrierewechsel. In seinem Programm »The Middle Beast« verarbeitet er vor allem seine Erfahrungen in der arabischen Diaspora in den USA und ist ab dem Frühjahr auf Tour in Europa.



TOP



FORTSETZUNG FOLGT



Foto: Netflix

An einer renommierten Mädchenschule in Amman wird die junge Mariam von einer Gruppe Mitschülerinnen schikaniert. Entschlossen, sich zu behaupten, schließt sich die 17-Jährige mit ihren Außenseiter-Freundinnen zusammen, um Rache zu üben. Doch schnell geraten die Vergeltungspläne außer Kontrolle und enden in einem tragischen Ehrenmord. Wie groß das Bedürfnis ist, sich mit heiklen Themen wie Mobbing, Sexualität und Bodyshaming auseinanderzusetzen, zeigt der Überraschungserfolg der ersten Staffel von »AlRawabi School for Girls«. Im Februar 2024 folgte nun eine zweite Staffel, die den Blick auf die Perspektive männlicher Schüler ausweitet.



FLOP



LETZTER VORHANG



Wohl ein Kurzschluss löste im März einen Großbrand aus, dem eines der ältesten Filmstudios Ägyptens zum Opfer fiel. In den »Ahrām-Studios« sind seit der Gründung 1944 über 500 Filme und Serien gedreht worden. In einigen Arealen lagerten noch Kulissen aus jener Zeit. Das Gelände im Kairoer Stadtteil Giza war eine der Produktionsstätten für Ägyptens »goldene Ära« des Kinos in den 1950er-Jahren und diente bis zuletzt als Drehort für ägyptische TV-Produktionen zum Ramadan. Unklar bleibt, ob das Studiogelände wieder aufgebaut wird.

Redaktion: Robert Chatterjee, Philipp Peksaglam, Meryem-Lyn Oral



»Ich möchte nicht, dass sich mein Publikum wohlfühlt«

Als Fotojournalist lernte Karim Ben Khelifa, sich seinen Traumata zu stellen. Heute konfrontiert er als Künstler sein Publikum mit der Realität des Krieges

VON YOUSRA ISHAQ UND PASCAL BERNHARD

K

arim Ben Khelifa steht inmitten von Splittern und zerstörter Munition. An der Wand hängen Bilder von rostfarbenen Metallsplintern – sie stehen in übergroßen Ausmaßen an der Wand und blicken in den Raum. Seit einigen Wochen läuft in der Berliner Galerie Anahita Sadighi seine Ausstellung »In 36,000 Ways«. Einige abgefeuerte Projektile hängen an seidenen Fäden von der Decke. Die tödlichen Geschosse erscheinen durchlässig, transparent, geradezu harmlos.

Der Künstler sammelte Überreste des Krieges in der Südukraine – auf den Schlachtfeldern von Kherson. Warum? Bin Khalifas Hauptziel, so formuliert er es, sei »keine Geschichte zu erzählen«.

Karim Ben Khelifa wurde 1972 in Brüssel geboren. Seine Eltern verdienten ihren Lebensunterhalt als Besitzer eines Restaurants, und obwohl sie in Belgien aufgewachsen waren, besuchten sie häufig die Familie des Vaters in Tunesien. »Die Reise an die tunesische Mittelmeerküste war wie ein Tor in eine andere Welt.« Schon früh erlebte er, so beschreibt er weiter, in jeder Umgebung unterschiedlich wahrgenommen zu werden, und lernte, mit den Nuancen kultureller Identität umzugehen. Im Alter von 25 Jahren, als er gerade angefangen hatte, für die Zeitungen *Le Matin* und *Le Monde* zu arbeiten, veränderte der 11. September 2001 alles – auch sein journalistisches Selbstverständnis: »Als Fotograf wollte ich mehr als nur fesselnde Bilder einfangen: Ich wollte Brücken schlagen zwischen den Welten.«

Über zwei Jahrzehnte berichtete Karim Ben Khelifa von unzähligen Schlachtfeldern: über den Kosovo-Krieg

1998/1999, die Zweite Intifada in Israel und Palästina 2000–2005 bis zur von den USA angeführten Invasion im Irak 2003–2011. Der Fotojournalist dokumentierte den Kampf gegen die Taliban in Afghanistan und die Bürgerkriege im Jemen und in Somalia.

Im Irak berichtete Karim Ben Khelifa 2004 über die ersten Aschura-Feierlichkeiten nach dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein. Dann gingen Granaten und Autobomben hoch. Mehr als 100 Menschen töteten dschihadistische Attentäter damals. »Mitten im Chaos hielt ich eine Kamera in der Hand, konnte sie aber nicht benutzen«, erinnert er sich. »Ich war wie gelähmt. Ich sagte mir selber: Atme, und du bist sicher. In Extremsituationen kommt es auf grundlegende Instinkte an«, erzählt er.

»Ein Sinnbild für unsere Fähigkeit, uns gegenseitig zu vernichten«

Kurz nach der Explosion brachten Einheimische den Fotojournalisten in Sicherheit. Zutiefst traumatisiert kehrte Karim Ben Khelifa nach Paris zurück. »Trauma ist etwas, das versucht, einen zu töten, bis es genau das nicht mehr schafft«, glaubt er. »Wie ein Monster im Inneren, das man überwinden muss.« Heute ist sich Karim Ben Khelifa sicher: Das Berichten über die Schrecken des Krieges hat ihn nicht nur zu einem besseren Geschichtenerzähler, sondern auch zu einem besseren Vater gemacht.

2008 wurden Karim Ben Khelifa und seine Frau Eltern. Während der frühen Kindheit ihrer Tochter begann er, über seinen Beruf als Kriegsjournalist nachzudenken. Nicht nur wegen der neuen familiären Verantwortung. Die jahrelange Arbeit sei mit Enttäuschungen einhergegangen: »Ich war

Foto: Youstra Ishaq



Foto: Anahita Sadighi



Seit dem Frühjahr läuft in der Berliner Galerie Anahita Sadighi Ben Khelifas Ausstellung »In 36.000 Ways«. Einige abgefeuerte Projektile hängen an seidenen Fäden von der Decke.

naiv. Oft sagte ich mir: Wenn ich für das beste Magazin der Welt arbeite, werde ich etwas bewirken.« Es dauerte Jahre, bis ihm klar wurde, dass er davon weit entfernt war. »Wenn sich ein Publikum Reportagen und Kriegs fotografie widmet, weckt das selten einen Willen zur Veränderung. Vielmehr ruft es bei den meisten ein Gefühl der Ohnmacht hervor«, glaubt er.

Die Schrecken des Krieges wollte Karim Ben Khelifa nach wie vor dokumentieren, doch er war sich sicher, dass Journalismus dazu nicht das richtige Mittel war. So begann er, dem Krieg mit Kunst zu begegnen.

Als Gastkünstler am Bostoner Massachusetts Institute of Technology (MIT) kam er mit virtueller Realität in Berührung. Die Technologie, so erzählt er, habe ihn dazu inspiriert, das Publikum zu zwingen, zu einem aktiven Entscheidungsträger zu werden, wenn es mit der virtuellen Realität des Krieges konfrontiert wird. So entstand die Idee seines Projekts »Der Feind«. Per VR-Brille konfrontierte Karim Ben Khelifa die Zuschauer mit Kombattanten: von El Salvador über die Fronten zwischen Israel und Palästina bis hin zu den Schlachtfeldern der Demokratischen Republik Kongo.

Durch Sehen und Zuhören verschiedener Soldaten sollte dem Betrachter die Ähnlichkeit zwischen den Feinden bewusst werden. Und etwas offenlegen, das der Fotojournalist schon seit Jahren beobachtet: die Entmenschlichung des Anderen – und die gemeinsame Menschlichkeit aller. Oder

»Taliban-Kämpfer können genauso sanft sein wie die amerikanischen Soldaten hinter den Schützengraben vor ihnen«

wie er es ausdrückt: »Die Taliban-Kämpfer können genauso sanft sein wie die amerikanischen Soldaten hinter den Schützengraben vor ihnen.« Mit Hilfe einer App haben Karim Ben Khelifa und sein Team inzwischen mehr als 150.000 virtuelle Begegnungen zwischen Zivilisten und Kämpfern ermöglicht.

Karim Ben Khelifa ist überzeugt: Fantasie ist nicht nur eine Fähigkeit, die jedem Menschen innewohnt. Sondern auch ein Privileg, das zu nutzen und zu pflegen es gilt. Mit

Blick auf die Splitter an der Wand sagt er: »Als Künstler ist es meine Aufgabe, Dinge aufzuzeigen, die für das Publikum unsichtbar sind.« Wie können diese kleinen Objekte zu tödlichen Waffen werden? Was sagt das über uns als Menschen aus? »Eine Flinte ist eine der billigsten Waffen, die man finden kann. Sie ist ein Sinnbild für unsere Fähigkeit, uns gegenseitig zu vernichten«, kommentiert er. Bei diesem Projekt gehe es vor allem um die menschliche Fähigkeit, solche Waffen herzustellen.

Bei der Eröffnungsfeier der Ausstellung »In 36,000 Ways« erklärt der Künstler, was es mit den allgegenwärtigen Granatsplittern an den Wänden auf sich hat. »Viele Besucher sagten mir, es sei seltsam, über Tod und Krieg zu reden, während man beiläufig an einem Glas Sekt nippt«, setzt er an und erklärt trocken: »Ich möchte nicht, dass sich mein Publikum wohlfühlt«, sagt er und wendet sich an die Zuhörer: »Wenn Sie am nächsten Morgen in den Nachrichten von einem Raketeneinschlag hören, denken Sie vielleicht anders darüber.«



An der Wand hängen Bilder von rostfarbenen Metallsplittern – sie stehen in übergroßen Ausmaßen an der Wand und blicken in den Raum.

Foto: Anahita Sadighi

IN NAJRAN BRENNT DIE LUFT

Wer jenseits von Ronaldo den Fußball Saudi-Arabiens kennenlernen will, muss tief in die Provinz reisen: zur Wiege der arabischen Zivilisation. Zwei *zenith*-Fußball-Experten haben sich auf den Weg gemacht

TEXT UND FOTOS: ROBERT CHATTERJEE UND LEO WIGGER

Das Abbrennen von Pyrotechnik ist erlaubt und mittlerweile bei fast allen organisierten Fangruppen in Saudi-Arabien verbreitet – auch bei Al-Okhlood Najran.

M

it seinem gelb-schwarz gestreiften Trikot, das um die Taille etwas spannt, fällt Kamal auf. Tagsüber arbeitet der IT-Techniker nur wenige Gehminuten entfernt in Al-Balad, im Herzen der Altstadt von Dschidda. An diesem Spätnachmittag im Februar hat er sich die Zeit genommen, einen Einblick in seinen unbezahlten Zweitjob und seine wahre Leidenschaft zu geben: Al-Ittihad, seinen Fußballklub.

Für uns ist dieser Termin die erste Station auf einer Entdeckungsreise hinter die Schlagzeilen, die Saudi-Arabien in der Welt des Fußballs produziert. Von ebenso prestigeträchtigen wie teuren Transfers und dem Bestreben, die größten Turniere der Welt ins Land zu holen. In mancher Hinsicht also eine Fortsetzung der Themen, die auch die umstrittene Fußball-Weltmeisterschaft im Nachbarland Katar begleitet haben.

Wie dort wollen wir auch in Saudi-Arabien fragen: Wie sieht sie aus, die saudische Fußballkultur? Wie verändert das Vorzeigeprojekt Fußball die saudische Gesellschaft?

Eine erste Antwort finden wir auf nicht einmal zwanzig Quadratmetern: Einen offiziellen Namen trägt das Museum für Kamals Herzensverein nicht. Auch das Interieur könnte nicht weiter von der opulenten, aber sterilen Gestaltung staatlicher Museumsbauten entfernt sein. 2017 eröffnete ein Geschäftsmann und Ittihad-Fan das private Museum. Tatsächlich kümmert sich aber vor allem Kamal um die Besucher aus aller Welt, die seit der Klub-WM im Dezember immer zahlreicher werden.

»Wir waren die ersten«, sagt Kamal stolz und zeigt auf die verwitterten, akkurat gerahmten Schwarz-Weiß-Mannschaftsfotos an der Wand. Die ältesten Bilder stammen aus den 1950er-Jahren. Doch der erste Fußballklub des Landes wurde bereits 1927 gegründet, wenige Jahre nach der Eroberung des Hedschas und noch vor der Gründung des Königreichs Saudi-Arabien. »Dschidda war dem Rest immer einen Schritt voraus«, ist Kamal überzeugt.

Tatsächlich galt die zweitgrößte Stadt Saudi-Arabiens lange Zeit als liberaler und weltoffener als die Hauptstadt Riad. Nicht zuletzt, weil sie als »Tor zur Hadsch« einen einzigartigen multikulturellen Bevölkerungsmix hervorgebracht hat. Besonders eng war der Austausch mit den Menschen auf der anderen Seite des Roten Meeres. Ägypter, vor allem

aber Sudanesen brachten den Fußball nach Dschidda und trugen so zur Entstehung einer Fankultur bei.

Die Herausbildung einer organisierten Fanszene – inklusive Auswärtsfahrten, Choreografien und Gesängen – war in Dschidda auch deshalb möglich, weil der saudische Staat im Kleinen viel mehr gesellschaftliche Freiheiten gewährte. »Inzwischen feiern die Kids in Riad härter, als wir es je getan haben«, sagt Kamal und spielt damit auf den gesellschaftlichen Wandel an, der durch eine Vielzahl von Freizeit- und Konsumangeboten unter Kronprinz Muhammad Bin Salman (MBS) entstanden ist. Der Nachholbedarf sei in der konservativen Hauptstadt einfach größer gewesen, ob beim Feiern oder Anfeuern.

Die saudische Liga feiert 2024 ihr 50-jähriges Bestehen. Doch trotz vieler Zugeständnisse hat der saudische Staat den einstigen Freiraum Fußball auch eingeschränkt. »Früher konnten wir uns mehr erlauben«, ist Kamal überzeugt. Autokorsos oder unangemeldete Fanfeiern nach gewonnenen

Derbys habe es früher häufiger gegeben. Dass die neuen gesellschaftlichen Freiheiten in Saudi-Arabien mit einer immer stärkeren Überwachung des öffentlichen Raums einhergehen, hört man in Saudi-Arabien oft, wenn auch meist hinter vorgehaltener Hand.

»Dieser Raum ist unseren Legenden gewidmet«, sagt Kamal. Der Mittdreißiger ist seit frühester Kindheit Anhänger der schwarz-gelben »Tiger«. Schon sein Vater habe Al-Ittihad die Daumen gedrückt, andere in der Familie dagegen dem 1937 gegründeten Stadtrivalen Al-Ahli. Rivalität hin oder her: »Was uns verbindet, ist die Liebe zu unserer Heimatstadt – und die Geschichte des Fußballs in Dschidda.« Neben Pokalen, Medaillen, Fanschals und anderen Erinnerungsstücken hängen vor allem Mannschaftsfotos und Spielerposter aus den vergangenen Jahrzehnten an den

Wänden. Zum Beispiel das Porträt von Kamals Lieblingsspieler Muhammad Nur. Der Stürmer schnürte ab Mitte der 1990er-Jahre über 20 Jahre lang in mehr als 500 Spielen die Schuhe für Al-Ittihad.

»Ich wünsche mir, dass Spieler wie er nicht in Vergessenheit geraten«, sagt Kamal und hat dabei vor allem die Jugend im Blick. »Wenn wir uns Spiele anschauen, hängen die jungen Leute oft am Handy, statt auf den Fernseher zu schauen.« Das Museum ist für Kamal und die Ittihad-Fans in der Altstadt auch eine Art Fankneipe. Dass Fußball heute so viel mehr Aufmerksamkeit bekommt und eine neue Generation prägt, sieht Kamal mit gemischten Gefühlen. »Viele sind eher Fans eines bestimmten Spielers, dem sie dann auch in den sozialen Medien folgen«, meint er. Dabei schwingt auch Unzufriedenheit mit der aktuellen Situation des eigenen Klubs mit: Al-Ittihad gehört zu den vier Vereinen, die der

Trotz vieler Zugeständnisse wurde der einstige Freiraum Fußball auch eingeschränkt

saudische Staatsfonds PIF übernommen hat und die so mit viel Geld entsprechend spektakuläre Transfers landen konnten.

Mit Stürmer Karim Benzema wechselte im Sommer 2023 nicht nur der damals amtierende Weltfußballer, sondern auch einer der populärsten muslimischen Spieler nach Dschidda. Wenige Monate später machte der Franzose jedoch vor allem Schlagzeilen, weil er das Training schwänzte und seine Rückkehr nach Europa zu forcieren schien. Dass der 36-jährige Stürmer auf dem Platz weit hinter den Erwartungen zurückblieb, überrascht Kamal nicht: »Manche Stars werden vor allem wegen ihrer Werbewirkung geholt.« Weder Benzema noch sein Landsmann N’Golo Kanté oder der brasilianische Nationalspieler Fabinho sorgten dafür, dass der Verein mit dem höchsten Zuschauerschnitt der saudischen Liga in den Titelkampf eingreifen konnte. In der Vorsaison war Al-Ittihad noch Meister geworden.

Der von Kamal gemagte Ort befindet sich in einer ebenso unscheinbaren wie guten Lage: Rund um das Al-Ittihad-Museum laufen die Bauarbeiten auf Hochtouren. Al-Balad soll als touristisches Zentrum wieder auferstehen. Die jahrhundertealten Wohnhäuser aus Korallengeröll, Lehm- und verzierten Holzbalkonen sind schließlich UNESCO-Weltkulturerbe. Doch an die Stelle der über die Jahre verfallenen Stadtstruktur ist eine sterile Überrenovierung dessen getreten, was die Altstadt von Dschidda einst berühmt gemacht hat.

Die Händler haben neue Lizenzen für den modernisierten Basar erhalten, viele Bewohner sollen nach und nach in ihre Häuser zurückkehren, auch Kamals Familie. »Ich weiß noch nicht, wann wir wieder einziehen können«, sagt er, die Verfahren bei den saudischen Behörden zögen sich in die Länge. Inzwischen hat er ein Büro in der Altstadt gemietet, wo

er auch aufgewachsen ist. Zusätzliche Kosten, sagt Kamal, die aufs Portemonnaie drücken. Obwohl er als IT-Techniker gut verdient, spürt er die steigenden Lebenshaltungs- und Immobilienkosten. »Ich war seit fast zwei Jahren nicht mehr im Stadion«, sagt er. »Die Karten sind auf Dauer einfach zu teuer.«

Tatsächlich sind Tickets meist erst wenige Tage vor dem Spieltag erhältlich, Dauerkarten bietet bislang nur Al-Nasr aus Riad an. Wer eines der Spiele der vier großen Vereine aus Riad und Dschidda im Stadion sehen will, zahlt dann oft deutlich mehr als die offiziellen Preise. Dennoch genießen die Stadtderbys einen guten Ruf, die Atmosphäre stimmt, die Spiele sind stets ausverkauft. In den übrigen Arenen der Liga, so bemängeln Kritiker und neuerdings auch einige der europäischen Legionäre, herrsche dagegen oft gähnende Leere vor einer Zuschauerkulisse im dreistelligen Bereich.

Bleiben gesellschaftlicher Wandel, Fußball- und Fankultur also auf Millionenstädte wie Dschidda und Riad beschränkt? Antworten auf diese Fragen suchen wir an einem Ort, der gleichermaßen abgelegen, geschichtsträchtig und konfliktbeladen ist: Najran gehört gerade einmal zu den zwanzig größten Städten des Landes. Doch kaum eine andere Stadt in Saudi-Arabien wächst schneller als die Hauptstadt der gleichnamigen Provinz im äußersten Süden des Landes. Keine 50.000 Einwohner zählte Najran Mitte der 1970er-Jahre, heute sind es 400.000. Die namensgebende Oase ist bis heute die Lebensader der Siedlung, entlang des saisonal gefüllten Wadis breitet sich die Stadt immer weiter aus.

Najran gehört zu jenen lange vernachlässigten Orten, die in den letzten Jahren zunehmend vom wachsenden Wohlstand profitieren. Doch die Abschaffung der Sittenpolizei, der *Muttawa*, macht sich in Najran vielleicht noch stärker bemerkbar als in anderen Landesteilen. Denn bis weit in die 2000er-Jahre hinein gerieten die lokalen ismailitischen Gemeinden immer wieder mit den staatlichen (Religions-)Behörden aneinander. Von solchen Konflikten ist heute nichts mehr zu spüren, auch wenn die ismailitische Präsenz nur noch indirekt auszumachen ist. So ist der allabendliche Gebetsruf über Lautsprecher in Najran, anders als in sunnitisch geprägten Städten, in vielen Wohnvierteln kaum zu hören – öffentliche Gebetszeiten sind für Ismailiten nicht verbindlich.

Ein gefährlicher Konflikt hat dagegen in den letzten Jahren das Grenzgebiet erfasst: Jenseits der markanten schwarzbraunen Berge am Stadtrand beginnt der Jemen. Rund fünfzig Kilometer entfernt liegt Saada, die Hochburg der Huthis. Die exponierte Lage rückte Najran immer wieder ins Visier der Miliz, die gerade wegen ihrer Fähigkeit, auch auf saudischem Territorium zuzuschlagen,

den eigentlich überlegenen Kriegsgegner schließlich an den Verhandlungstisch zwang. Denn inzwischen haben sich die Prioritäten in Riad verschoben: Statt den Krieg im Jemen mit allen Mitteln zu gewinnen, will die Regierung vor allem Ruhe und Stabilität, um das Wirtschaftswachstum nicht zu gefährden.

Ein Balanceakt, schließlich ist die saudische Luftabwehr seit Monaten damit beschäftigt, Huthi-Raketen auf ihrem Weg zum Roten Meer abzufangen. Ankommende Flüge müssen deshalb einen Umweg über das Landesinnere nehmen, was die Reisezeit mitunter verdoppelt. Doch trotz der Flugabwehrbatterien außerhalb der Stadt ist der Konflikt im städtischen Leben kaum zu spüren – ebenso wenig wie der Gaza-Krieg. Najran baut, arbeitet, wächst – und kümmert sich vor allem um sich selbst. Nicht nur der Wohlstand nährt dieses Selbstbewusstsein, sondern auch die lokale Identität.

Jenseits der Derbys in Riad und Dschidda herrscht in den Stadien oft gähnende Leere



Oben: Al-Ittihad-Fan Kamal kümmert sich um die Besucher aus aller Welt, die seit der Klub-WM im Dezember immer zahlreicher werden.

Unten: Das restaurierte Fort in Najran: Die traditionelle Lehmbauweise ist auch in Saudi-Arabiens Zentren an der Peripherie mittlerweile weitgehend touristische Kulisse.



Wie in anderen Teilen des riesigen Landes hat der saudische Staat in der Toleranz der kulturellen (aber eben nicht politischen) Vielfalt des Landes eine Möglichkeit erkannt, noch mehr potenzielle Zentren für Tourismus und Industrie zu schaffen und gleichzeitig soziale Konflikte zu befrieden.

Als touristisches Ziel steckt Najran noch in den Kinderschuhen. Die Petroglyphen mit Tierdarstellungen sind in den Fundamenten der antiken Stadtmauer verbaut und leicht zu übersehen. Ohnehin erinnert der riesige archäologische Park eher an einen wilden Acker. Dennoch sind die Menschen in Najran stolz auf ihr historisches Erbe: Es ist neben den altsüdarabischen Felseninschriften vor allem verbunden mit dem Namen, den auch die archäologische Stätte trägt: Al-Okhdood.

Im Koran taucht der Begriff ein einziges Mal auf: Sure 85, *Al-Burudsch* (»Die Sternzeichen«) spricht von den »Leuten des Grabens« (*Ashab al-Okhdood*). Dabei handelt es sich vermutlich um Christen, die sich nach koranischer Überlieferung weigerten, ihrem Glauben abzuschwören, und deshalb in den ausgehobenen Gräben den Feuertod fanden. Die Geschichte spielt vor der Ankunft des Islam – ob sich die Christen von Najran gegen einen jüdischen oder einen polytheistischen Herrscher auflehnten, bleibt unklar. Jedenfalls ist die koranische Parabel über Glaubensfeste heute um eine Lesart reicher: Denn für die Fans des hier ansässigen Erstligisten steht ihr Vereinsname für ihre Rolle als Underdogs auf der Fußballbühne.

Einen Titel hat Al-Okhdood Najran noch nie gewonnen. Der 1976 gegründete Verein ist im vergangenen Jahr erstmals in die höchste saudische Liga aufgestiegen. Der Klub wird von einem Geschäftsmann aus Najran geführt, die Investitionen reichen aber bei Weitem nicht an die der großen Klubs aus Riad und Dschidda heran. Der Marktwert des Kaders liegt bei umgerechnet 15 Millionen Euro und damit in etwa auf dem Niveau des deutschen Zweitligisten Eintracht Braunschweig.

Auch bei Al-Okhdood nehmen ausländische Spieler einen wichtigen Platz im Kader ein. Allerdings handelt es sich dabei nicht um Stars à la Neymar oder Cristiano Ronaldo. Zu den Leistungsträgern zählen mit dem Rumänen Florin Tănase oder dem Georgier Solomon Kvirkvelia eher unauffällige Fußballarbeiter, gleiches gilt für den slowakischen Trainer Martin Ševela. Im Sturm soll Leandre Tawamba für Tore sorgen. Der Routinier aus Kamerun spielte bereits in der slowakischen, kasachischen und libyschen Liga.

An einem Freitagabend Mitte Februar erweist sich diese Mischung als das richtige Rezept. Der Aufsteiger empfängt Al-Ahli aus Dschidda, den Erzrivalen von Al-Ittihad. Mit Roberto Firmino und Riyad Mahrez stehen bei den Gästen

zwei Stars auf dem Rasen, die zuletzt in der Premier League und im Europapokal auf höchstem internationalem Niveau glänzten. Allein in der laufenden Saison hat der Verein mehr als 180 Millionen Euro in den Kader investiert. An der Seitenlinie steht mit Matthias Jaissle ein Trainertalent, das bereits mit Julian Nagelsmann verglichen wurde. Auf dem Platz ist der Klassenunterschied kaum zu erkennen – Al-Ahli Topverdiener bleiben blass, am Ende gewinnen die Underdogs von Al-Okhdood mit 3:2.

Schon bevor die Tore für die Heimmannschaft fallen, ist die Stimmung auf den Rängen erstklassig. Knapp 40 Kilometer außerhalb der Stadt liegt das neu gebaute Rund, das der Verein 2020 bezogen hat. Offiziell fasst das Stadion 12.000 Zuschauer – mit bloßem Auge wirkt es aber deutlich kleiner. Laut Anzeigetafel verfolgen knapp 5.000 Zuschauer das Spiel. Beim Anpfiff bleiben nur wenige Plätze frei. Auf beiden Seiten der Haupttribüne konzentrieren sich die organisierten Fangruppen beider Vereine: Aus Dschidda hat sich ein beachtliches Auswärtskontingent auf den Weg in den Süden gemacht. Allerdings hat der Verein auch über die Hafenstadt hinaus eine große Anhängerzahl im Land.

Politische Parolen, Abzeichen und Transparente sind in saudischen Stadien verboten

Überraschender ist, dass auch die Gastgeber mit einem veritablen Ultra-Block von fast tausend Fans erwarten. Während des gesamten Spiels verbinden sie Elemente der Ultrakultur, wie das vom Vorsänger angestimmte Wechselspiel von Gesang und Gegengesang, mit rhythmischem Trommeln und Choreografien, die deutlich an die auf der arabischen Halbinsel verbreiteten Schreittänze erinnern. Nach etwa einer Stunde erstrahlt der Block in einer dichten roten Wolke: Politische Parolen, Abzeichen und Transparente – darauf achten die zahlreichen Ordner penibel –

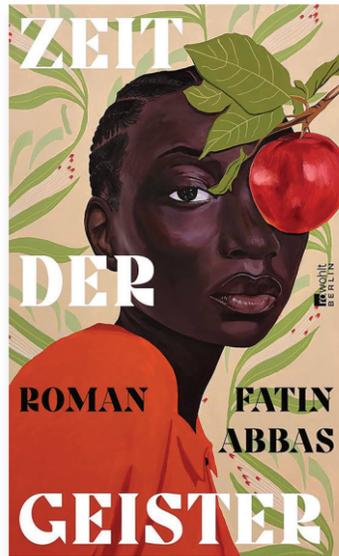
sind in saudischen Stadien verboten. Doch das Abbrennen von Pyrotechnik ist erlaubt und mittlerweile bei fast allen organisierten Fangruppen im Land verbreitet. Ein Widerspruch, der die Grenzen des Sag- und Machbaren im neuen Saudi-Arabien auf den Punkt bringt.

Seit Anfang des Jahres alle anderen potenziellen Mitbewerber abgesprungen sind, steht so gut wie fest: Saudi-Arabien wird die Fußball-Weltmeisterschaft 2034 ausrichten. Die Notwendigkeit, mit reichweitenstarken Stars für den Austragungsort zu werben, ist damit eigentlich erst einmal hinfällig. Bereits für die Asienmeisterschaft 2027 sollen viele Stadien modernisiert werden. Doch angesichts der Aufstockung der WM von 32 auf 48 Mannschaften werden wohl noch einige neue Spielstätten mit Kapazitäten von mindestens 40.000 Plätzen aus dem Boden gestampft. Dann rückt auch Najran als möglicher Spielort in den Fokus. Dabei reichen an einem Freitagabend bei Flutlicht und Rauch schon ein paar Tausend Fans für eine tolle Atmosphäre.

Viele Parteien sind kurz vor dem islamischen Abendgebet angesetzt. Deswegen sind rund um das Stadion in Najran und selbst hinter den Tribünen Teppiche ausgelegt.



Neuerscheinungen



Fatin Abbas
Zeit der Geister
 Rowohl Berlin, Berlin 2024
 367 Seiten, 26 Euro

ROMAN Saraaya, ein Kaff im Sudan um die Jahrtausendwende. Viel passiert hier nicht, auch wenn plötzlich eine verkohlte Leiche auftaucht, als Vorbote düsterer Ereignisse. Der Roman der sudanesisch-amerikanischen Autorin Fatin Abbas nimmt nur langsam Fahrt auf und nimmt sich viel Zeit, um die Protagonisten einzuführen: den Dolmetscher William, die Köchin Leyla, den Entwicklungshelfer Alex, die Dokumentarfilmerin Dena und den minderjährigen Boten Mustafa. Mitunter etwas holzschnittartig stellt die Autorin die Kämpfe, Hoffnungen und Zwänge von fünf sehr unterschiedlichen Personen da, die unfreiwillig wie eine Familie unter einem Dach leben. Doch als Krieg ausbricht, gewinnt das Beziehungsgeflecht dieser Hausgemeinschaft an Dynamik – Liebe, Hoffnung und Verzweiflung liegen ganz nahe beieinander. Das Beste an diesem Roman ist eindeutig sein Schluss. *MB*



Shashi Tharoor
Zeit der Finsternis
 Das Britische Empire in Indien
 Die Andere Bibliothek, 2024
 480 Seiten, 48 Euro

SACHBUCH Shashi Tharoors Geschichte des kolonialen Indiens möchte der Verklärung des Britischen Raj entgegen. Mittels Beispielen wie der De-Industrialisierung Bengalens oder der Marginalisierung sexueller und religiöser Minderheiten durch britische Kolonialinstitutionen entkräftet Tharoor die Position des Historikers Niall Ferguson, der laut Tharoor das Empire als aufgeklärten Despotismus idealisiert. Geschickt untermauert der ehemalige UN-Untergeneralsekretär Tharoor fachwissenschaftliche Erkenntnisse mit Anekdoten aus dem Indien der Ära der Britischen Kolonialherrschaft. Zudem beleuchtet der Abgeordnete der oppositionellen Kongress-Partei die Hintergründe der Hindutva-Ideologie, die die Regierung Modi heute prägt. In Indien war das Buch ein Bestseller und erscheint nun auf Deutsch, übersetzt von Cornelius Reiber. Im Nachwort kontextualisiert die Kulturwissenschaftlerin Mithu Sanyal die Empire-Debatte für die deutsche Leserschaft. *Philipp Peksaglam*



Asiye Mijgan Güvenli
Sind immer wir schuldig?
 Lebensgeschichten aus dem Frauengefängnis
 Verlag auf dem Ruffel, 2024
 103 Seiten, 17 Euro

KURZGESCHICHTEN Als Serap ihrem Ehemann das Kissen ins Gesicht drückt weiß sie nicht, was sie tut. Sie hat Angst vor dem Mann, der sie erniedrigt und misshandelt, und nur sein Tod schützt sie vor ihrem eigenen. Dies ist eine der Geschichten, die Asiye Mijgan Güvenli erzählt und von der sie selbst Zeugin wurde, als sie in den 1980er-Jahren in einem türkischen Gefängnis inhaftiert war. Den Frauen, denen sie in dieser Zeit begegnete, möchte sie eine Stimme geben und zeigen, dass es sich bei den Täterinnen um Menschen handelt, die durch äußere Umstände in ausweglose Situationen getrieben wurden. Familiärer und gesellschaftlicher Druck, Tradition, männliche Dominanz, Gewalt, Armut und Ausgrenzung drängen die Frauen zu unfreiwilligen Handlungen, für die sie von Justiz und Gesellschaft aufs Härteste bestraft werden. Eine eindrucksvolle Sammlung von Geschichten, die daran erinnern, wie politisch das Private ist. *Meryem-Lyn Oral*



Ägyptisches Museum und
Papyrussammlung
Staatliche Museen zu Berlin

James Simon
Galerie
Museumsinsel Berlin

26.4. – 27.10.2024

الفنيتين
Elephantine

جزيرة لآلاف السنين
Insel der Jahrtausende

الفنيتين
Elephantine

جزيرة لآلاف السنين
Insel der Jahrtausende

#elephantineberlin
www.smb.museum/jsg

gefördert durch:





Wie halten Sie es mit Scholl-Latour?

Ein halbes Jahrhundert lang berichtete der Fernsehjournalist Peter Scholl-Latour von Krisenherden in Afrika und Asien, erzählte vom islamischen Wesen und ärgerte damit Wissenschaftler. Im Sommer 2014 verstarb der Bestsellerautor mit 90 Jahren. Wer erklärt den Deutschen nun den Orient? *zenith* nimmt Kandidaten unter die Lupe



Tilo Spanhel

Wohnort Kairo

Ausbildung Bachelor in Politik- und Islamwissenschaft an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel, Master in Islamwissenschaft an der Freien Universität in Berlin. Viel zu viele Praktika und ein Volontariat beim *Südwestrundfunk*

Karriere 2008–2013 Freier Mitarbeiter bei der *Ostsee-Zeitung*, den *Lübecker Nachrichten* und am Regiodesk der *dpa*, 2016–2018 Multimedia-Volontariat beim *Südwestrundfunk*, ab 2018 Radio- und TV-Reporter im *SWR Studio Stuttgart*, 2021 Chef vom Dienst *DASDING-Regio*, 2022 zusätzlich Multimedia-Redakteur bei *SWR Ausland und Europa*, seit Sommer 2022 Korrespondent im *ARD-Studio Kairo*

Foto: privat

WIE KAMEN SIE DAZU, NAHOSTJOURNALIST ZU WERDEN?

In dem kleinen Dorf in Norddeutschland, wo ich aufgewachsen bin, hätte der Nahe Osten nicht entfernt sein können. Bis dahin habe ich nie jemanden so bewegt über den Nahostkonflikt erzählen hören wie meinen Politiklehrer in der 10. Klasse. Nach dem Abitur habe ich mir dann ein altes Motorrad gekauft und bin damit bis in die Türkei gefahren. Als ich mitten in der Nacht in Istanbul auf dem Platz vor der Blauen Moschee saß, wusste ich: In dieser Region will ich irgendwann einmal als Journalist arbeiten.

WELCHE NAHÖSTLICHEN SPRACHEN BEHERRSCHEN SIE?

Ich beherrsche das sogenannte Taxi-Arabisch, das einen auf dem Markt, im Café oder eben im Taxi weiterbringt. Und zwar sowohl in Bagdad und Beirut als auch in Kairo.

DER ORIENT RIECHT NACH ...

An manchen Tagen duftet die Region nach frischem Fladenbrot, dem salzigen Meer und blühendem Hibiskus. An anderen Tagen aber auch nach Abgasen und altem Fisch.

APROPOS: WO LIEGT ER EIGENTLICH, DIESER ORIENT?

Man könnte sagen: Der Orient liegt im Okzident. Denn der Westen ist nur der Osten des Ostens.

DREI NO-GOS FÜR WESTLICHE REPORTER IM NAHEN OSTEN.

1. Wasser predigen und Wein saufen. 2. Mit dem Taxi durch die Wüste fahren. 3. Den Muezzin beim Gebet unterbrechen. Aber im Ernst: Die größte Gefahr für westliche Reporter im Nahen Osten ist es, die politische und soziale Realität der Region zu ignorieren oder zu romantisieren.

IHR GRÖSSTER JOURNALISTISCHER FAUXPAS?

Bei einem Versprecher in einem Live-Talk habe ich Deutschland mal angedichtet, mehrere extremistische Gruppen in Syrien und im Irak zu unterstützen. Gemeint war natürlich die Unterstützung für den Kampf gegen eben diese Gruppierungen.

AM MEISTEN ÜBER DEN ORIENT GELERNT HABE ICH ...

.. auf einem wackeligen Holzboot bei den Fischern von Al-Faw im Südirak. Sie sind wirklich ein Spielball des Schicksals in der Region. Weil der Fluss die Grenze zwischen Iran und Irak markiert, geraten die Fischer immer wieder ins Kreuzfeuer. Und sie leiden unter einer korrupten irakischen Regierung und massiver Umweltverschmutzung. Trotzdem halten die verbliebenen Fischer tapfer fest an ihrer Tradition.

EIN ROMAN ÜBER DIE REGION, DEN JEDER GELESEN HABEN SOLLTE.

»Im Schatten des Granatapfelbaums« von Tariq Ali. Der Roman spielt in Spanien im Jahr 1499 und zeichnet nach, wie eine offene, arabische Welt damals der christlichen Intoleranz weichen muss.

PETER SCHOLL-LATOURE WAR FÜR MICH ...

... der Orient-Express in Person: immer unterwegs, immer auf der Suche nach der nächsten Geschichte, mit der er uns die Welt erklären wollte.

DIE GESCHICHTE, DIE SIE SCHON IMMER MACHEN WOLLTEN, ZU DER SIE ABER NIE KAMEN.

Immer wieder macht es mich sprachlos, wenn ich sehe, dass in manchen Jahren fast jeder fünfte Geflüchtete, der in Italien an Land geht, aus Ägypten kommt! Das Land, das den meisten Deutschen hauptsächlich als Urlaubsziel im Kopf ist, als Herkunftsland von Tausenden Geflüchteten? Um Armut, Perspektivlosigkeit und Autokratie hinter sich zu lassen, nehmen viele den gefährlichen Weg übers Mittelmeer auf sich. Schon lange will ich einen von ihnen begleiten. Zumindest ein Stück weit.

Für Nahost-Expertinnen und -Experten und alle, die es werden wollen:
Für 79,- EUR pro Jahr erhalten Sie als Mitglied im **zenith-Club** neben den Print-Ausgaben des führenden deutschen Nahost-Magazins regelmäßig digitale Analysen, Interviews und Reportagen, Zugang zu Veranstaltungen und Briefings sowie den exklusiven zenith-Newsletter für Insider.



shop.zenith.me

zenith
Der Nahe Osten rückt näher.

Die Militärintervention im Irak vor 20 Jahren setzte eine Kette politischer Umbrüche in der arabischen Welt in Gang und zerrüttete Europa. Der Nahost-Experte und Politikberater **Christian-Peter Hanelt** zieht Bilanz. Er berichtet aus den Maschinenräumen der Diplomatie über dramatische Entscheidungen, verpasste Gelegenheiten und richtet den Blick auf neue Chancen. (ca. 380 Seiten, EUR 19,80) Zu bestellen im zenith-Shop oder als **Prämie** für die Mitgliedschaft im zenith-Club.





10 Jahre candid

Als unabhängiger Think-and-Do-Tank engagiert sich die Candid Foundation seit 2014 für Dialog in und mit den Gesellschaften im Nahen Osten, Nordafrika, dem Kaukasus und Südasien. Von ihrem Sitz in Berlin und mit einem globalen Netzwerk setzt die Candid Foundation kreative und innovative Projekte um.

Aktuelle Schwerpunkte unserer Arbeit sind zivile Konfliktbearbeitung und Mediation, die Aus- und Weiterbildung von Medienschaffenden und Akteuren des digitalen Wandels, politische Analysen, Programme gegen Extremismus und Desinformation und die Vernetzung zwischen jungen Menschen in Europa und seiner Nachbarschaft. Wir danken allen Förderern und Partnern, die das mit uns möglich machen!

www.candid-foundation.org